

In diesem Heft

Editorial

Essay

HELMUT BOCK

Die Russische Revolution 1917 –
»Kriegskind des 20. Jahrhunderts« 7

Rechtschreibreform

RONALD LÖTZSCH

Die »Rechtschreibreform« und ihre »utopische« Alternative 21

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

CHRISTOPH BUTTERWEGGE

Globalisierung, Standortsicherung und
Wohlfahrtsstaatsentwicklung 49

HEINZ-DIETER HAUSTEIN

Evolutionskrise, Arbeit und technologische Innovation 62

ANDREAS REICHSTEIN

Die Zukunft der Arbeitswelt 74

KLAUS STEINITZ

Massenarbeitslosigkeit in den neunziger Jahren –
Schlußfolgerungen für linke Alternativen 86

HERBERT NIEMANN

Überlegungen zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft 100

Lesenswert

PETER JACOBS

»Ein bißchen unter Naturschutz«.
Victor Klemperers Tagebücher aus der frühen DDR-Zeit 108

VOLKMAR SCHÖNEBURG
Hilde Benjamin – Eine Biographie 114

Osteuropa

LÁSZLÓ ANDOR
Für den Osten nichts als Versprechungen 123

WLADISLAW HEDELER
Für einen neuen Sozialismus 128

Einladung zur Crossover-Konferenz 132

Utopie-Geschichte

RICHARD SAAGE
Zum Verhältnis von Individuum und Staat
in Thomas Morus' »Utopia« 134

Realsozialistische Kommunistenverfolgung

MEINHARD STARK
Die SED-Führung und die deutschen Opfer
der »Säuberung« in der UdSSR 146

MARIO KESSLER
Antisemitismus in der SED 1952/53.
Verdrängung der Geschichte bis ans Ende 158

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 168

Bücher & Zeitschriften

Detlef Joseph:
Der Rechtsstaat und die ungeliebte DDR,
GNN Verlag 1997
(HERMANN KLENNER) 170

Elke Reuter/Detlef Hansel:
Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953.
Die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR,
edition ost Berlin 1997
(MANFRED BEHREND) 171

- Richard Scheerer:
Bekennende Christen in den evangelischen Kirchen
Deutschlands 1966-1991. Geschichte und Gestalt eines
konservativ-evangelikalen Aufbruchs,
Haag und Herchen Frankfurt a.M. 1997
- Wolfgang Thumser:
Kirche im Sozialismus. Geschichte, Bedeutung und
Funktion einer ekklesiologischen Formel (Beiträge zur
historischen Theologie 95), XVIII,
Verlag J.C.B. Mohr/ Siebeck Tübingen 1996
(JENS LANGER) 174
- August Bebel:
Ausgewählte Reden und Schriften. Band 10 (2 Teilbände):
Die Frau und der Sozialismus. Hrsg. vom Internationalen
Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, mit einem
Geleitwort von Susanne Miller, Bearb. von Anneliese Beske
und Eckhard Müller, K.G. Saur Verlag München/
New Providence/London/Paris 1996
(HANNA BEHREND) 175
- Peter L. Berger (Hrsg.):
Die Grenzen der Gemeinschaft. Konflikt und Vermittlung
in pluralistischen Gesellschaften. Ein Bericht der
Bertelsmann Stiftung an den Club of Rome,
Verlag Bertelsmann Stiftung Gütersloh 1997
(STEFAN BOLLINGER) 179
- Hubert Schleichert:
Wie man mit Fundamentalisten diskutiert, ohne den
Verstand zu verlieren. Anleitung zum subversiven Denken,
C.H. Beck Verlag München 1997
- Edward W. Said:
Götter, die keine sind. Der Ort des Intellektuellen,
Berlin Verlag Berlin 1997
- Paolo Flores d'Arcais:
Die Linke und das Individuum. Ein politisches Pamphlet
Verlag Klaus Wagenbach Berlin 1997
(ROGER BEHRENS) 181
- Gabriele Köhler, Charles Gore, Utz-Peter Reich,
Thomas Ziemer (eds.):
Questioning Development. Essays on the theory, policies
and practice of development interventions,
Metropolis-Verlag Marburg 1996
(ARNDT HOPFMANN) 183
- Carlo M. Cipolla:
Die gezählte Zeit. Wie die mechanische Uhr das Leben
veränderte, Verlag Klaus Wagenbach Berlin 1997
(ULRICH BUSCH) 185

Tanja Jaksch, Hans Rudolf Bork, Claus Dalchow, Dieter Dräger (Hrsg.): Landnutzung in Mittel- und Osteuropa – Natürliche Bedingungen, Land- und forstwirtschaftliche Nutzungspotentiale, Transformationsprozeß im ländlichen Raum, Budapest 1996 (HORST GRIENIG)	187
Jenny Richter/Heike Förster/Ulrich Lakemann: Stalinstadt – Eisenhüttenstadt. Von der Utopie zur Gegenwart. Wandel industrieller, regionaler und sozialer Strukturen in Eisenhüttenstadt, Schüren Marburg 1997 (JÖRG ROESLER)	190
An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	192

Editorial

Wenn es auf das Jahresende zugeht, ist es wohl an der Zeit, kurz innezuhalten und über Vergangenes und Zukünftiges nachzudenken. Vielleicht nicht das einzig Wichtige, aber für uns und unsere Leser sicherlich von großer Bedeutung – »UTOPIE kreativ« hat wieder ein durchaus erfolgreiches Jahr lang bestanden.

Erstmals seit langem sind einzelne Hefte eines Jahrganges vergriffen: Neben dem Mai-Heft (Nr. 79), in dem unter anderem ein Ökologie-Arbeitspapier der Brandenburger PDS erschienen ist, betrifft dies vor allem das noch immer stark nachgefragte Juli/August-Heft (Nr. 81/82), insbesondere die dort dokumentierten Beiträge der Konferenz »Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen« große Aufmerksamkeit bei der Leserschaft fanden und finden. Das hat uns auf die Idee gebracht, eventuell einen Sonderdruck mit diesen Beiträgen herauszubringen. Aber die finanziellen Ressourcen von Redaktion und Verlag sind sehr begrenzt und wurden im Laufe des Jahres durch die wohl etwas voreilige Veröffentlichung eines Aufsatzes von Wolfgang Harich »Über die Besonderheiten des deutschen Weges zum Sozialismus« im April-Heft (Nr. 78) noch weiter verringert. Denn diese Publikation hat zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung um die Veröffentlichungsrechte geführt, in der Redaktion und Verlag sowie der Autor Jochen Cerny – der das Dokument aus der Feder Harichs im Archiv der Gauck-Behörde gefunden und es überhaupt erst der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat – letztlich unterlegen sind.

Der Hauptgrund, weshalb wir uns mit dem Sonderdruck der Konferenzbeiträge so schwer tun, ist allerdings ein anderer. »UTOPIE kreativ« ist nämlich chronisch unterfinanziert. Das heißt, wir können faktisch zum gegenwärtigen Verkaufspreis die Kosten nur decken, wenn stets die gesamte Auflage eines Heftes tatsächlich verkauft würde. Dies ist natürlich unrealistisch, und wir sehen uns daher mit dem unhaltbaren Zustand konfrontiert, daß Defizite bei der Herstellung unserer Zeitschrift praktisch vorprogrammiert sind. Weil aber auch die Diskussion sozialistischer Alternativen, wie die aller Utopien, einer realitätsverhafteten Grundlage bedarf, wenn sie nicht zur reinen Illusion verkommen soll, müssen wir dringend einen Ausweg finden. Und dieser Ausweg kann – da uns als ehrenamtlich arbeitende Redaktion das leider allgemein standort-übliche Instrument der Kostensenkung durch Entlassung von Mitarbeitern nicht zu Gebote steht – nur über eine

Preiserhöhung führen. Nach zweieinhalb Jahren Preisstabilität wird ab Januar 1998 das Einzelheft 10 DM, das Doppelheft 20 DM und das Abonnement im Inland 108 DM jährlich (für das Ausland 144 DM) kosten müssen.

Dabei ist uns sehr wohl bewußt, daß wir uns damit leicht in ein Dilemma hineinmanövrieren könnten, weil natürlich immer die Gefahr besteht, daß die erhofften Mehreinnahmen durch den Rückgang bei den Abonnements und beim Einzelverkauf (über-)kompensiert werden. Wir hoffen jedoch, durch ein verstärktes Bemühen um eine weitere Verbesserung der Qualität manche finanzielle Zumutung durch mehr Niveau auszugleichen. Am wichtigsten ist allerdings, daß uns unsere Stammlerinnen und -leser treu bleiben und neue dazukommen.

Die Redaktion verabschiedet sich aus dem alten Jahr mit einem herzlichen Dankeschön an unsere Autoren, Leser und Sympathisanten sowie mit den besten Wünschen für ausreichend kreative Utopien im neuen Jahr 1998.

ARNDT HOPFMANN

HELMUT BOCK

Die Russische Revolution 1917 – »Kriegskind des 20. Jahrhunderts«

Immer und überall droht dem Nachdenken über Geschichte die Gefahr der geistigen Selbstausslieferung an heutige oder gestrige »Traditions«-Macher: an Sachwalter von rein politischen Interessen, die ihre »Traditionen« aus der Geschichte herleiten – zumeist durch willkürliche Auswahl, Deutung, Aktualisierung. Mit anderen Worten: Es gibt subjektive Vorgänge, bei denen Ereignisse, Ideen und Taten der Vergangenheit gemäß aktuell-politischer Strategien rezipiert, durch die jeweils herrschende Traditionspflege aber auch zurechtgebogen werden.

Von Wert ist dagegen ein anderes: die Arbeit mit dem Begriff »historisches Erbe«. Er bezieht sich auf alles, was objektiv in der Geschichte existiert und – wie auch immer – als Wirkungskraft auf den Gang der Menschheit einen Einfluß gewonnen, das Leben der Zeitgenossen wie der Nachgeborenen geprägt hat. Der Begriff des objektiv historischen Erbes könnte geeignet sein, die Aktivitäten und Entscheidungen der Vergangenheit primär aus den einstigen Bedingungen und Verhältnissen zu verstehen, folglich nicht anders als durch historisch-konkrete Reproduktion und Darlegung zu erinnern. 80 Jahre nach der Russischen Revolution wäre demnach *sine ira et studio* zu sagen, was die widerstreitenden Akteure des Jahres 1917 unter dem Zwang von bis dahin niemals erlebten Verheerungen tun wollten und konnten: was sie erhofften, erreichten – aber auch verfehlten.

Die forschende Analyse und Interpretation – die Voraussetzung des historisch begründeten Erinnerens – erfolgt freilich nicht ohne die weltpolitischen Erfahrungen, die allen Generationen seit damals zugewachsen sind. Dieses heutige Wissen, das mit seinen unterschiedlichen Parteinahmen, auch seinen Ernüchterungen wiederum stark eingefärbt ist, kann nun ebenfalls dazu verleiten, die geschichtliche Rückschau subjektiven Beeinträchtigungen auszusetzen. Die Revolution von 1917, betrachtet durch die Brille der Verächter antikapitalistischer Alternativen oder gar der früheren Konter-Revolutionäre und ihrer bewußten Nachfahren, erscheint als Büchse der Pandora, aus der die fundamentalen Irrtümer, die gesellschaftlichen Krankheiten und Verbrechen unseres Jahrhunderts gekommen seien. Widerspruch zwischen bürgerlicher Demokratie und kommunistisch-faschistischem Totalitarismus – so nämlich heißt das Konstrukt, wonach der Charakter des Zeitalters von 1917 bis 1990 einzig zu erklären sei.

Doch da sind auch die Millionen der tatsächlich Enttäuschten,

Helmut Bock – Jg. 1928,
Historiker, Prof. em. Dr. phil.
habil., Berlin.

Der vorliegende Text ist die redigierte und mit Literaturangaben ergänzte Fassung des Beitrages, der für einen Reader der Marx-Engels-Stiftung e. V., Wuppertal, geschrieben wurde und voraussichtlich im Verlag Pahl-Rugenstein ebenfalls publiziert wird. Der Verfasser möchte betonen, daß er sich hier nur zu den Ursachen und dem unmittelbaren Verlauf der Russischen Revolution, nicht aber zu ihren Weltwirkungen äußern kann.

der Resignativen. Vormal's Tätige oder Sympathisierende der sozialen Revolution, empfinden sie sich nunmehr auf dem Scherbenhaufen des mißlungenen, strukturell auch mißratenen staatsmonopolistischen Sozialismus. Selbst ethische Sozialisten, die vom ideellen Gebot der Gleichheit und der Brüderlichkeit aller Menschen und Völker überzeugt geblieben sind, nennen die »Große Sozialistische Oktoberrevolution« eine historische »Sackgasse«, die keine sonderliche Erinnerung, jedenfalls keine Würdigung als ein weltgeschichtlich überdauerndes Ereignis und Datum verdient.

Es bleibt dennoch die Frage, ob somit die ganze Russische Revolution als ein politisch-soziales Ereignis erledigt, das Jahr 1917 als eine Zäsur der Weltgeschichte aus dem Gedächtnis zu löschen ist. Denn die konkrete Historie zeigt mehr als den Gegensatz von Demokratie und Totalitarismus, die gewiß unvereinbar, aber durch die Gleichsetzung faschistischer und prinzipiell antifaschistischer Diktaturen böseartig verfälscht sind. Die realistische Retrospektive offenbart, daß die erste Hälfte des Jahrhunderts, zumindest seit 1914, eine Epoche nie dagewesener Kriege und zunehmend weltumspannender Vernichtungen war. Und nicht die von 1917 gekommene Sowjetunion war »der Schoß, aus dem das kroch«. Schon der Erste Weltkrieg war eine von kapitalistischen Staaten verschiedener Wachstumsgrade bewirkte – um nicht zu sagen: verschuldete – Völkerkatastrophe.

Ursachen und Wirkungen erscheinen unter diesem Aspekt vom Kopf auf die Füße gestellt. »Revolution war das Kriegskind des 20. Jahrhunderts: Besonders die Russische Revolution von 1917 [...]. Die Revolution, die schließlich alle Regime von Wladiwostok bis zum Rhein hinwegfegte, war ein Aufstand gegen den Krieg.« So urteilt der britische Historiker E. Hobsbawm in seiner Jahrhundertbilanz »Das Zeitalter der Extreme«.¹

Man befrage die hinterlassenen Zeugnisse der Vorkriegszeit um 1900, als die führenden Nationalstaaten konstituiert waren und das große Kapital begonnen hatte, sich in Monopolvereinigungen der Industrie und der Banken zu konzentrieren. Schon seit dem Krimkrieg hatten sieben militärische Regionalkonflikte allein das Staatensystem Europas erschüttert, ganz zu schweigen von den kolonialen Aggressionen, mit denen Großbritannien, Frankreich, die USA, Deutschland, Italien die Völker anderer Kontinente heimsuchten. Zumal Deutschlands arroganter Triumph über die französische Nation im Spiegelsaal zu Versailles legte das Schlangenei, aus dem ein ganz neues Unheil erwuchs. Bismarcks Reichsgründungsakt und der Annexionsfriede von 1871 beschworen den Krieg aller bisherigen Kriege, das düstere Menetekel des Weltkriegs herauf. In steigender Sorge beobachtete die geistige Elite Europas, wie mit der militärpolitischen Staatenblockbildung nicht nur ein gewaltiger Zusammenprall drohte. Mit dem Eilmarsch der Technik und Industrie, den die Wachstumsfanatiker einen unaufhaltsamen »Fortschritt« nennen, hatte eine verhängnisvolle, bis heute andauernde Entwicklung begonnen: eine nie endende Revolution der Waffentechnik und ein darauf basierendes Wettrüsten.

Das war die Welt, in der sich die Parteien der arbeitenden Klasse formierten, um mit der sozialen Emanzipation auch eine frie-

1 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München-Wien 1995, S. 78 und 93.

denpolitische Befreiung herbeizuführen. Marx und Engels, die bevorzugten Köpfe der Arbeiterbewegung des alten Jahrhunderts, hatten in ihrer Frühzeit den großen Staatenkrieg durchaus für die »Weltrevolution« und den zukünftigen »Weltfrieden« in Kauf nehmen wollen. Seit 1870/71 aber wirkten sie mit aller Entschiedenheit gegen jeden der europäischen Kriege. Die beiden Dioskuren waren sich in der Auffassung einig, daß Krieg »unser größtes Unglück« sei. Der kommende Weltkrieg war die schlimmste Befürchtung des alten Engels gegen Ende seines Lebens in London. Dafür zeugt ein Text von nahezu alttestamentlicher Prophetie [1887]: »Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, ... Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unseres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankrott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzen über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt [...].² Angesichts solcher Vernichtungen müßten die »Sozialisten in allen Ländern für den Frieden« sein. Sonst würden gerade die Proletarier von den herrschenden Klassen gezwungen, »sich gegenseitig abzuschlachten«.³ Gewiß stand die sozialistische Revolution nach wie vor im Mittelpunkt der strategischen Überlegungen. Doch ein Weltkrieg, den die machthabenden Regime verantworteten, war keinesfalls der Preis, den die Marxisten für die Emanzipation des Proletariats zu zahlen wünschten.

Auch Menschen des Bürgertums negierten Imperialismus und Militarismus, indem sie auf Friedenskongressen, Interparlamentarischen Konferenzen, nationalen und internationalen Kundgebungen den modernen Pazifismus gegen den Moloch des modernen Krieges vertraten. »Die Waffen nieder!« hieß ihre bündige Losung. Als aber Bertha von Suttner, die den pazifistischen Streitruif erdachte und vorlebte, im Jahr 1906 vor dem Nobel-Komitee des Storthing in Kristiania die Weltlage reflektierte, erblickte sie alles andere als die gewünschte Achtung des Friedens und des obersten der Menschenrechte – des Rechts auf Leben, das doch in der vielzitierten Deklaration von 1789 vom emporsteigenden Bürgertum garantiert worden war. Sie sah die Menschenschlächterei des russisch-japanischen Krieges und als Folge die Revolution von 1905. In den Staaten Mittel- und Westeuropas gewährte sie chauvinistische Hetze, Säbelgerassel und Rüstungen überall. »Festungen werden gebaut, Unterseeboote fabriziert, ganze Strecken unterminiert, kriegstüchtige Luftschiffe probiert, mit einem Eifer, als wäre das demnächstige Losschlagen die sicherste und wichtigste Angelegenheit der Staaten.« Auf der gesamten Erde: Brände, Raub, Bomben, Hinrichtungen, Massaker – »eine Orgie des Dämons Gewalt«. Die Verallgemeinerung lautete: »Auf Verleugnung der Friedensmöglichkeit, auf Geringschätzung des Lebens, auf den Zwang zum Töten ist bisher die ganze militärisch organisierte Gesellschaftsordnung aufgebaut.«⁴ Das Reformstreben der Pazifisten, das seiner

2 Friedrich Engels: Einleitung [zu Sigismund Borkheims Broschüre »Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten. 1806-1807«], in: Marx-Engels, Werke, Bd. 21, S. 350-351.

3 Derselbe: Der Sozialismus in Deutschland, ebenda, Bd. 22, S. 256; Brief an das Organisationskomitee des internationalen Festes in Paris, London, 13. Februar 1887, ebenda, Bd. 21, S. 344.

4 Bertha von Suttner: Vortrag vor dem Nobel-Comitee des Storthing zu Christiania am 18. April 1906 [abgedr. bei B. Kempf: Bertha von Suttner. Das Lebensbild einer großen Frau, Wien 1964, S. 180-184].

Tendenz nach auf einen Völkerbund oder gar Vereinte Nationen abzielte, wollte die Lebensinteressen der Menschheit erfüllen. Deshalb zählte die Suttner zu den Gestalten, auf die ihre Hoffnungen gerichtet waren, nicht nur Repräsentanten der bürgerlichen Demokratie, sondern auch Sozialisten der Zweiten Internationale. Sie empfahl den bürgerlichen Friedensgesellschaften eine andere, weit größere Bewegung als möglichen Verbündeten: jene »Partei, deren Anhänger schon nach Millionen zählen, die Partei der Arbeiter, des Volkes, auf deren Programm unter den wichtigsten Forderungen der ›Völkerfrieden‹ obenansteht«. ⁵

5 Dieselbe: Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte, Dresden-Leipzig 1892, S. 305.

Es wäre ein Leichtes, die häufigen Friedensresolutionen der Zweiten Internationale an dieser Stelle nachzubeten. Von geschichtsmächtiger Bedeutung wurde allein die Mitschuld der Vorkriegs-Sozialisten an der weltpolitischen Katastrophe von 1914. Dafür mögen die enttäuschten Erwartungen zeugen, die sogar aus dem Bürgertum kamen. Die erste Nobelpreisträgerin des Friedens beispielsweise verstarb eine Woche vor den Schüssen von Sarajevo mit vergeblichem Glauben an die Zuverlässigkeit der Arbeiterbewegung: »[...] Gegen den Übermilitarismus, der jetzt die Atmosphäre erfüllt, ist nicht anzukämpfen. Die einzigen – weil sie auch eine Macht sind –, auf die man hoffen kann, daß sie den Massenkrieg abwenden, sind die Sozialdemokraten.« ⁶ Wie jeder weiß, erfüllten die Führer der Zweiten Internationale das bislang selbst in Anspruch genommene Vertrauen nicht. Jean Jaurés fiel in Paris als ein Märtyrer der Friedensidee. Fast alle anderen aber reckten die Kriegsstandarten und gaben ihr Jawort, so daß die »Proletarier aller Länder« – nicht sich vereinigten.

6 Dieselbe: Tagebuchnotiz vom 14. Mai 1914, zit. nach: Sigrid u. Helmut Bock: Bertha von Suttner - Arbeiter für den Frieden, in: Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte, Berlin 1990, S. 458.

Es gelang sämtlichen kriegtreibenden Regierungen, die Führer der nationalen Arbeiterparteien, mittels deren Organisation und Parteipresse auch die proletarische Klasse, an ihre Seite zu zwingen. Französische, englische, belgische Sozialisten riefen dazu auf, die bürgerlichen Freiheiten gegen die »halbfeudalen Monarchien« Deutschlands und Österreich-Ungarns zu verteidigen, und es gab Sozialdemokraten des weit rückständigeren Rußland, die in dieselbe Kriegstrompete bliesen, weil doch ihr Land der Entente angehörte. Die Deutschen und die Österreicher indessen erklärten, die von der Sozialdemokratie erkämpften Rechte und Freiheiten gegen die Despotie des Zarentums schützen zu müssen. In beiden Lagern wurde überdies ein gleichklingendes Argument als »marxistisch« ausgegeben: Weil die Zeit für eine sozialistische Revolution noch nicht reif sei, müßten die Arbeiter die jeweils fortgeschrittenere Bourgeoisie unterstützen – und als solche galt immer nur die des eigenen Landes. Der Verrat an Idee und Beschlüssen des proletarischen Internationalismus riß die erste, kaum wieder gutzumachende Kluft in die Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts. Das wirkte derart traumatisch auf standhafte Internationalisten und Kriegsgegner, daß die aus ihren Reihen hervorgehenden kommunistischen Parteien auch ihrerseits jede Möglichkeit versäumten, die einmal verursachte Spaltung späterhin aufrichtig und demokratisch zu überwinden.

Was auf den Kriegsbeginn von 1914 folgte, übertraf selbst die schlimmsten Erwartungen und Voraussagen. Niemals zuvor ver-

zeichneten die Annalen der Weltgeschichte eine solche Barbarei. Das chauvinistische Wechselgeschrei der »Vaterlandsverteidigung«, die blutigen Massenszenen der »Generaloffensiven«, die verheerenden Trommelfeuer der »Materialschlachten« beherrschten das vordergründig sichtbare Geschehen. Das ganze Elend der Individuen und der Völker aber blieb nur in einer lautlos wachsenden Statistik überschaubar: Ihre Endsumme betrug rund zehn Millionen Gefallener, zwanzig Millionen Verwundeter und Kriegskrüppel, mehrere – nur ungenau schätzbare – Millionen Verhungerte, Seuchentoter, spurlos Verschwundener. In vier Kriegsjahren wurden zweimal soviel Menschen getötet wie in sämtlichen Kriegen seit der Französischen Revolution von 1789. Die unfassbaren Menschenopfer, der Milliardenverlust an Produktivkräften, materiellen Gütern und unwiederbringlichen Kulturschätzen, die zur gegenseitigen Abschichtung erniedrigten menschlichen Beziehungen – dies alles war Resultat der Politik von sogenannten zivilisierten Staaten. Der humane Sinn von Leben und Arbeit war in den Widersinn massenhafter Verrohung und Vernichtung pervertiert. Wen mag es verwundern, wenn Alternativdenker damals von einer ganz anderen »Sackgasse« sprachen – von der tödlichen Zwangslage, den barbarischen Abgründen, in welche die Großmächte des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts nunmehr die Menschheit hineindirigiert hatten?

Doch am 23. Februar des Julianischen Kalenders, dem 8. März 1917, eskalierte ein Streik der Rüstungsarbeiter im Petrograder Putilowwerk und ein Hungermarsch der Frauen zu regierungsfeindlichen Demonstrationen: »Brot!« – »Nieder mit der Selbstherrschaft!« – »Schluß mit dem Krieg!« Nach sechs Tagen anhaltender Massenunruhen in Petrograd standen auch 127.000 Soldaten, mehrheitlich Bauern im Waffenrock, an der Seite der revoltierenden Frauen und Mütter, der Arbeiterinnen und Arbeiter. Die regionale Militärmacht entzog sich der Befehlsgewalt des Zaren, seiner Generalität und Kamarilla – und ebendas machte den Volkswiderstand zur siegreichen Revolution. Der Abdankung Nikolaus II. folgte der Thronverzicht seines Bruders und an demselben 2. März die Bildung der bürgerlichen, aber noch Provisorischen Regierung. Hunderttausende hatten den nahezu unblutigen Machtwechsel auf Petrograds Straßenpflaster weniger mit Waffen als mit ihren Füßen erstritten. Der hauptstädtische Februaraufstand, der in anderen Teilen Rußlands wie auch an der Front einen verzögerten, aber kräftigen Widerhall fand, entsprang dem brisanten Gemenge von sozialen, mentalen, politischen Konfliktstoffen – zur Explosion getrieben durch die Zwangsmittel der zaristischen Kommandogewalten und die provozierend sinnwidrige Scharfmacherei der Durchhaltestrategen des fast schon verlorenen Krieges.

Jetzt schien die kapital- und grundbesitzende Bourgeoisie berufen, über des Volkes Schicksal, vor allem den aktuellen Urgrund des Elends, den Krieg, zu entscheiden. Gravierend ist aber die Tatsache, daß im Programm der Provisorischen Regierung, die sich mit den Sozialdemokraten-Menschewiki und den agrarpolitisch orientierten Sozialrevolutionären des Petrograder Sowjets abgestimmt hatte, »die Kriegsfrage« – wie Zeitgenossen berichten –

»mit völligem Stillschweigen übergangen« wurde. Die neuen Minister, die überdauernden Armeeeoberbefehlshaber, das traditionelle Offizierskorps und das an der Rüstung profitierende Unternehmertum gedachten den Krieg unter allen Umständen bis zum »Sieg-Frieden« fortzusetzen. Es blieb den Arbeitern des Baltischen Werkes und den weiteren Volksversammlungen vorbehalten, bereits Anfang März eine sofortige »Beendigung des Krieges ohne Annexionen und Kontributionen« zu verlangen. Frieden ohne Annexionen und Kontributionen! – das durchschlug den Gordischen Knoten, an dem sämtliche Staatsregierungen auf beiden Seiten der Front noch unentwegt knüpften. Die Losung, von einem Häuflein konsequenter Sozialisten und Internationalisten auf der Zimmerwalder Konferenz [1915] in Einsamkeit angenommen, entstieg jetzt den Arbeiterhirnen und zündete auch in einer Unzahl geschundener, zum Schlachtentod verurteilter Bauernsoldaten.

Gerade die Alternative Krieg oder Frieden bewirkte jene Zerreißproben, an denen im Revolutionsjahr 1917 insgesamt vier Ministerkabinette der bürgerlichen Regierung zerbrachen. Vor allem die Brussilow-Offensive, ihr verlustreiches Scheitern bei gleichzeitiger Niederschlagung der Antikriegsdemonstrationen im Juli, war der mentale Wendepunkt, seitdem eine revolutionär-demokratische Übereinkunft zwischen Regierung und Volk, Heeresführung und Soldaten unmöglich wurde. »Alle Macht den Sowjets!« hieß das Banner, unter dem die gewaltsam zurückgewiesenen Massen sich sammelten – sich mehr und mehr abwendend von regierungstreuen Menschewiki und Sozialrevolutionären, zumindest in Petrograd, Moskau und weiteren Städten unter den Einfluß der Bolschewiki geratend.

Die Situation war seit den Tagen der Februarrevolution im höchsten Grade verworren und widersprüchlich. Rußland war von den Zwangsinstitutionen der zaristischen Staatsgewalt befreit. Der Sieg des Volkes hatte ein Vakuum für Aktivitäten geschaffen, die in den anderen kriegführenden Ländern ganz unerlaubt blieben. Arbeiter, Soldaten, Bauern, Landarme waren in ihren Lebensräumen und militärischen Standorten zur Selbstorganisation ihrer sozialen Interessen geschritten, zur Bildung von unzähligen Komitees und den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten – von basisdemokratischen Volksvertretungen. Diese waren nach Geist und Erscheinungsformen keinesfalls nur Anhängsel des bürgerlichen Liberalismus. Sie waren vergleichbar mit den auf Volkssouveränität basierenden Verbündnissen des revolutionären Demokratismus früherer Revolutionen seit 1789.

Mit Recht betont daher der russische Geschichtsschreiber R. A. Medwedew die Bedeutung der Februarrevolution im Gesamtzusammenhang der Russischen Revolution: »Obwohl sich die Februar- und die Oktoberrevolution in ihren Zwecken, Triebkräften und Folgen wesentlich unterschieden, wiesen sie doch auch viele gemeinsame Ursachen auf. Im retrospektiven Bewußtsein der Menschheit erscheinen sie heute als zwei Etappen eines einheitlichen revolutionären Prozesses, der das Jahr 1917 in Rußland bestimmte.«⁷ P. W. Wolobujew und W. P. Buldakow, die akademischen Koordinatoren der heutigen russischen Revolutionshistorio-

7 R. A. Medwedew: 80 Jahre Russische Revolution. Sieg und Niederlage der Bolschewiki, in: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?, hrsg. v. W. Hedeler, H. Schützler, S. Striegnitz, Berlin 1997, S. 35.

graphie, ergänzen diese Gesamtschau durch eine betonte Wertung der Februarrevolution unter psychosozialen Aspekten: »Entgegen den Vorstellungen der Ereignishistoriographie erweist sich nicht der ›bolschewistische‹ Oktober, sondern der ›demokratische‹ Februar als der kritische Punkt im Jahre 1917. Für die im paternalistischen Denken verhafteten Massen war die Tatsache des Sturzes der Macht von außerordentlicher Bedeutung und viel wichtiger als ihre Übernahme [...]«. ⁸ Der Februar habe für das Volk einen sofortigen, realen Gewinn gebracht: den Sieg der Idee der »Gerechtigkeit«, die hinfort von einer neuen und volksnahen Politik ausgefüllt werden mußte.

Von den Versammlungen und den Vertretungskörpern dieser sich organisierenden Massen wurden unabdingliche Ansprüche gestellt und vollendete Tatsachen geschaffen. Sie widersprachen zumeist den Zielen der wechselnd amtierenden Staatsregierungen und der Bourgeoisie – und spiegeln die Verwicklung der Konflikte, die Widerspruchsdiagnostik der Jahre 1917/18 wider. Der Ruf »Schluß mit dem Krieg!«, die Massenforderung und verbale Ermutigung zur Selbsthilfe der Soldatensowjets, auch zur Befehlsverweigerung und millionenfachen Desertion, wurde von Ministern und Generalität mit kriegerischen Solidaritätsadressen an die Ententemächte und der Wiedereinführung standrechtlicher Todesstrafen beantwortet. Auf den Ruf »Der Boden den Bauern!«, nächst der Antikriegsforderung die verbreitetste Losung der größten Bevölkerungsmasse Rußlands und bereits verwirklicht durch selbsttätige Konfiskationen von Land, Saatgut, Gerätschaften der Großgrundbesitzer, reagierte die Regierung mit dem Einsatz von Kosakenschwadronen. Auch die Fabrikkomitees und die Gewerkschaften der Arbeiter, mit ihrem Verlangen nach achtstündigem Arbeitstag, besseren Löhnen, Produktions- und Absatzkontrolle gegen spekulierende Unternehmer, waren den Eigentumshütern ein Dorn im Auge. Und weil schließlich noch die Nationalvertretungen Finnlands, der Ukraine, des Baltikums, der Regionen des Südens ihre kulturelle Autonomie oder gar staatliche Unabhängigkeit beanspruchten, sah sich die Regierung genötigt, auf die großrussische Einheit zu pochen. Ihre universelle Anweisung lautete andauernd, daß auf die gesetzgebenden Beschlüsse einer »Konstituierenden Versammlung« zu warten sei – wobei aber die Wahlen wegen der Unruhe des Landes ebensooft verschoben wurden.

So pendelte schließlich die Regierung des Sozialrevolutionärs Kerenski im Herbst 1917 zwischen Machtbehauptung und Ohnmacht. Sie war nach »links« gegen die »Anarchie« der Massen gerichtet und drohte, nach den Wahlen und dem Zusammentritt der Konstituante die Sowjets aufzulösen, während sie von »rechts« durch die Konterrevolution, zumal den Putschversuch des Generals Kornilow, bedroht wurde. Und bei alledem standen die Armeen der Deutschen und Österreicher tief im russischen Land. Sie rückten über das Baltikum näher und näher nach Petrograd vor – nachweislich herbeigewünscht von Offizierscliquen und Besitzbürgern, die den äußeren Feind für ein geringeres Übel als die Revolution hielten.

Selten in der Historie war ein »Deus ex machina« so gefragt wie

8 P. W. Wolobujew /W. P. Buldakow: Oktoberrevolution - neue Forschungszugänge, ebenda, S. 52.

jetzt. Und es gab ihn! Er kam nicht aus den Reihen der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre, die auf das künftige Parlament setzten und deren gemäßigte Repräsentanten bereits als Minister in der zunehmend verachteten Koalitionsregierung saßen. Als handlungsfähig erwies sich einzig jene Parteiströmung, die sich als ein »bewußter Vortrupp« der arbeitenden Klasse auffaßte, die mit unterschiedener Agitation gegen Kapitalisten, Großgrundbesitzer, bürgerliche Regierung kämpfte und deren paramilitärische Schlagkraft auf einem zentralistischen, in Zukunft keineswegs unproblematischen Führungsstil beruhte: die Bolschewiki unter dem geistigen Gewicht Lenins und Trotzki's. Mit der proletarischen Roten Garde und dem Beistand einer revolutionär gesinnten Soldatenmasse wagten sie den Petrograder Oktoberaufstand genau zu dem Zeitpunkt, da sich die Deputierten des II. Allrussischen Sowjetkongresses der Arbeiter und der Soldaten im Smolny versammelten.

Der Aufstand war kein formal-demokratisch beglaubigter Vorgang, den die Deputierten etwa beschlossen hätten. Er war ein Akt radikaler Überrumpelung, bei dem die Leninsche Taktik galt, dem Kongreß den Sturz der Regierung Kerenski als ein unverrückbares Faktum vorzusetzen und angesichts des erneuten Machtvakuum's erste grundlegende Beschlüsse abzuverlangen. Dem diente auch Agitation. Noch war das Winterpalais, die Zuflucht der Minister, nicht erobert, da behauptete das Revolutionäre Militärkomitee bereits den Regierungssturz. Es soufflierte den »Bürgern Rußlands« in Zeitung und Flugblättern sofortige Maßnahmen: Angebot eines demokratischen Friedens, Aufhebung des Eigentums der Gutsbesitzer an Grund und Boden, Arbeiterkontrolle über die Produktion und Bildung einer Regierung im Namen der Sowjets. Wie aber konnte das in den Weiten ganz Rußlands, fern von den dahinjagenden Ereignissen der Hauptstadt, verstanden werden? Auf den ersten Blick mochte sich die Frage stellen, ob diese Orientierung nur die konsequente Zuendeführung der im Februar begonnenen bürgerlich-demokratischen Revolution anzeigte, ob also die Bolschewiki [um in historischer Analogie zu denken] die Rolle der französischen Jakobiner von 1793 übernahmen. Doch wenige Stunden danach, der Aufstand war noch immer im Gange, beschloß der nunmehr von Lenin dominierte Petrograder Stadtsowjet das gesellschaftliche Ziel der Oktoberrevolutionäre: Die von der Revolution zu schaffende Sowjetregierung, die sich allein auf das »städtische Proletariat« und die »ganze Masse der armen Bauernschaft« gründe, werde »unbeirrt zum Sozialismus schreiten« – »dem einzigen Mittel, das Land von den unsagbaren Leiden und Schrecken des Krieges zu erlösen«. Zuvor hatte Lenin die kommende Sowjetregierung ein Machtorgan »ohne jegliche Teilnahme der Bourgeoisie« genannt, die Zerschlagung des alten und die Errichtung eines neuen Staatsapparats gefordert, die Solidarität der schon unruhigen Arbeiter Italiens, Englands, Deutschlands versprochen und die baldige sozialistische »Weltrevolution« angekündigt. Er hatte von der wichtigsten aller Aufgaben gesagt: »Um aber diesen Krieg zu beenden, der mit der gegenwärtigen kapitalistischen Ordnung eng verknüpft ist, muß man – das ist allen klar – das Kapital selbst niederringen.«⁹

9 W. I. Lenin: Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, 25. Oktober (7. November) 1917, in: Werke, Bd. 26, S. 228-231.

Im Hintergrund der revolutionären Aktivitäten schmorte nun der Allrussische Sowjetkongreß. Dort hielten die gemäßigten Führer der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre solange das Präsidium besetzt, bis das Winterpalais tatsächlich genommen, die meisten Minister verhaftet und die genannten Parteigrößen frustriert genug waren, um mit demonstrativem Protest den Kongreß zu verlassen: »Eine militärische Verschwörung ist hinter dem Rücken des Kongresses organisiert worden.« Jedoch der anwesende Sozialrevolutionär S. D. Mstislawski berichtet, daß »an der Basis die Stimmung der Parteimassen ohne Zweifel linker war als bei den im Februartaumel erstarrten Führungsschichten [...]«. ¹⁰ Was zuletzt im Saal verblieb und die Beschlüsse des Oktoberaufstands durch Abstimmung besiegelte, waren immerhin 625 Deputierte, darunter 390 Bolschewiki, 179 Linke Sozialrevolutionäre sowie kleinere Gruppen der Vereinigten Internationalisten und der Ukrainischen Sozialrevolutionäre.

Am Abend dieses 26. Oktobers [8. Novembers] 1917 schlug dann Lenins historische Stunde. »In armseligen Kleidern, mit Hosen, viel zu lang für ihn [...]. Führer nur dank der Überlegenheit seines Intellekts; farblos, humorlos, unnachgiebig. Als Redner nüchtern, aber mit der Fähigkeit, tiefe Gedanken in einfachste Worte zu kleiden, die Analyse konkreter Situationen zu geben«, so schildert ihn der US-amerikanische Augen- und Ohrenzeuge John Reed in seinem weithin bekannten Buch ¹¹ – neben den Berichten von Mstislawski und N. N. Suchanow ¹² noch heute eine reichhaltige Quelle für den II. Sowjetkongreß, die Tage davor und danach. »Die Frage des Friedens ist die aktuellste, die alle bewegende Frage der Gegenwart.« Mit diesem Satz begann Lenin die Verlesung des »Dekretes über den Frieden«.

Der heutige Leser, der das Dokument in Lenins »Werken« findet ¹³, kann sich kaum der historischen Tatsache verschließen, daß der Vorschlag an die kriegführenden Völker und ihre Regierungen, sofort Verhandlungen über einen »gerechten, demokratischen Frieden« aufzunehmen, eine Botschaft war, die in der bisherigen Weltgeschichte der Staatenkriege nicht ihresgleichen hat. Kriterium der beschworenen Gerechtigkeit und Demokratie sollte ein »Frieden ohne Annexionen (d. h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen« sein. Das Dekret enthält eine völkerrechtswürdige Bestimmung des Begriffs der »Annexion«, wie sie noch heute und zukünftig taugen möchte. Es war selbstverständlich, daß die Geheimdiplomatie, die sekretären Regierungsabsprachen, überdies sämtliche bisherigen »Annexionen der Großrussen« sofort und bedingungslos als ungültig erklärt wurden. Für alle Nationen und Völker – gleich, ob sie »in Europa oder in fernen, überseeischen Ländern« lebten – wurde das Recht der nationalen Selbstbestimmung eingefordert.

War dieser größere Textteil an die Völker und Regierungen gerichtet, wobei die Bereitschaft erklärt wurde, auch deren eigene Friedensbedingungen zu erwägen, so wandte sich das Dekret doch am Schluß an ganz besondere Adressaten: die »klassenbewußten Arbeiter der drei fortgeschrittensten Nationen der Menschheit und

10 S. D. Mstislawski über den II. Sowjetkongreß, in: Die Russische Revolution, a. a. O., S. 392-395.

11 John Reed: Zehn Tage, die die Welt erschütterten, Berlin 1957, S. 180-181.

12 N. N. Suchanow: 1917. Tagebuch der russischen Revolution, ausgew., übertr. u. hrsg. v. N. Ehlert. Vorw. v. I. Fetscher, München 1967.

13 Lenin: Rede über den Frieden, 26. Oktober (8. November) 1917 und Dekret über den Frieden, in: Werke, Bd. 26, S. 239-242.

der größten am gegenwärtigen Krieg beteiligten Staaten: Englands, Frankreichs und Deutschlands«. Die geschichtlichen Verdienste der englischen Chartisten, der französischen Arbeiterrevolutionäre, der deutschen Sozialdemokraten im Kampf gegen Bismarcks »Sozialistengesetz« erinnernd, sprach das Dekret vor aller Öffentlichkeit die Erwartung der alsbaldigen »Weltrevolution« aus: » ... daß diese Arbeiter uns durch ihre allseitige, entschiedene, rückhaltlos energische Tätigkeit helfen werden, die Sache des Friedens und zugleich damit die Sache der Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Volksmassen von jeder Sklaverei und jeder Ausbeutung erfolgreich zu Ende zu führen«.

Lenins erläuternde Gedanken, die nicht im Dekret geäußert wurden, sagten trotz geschichtsoptimistischer »Endzeit«-Betrachtung einen schweren Kampf voraus: »Die Regierungen und die Bourgeoisie werden alles daransetzen, um sich zu vereinen und die Arbeiter- und Bauernrevolution in Blut zu ersticken.« Am Ende aber würden »Frieden und Sozialismus« den Charakter der soeben beginnenden neuen Epoche bestimmen.¹⁴ – Nach vollzogener Diskussion sprach Lenin sodann ein »Schlußwort«. Darin findet sich ein Gedanke, den wir festhalten möchten, weil er bezeugt, wie die Bolschewiki in der Stunde der großen Deklarationen noch ihre Achtung vor den Volksmassen gelobten: »Die Bourgeoisie hält nur dann einen Staat für stark, wenn er mit der ganzen Macht des Regierungsapparates die Massen dorthin zu dirigieren vermag, wohin es die bürgerlichen Machthaber wollen. Unser Begriff von Stärke ist ein anderer. Nach unseren Begriffen ist es die Bewußtheit der Massen, die den Staat stark macht. Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewußt tun.«¹⁵ Dies war das anfängliche Anerkenntnis einer volkhaften Demokratie, der aber die Bolschewiki, sobald sie Staatspartei wurden, nicht die Treue hielten. Um einen historischen Vergleich zu wagen: Der 26. August 1789 mit seiner Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte und der 26. Oktober 1917 mit seiner Botschaft des Friedens und der Volks-Demokratie erscheinen gleichsam als »Sternstunden der Menschheit«. Aber ihre idealen Verheißungen wurden verdüstert durch die nachfolgenden, realen Abfälschungen und Enttäuschungen, wofür exponierte Sachwalter des Kapitalismus und des »Real-Sozialismus« in der historischen Verantwortung stehen.

Der II. Allrussische Sowjetkongreß bestätigte ebenfalls das von Lenin verlesene, seit Jahren schon von den Sozialrevolutionären vertretene »Dekret über den Grund und Boden«.¹⁶ Es sollte jetzt »die gewaltigen Massen der armen Bauern beruhigen«, die begonnen hatten, in Aufständen gegen die Regierung Kerenski, die Großgrundbesitzer und die in der Regierungskoalition nach rechts abgeschwenkten Führer der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre zu rebellieren. »Das Eigentum der Gutsbesitzer am Grund und Boden wird unverzüglich ohne jede Entschädigung aufgehoben«, lautet Artikel 1. Diese Konfiskation galt auch für Kron-, Kloster- und Kirchenländereien. Das beschlagnahmte Eigentum sollte einstweilen der Verfügungsgewalt bäuerlicher Bodenkomitees und der Kreissowjets der Bauerndeputierten unterstehen – bis die Konsti-

14 Ebenda, S. 242-243.

15 Lenin: Schlußwort zur Rede über den Frieden, ebenda, S. 246.

16 Dekret über den Grund und Boden, ebenda, S. 249.

tuierende Versammlung ganz Rußlands endgültige Gesetze beschließen würde.

Das Dekret formulierte eine revolutionär-demokratische Lösung der Agrarfrage, die das Bodeneigentum der Bauern akzeptierte und eine noch weitere bürgerlich-bäuerliche Eigentumsbildung der »einfachen Bauern und der einfachen Kosaken« ermöglichte. Doch die Linken Sozialrevolutionäre und die Bolschewiki favorisierten als »gerechteste Lösung« solche Prinzipien, die den Sozialismus erstrebten. Deshalb wurde dem Text des Dekrets ein »Bäuerlicher Wählerauftrag« beigegeben: Das »Privateigentum am Grund und Boden« sei »für immer« aufzuheben, der gesamte Boden zum »Gemeineigentum des Volkes« zu machen, alle Bodenschätze, Waldungen und Gewässer von größerer Bedeutung in die »ausschließliche Nutzung des Staates« zu überführen und das »Recht der Bodennutzung« allen Staatsbürgern, »die den Boden selbst, mit Hilfe ihrer Familie, oder genossenschaftlich bearbeiten wollen«, für die Dauer ihrer Arbeitsfähigkeit zuzusprechen. Lohnarbeit hingegen sollte nicht erlaubt werden.¹⁷

Den Bolschewiki war bewußt, daß die Majorität der Bauern nicht ihnen, sondern den Sozialrevolutionären folgte. Dieser Umstand veranlaßte Lenin abermals zu einer volksfreundlichen Schlußbemerkung: »[...]Wir müssen der schöpferischen Kraft der Volksmassen volle Freiheit gewähren. [...] Wir glauben, daß die Bauernschaft selbst es besser als wir verstehen wird, die Frage richtig, so wie es notwendig ist, zu lösen. Ob in unserem Geiste oder im Geiste des Programms der Sozialrevolutionäre – das ist nicht das Wesentliche. Das Wesentliche ist, daß die Bauernschaft die feste Überzeugung gewinnt, daß es auf dem Lande keine Gutsbesitzer mehr gibt, daß es den Bauern selbst überlassen wird, alle Fragen zu entscheiden, selbst ihr Leben zu gestalten.«¹⁸ Auch dieses war ein momentanes Zugeständnis, das der »bewußte Vortrupp«, die Staatspartei Lenins und späterhin Stalins, auf die Dauer nicht einlöste.

Das dritte Dekret des Kongresses beinhaltete den »Beschuß über die Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung«: ausdrücklich deklariert als ein Provisorium »zur Verwaltung des Landes bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung« und bezeichnet als »Rat der Volkskommissare«.¹⁹ Die Wahl Lenins in die Funktion des Vorsitzenden – nach bürgerlichen Begriffen: des Ministerpräsidenten – anerkannte die intellektuelle Überzeugungskraft des Führers der Bolschewiki, der seit seinen »April-Thesen« die Gegenmeinungen in der Partei zurückgedrängt und bei den entscheidenden Beschlüssen seine Dominanz immer wieder durchgesetzt hatte.

Das also war das unmittelbare Ergebnis des Petrograder Aufstands, der ein Dreivierteljahrhundert lang mit dem Diktum »Große Sozialistische Oktoberrevolution« erinnert, gefeiert und verabsolutiert worden ist. In Wirklichkeit erfüllte diese neue, sich selbst als »provisorisch« bezeichnende Regierung bis zum Jahresende 1917 die noch ungelösten Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution: Sie ließ endlich die Wahlen zur Konstituante durchführen, mühte sich um allgemeine, jedoch von den Westmächten boykottierte Friedensverhandlungen, schloß einen Waf-

17 Bäuerlicher Wählerauftrag zur Bodenfrage, ebenda, S. 249-252.

18 Lenin: Rede über die Bodenfrage, 26. Oktober (8. November) 1917, ebenda, S. 252-253.

19 Beschluß über die Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung, ebenda, S. 254-255.

fenstillstand mit Deutschland und seinen Verbündeten, verfügte die Aufhebung der traditionalistischen Stände, die Trennung der Kirche von Staat und Schule, die Einführung des achtstündigen Arbeitstages und des Selbstbestimmungsrechtes der unter russischer Herrschaft stehenden Nationen. – Dagegen stießen die Regierungsbeschlüsse über die Arbeiterkontrolle der Produktion sowie die Nationalisierung der Banken, des Bodens, der Bodenschätze tatsächlich das Tor zum Sozialismus auf.

Bei Ausübung der Regierungsgewalt waren Lenin und seine bolschewistischen Mitstreiter nicht mehr so »frei« wie zuvor als radikale Oppositionspartei. Jetzt standen sie im Koalitionszwang mit den Linken Sozialrevolutionären und mehr noch unter dem Massendruck von Bauern, Soldaten, Arbeitern, bürgerlichen Nationalisten, die mehr oder weniger von »Sozialisierung«, sogar von »Sozialismus« sprachen, ohne aber die tatsächlichen Konsequenzen zu kennen oder zu wollen. Während die zum Kommunismus strebende Avantgarde das Privateigentum an den Produktionsmitteln abzuschaffen gedachte, wollten viele der besitzlosen Bauern und Landarbeiter endlich ein persönliches Eigentum an Grund und Boden haben. Während die Leninisten trotz ihrer Friedensbemühungen an die sehr wahrscheinliche Notwendigkeit denken mußten, das sich erneuernde Rußland gegen die innere und äußere Konterrevolution mit Revolutionstruppen zu verteidigen, strömten ungeheure Massen von Bauernsoldaten in ihre Dörfer zurück, um bei der Landverteilung gegenwärtig zu sein. Während dieselbe Avantgarde, der »bewußte Vortrupp« also, gerade im Industrieproletariat den missionarischen Träger für Sozialismus und Kommunismus erblickte, waren die Arbeiter nur ein sehr kleiner Bruchteil der Gesamtbevölkerung, und viele mochten das soeben gewonnene Recht, ihre Vertreter zu wählen und abzuwählen, nicht der bolschewistischen »Klassendisziplin« opfern. Und schließlich waren die politischen Führungskräfte, die in Finnland und den anderen Landesvertretungen das Recht der nationalen Selbstbestimmung in Anspruch nahmen, keineswegs Betreiber der sozialen Revolution, geschweige denn Parteigänger des Bolschewismus. Das alles mußte zu Konflikten führen.

Das Ereignis, das die verschiedenen Revolutionäre des Jahres 1917 – die gemäßigten Verfechter der bürgerlich-demokratischen »Freiheit« einerseits und die radikalen Klassenkämpfer der auf soziale »Gleichheit« gerichteten Emanzipation aller Werktätigen andererseits – vollends spaltete, vollzog sich am 5./6. [18./19.] Januar 1918. Es war das Geburts- und Sterbedatum der so lange verheißenen Konstituierenden Versammlung. Als nämlich die Fraktion der Bolschewiki, die aufgrund der vorjährigen Wahlverhältnisse nur ein Viertel der Abgeordnetensitze besaß, die »Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes« zur Beratung vorschlug, jedoch von der parlamentarischen Majorität eine Abweisung hinnehmen mußte, reagierte die amtierende Revolutionsregierung: Sie beschloß die sofortige Auflösung der gewählten Konstituante und ließ die Parlamentarier auf die Straße setzen. Seit vielen Wochen schon hatte Lenin als ein entschiedener Verneiner des Parlamentarismus seine Genossen auf diesen Coup ein-

geschworen. Die Kraftprobe war ein untrügliches Zeichen, daß im Gesamtprozeß der Russischen Revolution die bürgerliche Revolution geendet und der historische Versuch einer sozialistischen Revolution tatsächlich begonnen hatte.

Der Kommentar Lenins, des Treibers der Geschehnisse, lautete: »[...]Der Krieg und die durch ihn verursachten unerhörten Leiden der erschöpften Völker haben den Boden für das Aufflammen der sozialen Revolution bereitet.« Er fügte in rigoroser Voraussicht hinzu: »Kein Zweifel, im Entwicklungsprozeß der Revolution, der durch die Kraft der Sowjets ausgelöst worden ist, werden alle möglichen Fehler und Mißgriffe vorkommen – aber es ist für niemanden ein Geheimnis, daß jede revolutionäre Bewegung stets unvermeidlich von vorübergehenden Erscheinungen des Chaos, der Zerrüttung und Unordnung begleitet ist.«²⁰ Wir bemerken das Anerkenntnis des revolutionären Radikalismus, die Entschlossenheit zum äußersten Risiko – und also auch die humanpolitische Fragwürdigkeit dieser Voraussage. Was hier aber ebenfalls interessieren sollte, ist der Widerspruch des Leninschen Kommentars zu jenen späteren Geschichtsdeutern, die ihre Sichtweise auf die bloße Machtergreifung fokussieren und daher die Entscheidung der sozialistischen Revolution in Rußland bereits auf den Oktober 1917 und den Januar 1918 datiert haben. Lenin selbst aber sah sich zu dieser Zeit als noch immer »im Entwicklungsprozeß der Revolution« befindlich.

Das provoziert zum Schluß die Frage: Wann und womit denn die Russische Revolution mitsamt ihrer Kulmination, der »sozialistischen Etappe«, nicht nur die bolschewistische Macht hervorgebracht, sondern selbst auch tatsächlich geendet hat? Die immer noch geäußerten Behauptungen von der eindeutigen »Interessengleichheit zwischen Bolschewiki und Volksklassen« oder von der »unblutigsten Revolution der Geschichte« können nach Beantwortung dieser Frage schwerlich aufrecht erhalten bleiben. Die mörderischen Konflikte des Bürgerkrieges waren ein immanenter Bestandteil der Revolution. Der Historiker Medwedew weist nachdrücklich über die bolschewistische Machtergreifung hinaus: auf den Zusammenprall von Bolschewiki und Bauernmassen und nicht zuletzt auf den eigenen Schuldanteil des neuen Regimes an Ausbruch und Austrag des Bürgerkrieges.²¹ Die schon genannten Akademiker Wolobujew und Buldakow sehen den Prozeß der Russischen Revolution ebenfalls vom Februar 1917 bis weit über die Machtergreifung der Bolschewiki hinausgreifend: »Der eigentliche Umbruch im Verlauf der russischen Krise erfolgte nicht im Oktober 1917, sondern vom Oktober 1917 bis Sommer 1918, nachdem die Masse der Bevölkerung den versprochenen Grund und Boden erhalten hatte und nun auf die gefestigte neue Macht traf.«²² Der Oktoberaufstand allein kann nicht schon die ganze »Sozialistische Revolution« gewesen sein!

Blickt man vergleichsweise auf die Große Französische Revolution, so fällt es niemandem ein, sie auf 1789 zu begrenzen. Vielmehr bilden in den widerstreitenden Ansichten der Historiker die Jahre 1791 oder 1794/95 oder 1799 eine abschließende Zäsur der Revolutionsgeschichte und der ihrer Zeit entsprechenden politisch-

20 Lenin: Rede über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung in der Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, 6. (19.) Januar 1918, ebenda, S. 438 und 439.

21 Medwedew: 80 Jahre Russische Revolution, a. a. O., S. 42-47.

22 Wolobujew /Buldakow: Oktoberrevolution - neue Forschungszugänge, a. a. O., S. 52.

sozialen Resultate. Verfassungserlaß, Bürgerkrieg und revolutionäre Vaterlandsverteidigung, abschließliche Ausgestaltung von Staat und Recht sind in den unmittelbaren Revolutionsprozeß einbezogen. Die Frage des Endes und der Resultate der Russischen Revolution müßte daher ebenfalls neu diskutiert und beantwortet werden. Wo immer dann die Zäsur gesetzt würde: Die Entmündigung der basisdemokratischen Sowjets, der Arbeiter- und Bauernkomitees, der Gewerkschaften, sogar der sozialistischen Parteiposition bleibt – noch zu Lebzeiten Lenins – ein höchst problematisches Resultat der 1917 begonnenen, mit volksrevolutionären Verheißungen gesteigerten, schließlich aber die Kräfte des Volkes verschleißenden Revolution. Und wenn nach dem Sieg über die innere und äußere Konterrevolution bekanntermaßen die NÖP ein Ausdruck der ökosozialen Verhältnisse Rußlands war, so ist wohl auch zu fragen, ob ebendieses unmittelbare, wenn auch vorübergehende Revolutionsresultat den noch heute im Schwange befindlichen Begriff von der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution« rechtfertigen kann. Das Verhältnis zwischen der ideologischen Begriffsbildung und der weit komplizierteren Realität der Geschichte scheint im Traditionsverständnis mancher Sozialisten und Kommunisten nach wie vor problematisch zu sein.

Die Geschichtsforschung und -schreibung vermag allzeit gültige und einhellige Meinungen wohl niemals vorzustellen. Doch sie sollte nach 80 Jahren der Russischen Revolution dazu anregen, den seit jeher heiß umstrittenen und auch dogmatisch verzerrten Gegenstand auf neue Weise zu prüfen – was denn auch heißt, daß die Wissenschaft der Revolutionsgeschichte zu neuen Ufern historischer Analyse und Interpretation aufbrechen müßte.

Empfehlung neuer Literatur:

Helmut Altrichter: Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst, F. Schöningh Verlag Paderborn-München-Wien-Zürich 1997, 605 S.

Theodor Bergmann/Wladislaw Hedeler/Mario Keßler/Gert Schäfer [Hrsg.]: Der Widerschein der Russischen Revolution. Ein kritischer Rückblick auf 1917 und seine Folgen, VSA Verlag Hamburg 1997, 259 S.

Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz [Hrsg. u. Edit.]: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?, Dietz Verlag Berlin 1997, 447 S. [mit 123 ins Dt. übertr. Dokumenten].

RONALD LÖTZSCH

Die »Rechtschreibreform« und ihre »utopische« Alternative

Vorbemerkung

Seit einem Jahr etwa, verstärkt im Sommerloch 97, ist insbesondere in den deutschsprachigen Medien, aber auch in wissenschaftlichen, wissenschaftsnahen und politischen Kreisen und Gremien ein heftiger Streit um gewisse Änderungen der deutschen Rechtschreibung im Gange, die von einer gemeinsamen Expertenkommission aller drei Staaten, in denen Deutsch die dominierende offizielle Sprache ist, ausgearbeitet wurden. Eine entsprechende »Vorlage für die amtliche Regelung«¹, enthaltend »Regeln und Wörterverzeichnis«, wurde unter dem Datum des 24. Mai 1995 den zuständig gemachten Politikern zur Bestätigung übergeben. In Deutschland ist dies die Kultusministerkonferenz (KMK). Von dieser wurde die »Vorlage« nach einigem Hin und Her nicht nur genehmigt, sondern auch, ohne daß eine breitere Öffentlichkeit überhaupt Gelegenheit gehabt hätte, sich mit dem Inhalt bekannt zu machen, umgehend als Unterrichtsgrundlage in den Schulen eingeführt.

Bei der kurz darauf entbrannten öffentlichen Kontroverse um die »Rechtschreibreform«², soweit sie von einem einzelnen in den Medien überhaupt einigermaßen verfolgt werden kann, fällt auf, daß der Aspekt des völlig verfehlten Ansatzes allenfalls am Rande gestreift wird. Die Beantwortung dieser Frage soll den hauptsächlichen Inhalt der folgenden Überlegungen bilden, wobei die Interpunktion grundsätzlich ausgeklammert bleiben wird.

Worum es eigentlich geht im Rechtschreibstreit

Am Anfang sollen zwei Zitate stehen, in denen der Kern der Frage auf den Punkt gebracht wird. Im ersten geschieht dies mehr aus publizistischer Sicht, im zweiten vom Standpunkt des Sprachwissenschaftlers.

Dieter E. Zimmer hat den Streit in *Die Zeit* vom 2. Dezember 1994, also fast zwei Jahre vor dem Beginn der eigentlichen Kontroverse, folgendermaßen charakterisiert: »Die deutsche Orthographie ist kein hehres Kulturgut, an dem jahrhundertlang die größten Genien dieser Sprache gewirkt hätten und nun von ein paar subalternen Besserwissern verschandelt würde. Sie ist eine bloße kompromißlerische Konvention, zur Jahrhundertwende von ein paar Pädagogen ersonnen und seitdem von der Redaktion eines Buchverlages in eigenem Ermessen verwaltet, fortgeführt, ergänzt. Wir hängen an unserer Orthographie nicht, weil sie so besonders wert-

Ronald Löttsch – Jg. 1931, Prof. Dr., Sprachwissenschaftler (Arbeiten vor allem zu Sprachtypologie und Kontaktlinguistik), Minderheitenforscher (Sorabist), Berlin.

1 Im weiteren mit »Vorlage« bezeichnet.

2 Da die von der Politik ursprünglich angestrebte bzw. konzedierte, nunmehr gerichtlich angefochtene Neuregelung einiger Aspekte der Schreibung des Hochdeutschen allgemein als »Reform« der deutschen Rechtschreibung bezeichnet wird, diesem Anspruch jedoch, wie noch darzulegen ist, in keiner Weise gerecht wird, werde ich dieses Wort, von ihm abgeleitete Wörter und mit ihm gebildete Zusammensetzungen, soweit sie sich auf dieses Surrogat beziehen, grundsätzlich in Anführungszeichen setzen.

voll wäre, sondern nur, weil wir zufällig sie und keine andere verinnerlicht haben. Die edle, weil gewachsene Unlogik deutschen Schreibens wurde damals nicht angetastet; sie wird die kommende Reform ebenfalls überstehen... Aus der Sicht der meisten Sprachwissenschaftler und sonstiger zu systematischem Denken neigender Menschen verdient die übriggebliebene Reform daher den Namen nicht.«

Ein knappes Jahr später, also fast ein Jahr, bevor der Weilheimer Deutschlehrer Friedrich Denk mit seiner »Frankfurter Erklärung« den Proteststurm gegen die von ihm als »Terror durch Orthographie« charakterisierte »Vorlage« vom 24. Mai 1995 entfachte, wies der Berliner Linguist Wolfgang Ulrich Wurzel, Verfasser eines bemerkenswerten Buches über Konrad Duden's Leben und Anliegen³, unter der Überschrift »Zweifelhafte Vereinfachung der Rechtschreibung – Chance vertan« im *Neuen Deutschland* vom 3. November 1995 auf den prinzipiellen Unterschied zwischen Sprache und Rechtschreibung hin. Dort ist zu lesen: »Wenn man nachvollziehen will, was eine Rechtschreibreform bedeutet und was nicht, so ist es zunächst einmal notwendig, zwischen der Sprache selbst und ihrer schriftlichen Wiedergabe, d.h. ihrer Orthographie, zu unterscheiden. So kann es bessere und schlechtere Orthographien geben (wenn dem nicht so wäre, brauchten wir keine Reform!), aber bessere und schlechtere Sprachen gibt es nicht. Eine Veränderung der Rechtschreibung bedeutet damit keinen unzulässigen Eingriff in die Sprache, wie es von Gegnern jeder Rechtschreibreform immer behauptet wird.«

In der gegenwärtigen Kontroverse um gewisse Neuregelungen in der deutschen Rechtschreibung ist oft von irgendwelchen früheren »Reformen« die Rede. So schrieb z.B. *Neues Deutschland* am 6. März 1996 in einem namentlich nicht gezeichneten Beitrag anlässlich des Endes der Einspruchsfrist der Länder: »So behält der Thron erneut sein ›h‹. 1901 – bei der letzten Reform – als man Thür und Thor das ›h‹ nahm, war der Kaiser dagegen. Diesmal sträubten sich die Landesfürsten.« Im *ND* vom 6. August 1996 behauptet der Berliner Germanist Hendrik Lasch gar, seit 1901 hätte »jede Dekade ihren ernstzunehmenden Reformversuch« gehabt. Und am 24. März 1997 war in der gleichen Zeitung über die Ergebnisse der Berliner »Orthographischen Konferenz« von 1901 in einer Leserzuschrift zu lesen: »Was damals ... festgelegt wurde, war eine echte Reform. Die heutigen Veränderungen verdienen das Wort nicht. Man spitzt den Mund, aber pfeift nicht.«

Um es gleich vorwegzunehmen: Eine echte Reform hat es entgegen solchen Behauptungen in der Entwicklung der deutschen Orthographie noch nie gegeben. Die jetzt so leidenschaftlich diskutierten Neuerungen wären, so sie denn eine Reform wären, die erste überhaupt.

Der Spiritus rector der Orthographiebewegung, der gebildete Sprachwissenschaftler, erfahrene Deutschlehrer und verdiente Gymnasialdirektor Dr. Konrad Duden, hatte zwar bereits 1876 auf der 1. Orthographischen Konferenz zusammen mit anderen namhaften Germanisten, in erster Linie mit dem Erlanger Professor Rudolf von Raumer, der einen Reformentwurf ausgearbeitet hatte,

3 Konrad Duden:
Leipzig 1979; 2. Auflage 1980:
VEB Bibliographisches
Institut.

Allen, die sich für orthographische Probleme ernsthaft interessieren und sich an der derzeitigen Kontroverse beteiligen, ist dieses Büchlein, insbesondere die Kapitel *Der Rechtschreibreformer* (S. 49-78) sowie *Der »Duden« und die deutsche Rechtschreibung* (S. 102-114) wärmstens zu empfehlen.

Nützen könnte seine Lektüre natürlich auch Hans Magnus Enzensberger, der sich in einem *Spiegel*-Interview (42/1996, S. 266) in seinem verständlichen Frust über die »Reform« zu der in diesem Punkt mangelnde Sachkenntnis verratenden Äußerung hinreißen ließ: »Wer ist überhaupt dieser Herr Konrad Duden? Irgend ein Sesselfurzer!«

außer der Vereinheitlichung auch die gleichzeitige Vereinfachung der deutschen Rechtschreibung angestrebt. So sollte das »Dehnungs-h« wenigstens teilweise abgeschafft (z.B. *kal*, *Kol*, *kül*, statt *kahl*, *Kohl*, *kühl*, usw.) und die Unterscheidung von *s*, *ss* und *ß* verbessert werden. Selbst dieser bescheidene Reformversuch scheiterte jedoch am Widerstand Bismarcks und seiner auf dem Gebiet von Bildung und Kultur erkonservativen Bürokratie, die sich dabei, wie Wurzel vermerkt, teilweise auch auf die »Volksmeinung« stützen konnten. Während sich beispielsweise viele Lehrer über die vorgesehenen Änderungen freuten, protestierten konservative Kräfte vehement dagegen, weil ihnen Raumers Entwurf nicht traditionell genug war. »Jedoch auch namhafte deutsche Schriftsteller fühlten sich bemüßigt, gegen die geplanten Neuregelungen entschieden zu protestieren, und das wenig sachkundig, aber sehr laut.«⁴ Trotz »Reichseinigung« gaben daraufhin nicht nur die größeren deutschen Länder wie Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, sondern sogar ein Kleinstaat wie das »Großherzogtum« Mecklenburg-Strelitz sich mehr oder weniger unterscheidende eigene orthographische Regelwerke heraus. Danach wurde z.B. an Stelle von preußischem und heutigem *Komitee* und *Kompanie* in Bayern *Comité* und *Kompagnie*, in Württemberg *Komitée* und *Compagnie* geschrieben. Zugrunde gelegt wurden dabei mehr oder weniger vereinheitlichte regionale Traditionen, die vornehmlich von Buchdruckern sowie von Schriftstellern und Deutschlehrern geprägt waren. Konrad Duden charakterisierte die Situation, wie sie vor dieser regionalen Vereinheitlichung bestanden hatte, später mit den Worten: »Nicht zwei Lehrer derselben Schule und nicht zwei Korrektoren der selben Offizin waren in allen Stücken über die Rechtschreibung einig; und eine Autorität, die man hätte anrufen können, gab es nicht.«⁵ Die meisten kleineren deutschen Staaten orientierten sich allerdings an der preußischen Norm.

Unter diesen Umständen sah auch Duden keine andere Möglichkeit. Wie er im Untertitel des im Jahre 1880 erschienenen »Duden«⁶ vermerkte, berücksichtigte er dabei außerdem auch bayerische Regeln. Über den Kompromißcharakter dieser Übergangslösung machte er sich keinerlei Illusionen. Wie er im Vorwort versichert, war diese »nichts weniger als das Ideal des Verfassers; aber von allen Orthographieen, die für den Augenblick möglich sind, ist sie die beste, weil sie die meiste Aussicht hat, binnen kurzem zur Alleinherrschaft in ganz Deutschland zu gelangen«.⁷

Das, was 1901 auf der in der heutigen Debatte immer wieder erwähnten 2. Orthographischen Konferenz von Berlin tatsächlich erreicht wurde, war – abgesehen von der Beseitigung von *ph* und *th* in deutschen Wörtern germanischen Ursprungs sowie der weitgehenden Ersetzung von *c* durch *k* oder *z* und von *ch* durch *sch* in Fremdwörtern – die Vereinheitlichung der Rechtschreibung im gesamten deutschen Sprachgebiet, im wesentlichen auf der Grundlage des preußischen *Schreibgebrauchs*.⁸

Am für bestimmte Regionen typischen unterschiedlichen *Sprachgebrauch* hatte sich damit nicht das Geringste geändert. Weder im Wortschatz noch in der Grammatik. Wer entsprechend

4 Wurzel, S. 66.

5 So in »Rechtschreibung der Buchdruckereien deutscher Sprache«, Leipzig und Wien 1903; 2. Auflage 1907, S. 762 (zitiert nach Wurzel, S. 51).

6 Vollständiges Orthographisches Wörterbuch der deutschen Sprache von Dr. Konrad Duden, Direktor des Königl. Gymnasiums zu Hersfeld. Nach den preußischen und bayerischen Regeln, Leipzig, Verlag des Bibliographischen Instituts.

7 Wurzel, S. 69.

8 Das Titelblatt der 1902 erschienenen 7. Auflage des »Duden« lautete erstmalig: Orthographisches Wörterbuch der deutschen Sprache von Dr. Konrad Duden. Nach den für Deutschland, Österreich und die Schweiz gültigen amtlichen Regeln.

seiner regionalen Norm statt *Quark* und *Januar – Topfen* und *Jänner* sprach und schrieb bzw. statt *hat gelegen/gesessen/gestanden – ist gelegen/gesessen/gestanden*, konnte dies auch weiter tun. Und so ist es bis zum heutigen Tage geblieben.

Duden selbst war sich völlig darüber im klaren, daß sein eigentliches Ziel, die deutsche Orthographie nicht nur zu vereinheitlichen, sondern nach dem Prinzip »Schreib, wie du sprichst«, auch zu vereinfachen, unter den gesellschaftlichen Bedingungen, wie sie im Wilhelminischen Deutschland, im Habsburgerreich und in der in anderer Hinsicht nicht weniger konservativen deutschsprachigen Schweiz herrschten, nicht durchzusetzen war.⁹

Die mit der Niederlage der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg entstandenen neuen Voraussetzungen für die Erreichung des angestrebten Fernziels zu nutzen, war ihm nicht mehr vergönnt. Er starb einundachtzigjährig am 1. August 1911.

Andere hatten in der Zwischenkriegszeit offenbar ebenfalls keinen Erfolg, denn alles blieb beim alten.

Erstaunlich ist, daß ausgerechnet die Nazis mitten im Kriege die sogenannte »deutsche« Schrift abschafften. Damit änderte sich zwar nichts an der Rechtschreibung, doch wurde für die, die nun nur noch die »Normalschrift« Antiqua lernten, das Lesen des älteren, vorwiegend in Fraktur gedruckten Schrifttums wesentlich erschwert, von handschriftlichen Texten ganz zu schweigen. Dennoch mußten sich unter den politischen Bedingungen des Nazi-regimes nicht nur alle mit dieser einschneidenden Umstellung abfinden, sie wurde nach wenigen Jahren auch kaum noch von jemandem als Behinderung empfunden.

Es ist deshalb auch gar nicht verwunderlich, daß diese Episode in dem heutigen Disput überhaupt keine Rolle spielt.¹⁰ Denn sie wäre ein Argument sowohl gegen die Ausrede der »Reformer«, weitergehende echte Neuerungen seien nicht durchsetzbar, als auch gegen das Gebarme prominenter Protestierer, das gesamte nach der bisherigen Orthographie gedruckte Schrifttum würde mit der Realisierung der »Reform« zur Makulatur.

Eine echte Bewegung für eine Reformierung der deutschen Rechtschreibung, die diesen Namen wirklich verdient, entstand erst nach der Niederlage des Hitlerfaschismus.¹¹ Der entscheidende Anstoß kam schon 1946 aus Ostdeutschland. Dort hatte der bekannte Linguist Wolfgang Steinitz, in den dreißiger Jahren politischer Emigrant in der Sowjetunion und mit der wenige Monate nach der Oktoberrevolution erfolgten Reformierung der russischen Orthographie bestens vertraut, von der gerade aufgebauten Zentralverwaltung für Volksbildung der Sowjetischen Besatzungszone den Auftrag erhalten, einen Reformvorschlag zu erarbeiten. In einem programmatischen Artikel, den die von der Sowjetischen Militäradministration herausgegebene Zeitung *Tägliche Rundschau* am 27. November 1946 veröffentlichte, stellte er das Ergebnis seiner Überlegungen vor. Seine Vorschläge umfaßten die Kleinschreibung der Substantive (sogenannte »gemäßigte Kleinschreibung«), die einheitliche Schreibung des Diphthongs /ae/¹² (bis heute *ei* oder *ai* geschrieben) sowie des Phonems /f/ (statt *f*, *v* oder *ph*), den Wegfall des Buchstabens *x*, die einheitliche

9 Im Vorwort zur 7. Auflage des »Duden« formuliert er: »Nur ein Zwischenziel ist erreicht worden. Es fehlt nicht an Wegweisern, die auf ein ferneres Ziel hindeuten...« (Zitiert nach Wurzel, S. 75).

10 Soweit diese Maßnahme dennoch erwähnt wird, tritt eine frappierende Unkenntnis der tatsächlichen Vorgänge zutage. So enthält eine Leserschrift in der *TAZ* vom 27. August 1997 den Stoßseufzer: »Bin ich aber froh, daß vor 60 Jahren die Handschrift-Reform erfolgreich durchgezogen wurde. Man stelle sich vor, (ausländische) Deutsch-Studenten müßten auch noch Großmutterts alteutsche Handschrift erlernen«. In einem Übersichtsartikel in der *Berliner Zeitung* vom 28. Oktober 1995 wird gar behauptet, die Nazis hätten die »deutsche Schrift« 1942 eingeführt und sie sei 1945 wieder abgeschafft worden. Die Richtigstellung bringt dann eine Leserschrift in der Ausgabe vom 3. November.

11 Bei der folgenden kurzen Übersicht über die Bemühungen um eine Reformierung der deutschen Rechtschreibung nach dem Zweiten Weltkrieg stütze ich mich hauptsächlich auf das schon mehrfach zitierte Buch von Wolfgang Ulrich Wurzel über Duden.

Bezeichnung der langen Vokale und die phonematische Schreibung (die »Eindeutschung«) auch der Fremdwörter.

Es braucht nicht zu verwundern, daß diese noch gar nicht einmal weitgehenden Vorschläge in den westlichen Besetzungszonen auf entschiedene Ablehnung stießen.

In den fünfziger Jahren schien es dann, als zögen die an einer Reformierung der deutschen Rechtschreibung interessierten Experten in allen deutschsprachigen Staaten endlich an einem Strang. Im Jahre 1954 legten Sprachwissenschaftler aus der BRD, der DDR, Österreich und der Schweiz die sogenannten Stuttgarter Empfehlungen vor. Auch sie enthielten den Vorschlag zur gemäßigten Kleinschreibung, zur einheitlichen Schreibung der langen Vokale und zur stärkeren »Eindeutschung« der Fremdwörter. Obwohl die vorgeschlagene einheitliche Schreibung der Langvokale nach ersten Einwänden der »Öffentlichkeit« und offizieller Stellen schon geopfert worden war, verfielen die Empfehlungen schließlich dem Verdikt der Politik, die sich dabei auf Proteste von Schriftstellern und »Experten« berufen konnte, während Gewerkschaftsfunktionäre, zahlreiche führende Wissenschaftler und auch die Dudenredaktionen in DDR und BRD für die Reform eintraten. Obwohl sich in der Schweiz in Umfragen ca. drei Viertel der Leserschaft für die gemäßigte Kleinschreibung ausgesprochen hatten, lehnte die »Schweizerische Orthographiekonferenz« 1963 letztlich jedwede Reformbestrebungen ab.¹³

Ein neuer Anlauf wurde 1972 versucht, der nach immer weiter gehenden Abstrichen schließlich in dem jetzt so heftig umstrittenen Surrogat »gipfelt«.

Komponenten der Kontroverse

Auf Verlauf und vorläufiges Ergebnis der Kontroverse soll hier nicht im einzelnen eingegangen werden. Dennoch möchte ich versuchen, anhand einiger Beispiele deutlich zu machen, daß die Auflehnung gegen die »Reform« kein auf mangelnde Aufklärung zurückzuführendes Mißverständnis, sondern trotz manch falschen Zungenschlages ein völlig gerechtfertigtes demokratisches Anliegen ist.

Die Vorwürfe treffen zu Recht sowohl den vorauseilenden Gehorsam der Experten¹⁴ als auch die Inkompetenz der mit der Durchführung beauftragten Politiker, in erster Linie der KMK.

Das Echo auf Entscheidungen der nunmehr angerufenen Gerichte ist verständlicherweise gespalten. Weisen sie Klagen gegen die überstürzte Einführung der Neuerungen ab, wenden sich die Kläger umgehend an die nächste Instanz. Geben sie ihnen statt, gehen die Minister in Revision. Diese legen ansonsten in dieser Angelegenheit eine Mißachtung der Justiz an den Tag, die nur noch von ihrer Verachtung der öffentlichen Meinung übertroffen wird. Denn spätestens nach dem einer Klage von Eltern stattgebenden Urteil des Verwaltungsgerichtes Wiesbaden wäre sofortiger Stopp der »Reform« angesagt gewesen, wie es einzelne Kommentatoren zu Recht verlangten. So schrieb Christian Bommarius: »Bei der Rechtschreibreform läßt sich über vieles streiten, über eines nicht – daß sie sofort ausgesetzt werden muß. Zwei Verwaltungsgerichte

12 Soweit bedeutungsunterscheidende Lauteinheiten, sog. Phoneme, anzugeben sind, wobei aus technischen Gründen, wenn irgend möglich, den in der deutschen Orthographie vorgesehenen lateinischen Buchstaben der Vorzug gegeben wird, werden diese in Schrägstriche eingeschlossen, die Länge eines Vokals durch folgenden Doppelpunkt gekennzeichnet. Bei der Interpretation der Diphthonge folge ich der *Einführung in die Grammatik und Orthographie der deutschen Gegenwartssprache* (Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von K.-E. Sommerfeldt, G. Starke, D. Nerius), Leipzig 1981: VEB Bibliographisches Institut.

13 Ein gewisser Professor Zbinden soll sich dabei zu der Frage verstiegen haben: »Wo kämen wir hin, wenn fortan jeder Gimpel und Halbanphabet in den Besitz einer Schreibweise käme, die sozusagen keine Fehler mehr möglich macht?« (zitiert nach Wurzel, S. 110).

14 »Der eigentliche Skandal liegt darin, daß die deutsche Rechtschreibung zwar von Wissenschaftlern entwickelt wurde, die weiterhin Wert darauf legen, als Wissenschaftler angesehen zu werden, daß diese aber – wie weiland die Reformer von 1903 – im Ansatz darauf verzichten, die Reform mit den Mitteln der Wissenschaft anzupacken. Sie gingen von vornherein politisch vor, stellten, noch bevor sie mit den Kultusministern sprachen, Überlegungen im Sinne der Durchsetzbarkeit an und begaben sich so wehrlos auf das Feld von Dilettanten (Kultusministern) und Einzelinteressen

(Schulbuchverlagen).«
Der Linguistik-Dozent Dr.
Gerd Simon in einer Leser-
zuschrift in *Der Spiegel*
34/1997, S. 12.

15 *Berliner Zeitung* vom
9./10. August 1997.

16 Die wohl einzige Aus-
nahme ist *Die Woche*, die
sich nicht nur von allem
Anfang kompromißlos auf
die Seite der »Reformer«
schlug, sondern seit Dezem-
ber 1996 auch nach den
neuen Regeln redigiert wird.
Allen Behauptungen ihrer
Macher, das sei problemlos,
zum Trotz muß sie sich von
Gegnern vorhalten lassen,
mit der korrekten Realisie-
rung hapere es.

17 Dieses Zitat stellt der
Erlanger Germanistikprofes-
sor Theodor Ickler seiner
Broschüre *Die Rechtschreib-
reform auf dem Prüfstand*
(St. Goar 1997: Leibnitz-
Verlag, S. 3), in der er seine
ablehnende Haltung begrün-
det, als Motto voran.

18 E&W 1/97, S. 20f.

19 So in einem Interview
mit der *Berliner Zeitung*
vom 28./29. Oktober 1995.

... haben erhebliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Neu-
regelung formuliert. Selbst wer sie für unbegründet hält und die
Reform für gelungen, muß jetzt für einen vorläufigen Stopp plä-
dieren. Denn den Schülern ist nicht zuzumuten, die Schreibweise
von »Stengel« nach dem jeweiligen Stand der Rechtsprechung zu
lernen. Eben diese Zumutung scheint die Kultusminister der Län-
der nicht zu berühren. Unbeeindruckt sehen sie zu, wie ihr ver-
meintliches Jahrhundertwerk unter dem massiven politischen und
juristischen Widerstand zerbricht – die Beseitigung der Trümmer
überlassen sie den Eltern, Lehrern und Schülern«. ¹⁵

Ein besonderes Problem ist die Rolle der Medien, die zwar
zumeist den Eindruck von Neutralität zu erwecken bemüht sind¹⁶,
ihre von Fall zu Fall wechselnde faktische Parteinahme für die
eine oder andere Seite jedoch nur schwer verbergen können. Auf
jeden Fall ermöglichen sie es mehr oder weniger interessierten
Zuschauern bzw. Zuhörern oder Lesern, sich selbst ein Bild von
den Positionen der wichtigsten Kontrahenten zu machen und
teilweise mit Zuschriften an Redaktionen von Sendern, Zeitungen
und Zeitschriften selbst mit in die Diskussion einzugreifen.

Verschwiegen werden kann auch nicht, auf welch erschreckend
niedrigem Niveau die Debatte von seiten der meisten Verfechter
und Befürworter der Neuerungen geführt wird, und zwar unabhän-
gig von ihrer Zugehörigkeit zu einer der genannten Kategorien.
Eine Linie ist in den widersprüchlichen Äußerungen nicht zu
erkennen. Oft lassen diese die elementarste Logik vermissen.

Die »Reformer« selbst versuchen manchmal, den Eindruck
zu erwecken, als hätten sie ein Jahrhundertwerk vollbracht. So
schrieben Gerhard Augst, Professor der Germanistik in Siegen,
seit 1979 Mitglied der deutschen Rechtschreibkommission und
seit 1980 auch der Internationalen Kommission für Orthographie,
und sein Mannheimer Kollege Gerhard Stickle am 9. Oktober
1995 an die Ministerpräsidenten der deutschen Länder: »Ohne
unbescheiden sein zu wollen, glauben wir, dass eine Reform
der deutschen Rechtschreibung noch nie so gründlich bis ins letzte
Detail vorbereitet worden ist.«¹⁷ Andererseits werden sie in der
Polemik mit Gegnern der Neuerungen nicht müde zu beteuern,
daß doch im Prinzip alles beim alten bleibe, der »Aufstand« also
unbegründet sei.

So kann es sich die GEW-Zeitschrift *Erziehung und Wissen-
schaft*¹⁸ leisten, einen Artikel Prof. Augsts, in dem er die aufgrund
ministerieller Einsprüche gemachten faulen Kompromisse vertei-
digt, mit der Überschrift »Die alte ist die neue« zu versehen.
Er selbst formuliert wörtlich: »Trotz und wegen all des Gezeters...
Die Neuregelung der deutschen Rechtschreibung ist nicht grund-
stürzend. Die alte Rechtschreibung ist die neue!«

Auch der Chef der Mannheimer Dudenredaktion, Dr. Mattias
Wermcke, bestreitet nicht, daß von einer echten Reform keine Re-
de sein kann. Doch: »Besser ein Reförmchen als überhaupt keine
Reform... Alles andere, was aus Wissenschaftlersicht wünschens-
wert gewesen wäre, war einfach nicht durchzusetzen gewesen.«¹⁹

Die zuständig gemachten Kultusminister haben ebenfalls
unabhängig vom Parteibuch keine Hemmungen, sich mit der

Geringfügigkeit der Änderungen herauszureden. So erklärte Brandenburgs Bildungsministerin Angelika Peter (SPD) in einem Interview im *Neuen Deutschland* vom 19./20. Oktober 1996, es sei albern, so zu tun, »als ob mit diesem Reförmchen das deutsche Wort demontiert und apokalyptische Schriftzustände eintreten würden«. Gleichzeitig gab sie zu bedenken, ob ein Stopp der »Reform« nicht dem Bild abträglich sei, »das der deutsche Sprachraum dann im Ausland abgeben würde«.

Auch Niedersachsens Kultusminister Rolf Wernstedt (SPD), derzeit Vorsitzender der KMK, fürchtet, »daß ein Rückzug aus der Rechtschreibreform Deutschland international zum Gespött machen würde«.²⁰

Beruhigt werden soll die betroffene Öffentlichkeit auch mit der von »Zuständigen« und sonstigen Befürwortern immer wieder aufgestellten Behauptung, die »Reform« gelte ja lediglich für Schulen und Behörden. Zu dieser bewußten Irreführung erübrigt sich eigentlich jeder Kommentar. Durch das Urteil des schleswig-holsteinischen Obergerichtes vom 13. August dieses Jahres wird diese Behauptung nunmehr auch gerichtlich Lügen gestraft.²¹

Eine weitere häufig zu lesende oder in Rundfunk- oder Fernsehsendungen zu hörende Ausrede der Minister lautet, die Zustimmung ihrer Landesregierungen bzw. des für die Einführung der Neuerungen in die Schreibung der Behördensprache zuständigen Bundesinnenministers liege ja bereits vor. So auch Berlins Senatorin für Schule, Jugend und Sport, Ingrid Stahmer, die es ansonsten nur lächerlich findet, »einen Kulturkampf um das <h> in Känguruh zu veranstalten«.²²

Dieser offenkundige Opportunismus dürfte jedoch zumindest bei den maßgeblichen Kommissionsmitgliedern und Politikern von einer zutiefst konservativen Grundeinstellung getragen sein, die der während der Bismarckschen und Wilhelminischen Ära in der Bildungselite herrschenden in nichts nachsteht.

Ein beredtes Zeugnis legt davon ein Interview ab, das Prof. Dr. Günther Drosdowski, bis vor zwei Jahren Leiter der BRD-Dudenredaktion²³, seitdem Vorsitzender ihres Wissenschaftlichen Rates, dem *Spiegel* gab.²⁴ Darin gibt er freimütig zu, daß ihm die vorgeschlagenen halbherzigen Neuerungen eigentlich zu weit gehen. Er hätte lieber »da und dort Abstriche gemacht«. Die Begründungen, sofern welche gegeben werden, muten aus dem Munde eines Orthographieexperten seltsam an. Im Zusammenhang mit *Packet* beispielsweise, für das nach den neuen Regeln die von ihm abgelehnte Schreibung mit *ck* gilt, bemängelt er, daß es künftig anders »gesprochen als geschrieben« werden soll. »Denn es wird ja die zweite Silbe betont«. Als ob die Betonung nach der deutschen Rechtschreibung überhaupt angegeben würde. Das vom Interviewer angesprochene Verzeichnis der Fremdwörter, für die eine an die Regeln der deutschen Orthographie angenäherte Schreibung vorgeschlagen wird, bezeichnet er als »Horrorliste«. Vereinfachungen sind nach seiner Meinung nur zulässig, »wenn sich Entwicklungen in der Sprache abzeichnen«. Deshalb dürfe neben *Telephon* auch *Telefon* geschrieben werden. »Aber kennen Sie jemanden,

20 Nach *Berliner Zeitung* vom 10. März 1997.

21 »Die Rechtschreibreform zielt nicht nur auf eine Änderung der Schreibweise im Schulunterricht und in der Amtssprache. Reformiert wird zum 1. August 1998 die Schreibweise der deutschen Sprache im deutschen Sprachraum überhaupt...« (zitiert nach *Der Tagesspiegel* vom 14. August 1997.

22 In *Der Spiegel* 33/1997.

23 Anlässlich seines Ausscheidens aus diesem Amt wurde Prof. Drosdowski »für seine Verdienste um die deutsche Sprache« mit dem Großen Bundesverdienstkreuz dekoriert, worüber das Börsenblatt in seiner Ausgabe 58/1995 ausführlich berichtete.

24 *Der Spiegel* 25/1995, S. 107-110.

der *Katastrophe* schreibt? Ich nicht.« Mit »Entwicklungen in der Sprache« meint Prof. Drosdowski also häufig vorkommende Abweichungen von der vorgeschriebenen Schreibung, die von der Dudenredaktion schließlich mehr nolens als volens abgesegnet wurden. Das Argument, die hohe Fehlerquote müsse gesenkt werden, dürfe nicht den Ausschlag geben, denn wer »an *Portemonnaie* scheitert, der wird auch an *Portmonee* scheitern, weil er am Ende entweder ein *n* zuviel oder ein *e* zuwenig schreiben wird«. Hinsichtlich der »Eindeutschung« der Fremdwörter behauptet er, daß sie »der allgemeinen Richtung völlig zuwiderläuft, und zwar sowohl der Sprache als auch des Lebens überhaupt. Die Entwicklung ist durch Massentourismus in alle Welt und Verständigung über die Landesgrenzen hinweg gekennzeichnet. Wir aber machen *Krepp* aus *Crêpe*, *Teke* aus *Theke*, *Strofe* aus *Strophe*, *Spagetti* aus *Spaghetti*. Absurd.«

Daß dieser Konservatismus nicht nur bei den Politikern neben dem fachlichen Aspekt auch ein gerüttelt Maß Obrigkeitsgläubigkeit und Vertrauen in die Bürokratie enthält, zeigt sich daran, daß die »Reform« für Prof. Drosdowski schon aus dem Grunde »gelaufen« ist, »weil auf der Wiener Konferenz im November 1994 Abgesandte der Kultusminister dem Beschluß bereits zugestimmt haben.« Durch den Einwand des Interviewers: »Was Beamte erklären, bindet die Minister nicht, zumal wenn diese sich – wie in diesem Fall – mit der Sache noch gar nicht befaßt haben, sondern das ihren Staatssekretären überlassen haben«, läßt sich Drosdowski nicht beirren, denn: »Trotzdem kann der Beschluß der Kultusministerkonferenz nur eine Formsache sein, denke ich.«

Da irrte Prof. Drosdowski allerdings, denn kein Geringerer als Hans Zehetmair, seines Zeichens CSU-Kultusminister des Freistaates Bayern, seit 1989 zusätzlich für Wissenschaft zuständig und seit 1993 auch stellvertretender Ministerpräsident, legte gegen die von den Vertretern Österreichs und der Schweiz bereits offiziell gebilligte »Reform« am 28. September 1995 erst einmal sein Veto ein. Warum, hatte der studierte Germanist und Altphilologe, der auch zehn Jahre Gymnasiallehrer gewesen war, schon vorher ebenfalls dem *Spiegel* anvertraut.²⁵ Daran erinnert, daß er schon 1989 verhindert habe, daß »aus dem *Hai* ein *Hei*, aus dem *Kaiser* ein *Keiser*, aus dem *Boot* ein *Bot* wurde«, bekannte er stolz: »Mit mir ist das nicht zu machen, das wäre eine Barbarei an der deutschen Sprache«. »Es wäre eine Katastrophe, wenn es zu *Katastrophe* käme... Die meisten Älteren werden sich daran nicht gewöhnen können und wollen, und bei den Jüngeren sind die Schulen mit einigem Erfolg um die Entwicklung von Sprachkompetenz bemüht. Sie haben einen freien, vielfältigen Umgang mit fremden Sprachen und fremden Wörtern, da brauchen sie solche Primitivschreibungen nicht.« Daß der Papst künftig auf das große *H* in der deutschen Version eines seiner Titel verzichten sollte, entlockte Minister Zehetmair den Ausruf: »Unmöglich, das halte ich beinahe für einen Eingriff in Glaubensfragen. Für katholische Christen ist doch klar, daß es einen *Heiligen Vater*, aber viele *heilige Väter* gibt... Diesen Unterschied können doch nicht Sprachwissenschaftler mit irgendeiner Regel einebnen...«

25 *Der Spiegel* 37/1997, S. 226-229.

Meine letzten Zweifel schwinden, daß da finstere Ketzler am Werke waren«.

Wenn schon die »Experten« auf diesem Niveau diskutieren, was soll man da von den »Laien« erwarten.

Und zu denen gehören zweifellos auch die nunmehr in fast allen Ländern und auf der Bundesebene mit der »Reform« befaßten Richter, sobald sie sich auf das Glatteis einer quasilinguistischen Argumentation begeben. Unabhängig davon, ob Verwaltungsgerichte Klagen von Eltern gegen die voreilige Einführung der neuen Regeln ablehnten²⁶ oder ihnen stattgaben²⁷, sowie unabhängig davon, wie sie diese Entscheidungen juristisch begründeten und welche weiteren Vorgehensweisen sie vorschlugen, eine über diesen Rahmen hinausgehende Verlautbarung bestärkte meist den Eindruck, daß auch Juristen nicht wissen, worum es eigentlich geht. Das gilt im übrigen auch für »Reformgegner«.

Einen vorläufigen Höhepunkt bildet in dieser Hinsicht das Urteil des schleswig-holsteinischen Obergerichtes, das eine den Stopp ablehnende Entscheidung der ersten Instanz bestätigte. Wie man den in der Presse veröffentlichten Auszügen aus der Urteilsbegründung entnehmen kann, geht das Gericht von der an sich nicht anzufechtenden Prämisse aus: »Sprachliche Normen hängen ... nicht vom Willen – unter Umständen kurzfristig wechselnder – Mehrheiten in Parlamenten ab, sondern langfristig – von allgemeiner Akzeptanz.«²⁸ Nur – hier handelt es sich gar nicht um sprachliche, sondern um Schreibnormen, die sich zwar auf jene stützen sollten, aber gerade in der deutschen Orthographie weitgehend von ihnen unabhängig und völlig willkürlich festgelegt sind. Die heillose Verquickung von Sprache und ihrer Schreibung, die sich von allem Anfang durch die gesamte Kontroverse zieht, wird damit sogar zum Bestandteil eines richterlichen Urteils gemacht.

Sie kommt auch in zahlreichen anderen Stellungnahmen von Rechtsgelehrten zur »Reform« immer wieder vor. Der juristische Vorreiter der Protestbewegung, der Verfassungsrechtler Rolf Gröschner, spricht mit dem Blick auf das »Reförmchen« von einem »gravierenden Eingriff in eine gewachsene Sprach- und Schreibkultur«.²⁹ Der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Bundestags Horst Eylmann (CDU), verwahrt sich nach *Der Spiegel*³⁰ gegen das »staatliche Hineinfingern in die Orthographie«, sieht darin einen »Rückfall in den Obrigkeitsstaat« und verkündet: »Die Sprache gehört dem Volk«. Ein anderer CDU-Politiker, der seinerzeit als Bundesverteidigungsminister zurückgetretene, heute als stellvertretender Bundestagsfraktionsvorsitzender amtierende Staatsrechtsprofessor Rupert Scholz, glaubt gar davor warnen zu müssen, »daß 16 Länder unter Umständen 16 verschiedene Sprachen und Rechtschreibungen beschließen«.³¹

Bei anderen Politikern ist natürlich viel Wahlkampfakt und populistische Profilierungssucht mit im Spiel. Besonders deutlich hört man die Nachtigall bei der FDP-Spitze trabsen, die sich jetzt vorhalten lassen muß, bei der Beratung der Neuerungen im Bundeskabinett 1996 keinerlei Vorbehalte gegen die Art und Weise des Vorgehens gehabt zu haben. Dessenungeachtet erklärte Parteichef

26 Wie die in Schleswig, Mainz, Weimar, Greifswald und München.

27 Wie die in Wiesbaden, Hannover, Gelsenkirchen, Dresden und Hamburg.

28 *Der Tagesspiegel* vom 14. August 1997.

29 *Der Spiegel* 31/1997.

30 *Der Spiegel* 32/1997, S. 156.

31 *Der Spiegel* 32/1997, S. 158.

Gerhardt nunmehr, obwohl seinerzeit als hessischer Kultusminister und KMK-Vorsitzender selbst maßgeblich an der Einleitung dieser Prozedur beteiligt, es dürfe in Deutschland keine Orthographiereform ohne parlamentarische Absicherung geben. Wie *Der Tagesspiegel* vom 12. August 1997 zu berichten weiß, soll ihm sein derzeitiger Nachfolger und SPD-Konkurrent Wernstedt daraufhin in einem offenen Brief geschrieben haben, seinen eigenen Anteil an einem Entscheidungsprozeß zu verschweigen und »nur nach der Stimmung des Tages zu verfahren«, sei »pflichtvergessen« und gehöre »in die verachtenswerte Tradition eines Umfallertums«. Während Kanzler Kohl von seinem Urlaubsort aus in einem Fernsehinterview verlauten ließ, es sei ja »nicht alles Quatsch« an der »Reform«, und Gespräche zwischen Bund und Ländern vorschlug, sagte FDP-Fraktionschef Solms der *Bild am Sonntag*: »Wir sollten jetzt die ganze Rechtschreibreform begraben.« Auch neue Bundesländer-Gespräche seien nicht nötig. »Das sei alles Unsinn.«³²

32 *Der Tagesspiegel* vom 17. August 1997.

Die Bundestagsfraktion der Bündnisgrünen warnte hingegen vor einer Rücknahme der »Reform«. Ihr rechtspolitischer Sprecher Volker Beck sieht darin eine gegenüber den Schülern und den Schulbuchverlagen nicht zu verantwortende »Rolle rückwärts«.³³

33 *Berliner Zeitung* vom 9./10. August 1997.

Wie sich zeigt, versuchen Politiker der Koalition angesichts eines Massenprotestes gegen die »Reform« offenkundig, auf den fahrenden Zug aufzuspringen, um im Wahlkampf Punkte zu sammeln, während sich Vertreter der Opposition, koste es was es wolle, als »Reformer« darstellen möchten. Auf irgendwelche »orthographischen« Argumente meinen sie dabei verzichten zu können.

34 *Neues Deutschland* vom 5. Juni 1997.

Die Gewerkschaften sind offenbar hin und her gerissen. Die in erster Linie betroffene GEW warf erst einmal sowohl Gegnern wie Befürwortern »Dilettantismus« und »Gleichgültigkeit« vor. Ihre neue Bundesvorsitzende Eva-Maria Stange verkündete Anfang Juni in einem Rundfunkinterview: »Wenn das Ganze jetzt gestoppt wird, tritt die Verwirrung komplett ein«³⁴. Nach dem Urteil des Schleswiger Obergerichtes erklärte sie am 14. August im Info-Radio: »Ich stelle es mir kurios vor, wenn jemand einen Rechtschreibfehler macht und damit gegen ein Gesetz verstößt«³⁵, um vierzehn Tage später zu befinden, es sei ein Fehler gewesen, »die Reform in den Schulen zwei Jahre vorzuziehen« und sich gegenüber der *Berliner Zeitung* für einen vorläufigen Stopp auszusprechen.³⁶ Der Berliner GEW-Vorsitzende Erhard Laube wiederum kritisiert eine solche Haltung als »gedanklichen Schnellschuß«³⁷ bzw. – nicht zuletzt mit Rücksicht auf die angeblichen Verluste der Schulbuchverlage – als »volkswirtschaftlichen und pädagogischen Unsinn«³⁸. Mit pseudolinguistischen Argumenten halten sich auch die Gewerkschaftsfunktionäre nicht auf.

35 *Neues Deutschland* vom 16./17. August 1997.

36 Ausgabe vom 28. August 1997.

37 *Berliner Zeitung* vom 30./31. August 1997.

38 *blz* 8/1997, S. 4.

Eine um so größere Rolle spielen solche Argumente – in erster Linie die irriige Annahme von einem gleichsam natur- oder gottgegebenen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Sprache und ihrer Schreibung, obwohl sich diese unter spezifischen historischen Bedingungen mehr oder weniger zufällig herausgebildet hat – bei prominenten Protestierern. Lanciert wird dieser Irrglaube natürlich auch in hohem Maße von den Medien.

»Rettet die deutsche Sprache!« titelte beispielsweise *Der Spiegel* in seiner Nummer 42/1996. Dieser Aufruf mag ironisch gemeint sein, um eine gewisse Distanz zum ebenfalls auf dem Titelblatt thematisierten »Aufstand der Dichter« gegen den »Schwachsinn Rechtschreibreform« zu suggerieren. Doch dann sollen die interviewten Dichturfürsten eine Eingangsfrage des Typs »Herr..., die (Landes-)Sprache, in der Sie schreiben, soll sich ändern... Wie finden Sie das?« beantworten. Einzig Enzensberger kontert in dem schon in Anmerkung 3 zitierten Interview mit dem bemerkenswerten Satz: »Dabei geht es überhaupt nicht um die Sprache, sondern um die Rechtschreibung, die von jeher das Steckenpferd aller Besserwisser war.« Der abschließende Nebensatz stellt zwar eine Übertreibung dar, dem rationellen Kern der Aussage kann man jedoch nur uneingeschränkt beipflichten. Sie ist im übrigen in der ganzen Protestkampagne eine der ganz wenigen, in der diese Erkenntnis, die eigentlich der Debatte zugrundeliegen müßte, überhaupt ausgesprochen wird.

Die meisten der dergestalt Angesprochenen fallen dagegen auf die – vermutlich gar nicht mit Hintergedanken gestellte – absurde Frage herein. Martin Walser, der sich offenbar nicht bewußt ist, daß ein und derselbe kurze Vokal nach bestimmten – in manchen Fällen nicht nachzuvollziehenden – Regeln mal mit *e*, mal mit *ä* zu schreiben ist, meint: »Bei uns im Süden hat man immer »Gämse« gesagt und, unter hochdeutschem Druck, »Gemse« geschrieben.«³⁹ Siegfried Lenz, der die angestrebten Neuerungen für einen »kostspieligen Unsinn« hält, protestiert als »Bürger und Schriftsteller, den der wahrnehmbare Sprachverfall nicht unbesorgt sein läßt.«⁴⁰ Walter Kempowski, der immerhin für radikalere Lösungen wie die gemäßigte Kleinschreibung plädiert, glaubt: »Unsere jetzige schöne Schriftsprache jedenfalls landet auf dem Müll.«⁴¹ Günter Grass wird in der *Berliner Zeitung* vom 1. Juni 1997 mit den Worten zitiert: »Ich lehne den widersprüchlichen und zum Teil widersinnigen Eingriff in die deutsche Sprache ab«.

Noch weitaus größere, oftmals geradezu groteske Fehlleistungen dieser Art finden sich immer wieder in den Berichten, Kommentaren, Leitartikeln und Überschriften sowie vor allem in den unzähligen Leserzuschriften pro und kontra von Medien unterschiedlichster Couleur. Auf die Wiedergabe auch nur einer Auswahl muß aus Platzgründen verzichtet werden.

Nur darauf sei noch verwiesen, daß diesbezügliche Entgleisungen von Prominenten Auswirkungen auf ihre Leser haben können. So veröffentlicht das *Neue Deutschland* in seiner Wochenendausgabe vom 19./20. Juli 1997 eine teilweise auch die »Reform« thematisierende Kolumne von Hermann Kant, die aus lauter Geistreicheleien besteht, bei denen man meist nicht schlau wird, ob irgend etwas an ihnen ernst gemeint ist oder ob sie lediglich der Selbstbefriedigung dienen. Das trifft u.a. auf folgende Passage zu: »Eine Reform sollte es sein, welche, wenn schon nicht gleich den Übelstand Arbeitslosigkeit abstellt, so doch wenigstens das Wort dafür ums Fugen-s verkürzt. Auf daß die fehlerquellenlos gemeinsame deutsche Sprache uns Deutsche ... endlich über alle Unterschiede hinweg zur fugenlosen Gemeinschaft macht.«

39 *Der Spiegel*, 42/1996, S. 270. Der Baseler Beat Leuthardt unterliegt dem gleichen Irrtum, zieht aber andere ziemlich abstrus formulierte Schlußfolgerungen und begrüßt im *ND* vom 7./8. Juni 1997 gerade diese Neuerungen. Denn: »Daß die deutsche Sprache sich in der revidierten Form weiter von den Schweizer Sprachgewohnheiten entfernen würde als die heutige Hochsprache, behauptet außer den Reformgegnern niemand. Im Gegenteil. Alt-sprachliche Wörter wie Gemse und Stengel werden in sämtlichen Dialekten ohnehin mit *ä* ausgesprochen... So gesehen werden diese *ä*-Wörter die Schweizer Mundartformen sogar näher an die deutsche Hochsprache heranzuführen.«

40 Ebenda, S. 268.

41 Ebenda, S. 278.

Ob Kant selbst meint, eine Orthographiereform könne die Aufgabe haben, auch Gesetzmäßigkeiten der Wortbildung gleich mit abzuschaffen, sei dahingestellt. Offen bleiben muß auch, wieviele Leser dies als ernstgemeinte Forderung auffassen könnten. Eine Leserin hat es jedenfalls so ernst genommen, daß sie in einer vier Tage später abgedruckten Zuschrift ans *ND* tatsächlich nicht einsehen will, wozu das Fugen-*s* in *Arbeitslosigkeit* bleiben soll.

Natürlich sind in der ganzen Debatte neben Unkenntnis auch nicht wenige Emotionen im Spiel, wie die zahlreichen nicht gerade schmeichelhaften Epitheta für die »Reform« belegen. *Reförmchen* oder *Reförmlein*, *unausgegorenes Werk* sind, wie auch (mit der ungerechtfertigten Identifizierung von Schreibung und Sprache) *Neudeutsch* bzw. (mit distanzierenden Anführungsstrichen) »*neues Deutsch*«, »*Leichtschreibung*« oder *Neuschreib*, *Neuschrieb* noch die harmlosesten der Ablehnung signalisierenden Bezeichnungen. Sonst reichen diese von *Banausenschreibe*, *Quatsch*, *Stuß*, *Unfug*, *Unsinn*, *Blödsinn*, *Schwachsinn* (*wider die deutsche Sprache*), *Irrsinn*, *Wahnsinn*, *Verhuzung* (*der deutschen Sprache*), *Akt von Kulturschande* bis zu *idiotisches regelwerk* und Neuregelungen der Silbentrennung persiflierendem *kleins-taatliche Ka-cke*.

Andererseits dürfte eine so völlig an der Realität vorbeigehende euphorische Einschätzung, man könne sich »nichts Logischeres« als die bisher gültige Rechtschreibung vorstellen, wie sie eine Hamburger Lehrerin am 15. August dieses Jahres in den »Tages-themen« abgab, wohl ebenfalls Emotionen geschuldet sein.

Im allgemeinen jedoch vermitteln die Leserschriften in der Presse den Eindruck, daß die Mehrheit der Deutsch Lesenden und Schreibenden die Neuerungen aus durchaus rationalen Gründen ablehnt. Die meisten begründen die Ablehnung damit, daß die Neuregelung schlicht überflüssig sei, »überflüssig wie ein Kropf«, wie Roman Herzog gesagt haben soll. Ein sich als »Gegner der Rechtschreibreform« bezeichnender *TAZ*-Leser motiviert seine Haltung damit, daß sie »schlichtweg nicht radikal genug« sei.⁴²

Einige präzisieren darüber hinaus, daß sie »eindeutige regeln für lange und kurze vokale und vor allem die abschaffung der großschreibung von substantiven«⁴³ vermissen, daß sie die »Verschriftlichung derselben Laute durch verschiedene Buchstaben oder sogar Buchstabengruppen, zum Beispiel *f* durch *ff*, *ph* und *v*« nicht akzeptieren⁴⁴ oder daß die Getrennt- und Zusammenschreibung »veränderungsbedürftig gewesen wäre«, da hier selbst »bei Leuten, für die die Sprache Handwerkszeug ist, Probleme bestehen«⁴⁵.

Natürlich können auch Stellungnahmen von Befürwortern gegen Ablehner vernünftige Gedanken enthalten. Etwa wenn ein Leser des *Tagesspiegel* die von Kommentator Malte Lehming am 30. Juli 1997 in dieser Zeitung unter der Überschrift »Die Umwörter (sic!) sind einsam geworden« kolportierte Begriffsverwirrung zurückweist, weil es nicht um die »Neuregelung der Sprache«, sondern »lediglich um das Schriftbild« gehe.⁴⁶

Daß der ebenfalls in solchen Stellungnahmen zu findende Hinweis auf die stockkonservative Grundeinstellung so mancher Protestierer nicht von der Hand zu weisen ist, dürfte schon aus dem bisher Dargelegten hervorgehen. Was aber wäre beispiels-

42 *TAZ* vom 20. August 1997.

43 So ein Verfechter der Kleinschreibung in der *TAZ* vom 15. Dezember 1995, der hinzufügt: »Ein wichtiger Beitrag dazu wäre, wenn die *taz* als alternative Zeitung zu gemäßigter Kleinschreibung übergehen würde«. Im *Tagesspiegel* vom 23. Dezember 1996 fordern die Schüler der Klasse 11e des Kreuzberger Hermann-Hesse-Gymnasiums sogar eine »allgemeine Kleinschreibung«.

44 *TAZ* vom 2. November 1995.

45 *Neues Deutschland* vom 22. Oktober 1996.

46 In der Ausgabe vom 3. August.

weise bei einem CDU-Rechtsaußen wie Rupert Scholz auch anderes zu erwarten, als daß er die bei einer echten Reform sehr wohl rational begründbare Zuständigkeit des Bundes auch in diesem Fall nicht nur mit der bereits mehrfach erwähnten irrigen Gleichsetzung »Rechtschreibung ist Sprache« beweisen will, sondern völlig überflüssigerweise mythologisierend hinzufügt: »Sie ist identitätsstiftend für die ganze Nation. Der Bund ist kraft Natur der Sache zuständig.« Denn sonst drohe dem Land eine »Sprachspaltung«. ⁴⁷

47 BZ vom 31. Juli 1997.

Doch auch germanistisch ausgebildete Deutschlehrer warten manchmal mit merkwürdigen Thesen auf. Zu ihnen gehört Klaus Deterding, der in Berlin eine ähnliche Rolle zu spielen scheint wie Denk in Bayern und auf Bundesebene und im April 1997 eine *Rechtschreibung zum Nulltarif. Fehler und Mängel der »einfachen« neuen Regelung* betitelte 22-seitige Broschüre schon in der »fünften verbesserten sowie mit einem Vorwort versehenen« Auflage herausbrachte. Darin läuft er u.a. Sturm gegen die an sich gar nicht anfechtbare Formulierung der »Vorlage«: »In manchen Fällen werden durch verschiedene Laut-Buchstaben-Zuordnungen gleich lautende Wörter unterschieden« (als Beispiel: malen – mahlen, leeren – lehren). Es handele sich um »unterschiedliche Wörter mit verschiedenem Inhalt, verschiedener Bedeutung und verschiedener Wortgeschichte.« ⁴⁸ Doch dies wird ja auch in der »Vorlage« nicht bestritten. Wenn Deterding dann allerdings fortfährt, es handele sich um Wörter, die »in gar keinem Zusammenhang miteinander stehen«, dann tut er den »Reformern« entschieden Unrecht, denn sie behaupten lediglich den von der Sprachentwicklung hergestellten unbestreitbaren Zusammenhang: *mahlen* und *malen* bzw. *leeren* und *lehren* lauten gleich. Und das trifft auch auf zahlreiche andere Homonyme zu, auf solche, die unterschiedlich geschrieben werden, und auf solche, die sich in der Schreibung nicht unterscheiden. Zu kritisieren wäre die »Vorlage« in diesem Punkt wegen der Beibehaltung dieser Inkonsequenz bzw., wenn versucht würde, eine andere unterschiedliche Schreibung einzuführen. Auf dieses Problem ist noch zurückzukommen.

48 S. 5 der angegebenen Broschüre.

Vorläufiges Resümee: Die vorgeschlagene Neuregelung stellt keine wirkliche, von wissenschaftlichen Kriterien ausgehende Rechtschreibreform dar, sondern beinhaltet lediglich eine Reihe solchen Prinzipien zumeist diametral zuwiderlaufender partieller Änderungen an den bisher geltenden Regeln. Die Verursacher dieses Debakels benutzen die Geringfügigkeit der Änderungen als Ausrede, um die »Reform« gegen den erklärten Willen der Betroffenen administrativ durchzudrücken. Demgegenüber machen nicht wenige Gegner zu Recht ihren Protest daran fest.

Die Chancen einer echten Rechtschreibreform hängen also in hohem Maße von der fachlichen Qualifikation der für ihre Vorbereitung und Durchführung Verantwortlichen ab, seien es nun Sprachwissenschaftler, Pädagogen oder Politiker. Wäre diese Qualifikation hoch genug, hätten Juristen allenfalls dann mitzureden, wenn es zu entscheiden gälte, welcher »höchstrichterlichen« Instanz das letzte Wort gebührt.

Die Rechtschreibprinzipien und ihre denkbare Anwendung auf die deutsche Orthographie

Wie aber könnte eine auf wissenschaftlichen Kriterien basierende Schreibung der deutschen Sprache aussehen?

Als solche »Rechtschreibprinzipien« genannten Kriterien werden im allgemeinen folgende unterschieden:⁴⁹

Erstens: Phonetisches oder Lautprinzip

Dieses Prinzip orientiert sich an den tatsächlich gesprochenen Lauten. Seine konsequente Anwendung in der Schreibung einer Sprache kommt kaum vor, da die konkrete Realisierung der Sprachlaute vielfach von deren Umgebung abhängt. So werden z.B. stimmhafte Konsonanten des Deutschen vor stimmlosen oder im Wortauslaut stimmlos. Wiedergegeben wurde die »Auslauthärtung« bei der Schreibung des Mittelhochdeutschen, etwa bei der Deklination von Substantiven wie *Tag*, das bei Vorhandensein vokalischer Endungen *tag-* (z. B. Genitiv *tages* oder Dativ *tage*), sonst aber *tac* geschrieben wurde.⁵⁰

Zweitens: Phonologisches Prinzip

Dieses Prinzip orientiert sich an den sog. Phonemen, den bedeutungstragenden Lauteinheiten. Phonetische Unterschiede wie bei der Aussprache von *ch* nach vorderen oder hinteren Vokalen wie in *Nacht* (»ach-Laut«) gegenüber *Nächte* (»ich-Laut«) werden ebensowenig berücksichtigt wie die unterschiedliche Aussprache von /r/ als Zungen- oder Zäpfchen-r oder die von /g/ in *richtig* (»richtich«) oder *richtige*.⁵¹

Drittens: Morphologisches bzw. morphematisches oder Stammprinzip

Nach diesem Prinzip werden Modifikationen eines Wortstammes bei Deklination, Konjugation oder Wortableitung in der Schreibung abweichend vom phonologischen Prinzip berücksichtigt. Der auf »Umlaut« von /a/ zurückgehende kurze offene Vokal /e/ wird so mit dem Buchstaben *ä* geschrieben, wie im Plural von *Nacht* – *Nächte* oder in der Ableitung *nächtlich* bzw. im Präsens von *fallen* – (*du*) *fällst*, (*er, sie, es*) *fällt* oder in der Ableitung *fällen*. Der mit der »Reform« unternommene Versuch, die Anwendung dieses Prinzips auf einige weitere vom Sprecher kaum noch als solche erkannte Ableitungen wie *behende* (zu *Hand*), *Gemse* (zu *Gams*), *Stengel* (zu *Stange*) usw. auszudehnen, wobei aber Fälle wie *Eltern* (aus *älteren*) unberücksichtigt bleiben, ist bekanntlich einer der Streitpunkte in der jetzigen Debatte. Dabei wird merkwürdigerweise überhaupt nicht thematisiert, daß die Begründer der angeblich historisch gewachsenen deutschen Rechtschreibung im 17. und 18. Jh. in einigen Fällen völlig willkürliche Festlegungen getroffen haben. So hat der Wortstamm *Bär* nie ein /a/ enthalten, während heutiges *Beere* mit gotischem *-basi* (bezeugt in *weinabasi* »Weinbeere«) verwandt ist, das *ee* geschriebene /e:/ also auf Umlaut zurückgeht.

Ähnlich liegen die Dinge bei der ebenfalls umstrittenen Schreibung des Diphthongs /oö/ mit *eu* oder *äu*, je nachdem, ob es aus langem /ü:/, das wiederum – wie in *Leute* – aus dem Diphthong /iu/ hervorgegangen ist, oder aus dem Umlaut von /u:/ (*Haus* [ursprünglich *hu:s*] – *Häuser*) oder /ou/ (*Baum* – *Bäume*) entstand.

49 Ich folge hier im wesentlichen der von Wolfgang Ulrich Wurzel in einem Vortrag zum Thema »Über Sinn und Unsinn der Orthographiereform« am 16. Januar 1997 in der Leibnitz-Sozietät e. V. gegebenen Darstellung.

50 Auch die heutige türkische Orthographie enthält starke phonetische Elemente, z.B. die Wiedergabe der sog. »Auslautverhärtung« in *renk* 'Farbe', gegenüber *rengi* 'die Farbe' (Akkusativ) oder *rengim* 'meine Farbe'.

51 Die Orthographien der meisten mittel-, ost- und südosteuropäischen Sprachen, z. B. aller slawischen, ganz gleich, ob sie mit lateinischer oder kyrillischer Schrift geschrieben werden, der baltischen, also des Lettischen und Litauischen, oder des Ungarischen, basieren im wesentlichen auf dem phonologischen Prinzip.

Gerhard Augst begründet in dem in Anmerkung 18 zitierten *E&W*-Artikel die fakultative Einführung der Schreibung von /ts/ mit *z* statt mit *t* in Wörtern wie *potenziell*, *substanzuell* mit dem »Stammprinzip«, und dies wird auch in der »Vorlage« suggeriert. Im Grunde handelt es sich dabei jedoch um die Anwendung des phonologischen Prinzips.

Viertens: Grammatisches Prinzip

Darauf beruhen die in der Gegenwart weltweit einzig in der deutschen Orthographie praktizierte Großschreibung der Substantive und die in der Neuzeit in den meisten Buchstabenschriften geltende Zusammenschreibung von Wörtern, die dabei voneinander durch Zwischenräume, sog. Spatien, getrennt werden.⁵²

Fünftens: Semantisches oder Homonymieprinzip, manchmal auch »logisches« Prinzip genannt

Danach werden gleichlautende Wörter mit unterschiedlicher Bedeutung, sog. Homonyme, in der Schreibung unterschieden. Beispiele wären: *denen* (*geben*) – (*sie*) *dehnen*, (*Gläser*) *leeren* – (*Schüler*) *lehren*, *Lid*(*schatten*) – *Lied*(*gut*), (*Korn*) *mahlen* – (*Bilder*) *malen*, (*das Meer* – (*noch*) *mehr*, (*der Mohr* – (*das Moor*, *die Saite* (*ist gesprungen*) – *die Seite* (*tut weh*), (*in die Stadt* – (*an Kindes*) *Statt* – *statt* (*dessen*), (*die Uhr* – (*der*) *Ur*, *Waagen* (*werden geeicht*) – *Wagen* (*werden beladen*), (*das Gesicht*) *wahren* – (*wir*) *waren*, (*der Wal* – (*die Wahl*, *wieder* (*arbeiten*) – *wider* (*den Zeitgeist*) usw. Wie die in Klammern beigegebenen Kontextwörter bzw. Kompositionsglieder deutlich machen, genügt meist schon ein minimaler Kontext, um die unterschiedliche Bedeutung der gleichlautenden Wörter absolut eindeutig zu signalisieren.

Bei einigen dieser Dubletten spiegelt die unterschiedliche Schreibung ursprüngliche lautliche Unterschiede wider, manchmal sogar ziemlich genau. So enthielt die mittelhochdeutsche Vorstufe von *Lid* eine kurzes /i/, die von *Lied* den Diphthong /ie/. Meist werden die ursprünglichen Unterschiede jedoch infolge willkürlicher Festlegungen völlig verzerrt wiedergegeben. *Saite* beispielsweise geht zurück auf *seite*, enthielt also den Diphthong /ei/, während das *ei* in *Seite* aus langem /i:/ hervorgegangen ist. Der *lehr-* geschriebene Wortstamm enthielt ursprünglich den Diphthong /ai/, der allerdings bereits im Althochdeutschen zu langem /e:/ geworden war. Das /e:/ in *leer-* dagegen ist durch Umlaut aus /a:/ entstanden, müßte nach dem historischen Prinzip also eigentlich mit *ä* geschrieben werden. Reine Willkür ist die unterschiedliche Schreibung bei *Statt* und *Stadt*, denn es handelt sich ursprünglich um ein und dasselbe Wort, das im Laufe der Zeit unterschiedliche Bedeutungen angenommen hat.

Mit Ausnahme der beiden erstgenannten, die sich zwar am heutigen Sprachzustand orientieren, jedoch für kaum eine Sprache konsequent angewandt werden, reflektieren die übrigen Prinzipien gewisse historische Momente.

Es hat in der Geschichte der deutschen Orthographie auch Tendenzen gegeben, sich überhaupt an einer nicht mehr der heutigen Aussprache entsprechenden archaisierenden Schreibung nach mittelhochdeutschem Vorbild zu orientieren. Der Begründer der sprachwissenschaftlichen Germanistik Jacob Grimm war z.B. ein

52 Eine Ausnahme bildet das Vietnamesische, bei dessen Schreibung die Silben durch Spatien getrennt werden.

engagierter Verfechter einer solchen Schreibweise, konnte sich jedoch verständlicherweise damit nicht durchsetzen.

Wie bereits festgestellt, erklären sich die unterschiedlichen Schreibweisen für Homonyme zum Teil auf diese Weise.

So beruht die Kennzeichnung der Länge bei /i:/ in den meisten Fällen auf der Beibehaltung der ursprünglichen phonologischen Schreibung des mittelhochdeutschen Diphthongs *ie*.

Die Wiedergabe des stimmlosen Zischlauts mit *sch* bzw. mit *s* vor /t/ und /p/ sowie des velaren Nasallauts mit *ng* bzw. vor /k/ mit *n* oder vor /n/ mit *g* (wie in *Signal*) hat ebenfalls historische Gründe.

Am stärksten tritt das historische »Prinzip« jedoch bei der Schreibung von Fremdwörtern in Erscheinung, die noch immer vielfach so wie in den Sprachen geschrieben werden, aus denen sie stammen. Und wie das bisher Dargelegte deutlich macht, wird gerade der in der »Vorlage« unternommene halbherzige Versuch, auch ihre Schreibung etwas stärker an die Regeln der deutschen Rechtschreibung anzupassen, mit den kuriosesten Begründungen abgelehnt.

Es gibt jedoch noch zwei Kriterien, die in der gegenwärtigen Kontroverse keinerlei Rolle spielen, ohne deren Beachtung von einer tatsächlichen Reformierung der deutschen Orthographie aber keine Rede sein kann. Ich meine das ökonomisch-ökologische und das, wie ich es nennen möchte, internationale.

Ersteres figuriert zwar in der allgemeinen Literatur zur Orthographie, aber meist in nur sehr abstrakter Form. Dieter Nerius beispielsweise nennt in seinem Artikel *Sprachwissenschaftliche Grundlagen einer Reform der deutschen Orthographie*⁵³ unter den möglichen Auswirkungen einer Rechtschreibreform, die es zu bedenken gälte, auch »ökonomische und technische«⁵⁴, läßt aber offen, was er damit meint.

Mir geht es hier um einen ganz konkreten Aspekt, nämlich um den Umfang des einem Phonem des Deutschen bei der Schreibung zuzuordnenden Graphems. Viele von ihnen bestehen bekanntlich nicht aus einem, sondern aus zwei und in einigen Fällen sogar aus drei Buchstaben, obwohl dafür keinerlei objektive Notwendigkeit zu erkennen ist. Man kann auszählen, wieviel überflüssige Buchstaben ein beliebiger deutscher Text enthält. Im Durchschnitt sind es mindestens 8 Prozent.⁵⁵ Das ist auch ein entsprechender Prozentsatz bei der Produktion des Textes verschwendeter Zeit bzw. sinnlos vergeudeten Papiers. Bei der Papierflut, die Tag für Tag die Briefkästen deutscher Haushalte überschwemmt, könnte man sogar ausrechnen, wieviel Wald dieser Mißachtung von Ökonomie und Ökologie durch die Verhinderung einer wirklich durchdachten Reform der Orthographie Tag für Tag zum Opfer fällt.

Die Ignorierung des internationalen Aspektes ist um so verwunderlicher, als insbesondere Europolitiker nicht müde werden zu beteuern, wie sehr ihnen doch das Zusammenwachsen nicht nur der EU-Mitgliedstaaten, sondern auch ihrer Bürger, sowie die Erhaltung der kulturellen Vielfalt des Kontinents am Herzen liegt. Doch kein Mensch denkt daran, daß damit auch die Reformierung der deutschen Rechtschreibung etwas zu tun haben könnte.

53 In: *Sprachwissenschaftliche Probleme einer Reform der deutschen Orthographie* (I). Linguistische Studien des Zentralinstituts für Sprachwissenschaft der Akademie der Wissenschaften der DDR, Reihe A, Heft 23, Berlin 1975, S. 1-38.

54 Ebenda, S. 28-30.

55 Von den ersten 5.000 Buchstaben dieses Artikels z.B. (Fußnoten nicht mitgerechnet) sind in diesem Sinne 449 (= 8,98 Prozent) überflüssig. Im »Ausblick« sind es 199 von 1.967 (= 10,1 Prozent). Der Durchschnitt betrüge 9,3 Prozent.

Die »Reformer«, Experten und »zuständige Politiker«, tun so, als gäbe es außer dem Deutschen nur noch Englisch und Französisch bzw. die »toten« Sprachen Altgriechisch und Latein, und auch das nur, um den Widerstand gegen eine rationelle, phonologische Schreibung der Fremdwörter zu begründen, die zum größten Teil aus diesen vier Sprachen stammen. Dies entspricht auch der realen Sprachenpolitik der EU, die Englisch und Französisch als Arbeitssprachen favorisiert, obwohl nach den Verträgen alle offiziellen Sprachen der Mitgliedstaaten gleichberechtigte Amts- und Arbeitssprachen der Gemeinschaft sind. Neuerdings gibt es bei BRD-Vertretern außerdem Bemühungen um eine Gleichprivilegierung auch des Deutschen als Arbeitssprache.⁵⁶ Da die EU-Sprachenpolitik nicht Gegenstand dieses Beitrages sein kann⁵⁷, sei nur darauf verwiesen, daß es unter den verschiedenen Projekten für eine praktikable EU-Sprachenpolitik auch die Konzeption der sogenannten passiven Mehrsprachigkeit gibt. Danach sollte jeder seine Muttersprache sprechen können und vom Gesprächspartner, der diese Sprache nicht aktiv beherrscht, wenigstens verstanden werden. Insgesamt ist dies eine illusionäre Vorstellung. Dennoch sollte es jedem EU-Bürger erleichtert werden, so viele Sprachen wie möglich zu erlernen, wo immer sich eine Gelegenheit dazu bietet. Zu den Erleichterungen würde auch gehören, daß eine möglichst weitgehende Übereinstimmung der Grundlagen der Orthographien dieser Sprachen hergestellt würde.

Dabei müßten in der Perspektive natürlich auch Anglophone und Frankophone von ihren hohen Rössern herabsteigen und endlich dem Gedanken nahetreten, daß die Absurditäten ihrer Orthographien nicht für ewige Zeiten erhalten bleiben können. Die Deutschsprachigen, die sich nicht selten mit der zahlenmäßigen Stärke ihrer Sprachgemeinschaft brüsten und sich ebenfalls mit einer von Ungereimtheiten geradezu strotzenden Rechtschreibung belastet haben, könnten aber eine Vorreiterrolle übernehmen und mit gutem Beispiel vorangehen.

Bevor nun dargelegt werden soll, wie eine nach gründlicher gesellschaftlicher Diskussion, die sich vermutlich über viele Jahre hinziehen wird, einzuführende und auf wissenschaftlichen Kriterien basierende rationelle deutsche Orthographie konkret aussehen könnte, wäre noch zu klären, an den Interessen welches Nutzers die Rechtschreibung zu orientieren wäre. Theodor Ickler vertritt in seiner in Anmerkung 17 zitierten Broschüre die These: »Die Orientierung an den Bedürfnissen des Lesers ist der Schlüssel zum Verständnis der Rechtschreibung und zur Beurteilung der Rechtschreibreform. Jeder von uns liest tausendmal mehr, als er schreibt.«⁵⁸ Einmal abgesehen von der im Zeitalter von Fernsehen und Bildzeitung sicher nicht der Realität entsprechenden Proportion 1:1000, zumal bei »jedem«, halte ich diese These für einen fundamentalen Trugschluß. Abweichungen von der verordneten orthographischen Norm, seien es Fehler oder Absicht, beeinträchtigen die Lesbarkeit nicht ernsthaft. Sie stören auch kaum. Oft bemerkt sie auch ein die Rechtschreibung im großen und ganzen beherrschender Leser überhaupt nicht. Die Orthographie muß aber für jeden leicht erlernbar sein⁵⁹, der die zu schreibende Sprache

56 Ausführlicher hierzu s. *Sprache zwischen Markt und Politik. Über die internationale Stellung der deutschen Sprache und die Sprachenpolitik in Europa* (Loccumer Protokolle 1/94), u.a. meinen Diskussionsbeitrag S. 247f.

57 Hierzu Näheres in meinem Artikel *Sprachpolitik in supranationalen politischen Gebilden*, in: Wolfgang W. Moelleken, Peter J. Weber (eds.) *Neue Forschungsarbeiten zur Kontaktlinguistik*, Bonn 1997: Dümmler, S. 339-347 sowie in der dort angegebenen Literatur.

58 Einen am 1. August 1997 im *Neuen Deutschland* veröffentlichten Beitrag beginnt er: »Wir lesen tausendmal mehr als wir schreiben. Die Rechtschreibung muß sich folglich an den Interessen des Lesers orientieren. Sie hat sich auch im Laufe der Jahrhunderte stets in diesem Sinne entwickelt und dabei sehr fein ausdifferenziert.«

59 Diesen Aspekt betont auch Heinz Zangerle in seinem Aufsatz »Schluss mit den Diktatkatastrophen?« im Oktoberheft von *Psychologie heute* (S. 34-37).

beherrscht oder erlernt. Sie muß so konstruiert sein, daß jedes durchschnittlich intelligente Kind ihre Regeln an der eigenen Sprachkompetenz zu überprüfen vermag. Das muß nicht bedeuten, daß jeder, der schreiben lernt, auch tatsächlich Hochdeutsch spricht. Die Kenntnis dessen, wie eigentlich zu sprechen wäre, kann jedenfalls beim heutigen Stand der innerdeutschen Kommunikation vorausgesetzt werden.

Dies bedeutet, daß einer echten Reform nur das phonologische und, hinsichtlich Zusammen- und Getrennschreibung, das grammatische Prinzip zugrunde liegen kann. Zu berücksichtigen sind dabei unbedingt auch der ökonomisch-ökologische und der internationale Aspekt. Das semantische Prinzip – in ideographischen oder Hieroglyphenschriften unvermeidlich – hat in einer Buchstaben verwendenden Rechtschreibung nichts zu suchen.

Was als müßte geschehen, um die charakterisierten Prämissen in die Tat umzusetzen?

Erstes Postulat

Da keine Sprache, natürlich auch die deutsche nicht, unterschiedliche »kleine« und »große« Laute kennt, sind Großbuchstaben abzuschaffen. Von den Benutzern der zahlreichen Buchstabenschriften, die es gibt⁶⁰, leisten sich lediglich die von vier den Luxus besonderer Großbuchstaben. Es sind dies die griechische, die beiden von dieser abstammenden Alphabete, das lateinische und das kyrillische, und die armenische Schrift. Von diesen ist allerdings das lateinische Alphabet durch die jahrhundertlange Expansions- und Kolonialpolitik europäischer Mächte in alle Ecken und Enden der Erde verpflanzt worden, und die kyrillische Schrift ist nicht mehr nur bei den traditionell orthodox-christlichen Slawen in Gebrauch, sondern mit Ausnahme der Balten, der rumänischsprachigen Bewohner der Republik Moldova⁶¹, der Armenier und Georgier sowie der noch jiddisch schreibenden Juden bei fast allen einstigen Untertanen der russischen Zaren und ihrer Moskauer Nachfolger.

Irgendwelche rationalen Argumente für die Verwendung besonderer Großbuchstaben gibt es nicht. Wenn konsequente Kleinschreibung praktiziert wird, fällt dies dem Leser kaum auf. Auch für das Deutsche gibt es beachtliche Beispiele. So gab die Bücher-gilde Gutenberg Berlin 1931 den Titel *sport und arbeitersport* eines Autors *helmut wagner* heraus und stellte ihm das Motto voran: »dieses buch wurde mit zustimmung des autors in kleinbuchstaben gesetzt. es soll freunden und gegnern der vielfach unstrittenen kleinschreibung gelegenheit zur klärung ihres standpunktes geben.«

Auch wer jiddische Texte herausgibt, diese im Interesse an die Lateinschrift gewöhnter Leser transliteriert und dabei ausschließlich Kleinbuchstaben verwendet, weil die hebräische Schrift keine Großbuchstaben kennt, braucht nicht, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, mit Protesten zu rechnen.

Die Großschreibung ist nicht nur Ursache der meisten orthographischen, sondern auch ständiger Tippfehler. Wie unpraktisch die Großschreibung rein technisch ist, weiß jeder, der viel mit

60 Hans Jensen nennt in seinem Buch *Die Schrift* (Reprint der 3. Auflage, Berlin 1969: VEB Verlag der Wissenschaften, S. 35) allein für indische Alphabete eine Zahl von 200.

61 Bei diesem Volk allerdings erst seit wenigen Jahren wieder. Als Bessarabien und die Nordbukowina 1940 im Gefolge des Hitler-Stalin-Paktes von der Sowjetunion annektiert wurden, mußten die per Dekret zu »Moldowanen« gemachten rumänischsprachigen Bewohner dieser Gebiete die seit 1860 für die Schreibung der rumänischen Sprache verwendete Lateinschrift wieder für über 40 Jahre mit der schon früher bei ihnen in Gebrauch gewesenen kyrillischen vertauschen.

dem Computer schreibt. Ein falscher Tastendruck, und ganze Zeilen erscheinen plötzlich, wenn man nicht rechtzeitig auf den Monitor schaut, nur in Großbuchstaben und müssen neu geschrieben oder mittels spezieller Programme umgewandelt werden.

Die mit dem »grammatischen Prinzip« motivierte Großschreibung der Substantive ist ein Anachronismus sondergleichen. Über ihre Ursachen schreibt Dieter Nerius ziemlich nebulös: »Eine Erklärung für die von allen vergleichbaren Sprachen abweichende Sonderentwicklung des Deutschen ... kann mit letzter Sicherheit bis heute nicht gegeben werden... Nach allem, was wir gegenwärtig wissen, ... ergab sich diese Besonderheit vor allem aus einem komplizierten Wechselspiel zwischen den Entwicklungstendenzen des Sprachgebrauchs (Schreibgebrauchs) einerseits und den Normierungsbemühungen der Grammatiker andererseits im Zeitraum vom 16. bis zum 18. Jahrhundert.«⁶²

Völker, die wie Niederländer und Skandinavien, Esten, Letten, Ungarn, Slowaken, Tschechen, Kroaten, Slowenen, Kaschuben und Sorben jahrhundertlang dem erdrückenden Einfluß deutscher oder deutschsprachiger Oberschichten ausgesetzt waren, übernahmen teilweise mit der »deutschen« Schrift auch diese Unsitte. Die letzten von ihnen, die sich dem ansonsten schon weltweit durchgesetzten Trend anschlossen und der unseligen deutschen Tradition den Rücken kehrten, die Dänen, taten dies gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Andere wagten diesen Schritt im Zuge ihrer nationalen Wiedergeburt schon vor dem 20. Jahrhundert.

Es ist erfreulich, daß unter den in der Kontroverse um die »Reform« gemachten und teilweise bereits zitierten konkreten Vorschlägen die zur Kleinschreibung an erster Stelle stehen. Auch der internationale Aspekt klingt manchmal an.⁶³ Allerdings bleibt dabei meist offen, ob an die »gemäßigte« Kleinschreibung oder an die generelle Abschaffung der Großbuchstaben gedacht ist. Etwa wenn eine Buchhändlerin in der *BZ* vom 31. Juli 1997 schreibt: »Ich würde... » die Großschreibung abschaffen«. Irrationale Plädoyers für die Beibehaltung sind selten.⁶⁴

Ließe sich die hier geforderte Abschaffung der Großbuchstaben durchsetzen, könnten die über 18 Seiten umfassenden Regeln des Kapitels D der »Vorlage« ersatzlos gestrichen werden.

Zweites Postulat

Nur Lautfolgen, die in der *Sprache* nicht durch andere Wörter »auseinandergerissen« werden können, werden zusammengesrieben. In dieser Hinsicht gibt es in der »Vorlage« ausnahmsweise einige echte Fortschritte. Nur sind sie nicht ausreichend wissenschaftlich begründet und inkonsequent realisiert.

Inkonsequent bleibt auch Kritiker Ickler⁶⁵, der das Problem eigentlich korrekt benennt, aber sich nicht aus dem Bann seines eigenen Trugschlusses von der obligatorischen Leserorientiertheit der Orthographie lösen kann. So stellt er unter Berufung auf den Syntaktiker Drach, der die Frage schon vor Jahrzehnten »höchst schwungvoll« behandelt habe, dann aber wieder vergessen worden sei, in bezug auf das »berühmt-berüchtigte« Problem der »trennbar

62 *Untersuchungen zu einer Reform der deutschen Orthographie auf dem Gebiet der Groß- und Kleinschreibung (GKS)*, in: *Sprachwissenschaftliche Untersuchungen zu einer Reform der deutschen Orthographie* (I), Linguistische Studien des Zentralinstituts für Sprachwissenschaft der Akademie der Wissenschaften der DDR, Reihe A, Heft 83/II, Berlin 1981, S. 1-67. Das angeführte Zitat steht S. 5.

63 Im *Neuen Deutschland* vom 5. August 1996 schreibt ein Leser: »Irgendwo habe ich als Begründung für die Beibehaltung der Großschreibung gelesen, es sei das einzige nationale Identitätsmerkmal für die deutsche Sprache. Kleinkarrierter geht's wohl nicht?«

64 So vertritt eine Leserin im *ND* vom 15. Juli 1996 den Standpunkt, die »Experten der Wiener Vereinbarung« hätten die Kleinschreibung der Substantive nicht verhindert, sondern gewußt, »daß das überhaupt nicht geht. Die deutsche Sprache ist für durchgehende Kleinschreibung einfach nicht geeignet.« Am 17. Dezember 1996 schreibt ein Leser in der gleichen Zeitung gar: »Und was... den Ausblick... in Richtung Großschreibung anlangt, so möge sich... eine breite demokratische Öffentlichkeit schützend vor dieses schöne Charakteristikum der deutschen Rechtschreibung stellen.«

65 *Die Rechtschreibreform auf dem Prüfstand*, S. 9-22.

zusammengesetzten Verben« völlig richtig fest, daß wir mit ihnen »in der gesprochenen Sprache nicht die geringsten Schwierigkeiten haben«, daß sie aber »den Schreibenden manchmal Kopfzerbrechen bereiten«. Es handele sich auch gar nicht um wirkliche Zusammensetzungen. Denn »Zusammensetzungen, die nur in bestimmten Stellungen als Zusammensetzungen auftreten ... kann es eigentlich gar nicht geben«. Es wäre zwar »grundsätzlich möglich, den gordischen Knoten einfach durchzuhauen, Getrenntschreibung für alle Fälle vorzuschreiben und damit das »fürchterliche Gespenst« (Drach) der trennbaren Verben ein für allemal zu bannen«. Doch davor schreckt Ickler zurück, denn dies wäre »ein großer Verlust für den Leser«.

Da die Rechtschreibung jedoch nicht für den Leser, sondern für den Schreiben Lernenden bestimmt sein sollte, ist es zweifellos ein Fortschritt, wenn wenigstens »trennbare Verbzusammensetzungen« mit einem Infinitiv als erste Komponente nach der »Vorlage« grundsätzlich getrennt geschrieben werden sollten. Also *kennen lernen*, aber auch *sitzen bleiben*, unabhängig davon, ob 'nicht aufstehen' oder 'die Klasse wiederholen müssen' gemeint ist. Denn nur in bestimmten Positionen steht der abhängige Infinitiv vor dem zweiten Verb. Sätzen wie *Wenn du nicht endlich aufhörst zu faulenzeln, wirst du sitzen bleiben* oder *Bei Ihrem Alter können Sie ruhig sitzen bleiben*, bei denen im übrigen auch die jeweilige Bedeutung von *sitzen bleiben* absolut eindeutig aus dem Kontext hervorgeht, stünden also mit obligatorisch veränderter Wortfolge gegenüber: *Du bleibst mit diesem miserablen Zeugnis bestimmt sitzen* bzw. *Bleiben Sie doch bitte ruhig sitzen*.

Ansonsten aber soll das bisherige vom semantischen Prinzip dominierte Chaos mit geringfügigen »Verböserungen«, auf die noch zurückzukommen ist, erhalten bleiben. Insonderheit soll Drachs »fürchterliches Gespenst« weiter durch die deutsche Orthographie spuken.

Wie absurd deren Festlegungen in dieser Hinsicht sind, sei an einem besonders anschaulichen Beispiel illustriert. So besitzt der Infinitiv des Verbs in der deutschen Gegenwartssprache eine sogenannte, wie die Grammatiker sagen, kombinatorische Variante, die das Präfix *zu-* enthält. Während z.B. eine Verbindung mit den Modalverben *wollen*, *können*, *müssen* oder die Futurform den einfachen Infinitiv enthält (*ich will/kann/muß es machen*, *ich werde es machen*), erfordert beispielsweise eine Verbindung mit den Modalverben *brauchen*⁶⁶ oder *vermögen*, mit den Hilfsverben *sein* oder *haben* bzw. die Verwendung in mit *ohne* oder *um* eingeleiteten sogenannten verkürzten Nebensätzen obligatorisch den »Infinitiv mit *zu*« (*ich brauche/vermag es nicht zu machen*; *das ist zu machen*, *das habe ich zu machen*; ...*ohne/um es zu machen*). Bei diesem *zu* handelt es sich jedoch im heutigen Deutschen um ein Präfix, das nie betont ist⁶⁷ und durch keinerlei andere Wörter vom Verbstamm getrennt werden kann. Da sich dieses Präfix *zu-* jedoch aus einer den Dativ regierenden Präposition entwickelt hat, die sich auch im Mittelhochdeutschen noch mit einer besonderen Dativform des Infinitivs verbinden konnte (z. B. *ze machenne* 'zu machen'), darf es nach den Regeln der deutschen

66 Zumindest im Hochdeutschen, für das die Paukerregel gilt: »Wer *brauchen* ohne *zu* gebraucht, braucht *brauchen* gar nicht *zu* gebrauchen«. Aber auch in nicht wenigen Mundarten und landschaftlichen Umgangssprachen. Die Regel gilt nicht für das Berlinische.

67 In der Umgangssprache wird es deshalb meist *zu* reduziert.

Rechtschreibung nicht mit dem Verb zusammengeschrieben werden. Demgegenüber muß die stets betonte »Partikel«⁶⁸ *zu* mit dem Verb zusammengeschrieben werden, obwohl dieses *zu* nur in bestimmten Kontexten überhaupt vor diesem steht und durch nahezu beliebige andere Wörter und sogar durch ganze Nebensätze von ihm getrennt (*Du mußt die Tür zumachen*, aber *Ich mache die Tür jeden Tag*, wenn du sie offen stehen lassen hast, selbst wieder zu) bzw. mit anderen »Partikeln« des gleichen Typs koordiniert sein kann (*die Tür zu- und wieder aufmachen*). Eine den Regeln der deutschen Grammatik entsprechende Schreibung, deren Richtigkeit jeder durchschnittlich begabte Grundschüler an seinem eigenen Sprachgebrauch überprüfen könnte, wäre also: *die Tür zu und wieder auf machen – die Tür ist zu zumachen*.

Bei Realisierung dieser Schreibweise würden die dreieinhalb Seiten ausmachenden Paragraphen 33-35 von Kapitel B der »Vorlage« vollkommen überflüssig.

Natürlich blieben auch dann noch manche Probleme der Getrennt- und Zusammenschreibung. Denn die sogenannte Univerbierung, das Zusammenwachsen von Wortverbindungen zu einem Wort, ist in der Entwicklung des Deutschen eine Realität. Eindeutigstes Kriterium dafür ist das Fugen-*s* in Wörtern wie *erwähnenswert*, *verurteilungswürdig*, *verbesserungsbedürftig*, *krankheitshalber*, *Lebenswerk* usw. Fehlt dieses formale Merkmal, ergeben sich gewisse Schwierigkeiten insbesondere bei Zusammensetzungen mit Adjektiven oder Partizipien, denen auch Wortverbindungen entsprechen können. Ob Adjektive wie *meterhoch* oder *fingerbreit*, der Form nach partizipiale Bildungen wie *bahnbrechend* oder *herzerquickend* angesichts von *viele Meter hoch*, *zwei Finger breit*; *sich eine Bahn brechen*, *das Herz erquickend* tatsächlich echte Komposita sind, ist nicht auf Anhieb zu entscheiden. Dennoch lassen sich bestimmte Kriterien ermitteln, die dies nicht nur wahrscheinlich machen. Etwa wenn in Sätzen wie *Die Bäumchen sind nur meterhoch*; *Der Spalt ist nur fingerbreit* mittels *nur* signalisiert wird, daß *meterhoch*, *fingerbreit* bedeutungsgleich ist mit *einen Meter hoch*, *einen Finger breit*. Denn Substantive wie *Meter* oder *Finger* können im Singular nicht ohne Artikel gebraucht werden. Bei *bahnbrechend* und *herzerquickend* beweist die Möglichkeit der prädikativen Verwendung⁶⁹ (*etwas ist bahnbrechend*, *herzerquickend* gegenüber nicht möglichem *jemand ist artikelschreibend*) bzw. der Steigerung (*etwas ist noch herzerquickender*), daß es sich nicht mehr um Partizipien, sondern bereits um zusammengesetzte Adjektive handelt.

Solche Entscheidungen können natürlich nicht dem das Schreiben erst erlernenden Schüler zugemutet werden. Hier sind vorgegebene Regeln und Wörterverzeichnisse unvermeidlich. Sie könnten jedoch nach Wegfall der Großbuchstaben und grundsätzlicher Getrenntschreibung des in der Sprache Trennbaren wesentlich einfacher sein.

Manche diesbezügliche Entscheidungen der Autoren der »Vorlage« stellen indes, wie bereits erwähnt, »Verböserungen« dar. Etwa wenn die nach den hier genannten Kriterien als echte Adjektive anzusehenden Komposita *aufsehenerregend* oder *vertrauener-*

68 So tatsächlich in der »Vorlage«, S. 36ff. In Wirklichkeit handelt es sich bei diesem Wort längst um ein Adjektiv, das nicht nur prädikativ (*Die Tür ist/bleibt zu*), sondern in der Umgangssprache sogar attributiv verwendet werden kann (*die zue Tür*).

69 Dieses Kriterium bleibt im ansonsten in dieser Hinsicht recht informativen § 36 der »Vorlage« unerwähnt.

weckend (man vergleiche: *etwas ist aufsehererregender/vertrauen-erweckender*) künftig *Aufsehen erregend*, *Vertrauen erweckend* geschrieben werden sollen.

70 »Vorlage«, S. 45.

Überhaupt nicht einzusehen ist auch, wieso es eine hochqualifizierte Expertenkommission hinsichtlich der Interpretation einer problematischen Verbindung dem Schreibenden überlassen möchte, »ob er sie als Zusammensetzung oder als Wortgruppe verstanden wissen will«.70 Es handelt sich dabei u.a. um prädikative Bildungen wie *außerstande (sein)*, *instande (sein)*, *instand (setzen)*, *zugrunde (gehen/richten)*, *(jemandem wie) zumute (sein)*, die bisher zu Recht als Wörter angesehen wurden und zusammenschreiben waren.

Drittes Postulat

71 Bei der folgenden Darstellung von Phonem-Graphem-Entsprechungen erscheinen Großbuchstaben nur in Wortbeispielen.

Jedem Phonem sollte nur ein einziger, und zwar stets derselbe Buchstabe entsprechen. Das hat auch für Fremdwörter zu gelten. Die einzige zulässige Einschränkung käme für nur sehr selten in Fremdwörtern vorkommende Phoneme in Frage, die ausnahmsweise auch mit zwei Buchstaben geschrieben werden könnten, etwa für die in genuin deutschen Wörtern fehlende stimmhafte Affrikate, die im Englischen mit *j* oder *(d)g*⁷¹ wie in *job*, *German*, *judge* wiedergegeben wird. Auf welche Weise dies geschehen könnte, ist im weiteren noch zu erörtern.

Nach der heute geltenden deutschen Orthographie werden jedoch den meisten deutschen Phonemen mehrere unterschiedliche Buchstaben bzw. Buchstabenkombinationen zugeordnet.

Von den Konsonanten schießt dabei /k/ den Vogel ab. Neben der in § 22 der »Vorlage« angegebenen »grundlegenden Laut-Buchstaben-Zuordnung« *k* kommt die Schreibung mit *kk* (*Mokka*, *Sakko*), *c* (*Café*, *Computer*, *Cousin*), *ch* (*Charakter*, *Chlor*; *Luchs*, *wachsen*), *ck* (*Stück*, *Acker*), *cch* (*Zucchini*), *q* (*quälen*, *Quelle*), *qu* (*Mannequin*, *Queue*) vor. Zur Wiedergabe der Verbindung von /k/ und /s/ wird in manchen Wörtern (z.B. in *Axt*) außerdem der Buchstabe *x* verwendet. Alles in allem also nicht weniger als neun verschiedene Zuordnungen.

Bei den langen Vokalen bringen es zwei Phoneme, nämlich /e:/ und /i:/, auf acht bzw. sieben Entsprechungen. Es gelten: für /e:/ – *e* (*eben*), *ee* (*Beet*), *eh* (*mehr*), *er* (*Atelier*), *et* (*Budget*), *é* (*Attaché*), *a* (*Lady*), *ai* (*Cocktail*); für /i:/ – *i* (*Lid*), *ie* (*Lied*), *ih* (*ihm*), *ieh* (*Vieh*), *y* (*Baby*), *ea* (*Jeans*), *ee* (*Spleen*). Als »Grundzuordnungen« werden für /i:/ in § 1 der »Vorlage« gleich zwei Entsprechungen angegeben: *ie* »in einheimischen Wörtern« und *i* »in Fremdwörtern«.

Wie die Beispiele zeigen, kommen die von der »Grundzuordnung« abweichenden Schreibungen keineswegs nur in Fremdwörtern vor.

Ein durch nichts zu rechtfertigendes Unding ist es z.B., daß das Phonem /f/ völlig unmotiviert nicht nur mit *f* oder *ff*, sondern im Wurzelanlaut einiger Wörter und im Präfix *ver-* auch mit *v* geschrieben wird. Und das sogar in ein und derselben Wurzel wie in *voll*, *völlig*, gegenüber *füllen*, *Fülle*. Eine Begründung der Schreibung des Phonems /f/ mittels *ph*⁷² in Wörtern griechischer Herkunft

72 Der griechische Buchstabe mit dem Namen *phi* bezeichnete in der Zeit, in

mit deren »Fremdheit« ist angesichts von *Foto(-)/foto-, -graf(ie), -fon-* auch längst untergraben. Die Schreibung von /f/ mit *ph* wäre also grundsätzlich abzuschaffen. Mit einer modernen phonematischen Orthographie ist sie völlig unvereinbar.

Weitere gravierende Verstöße gegen das phonologische und/oder das ökonomisch-ökologische Prinzip wäre bei den Konsonanten die Schreibung des stimmlosen dentalen Zischlauts mit *sch* (*schön*), *s* (*spitz oder steif*), *ch* (*Chance*) oder *sh* (*Shop*) bzw. des Phonems /s/ mit *s* (*Bus*), *ss* (*Busse*), *ß* (*Buße*) oder *c* (*City*).

Von kurzen Vokalen wären zu nennen: *e* (*Lerche*), *ä* (*Lärche*), *ê* (*Crêpe* [fakultativ auch *Krepp*]), *ai* (*Saison*) oder *a* (*Gag*) für /e/; *u* (*um*) oder *ou* (*souverän*⁷³) für /u/; *ö* (*öffnen*), *e* (*Service*), *u* (*surfen*) für /ö/.

Größer ist die »Vielfalt« naturgemäß bei den Langvokalen, da eine Markierung der Länge-Kürze-Opposition, wenn überhaupt, meist durch Kennzeichnung der Länge vorgenommen wird, allerdings auf völlig unzureichende und chaotische Weise, so daß alle Phoneme mindestens drei Graphemansprechungen haben. So entspricht: /a:/ – *a* (*Abend*), *aa* (*Aal*), *ah* (*Ahle*), *at* (*Etat*); /o:/ – *o* (*oben*), *oo* (*Zoo*), *oh* (*hohl*), *au* (*Sauce*), *eau* (*Niveau*), *ot* (*Depot*); /u:/ – *u* (*Ufer*), *uh* (*Uhr*), *ou* (*Route*), *oo* (*Boom*) *ew* (*Interview*); /ö:/ – *ö* (*hören*), *öh* (*Höhle*), *eu* (*Milieu*); /ü:/ – *ü* (*üben*), *üh* (*fühlen*), *üt* (*Debüt*), *ue* (*Revue*), *y* (*Analyse*).

Neben der Markierung der Länge gibt es jedoch auch noch die nach dem ökonomisch-ökologischen Prinzip absolut unvertretbare Konsonantenverdoppelung zur Bezeichnung der Kürze des vorausgehenden Vokals wie in *Ebbe*, *Suppe*, *Paddel*, *Bitte*, *Egge*, *Sakko*, *Affe*, *essen*, *Pizza*, *kommen*, *Sonne*, *Fall*, *Herr*. Statt nur ausnahmsweise in Fremdwörtern verwendetem *kk* und *zz* werden jedoch die Buchstabenkombinationen *ck* und *tz* wie in *Stück*⁷⁴ oder *Katze* gebraucht.

Nicht selten wird dabei bei Wortpaaren, die sich einzig und allein durch die Quantität des Wurzelvokals unterscheiden, völlig überflüssigerweise sowohl die Länge als auch die Kürze gekennzeichnet, wie in *Saat* – *satt*, *Beet* – *Bett*, *biete* – *bitte*, *Sohle* – *solle*, *Stuhle* – *Stulle*, *Höhle* – *Hölle*, *fühlen* – *füllen*.

Ad absurdum geführt wird die Doppelkonsonantenschreibung zur Bezeichnung der Kürze des vorausgehenden Vokals bei der Worttrennung am Zeilenende, so wie sie im Kapitel F der »Vorlage« dargestellt ist. Nach § 107 trennt man »geschriebene Wörter« am Ende einer Zeile so, »wie sie sich bei langsamem Sprechen in Silben zerlegen lassen«. Als Beispiele figurieren in § 108 u.a.: *sit-zen*, *Städ-te*, *Bag-ger*, *Wel-le*, *Kom-ma*, *ren-nen*, *Pap-pe*, *müs-sen*. Daß die Verfasser der Vorlage ein solches Verfahren selber nicht ernst nehmen, ist daran zu erkennen, daß sie hinsichtlich *ck*, das aufgrund einer willkürlichen Entscheidung früherer Orthographieexperten für *kk* steht und bei Trennung am Zeilenende auch *k-k* geschrieben werden muß, in § 109 kurzerhand verfügen, es sei so wie *ch*, *sch*, *ph*, *rh*, *sh* oder *th*, die »für *einen* (Hervorhebung von mir – R. L.) Konsonanten stehen«, überhaupt nicht zu trennen.⁷⁵ Danach entspräche also die Silbenstruktur eines Wortes seiner von Fall zu Fall willkürlich festgelegten Schreibung.

der die meisten der in den heute häufig verwendeten Internationalismen enthaltenen griechischen Wortstämme entstanden, den behauchten Verschußlaut /p/. Die Wiedergabe mit *ph* in der lateinischen Transkription entsprach somit damals genau dieser Aussprache. Nachdem sich jedoch Jahrhunderte später daraus der Reibelaut /f/ entwickelt hatte, verlor diese Schreibung jeden Sinn.

73 Ein aufschlußreiches Beispiel für die Inkonsistenz deutscher Reformansätze: die französische Schreibung *ai* für offenes /e:/ wird durch *ä* ersetzt, *ou* für /u/ dagegen beibehalten.

74 Lediglich bei der Worttrennung am Zeilenende wäre z.B. *Stük-ke* zu schreiben. Dies soll nach der nach § 109 der »Vorlage« künftig in *Stü-cke* geändert werden.

75 Besonders kurios ist das Beispiel *beis-sen*, das ebenfalls in § 108 figuriert

und nach dem in Klammern hinzugefügt wird »wenn ss statt ß«. In § 25 dient jedoch auch *beißen* zur Illustration der Regel: »Für das scharfe (stimmlose) s nach langem Vokal oder Diphthong schreibt man ß, wenn im Wortstamm kein weiterer Konsonant folgt.«

76 Im Vorwort zur »Vorlage« liest sich das S. 7 so: »Die (regelgeleitete) Zuordnung von Lauten und Buchstaben soll es ermöglichen, jedes geschriebene Wort zu lesen und jedes gehörte Wort zu schreiben«. Der unbefangene Leser ist versucht, eine solche Behauptung als Hochstapelei oder Roßtäuscherei anzusehen.

77 Die Frage, ob in Wortpaaren wie *Beeren - Bären, Ehre - Ähre, Schere - Schäre, Schemen - schämen* usw. die Buchstaben *e* und *ä* tatsächlich zwei unterschiedliche Phoneme repräsentieren, von denen *e* lang und eng, *ä* dagegen lang und weit auszusprechen wäre, soll hier unerörtert bleiben. Die regionale Aussprache solcher Dubletten schließt eine andere Interpretation zumindest nicht aus.

78 In dieser Sprache wird damit ein /k/ »verwandter« palataler Verschlusslaut bezeichnet.

79 Lediglich Rumänen und Türken verwenden zu diesem Zweck die aus dem Französischen oder Portugiesischen übernommene sog. Cedille unter dem s.

Kehrseite der willkürlichen und chaotischen Schreibweise nahezu aller Phoneme ist die völlig unterschiedliche Lautung vieler Buchstaben und Buchstabenverbindungen, die natürlich das Lesen ungemein erschwert und zu falscher Aussprache verleitet, auf die hier aber nicht weiter eingegangen werden soll.

Charakteristisch sind für die deutsche Rechtschreibung somit Dutzende von völlig überflüssigen Regeln, von denen jede noch die abwegigsten Ausnahmen zuläßt. Von der in Arbeiten zur deutschen Orthographie immer wieder behaupteten phonematischen Grundlage⁷⁶ kann jedenfalls keinerlei Rede sein.

Klar ist natürlich, daß die 26 Buchstaben des lateinischen Alphabets nicht ausreichen, um jedem der im Deutschen als selbständige Phoneme existierenden 14 Vokale⁷⁷ (ohne Diphthonge) und mindestens 19 Konsonanten einen besonderen Buchstaben zuzuordnen. Wenn also die Maxime »ein Phonem – ein Buchstabe« wenigstens für die im Deutschen häufig vorkommenden Laute durchgehalten werden soll, wird auch unsere Rechtschreibung ohne die so manchem verhaßten diakritischen Zeichen über oder unter den vorhandenen Buchstaben nicht auskommen. Für die sog. Umlaute haben wir sie in Gestalt der beiden Pünktchen über *a, o, u* ohnehin schon, ohne daß sich jemand darüber aufregt. Bei der Wahl neuer diakritischer Zeichen wäre das internationale Prinzip zu berücksichtigen.

Da die Buchstaben *x* und *q* ihre Funktion verlören, wenn das Phonem /k/ nur noch mit *k* geschrieben würde, könnte *x* zur Wiedergabe des nach der heutigen Orthographie mit *ch* zu schreibenden Phonems /x/ verwendet werden. In wissenschaftlichen Umschriften wird dieses Phonem, das nach hinterem Vokal (*Nacht, mochte, Buch*) als »ach-Laut«, nach vorderem Vokal und /l/, /n/ oder /r/ (*Nächte, möchte, Bücher, Molch, manch, Arche*) als »ich-Laut« auszusprechen ist, ohnehin meist so bezeichnet (der »ach-Laut« z.B. auch in der »Vorlage«).

Für das *q* fände sich wohl keine Verwendung, denn einen weiteren velaren, dem /k/ ähnlichen stimmlosen Konsonanten besitzt das Deutsche nicht. Die skandinavischen und die lateinisch schreibenden osteuropäischen Sprachgemeinschaften mit Ausnahme der albanischen⁷⁸ verzichten ebenfalls auf diesen Buchstaben.

Der bislang am häufigsten mit *sch* geschriebene Zischlaut wird in allen lateinisch geschriebenen slawischen Sprachen mit Ausnahme des Polnischen sowie in den beiden baltischen Sprachen mit dem sog. Haken über dem s, also mit š, bezeichnet.⁷⁹ Diese Schreibung wäre auch für das Deutsche zu empfehlen.

Der außer vor *k* (*sinken*) und vor *n* (bei der fakultativ zulässigen Aussprache von *Signal, Signum* usw.) mit der Buchstabenkombination *ng* (*singen*) geschriebene velare Nasal könnte mit *ŋ*, einer Modifikation des Buchstaben *n*, gekennzeichnet werden, wie das ebenfalls in wissenschaftlichen Umschriften – so auch in der »Vorlage« – üblich ist. Das beträfe dann auch Wörter wie *Balkon* oder *Chance* bzw. *Signal* usw.

Der Buchstabe *s* sollte grundsätzlich nur zur Wiedergabe von stimmlosem /s/ verwendet werden. Wie in allen europäischen Lateinschriften mit Ausnahme des Deutschen und Italienischen –

auch in dieser Hinsicht stimmt die »Vorlage« hinsichtlich der Umschrift mit den internationalen Gepflogenheiten überein – sollte *z* ausschließlich den stimmhaften dentalen Reibelaut bezeichnen. Die uns sprachlich nächstverwandten Niederländer und Flamen tun dies ja auch. Das viel geschmähte deutsche Unikum *ß* entfiel damit. Oppositionen des Typs *reißen* – *reisen* würde, die Änderung der Diphthongschreibung einmal vorweggenommen, zu *raisen* – *raizen*.

Die bisherige Funktion von *z* könnte das in allen osteuropäischen Sprachen mit Ausnahme des Türkischen⁸⁰ dazu verwendete *c* übernehmen.

Die *tsch* geschriebene Affrikate (*Tscheche, deutsch*) wird zwar von Phonologen im Unterschied zu */c/* nicht als besonderes Phonem anerkannt⁸¹, könnte aber aus ökonomischen und internationalen Gründen – sie kommt auch bei in unseren Medien ständig zitierten Namen ungemein häufig vor, wird dabei aber meist nicht von *c* unterschieden – mit *c* und diakritischem Haken, also mit *č* geschrieben werden.

Die im Deutschen ursprünglich fehlende stimmhafte Entsprechung zum Zischlaut */š/*, die wie in den Herkunftssprachen mit *j* (*Journal*) oder *g* (*Genie, Garage*) geschrieben wird, wäre nach diesem Vorschlag mit *z* und diakritischem Haken, also *ž*, die entsprechende Affrikate (nach heutiger Orthographie mit *j* wie in *Job*) mit einem *d* davor, also mit *dž*, wiederzugeben.

Schließlich wäre es im Interesse der Ökonomie, zur Wiedergabe von labiodentalem */v/* wie in den meisten europäischen Sprachen, u.a. in den skandinavischen, und wie in Fremdwörtern statt *w* – *v* zu verwenden, also nicht nur *vāze*⁸² und *vīrus* zu schreiben, sondern auch statt *Wald* und *wollen* – *vald* und *volen*.

Zur korrekten phonologischen Wiedergabe der Vokale bedarf es im wesentlichen nur eines diakritischen Zeichens zur Kennzeichnung der Vokallänge. Tschechen, Slowaken und Ungarn verwenden dazu Schrägstriche vom Typ des französischen *accent aigu*. Im Ungarischen, das wie das Deutsche auch die »Umlaute« *ö* und *ü* besitzt, die ebenfalls kurz oder lang sein können, wird die Länge mit zwei Strichen statt der Pünktchen gekennzeichnet. Letten und teilweise auch Litauer benutzen waagerechte Striche über dem Vokalbuchstaben.⁸³ Für das Deutsche wäre diese Variante vorzuziehen.

Um – nicht zuletzt in Oppositionen wie (*der*) *Kaffee* – (*das*) *Café* – die vom normalen deutschen Akzent abweichende Betonung angeben zu können, könnte eine nachder Stammasilbe betonter langer Vokal mit *accent aigu*, ein kurzer mit *accent grave* gekennzeichnet werden. Die angeführte Dublette wäre dann *kafē* – *kafé* zu schreiben. Nach dem hier vorgeschlagenen System würde sich das zweite Wort der Dublette lediglich durch den Akut über dem *e* von der ansonsten einheitlichen Schreibung *kafé* abheben.

Im Interesse einer einheitlichen Längebezeichnung erschiene es sinnvoll, anstatt der Buchstaben *ö* und *ü* solche ohne Pünktchen zu verwenden.⁸⁴ Sie könnten nach skandinavischem, insbesondere dänischem, Vorbild durch *ø* und *y* ersetzt werden, die ja schon – auch in der »Vorlage« – in der wissenschaftlichen Umschrift

80 In dieser Sprache dient es zur Wiedergabe des stimmhaften Zischlauts (engl. *j, (d)g*).

81 Siehe W. U. Wurzel in *Grundzüge einer deutschen Grammatik* (Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Karl Erich Heidolph, Walter Flämig und Wolfgang Motsch), Berlin 1981: Akademie-Verlag, S. 937-940.

82 Zur Bezeichnung der Vokallänge durch waagerechten Strich über dem Vokalbuchstaben siehe die folgenden Absätze.

83 Im Lettischen gilt dies für */a:/, /e:/, /i:/, /u:/*, während */o/* und */o:/* nur in Fremdwörtern vorkommen, in denen die Länge unbezeichnet bleibt. In genuin lettischen Wörtern gibt der Buchstabe *o* den Diphthong */uo/* wieder. Im Litauischen ist diese Art der Längenbezeichnung auf */u:/* beschränkt.

84 Ob für ein offen auszusprechendes */e:/*, wofür heute *ä* verwendet wird, tatsächlich ein zusätzlicher Buchstabe gefunden werden muß, braucht aus den in Anmerkung 77 genannten Gründen hier nicht erörtert zu werden.

figurieren. Letzteres bliebe dann bei der angestrebten radikalen Reform, ohne daß dies eine spezielle Absicht wäre, in den zahlreichen Fremdwörtern erhalten, in denen es nicht wie /i/ oder /i:/ ausgesprochen wird (z.B. in *fysik*, *fÿsiker* oder *analyze*).

Für die Diphthonge wäre wahrscheinlich die Schreibung *au*, *ai* und *oi* die zweckmäßigste. Auf alle Fälle müßte die unsinnige Spaltung in *ai* (*Kai*, *Mai*) und *ei* (*kein*, *mein*) bzw. in *eu* (*Leute*) und *äu* (*Bäume*, *Häuser*) beseitigt werden.

Die Verwirklichung dieser Vorschläge würde allerdings eine gründliche Vorbereitung voraussetzen. Sie wäre unmöglich ohne einen intensiven Meinungsstreit unter Experten, und das nicht innerhalb irgendwelcher Kommissionen hinter verschlossenen Türen. Sie bedürfte vielmehr auch langwieriger öffentlicher Diskussionen auf wirklich wissenschaftlichem Niveau. Und sie würde auch beträchtliche materielle – allerdings einmalige – Investitionen erfordern. Denn es müßte nicht nur das für die Erläuterung und Popularisierung der Reform erforderliche Lehrmaterial verfaßt und veröffentlicht werden. Es würden spezielle Schulungen für Lehrer und Redakteure notwendig. Auch ein nicht geringer Teil des bereits vorhandenen deutschen Schrifttums müßte aktualisiert und neu gedruckt werden.

Dann aber wären die Rechtschreibregeln auf ein Minimum reduziert. Ausnahmen gäbe es keine mehr. Wer Deutsch schreiben lernen muß, könnte endlich aufatmen.

Angesichts der Radikalität einer solchen Maßnahme sollte ihre endgültige Bestätigung in den Staaten, in denen Deutsch offizielle Sprache ist, einem Volksentscheid vorbehalten sein.

Es käme dann aber zu der längst überfälligen echten Reform, wie sie viele andere Sprachgemeinschaften, auch nicht ohne Schwierigkeiten, zum Teil schon im vorigen Jahrhundert hinter sich gebracht haben.

Historische Vorbilder

Wie hier schon mehrfach erwähnt, entwickelt sich die gesprochene Sprache im wesentlichen spontan. Die Sprecher bemerken diese Entwicklung im allgemeinen gar nicht, zumindest nicht sofort⁸⁵. Im Gegensatz dazu ist Rechtschreibung stets Konvention.

Nicht nur die Art der Anwendung einer bestimmten Schrift auf die Schreibung einer Sprache kann von gesellschaftlichen Instanzen, herrschenden Individuen oder Gremien festgelegt bzw. vereinbart werden. Die Schrift selbst ist auswechselbar.

Von den nicht wenigen für die Neuzeit typischen Beispielen seien hier nur zwei angeführt. So wurde die offizielle Sprache des Osmanischen Reiches, die Vorläuferin des heutigen Türkkeitürkischen, jahrhundertlang mit der für die Struktur der Turksprachen völlig ungeeigneten arabischen Schrift geschrieben. Nach der kemalistischen Revolution wurde diese unter aktiver Beteiligung des Präsidenten Mustafa Kemal (Atatürk) 1928 durch die Lateinschrift ersetzt.

Seit die zahlreichen mongolischen Stämme im 12. Jh. unter Dschingis Khan in einem Großreich vereinigt worden waren, entstand bei ihnen ein Schrifttum, für das seit dem Beginn des

85 Das ist natürlich für Interessierte, Individuen oder Zusammenschlüsse, kein Hinderungsgrund, um unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen aus politischen oder ideologischen Motiven nicht doch bewußte Eingriffe in die Sprachentwicklung vorzuschlagen, zu fordern, zu praktizieren, die dann – wiederum bei spezifischen politischen Konstellationen – auch die Unterstützung staatlicher Stellen erhalten und dann – meist nur inkonsequent – auch realisiert werden können. Es sei nur an puristische Bewegungen erinnert, die eine »Reinigung« der Sprache von fremden Einflüssen anstreben, oder an die sogenannte »feministische Linguistik« mit ihrem *-Innen*, das, da es nicht anders als *-innen* aussprechbar ist und von radikalen Feministinnen auch nicht anders ausgesprochen wird, das männliche Geschlecht nach den Gesetzen der deutschen Grammatik aus der Betrachtung ausschließt.

14. Jh. ein besonderes auf indischen Schriften und deren Weiterentwicklungen durch Uiguren und Tibeter basierendes Alphabet Verwendung fand. Als sich dann in der Mongolischen Volksrepublik die Sprache der Literatur in hohem Maße der Umgangssprache annäherte, wurde ihre Schreibung – sicher nicht ohne Zutun Moskaus – zunehmend auf das kyrillische Alphabet umgestellt, bis dieses 1950 zur alleinigen offiziellen Schrift dekretiert wurde.

Die hier vorgeschlagene Reformierung der deutschen Orthographie würde im Vergleich mit solch einschneidenden Umbrüchen eine relativ bescheidene Veränderung bedeuten, durch die sich wenige Jahre nach der Einführung kaum noch jemand ernsthaft beeinträchtigt fühlen könnte.

Solche Vorgänge sind im übrigen keineswegs auf nationale Bewegungen der Neuzeit beschränkt. So erfand der griechische Geistliche und Universalgelehrte Konstantin – als Mönch nannte er sich später Kyrill –, der den slawischen Dialekt der Umgebung seiner Geburtsstadt Saloniki seit seiner Kindheit beherrschte, ein besonderes, zwar nicht leicht zu schreibendes, aber an die Struktur des Slawischen hervorragend angepaßtes Alphabet. Er tat dies im Zusammenhang mit einem ihm und seinem Bruder Method, einem hohen byzantinischen Beamten, im Jahre 863 erteilten kaiserlichen Auftrag, den muttersprachlichen Gottesdienst im Großmährischen Reich zu organisieren, wofür die Übersetzung der Bibel und liturgischer Schriften in eine bis dahin schriftlose Sprache erforderlich wurde. Dieses Alphabet, die sogenannte Glagoliza, wurde während der byzantinischen Mission in Mähren verwendet, bis die Schüler der Slawenapostel nach deren Tod auf Betreiben des bayrischen Klerus nach Bulgarien auswandern mußten. Dort war es teilweise bis zum 12. Jh. im Gebrauch. Die katholischen Kroaten benutzten eine Variante dieses Alphabets neben der Lateinschrift teilweise noch viel länger, auf der Insel Krk sogar bis ins 20. Jh. In Bulgarien dagegen wurde sie seit dem 10. Jh. allmählich durch die sogenannte kyrillische Schrift ersetzt, die hinsichtlich der Form der Buchstaben auf der leichter zu schreibenden griechischen basierte, hinsichtlich ihrer Struktur aber maßgeblich von der Glagoliza beeinflusst war und irrtümlich dem Slawenapostel Kyrill zugeschrieben wurde. Wie diese Ersetzung vor sich ging, ist im einzelnen nicht bekannt. Eine hervorragende Rolle soll Kyrilles und Methods 916 gestorbener Schüler Kliment dabei gespielt haben, den der bulgarische Zar Boris I. 893 als Bischof von Ochrid einsetzte. Noch im 10. Jh. fand die Kyrilliza auch bei Russen und Serben und wenig später, zusammen mit dem Kirchenslawischen als offizieller Sprache, auch bei den orthodoxen Rumänen Verbreitung. Heute ist sie die Schrift der traditionell orthodoxen slawischen Völker, also der Russen, Belorussen, Ukrainer, Bulgaren, Serben und Makedonier.

Auch bei Armeniern, Georgiern und Goten erfanden bei deren von Byzanz ausgehender Christianisierung einzelne Gelehrte bereits im 4.-5. Jh. für die beabsichtigten Bibelübersetzungen von vornherein besondere Schriften. Diese basierten entweder – wie das gotische, abgesehen von sechs aus dem lateinischen und zwei aus dem Runenalphabet entlehnten Buchstaben – direkt auf dem

86 In der hier vorgeschlagenen Orthographie würde dieser *ausblik* folgendes Aussehen annehmen:

ausblik
 dēr doičen šprāxgemeinšaft
 vār ain zolxer glyksfal laider
 nixt bešiden. aux in dēr noi-
 cait unternōmene refōrmfer-
 zūxe vī dēr konrād dūdens
 zind im anzac gešaitert. das
 forloifige ergēbnis dizer zix
 yber jārhunderte hincienden
 mizēre ist di oifemistiš
 "rextšraibrefōrmdebāte" ge-
 nante trāgikomōdie, di zix
 zait ainem jār in der brd und
 abgešvext aux in dēn doič-
 šprāxigen naxbarlendern
 abšpilt. enden vird dize,
 naxdēm šōn dēr kancler
 hōxstzēlbt gešprēxe for-
 šlūg und aux her ailman als
 forzicender des bundes-
 fagsrextsausšuses am 28.
 zeptēember in der cdf-zen-
 durj "bon dirēkt" ainlēt ken
 zitj nālizirte, aler forauszixt
 nāx mit ainem oberfaulen

kompromis, dēr dan, vī šōn zo manxe andere ünzoziale māsnāme, dēn mērhaitlix vīderštrēbenden betrōfenen administrātif oder gār lēgislātif ūbergestylpt vird. dan vēre fyr ainige cait erst ainmāl rūe und fon der nōtven-dixkait ainer refōrm der fō-zintflutlixen doičen ortografī fyr lējere cait kaine rēde mēr.

vī āber zol es in der kukunft vaitergēen?

ix maxe mīr kainerlai iluziōnen darýber, das maine radikālen fōrslēge fon "ekspē-ten" und polītikern ūberhāupt cur kentnis, gešvaige den ernst genomen verden. aux nixt fon ainer braiteren øfentlixkait. zōvāit zī dox cur kentnis genōmen verden zolten, hōre ix šōn den aufšrai der empøruŋ ob dīzes sakrilēgs, der "šendurj des in ūber ainem jārtāuzent gevaksenen nacionālen hailixtums" der doičen ortografī bcv. zēe ix daš grinzen ob dīzer "utōpišen špinerāi". nixt tōlix auscušlīs ist aux, das lēzer dī hīr angēstalten ūberlēgurjen als zatīre misferštēen kōnten. den mitler-vāile haben zix jā bekantlix karikatūr und zatīre des temas bemextixt. und das mit gutem grunde. aux zeriōzitet fyr zix beanspruxende gešprēxsrunden vī "tok im turm" oder "preseklub" gerāten jā ūnvilkýrlix cur kabaretnumer, zōbāld in īnen dī angēblix drōende katastrōfe aux nur aines aufšubs der "šprāxrefōrm" bešvōren vird oder āber dī fyr dī nā-ción gerādecu tōdlixen gefāren īrer baldigen realizīruŋ an dī vand gemālt verden.

griechischen Alphabet oder waren zumindest in verschiedener Hinsicht von ihm beeinflusst. Alle drei waren genial konstruiert und an die Struktur der Sprachen, für die sie geschaffen wurden, hervorragend angepaßt.

Natürlich erforderte die Sprachentwicklung auch bei solchen Orthographien von Zeit zu Zeit bestimmte Korrekturen. Ihre Grundlagen jedoch konnten erhalten bleiben.

*Ausblick*⁸⁶

Der deutschen Sprachgemeinschaft war ein solcher Glücksfall leider nicht beschieden. Auch in der Neuzeit unternommene Reformversuche wie der Konrad Dudens sind im Ansatz gescheitert. Das vorläufige Ergebnis dieser sich über Jahrhunderte hinziehenden Misere ist die euphemistisch »Rechtschreibreformdebatte« genannte Tragikomödie, die sich seit einem Jahr in der BRD und abgeschwächt auch in den deutschsprachigen Nachbarländern abspielt. Enden wird diese, nachdem schon der Kanzler höchstselbst Gespräche vorschlug und auch Herr Eylmann als Vorsitzender des Bundestagsrechtsausschusses am 28. September in der ZdF-Sendung »Bonn direkt« Einlenken signalisierte, aller Voraussicht nach mit einem oberfaulen Kompromiß, der dann, wie schon so manche andere unsoziale Maßnahme, den mehrheitlich widerstrebenden Betroffenen administrativ oder gar legislativ übergestülpt wird. Dann wäre für einige Zeit erst einmal Ruhe und von der Notwendigkeit einer Reform der vorsintflutlichen deutschen Orthographie für längere Zeit keine Rede mehr.

Wie aber soll es in der Zukunft weitergehen?

Ich mache mir keinerlei Illusionen darüber, daß meine radikalen Vorschläge von »Experten« und Politikern überhaupt zur Kenntnis, geschweige denn ernst genommen werden. Auch nicht von einer breiteren Öffentlichkeit. Soweit sie doch zur Kenntnis genommen werden sollten, höre ich schon den Aufschrei der Empörung ob dieses Sakrilegs, der »Schändung des in über einem Jahrtausend gewachsenen nationalen Heiligtums« der deutschen Orthographie bzw. sehe ich das Grinsen ob dieser »utopischen Spinnerei«. Nicht völlig auszuschließen ist auch, daß Leser die hier angestellten Überlegungen als Satire mißverstehen könnten. Denn mittlerweile haben sich ja bekanntlich auch Karikatur und Satire des Themas bemächtigt. Und das mit gutem Grunde. Auch Seriosität für sich beanspruchende Gesprächsrunden wie »Talk im Turm« oder »Presseclub« geraten ja unwillkürlich zur Kabarettnummer, sobald in ihnen die angeblich drohende Katastrophe auch nur eines Aufschubs der »Sprachreform« beschworen wird oder aber die für die »Nation« geradezu tödlichen Gefahren ihrer baldigen Realisierung an die Wand gemalt werden.

Mein Plädoyer ist aber durchaus ernst gemeint, auch wenn ich mir nicht einbilde, ich könnte die Verwirklichung meiner »utopischen« Vorschläge noch selbst erleben.

CHRISTOPH BUTTERWEGGE

Globalisierung, Standortsicherung und Wohlfahrtsstaatsentwicklung

Daß der Wohlfahrtsstaat am Ende des 20. Jahrhunderts massiv unter Druck gerät, als nicht mehr finanzierbar bezeichnet und ab- bzw. »umgebaut« wird, führt man gewöhnlich auf die Globalisierung oder das hieraus resultierende Konzept der »Standortsicherung« zurück. Durch die Automatisierung, Computerisierung bzw. Digitalisierung der Produktion, die Modernisierung und Individualisierung der Gesellschaft sowie die Liberalisierung und Deregulierung der Märkte ist der Rahmen für eine »schlankere« Sozialpolitik abgesteckt. Im folgenden werden die Funktionsmechanismen analysiert, nach denen sich der Umbau des Wohlfahrtsstaates vollzieht, aber auch mögliche Konsequenzen für die Gesellschaftsentwicklung, Sozialstruktur und Staatsfunktionen diskutiert.

Ein neoliberales Projekt macht Karriere: »Standortsicherung« als zwangsläufige Konsequenz der verschärften Weltmarktkonkurrenz? Im Rückblick scheint es fast so, als sei dem Sozialstaat nach dem »Sieg über den Staatssozialismus« der Krieg erklärt worden. Offenbar stellte der Wegfall einer – keineswegs sonderlich attraktiven – Systemalternative die im nordwestlichen Kontinentaleuropa dominante Entwicklungsvariante der Marktwirtschaft, vielfach als »rheinisches Modell« des Kapitalismus apostrophiert¹, zur Disposition. Aufgrund der veränderten Weltlage und internationalen Kräfteverhältnisse bestand ab 1989/90 die Möglichkeit wie auch – nach allgemeiner Auffassung – die Notwendigkeit, soziale Leistungsgesetze anzutasten.

An die Stelle des jahrzehntelangen Rüstungswettlaufs zwischen den beiden Militärbündnissen NATO und Warschauer Pakt trat ein ökonomisch-technologischer Wettbewerb zwischen drei kontinentalen Wirtschaftsblöcken: Nordamerika (USA, in der Freihandelszone NAFTA mit Kanada und Mexiko zusammengeschlossen), Westeuropa (EU) und Südostasien (Japan mit den sogenannten vier Kleinen Tigern: Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan) führen meist unter dem Stichwort »Standortsicherung« einen erbitterten Kampf um Absatzmärkte, Marktanteile, Anlagesphären, strategische Rohstoffe, Ressourcen und Patentrechte. Im Zuge der sogenannten Triadenkonkurrenz verhärten sich die internationalen Beziehungen; drastisch erhöht sich außerdem der Leistungs- und Konkurrenzdruck im Landesinnern.

Hart arbeitende Menschen degenerieren in der Konkurrenzgesellschaft zu »Humankapital«, wenn nicht gar zu bloßen »Kosten-

Christoph Butterwegge
– Jg. 1951; Dr. M.A., ist
Professor für Sozialpolitik
an der FH Potsdam und
Privatdozent für Politik-
wissenschaft an der
Universität Bremen.

1 Vgl. dazu: Michel Albert:
Kapitalismus contra Kapital-
ismus, Frankfurt/M. – New
York 1992.

2 Wolfgang Engler:
Standortlogik oder Demo-
kratie?, in: Wochenpost vom
4. Juli 1996.

3 Vgl. kritisch dazu:
Elmar Altvater: Die Welt
als Markt?, in: Florian Mül-
ler/Michael Müller (Hrsg.):
Markt und Sinn. Dominiert
der Markt unsere Werte?,
Frankfurt/ M. – New York
1996, S. 19 ff.

4 Vgl. Arne Heise:
Der Mythos vom »Sach-
zwang Weltmarkt«. Globale
Konkurrenz und nationaler
Wohlfahrtsstaat, in: Interna-
tionale Politik und Gesell-
schaft, 1/1996, S. 17 ff.

5 Christian Wernicke:
Die Dritte Welt rückt näher.
Die Politik versagt vor der
Aufgabe, die soziale Bombe
zu entschärfen, in: Die Zeit
vom 26. Juli 1996.

6 Hans-Peter Martin/
Harald Schumann: Die Glo-
balisierungsfalle. Der Angriff
auf Demokratie und Wohl-
stand, Reinbek bei Hamburg
1996, S. 72.

7 Erfolgreiche Globalisie-
rung zum Nutzen aller. Wirt-
schaftskommuniqué des
Wirtschaftsgipfels Lyon
(Treffen der Staats- und Re-
gierungschefs vom 27. bis
29. Juni 1996), in: Presse-
und Informationsamt der
Bundesregierung (Hrsg.),
Bulletin 59/1996, S. 629.

faktoren auf zwei Beinen«. Kaum jemand wagt es hierzulande noch, Gesellschaftsbereiche wie Soziales, Bildung, Kunst und Kultur aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten, so übermächtig wirkt das Konzept, sämtliche Sektoren der Weltmarktentwicklung zu unterwerfen: »Die Standortlogik, kein Zweifel, hat die Blocklogik unseligen Angedenkens beerbt. Wie jene propagiert sie eiserne Zwänge, kaschiert sie Verhältnisse als unabänderlich, gleichsam naturgegeben.«²

Als ökonomische Globalisierung bezeichnet man einen Prozeß, der das Ende separater, voneinander abgeschotteter Nationalökonomien besiegelt, die Konkurrenz universalisiert und die ganze Welt zum Markt umwandelt.³ »Globalisierung« gilt fälschlicherweise als Sach- und nicht als Systemzwang. Wie Arne Heise zeigt, handelt es sich dabei jedoch um einen Mythos, der die Weltmarkt-konkurrenz zum Maß aller Dinge erklärt.⁴ Denkt man die damit verbundene Gesellschaftsphilosophie konsequent zu Ende, so bedeutet sie den völligen Verzicht auf (sozial)politisches Handeln: »Hinter dem Schlagwort von der Globalisierung verbirgt sich wenig mehr als die Kapitulation der Politik vor dem Primat der Ökonomie.«⁵

Was als naturwüchsiger Prozeß erscheint, der die Bundesrepublik – genauso wie andere Länder – zwingt, ihre Reallöhne, Personalzusatzkosten und Sozialleistungen »nach unten« zu senken, um auf den Weltmärkten konkurrenzfähig zu bleiben, basiert freilich auf wirtschafts-, währungs- und finanzpolitischen Weichenstellungen der mächtigsten Industriestaaten. Diese haben schon während der achtziger Jahre unter dem Einfluß des Neoliberalismus begonnen, die Finanzmärkte zu liberalisieren, die Arbeitsmärkte zu deregulieren und das Kapital so von fast allen staatlichen Fesseln zu befreien. Globalisierung ist weder eine Art politisch-ökonomischer Naturkatastrophe noch urplötzlich über die Bundesrepublik herein-
gebrochen, wurde vielmehr »von den Regierungen der großen Industrieländer selbst heraufbeschworen. Im Namen der ökonomischen Heilslehre vom freien, grenzenlosen Markt haben sie seit Beginn der siebziger Jahre systematisch alle Schranken niederge-
rissen, die ehemals den grenzüberschreitenden Geld- und Kapitalver-
kehr regierbar und damit beherrschbar machten.«⁶

Wirtschaftsführer und Staatsmänner der Industrieländer verharm-
losen oder beschönigen die Folgen des Globalisierungsprozesses.
Ein typisches Beispiel dafür bot der sogenannte G-7-Gipfel in
Lyon, dessen Wirtschaftskommuniqué vom 28. Juni 1996 versprach:
»Die Globalisierung eröffnet große Chancen für die Zukunft, nicht
nur für unsere Länder, sondern auch für alle anderen. Zu ihren zahl-
reichen positiven Aspekten gehören eine beispiellose Ausweitung
von Investitionen und Handel, die Öffnung der bevölkerungsreich-
sten Regionen der Welt für den internationalen Handel und die
Chance für eine größere Zahl von Entwicklungsländern, ihren
Lebensstandard zu erhöhen, die immer schnellere Verbreitung von
Informationen, technologische Neuerungen sowie die Zunahme
qualifizierter Arbeitsplätze.«⁷

Die negativen Seiten und Nachteile der Globalisierung erschei-
nen demgegenüber als zweitrangig, zumal sie vorgeblich nur wirk-

sam werden, falls sich Gesellschaften, Volkswirtschaften und Staaten dem zunehmenden Wettbewerbsdruck gar nicht, zu spät oder unzureichend anpassen. Unter diesen Umständen verliert Globalisierung auch nach Auffassung der Staats- und Regierungschefs von sieben großen Industriestaaten sowie des Präsidenten der EU-Kommission ihren Charakter als »Quelle der Hoffnung für die Zukunft« und bringt möglicherweise größere Probleme mit sich: »In den ärmeren Ländern kann sie die Ungleichheit verschärfen, und einige Regionen der Welt könnten an den Rand gedrängt werden.«⁸

Versteht man unter der Globalisierung jedoch »die Entfesselung der Kräfte des Weltmarktes und die ökonomische Entmachtung des Staates«, wie z.B. Hans-Peter Martin und Harald Schumann⁹, kann dieser Prozeß eigentlich bloß negativ beurteilt werden. Daraus erwachsende Chancen beschränken sich nämlich im wesentlichen auf Exportbranchen, Konzerngiganten, Bankiers, Broker, Spekulanten und Spezialisten. Vor allem das Verhältnis von Wirtschaft und Staat ändert sich im globalisierten Kapitalismus grundlegend. »Globalisierung heißt natürlich auch, daß weniger die nationalen Parlamente und Regierungen die politischen Rahmenbedingungen festlegen, sondern die über 40.000 multinationalen Konzerne den Lauf der Welt bestimmen. Deregulierte globale Finanzmärkte und das Spekulationskapital spielen längst erfolgreich demokratisch legitimierte Regierungen gegeneinander aus.«¹⁰ Ohnmacht wäre jedoch das falsche Wort, um das Verhältnis der Nationalstaaten gegenüber global operierenden Konzernen zu kennzeichnen, weil letztere die ersteren gar nicht mit der Drohung eines Standortwechsels und Massenentlassungen erpressen müssen.

(Re-)Privatisierung von Staatsunternehmen, öffentlichen Dienstleistungen und sozialen Risiken: Marktgesetze, Konkurrenzmechanismen und Managementtechniken als Mittel zur Reform des Wohlfahrtsstaates?

Scheinbar erfordert die Neuordnung der Weltwirtschaft eine tiefgreifende Umstrukturierung des Sozialstaates: Ein Gemeinwesen, das um die Gunst von Großinvestoren und Finanzmagnaten buhlt, kann kein Sozialstaat im herkömmlichen Sinne mehr sein. Daher wird der nach innen gerichtete Wohlfahrtsstaat von einem nach außen gewandten »Wettbewerbsstaat« abgelöst.¹¹ Seitdem die (»realsozialistische«) Systemalternative entfallen ist, unterwirft sich der westliche Wohlfahrtsstaat immer mehr einer Marktlogik, die – vom Weltmarkt ausgehend – beinahe alle Gesellschaftsbereiche erfaßt.

Durch die Vereinigung beider deutscher Staaten ergaben sich für einen liberalkonservativen »Umbau« des Wohlfahrtsstaates hierzu-lande besonders günstige Rahmenbedingungen: Das Ende der DDR und ihr Beitritt zur Bundesrepublik erlaubten es, Einschnitte in Leistungsgesetze mit »finanziellen Lasten der Einheit« zu rechtfertigen und »Solidarität«, einen historischen Schlüsselbegriff der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, im nationalistischen Sinne umzubiegen.¹² Außerdem lag es offenbar nicht nur für die sogenannte Neue Rechte, sondern auch für einen Großteil der wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Eliten nahe, das vereinte Deutschland im Gegensatz zur »alten« Bundesrepublik als

8 Ebenda.

9 Vgl. Hans-Peter Martin/Harald Schumann: Die Globalisierungsfalle, a.a.O., S. 296.

10 Jürgen Roth: Absturz. Das Ende unseres Wohlstands, München – Zürich 1997, S. 26 f.

11 Vgl. Wolf-Dieter Narr/Alexander Schubert: Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt/M. 1994, S. 153; Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin – Amsterdam 1995.

12 Vgl. z.B. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Nationale Solidarität mit den Menschen in der DDR, Bonn 1990.

13 Bert Rürup: Internationalisierung der Wirtschaft und ihre Folgen für den Wohlfahrtsstaat, in: Soziale Sicherheit, 12/1995, S. 449.

14 Vgl. Memorandum zur Bewahrung des Sozialstaates. Gemeinsame Erklärung von Arbeiterwohlfahrt, Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V., Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte, Deutschem Gewerkschaftsbund, Deutschem Mieterbund, Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Industriegewerkschaft Metall im November 1993, dokumentiert in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/1994, S. 127.

15 Stephan Leibfried/Elmar Rieger: Wohlfahrtsstaat und Globalisierung. Oder: Vom Einstieg in den Ausstieg aus der Weltwirtschaft?, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 3/1996, S. 220 f.

16 Vgl. Johannes Steffen: Sozialstaat in der Reichtumsfalle, in: Z - Zeitschrift für marxistische Erneuerung, 26 (1996), S. 42.

17 Vgl. Thomas von Freyberg: ... im ganzen also sehr widerwärtig ..., Verleugnen, Verleumden, Ausgrenzen: Vom Umgang mit der Armut, in: Friedhelm Hengsbach/Matthias Möhring-Hesse (Hrsg.): Eure Armut kotzt uns an! – Solidarität in der Krise, Frankfurt/M. 1995, S. 31.

18 Klaus-Bernhard Roy: Globalisierung der Ökonomie und nationalstaatliche Politik – Europäisierung als tragfähige Perspektive sozialstaatlicher Demokratie?, in: Sozialer Fortschritt, 3/1997, S. 57.

»zurückgewonnenen Nationalstaat« und weniger als demokratischen Sozialstaat zu begreifen.

Bert Rürup weist darauf hin, daß die bisher in der Bundesrepublik besonders hohe Attraktivität des Standortfaktors »sozialer Friede« abnimmt: »Mit der fortschreitenden Internationalisierung im Sinne einer »kapitalistischen Globalisierung« der Wirtschaft wird der wohlfahrtsstaatliche Konsens in Deutschland brüchiger werden, da angesichts der wachsenden globalen Standortoptionen vieler Unternehmen die Einbindung und Verankerung der Unternehmen in den Nationalstaat und damit auch in die nationalen wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen schwindet.«¹³

Die demokratische Linke ist nicht nur wegen des kläglichen Scheiterns der Systemalternative zum Kapitalismus in die Defensive geraten, sondern auch geschwächt, weil sie – wie schon während des Kalten Krieges im Hinblick auf ihre Haltung zum Realsozialismus – in zwei Lager zerfällt, die sich bezüglich ihrer Einschätzung der Politik zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes unterscheiden. Mit der von Unternehmerverbänden und Bundesregierung forcierten, seit Ende der achtziger/Anfang der neunziger Jahre geführten »Standortdiskussion« wurde sie erneut gespalten.

Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände hielten den »sozialen Frieden« für einen Standortvorteil.¹⁴ Stephan Leibfried und Elmar Rieger gingen noch weiter, als sie die Sozialpolitik zur Grundlage der ökonomischen Globalisierung und Wohlfahrtsstaatlichkeit zur Vorbedingung für Weltmarktöffnung erklärten: »Die Kosten der internationalen Koordinierung der Weltwirtschaft werden gewissermaßen von den Wohlfahrtsstaaten internalisiert.«¹⁵ Der wiederholte Hinweis auf die Gefährdung des »Standortfaktors sozialer Friede« durch »Sparprogramme« der Bundesregierung war in Anbetracht der Tatsache, daß letzterer offenbar auch billiger zu haben war, Ausdruck politischer Hilflosigkeit der Opposition.¹⁶

Umgekehrt begriffen Fundamentalkritiker/innen die deutsche Standortdebatte als geistige »Waffe im Verteilungskampf« und machten geltend, daß die Beteiligung an einem Verdrängungswettbewerb auf dem Weltmarkt zur Absenkung sozialer wie ökologischer Standards und zur Zerstörung des Wohlfahrtsstaates führen müsse.¹⁷ Es wäre jedoch falsch, »Globalisierung« als pure Ideologie zur weiteren Stärkung der Kapitalmacht und zur Schwächung der Gewerkschaften anzusehen: »Die Globalisierung der Ökonomie ist (...) keinesfalls nur ein Mythos, der in der innenpolitischen Debatte um die Verteilungsspielräume instrumentalisiert wird, sondern ein vielschichtiger Prozeß mit realen Auswirkungen auf sozialstaatliche Demokratie.«¹⁸

Gleichwohl gehört die Frage nach dem »ökonomischen Wert« bzw. dem »wirtschaftlichen Nutzen« sozialer Sicherung nicht in den Mittelpunkt einschlägiger Diskussionen¹⁹, wo sie den Trend zu einer Ökonomisierung der Sozialpolitik eher noch verstärken würde. Zu erörtern wäre vielmehr, welches Menschenbild hinter einer Sozialpolitik steht, deren Fokus die internationale Wettbewerbsfähigkeit »unserer« Volkswirtschaft bildet. Wenn die soziale Sicherung primär der Standortsicherung dient, wird der Wohlfahrtsstaat

zur wirtschaftspolitischen Manövriermasse und zum Sanierungsinstrument für das Kapital herabgewürdigt. Diese ökonomistisch-funktionalistische Sichtweise vernachlässigt den humanitären Eigenwert des Sozialstaates, welcher um so mehr an Bedeutung gewinnt, je größer die Finanzierungsprobleme werden.

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts (in seiner hergebrachten Form) findet eine Funktionalisierung der Sozialpolitik im Unternehmerinteresse statt. Aufgrund der Globalisierung bzw. des Konzepts der »Standortsicherung« verändert sich das Verhältnis von Ökonomie und (Sozial-)Politik, die zwar nicht abdankt, jedoch zur abhängigen Variablen der Volkswirtschaft degradiert wird. In den Mittelpunkt sozialpolitischen Handelns rückt die (angeblich oder tatsächlich) bedrohte Wettbewerbsfähigkeit des »Industriestandortes D«. Wirtschafts- und Sozialpolitik verfolgen nur noch das fragwürdige Ziel, die Weltmarktstellung des einheimischen Großkapitals zu stärken, indem sie dessen Wachstumskräfte stimulieren.

Zweck und Mittel der wohlfahrtsstaatlichen Intervention ändern sich: »Nicht der problemadäquate Schutz vor sozialen Risiken und die Korrektur der marktvermittelten Einkommenspolarisierung, sondern der Beitrag der Sozialpolitik zur Konsolidierung der Staatshaushalte, zur Reduzierung der Personalzusatzkosten und zur Deregulierung des Arbeitsrechts- und Tarifsystems avanciert zum Erfolgskriterium einer ›modernen‹ Sozialpolitik.«²⁰ Mißbrauchsdebatten, Leistungskürzungen und ein verschärfter Kontrolldruck erhöhen den Zwang sozial Benachteiligter, ihre Arbeitskraft (billiger) zu verkaufen und selbst Niedrigstlohnangebote zu akzeptieren, verringern die Lohn(neben)kosten der Unternehmen und tragen auf diese Weise vorgeblich zur »Standortsicherung« bei.

Der tiefgreifende Funktionswandel, den die Sozialpolitik im Rahmen des Globalisierungsprozesses erfahren hat, ist bisher nur teilweise ins öffentliche Bewußtsein getreten. Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf stellen demgegenüber in aller Klarheit fest: »Im Zuge des Globalisierungsprozesses sind alle sozialen Errungenschaften zur Disposition gestellt, weil nur noch ökonomische, monetär in Preisen auszudrückende und nicht jene sozialen Standards zählen, ohne die eine zivile Gesellschaft von mit sozialen Ansprüchen und politischen Rechten der Partizipation ausgestatteten Staatsbürgern ein historisches Unding ist.«²¹

In einer »Winner-take-all«-Gesellschaft (Robert H. Frank/Philip J. Cook) zählt bloß der Erfolg. Dieser drückt sich fast ausschließlich monetär, d.h. »in klingender Münze«, aus. Marktgesetze und Konkurrenzmechanismen halten verstärkt Einzug auch in Geschäftsbereiche, die bisher davon frei waren oder – wie das Sozial- und Gesundheitswesen – sogar ein Gegengewicht hierzu bildeten. Durch die Anwendung betriebswirtschaftlicher Mittel und Methoden in der Leistungsverwaltung, oft unter dem Diktat leerer Kassen begonnen, aber als Verwaltungsreform ausgegeben und von einem wohlklingenden Etikett (»Neue Steuerungsmodelle«) begleitet, wurden Rationalisierungspotentiale und Einsparreserven genutzt. Sozial benachteiligte Menschen avancieren zu »Marktteilnehmern«, die sich selbst für eine bestimmte Firma entscheiden und Dienstleistungsanfragen in Anspruch nehmen. Deren Effizienz bzw.

19 So aber Winfried Schmähl: Engere ökonomische und politische Verflechtung als Herausforderung für die nationale Sozialpolitik, in: ders./Herbert Rische (Hrsg.): Internationalisierung von Wirtschaft und Politik – Handlungsräume der nationalen Sozialpolitik, Baden-Baden 1995, S. 18.

20 Hans-Jürgen Urban: Deregulierter Standort-Kapitalismus? – Krise und Erneuerung des Sozialstaates, in: Horst Schmitthenner (Hrsg.): Der »schlanke« Staat. Zukunft des Sozialstaates – Sozialstaat der Zukunft, Hamburg 1995, S. 17.

21 Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster 1996, S. 42.

22 Vgl. Helmut Hartmann: Neue Steuerung in der öffentlichen Verwaltung: Anspruch, Wirklichkeit und Perspektiven, in: Walter Hanesch (Hrsg.): Überlebt die soziale Stadt? – Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit, Opladen 1997, S. 128.

23 Dieter Schewe: Der Rückbau des Sozialstaats und die Euro – päische Arbeitslosigkeit, in: Sozialer Fortschritt, 3/1997, S. 52.

24 Vgl. Heinz Niedrig: Auf dem Wege in eine andere Republik?, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 10/1995, S. 365.

25 Vgl. Rolf G. Heinze/Gerhard Naegele: Die sozialen Dienste vor neuen Herausforderungen, in: WSI-Mitteilungen, 6/1995, S. 409.

Effektivität wird mittels geeigneter Kennziffern und Meßzahlen genau erfaßt.²² Die damit meist verbundenen Kostensenkungen und Leistungskürzungen werden in der öffentlichen und Fachdiskussion durch Floskeln wie »Freiheit der Wahl«, »Kultur des Wandels« oder »Freisetzung von Kreativität« verbrämt.

»Sparen« meint im Sozialbereich – entgegen dem allgemeinen Sprachgebrauch – nicht nur, Defizite der öffentlichen Haushalte zu verringern, sondern Arbeitgebern durch die Kürzung bisher gesetzlich garantierter Sozialleistungen (z.B. der Lohnfortzahlung für Arbeitnehmer im Krankheitsfall) weitere Kostenvorteile gegenüber ausländischen Konkurrenten zu verschaffen, was wegen der meist damit verbundenen Steuerausfälle sogar neue Löcher in die Staatskasse reißen kann. Da alle EU-Staaten in Maastricht denselben Weg eingeschlagen haben wie die Bundesrepublik, gleicht das Verfahren dem berühmt-berüchtigten Wettrennen zwischen Hase und Igel(n): »Nach Ablauf der Prozeduren finden sich die Sozialleistungen der europäischen Staaten auf einem jeweils niedrigeren Niveau als zu Anfang wieder, womit sich dann untereinander die gleichen Wettbewerbsverhältnisse wie vorher wieder eingestellt haben, allenfalls mit geringfügigen Verschiebungen.«²³

Ausgerechnet zu einer Zeit, wo sich das marktliberale Ordnungs- und Konkurrenzprinzip auf seinem ureigenen Terrain, der Wirtschaft, ausweislich einer sich verfestigenden Massenarbeitslosigkeit nicht mehr bewährt, wird es als idealer gesellschaftlicher Regelungsmodus betrachtet und auf den Bereich der Sozialpolitik übertragen. Unter dem Motto »Vom Klienten zum Kunden«, der bekanntlich König ist, werden die sozialen Dienste umstrukturiert und teilweise privatisiert. Gleichzeitig verschärft sich die Konkurrenz zwischen Wohlfahrtsverbänden und kommerziellen Anbietern – vor allem im Bereich der ambulanten Pflege – sowie zwischen den privaten und gesetzlichen Krankenkassen, aber auch zwischen letzteren (um die »günstigen Risiken«, d.h. möglichst junge, gesunde und gutverdienende Mitglieder). Leidtragende der Entwicklung sind Hilfebedürftige, die weniger umworben und vielfach schlechter versorgt werden, weil sie nicht so zahlungskräftig erscheinen; bewährte Qualitätsstandards bleiben auf der Strecke; bei den Trägern hauptberuflich Beschäftigte sind gegenüber Freiberuflern und Aushilfskräften »zu teuer«.²⁴ Da die privat-gewerblichen Anbieter sozialer Dienstleistungen ihre Klientel überwiegend in höheren Einkommensgruppen suchen und finden, während sie die weniger lukrativen Aufgaben anderen Trägern überlassen²⁵, verstärkt sich der Trend zum »Zwei-Klassen-Wohlfahrtsstaat«, also zu seiner Spaltung in Leistungssegmente unterschiedlichen Niveaus.

Behörden und andere staatliche Einrichtungen werden zunehmend wie Privatunternehmen geführt, die betriebswirtschaftlichen Leistungskriterien gehorchen müssen. Auch die Sozialverwaltung des Staates unterscheidet sich kaum noch von Organisationsstrukturen gewerblicher Anbieter. Wohin die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen führt, verdeutlicht das Ergebnis der sogenannten Bahn- und der sogenannten Postreform. Nutznießer der (Teil-)Privatisierung beider Bundesunternehmen sind die Aktionäre. Hingegen brachte der Privatisierungsprozeß für die Beschäftigten und die

Kunden der vormaligen Staatsunternehmen gravierende Nachteile: (Stamm-)Belegschaften und betriebliche Sozialleistungen wurden drastisch reduziert, Gebühren und Tarife (für den Normalverbraucher, nicht für industrielle Großabnehmer) spürbar erhöht. Briefkästen werden seltener geleert; Portokosten und Tarife sind gestiegen; viele Postämter und kleine Bahnhöfe wurden geschlossen, aus Sicht des Managements »unrentable« Bahnstrecken stillgelegt.

Nur die Reichen können sich einen armen Staat leisten. Sie schicken ihre Kinder auf Privatschulen und ausländische Eliteuniversitäten, kaufen alles, was ihr Leben verschönt, selbst und sind nicht auf öffentliche Schwimmbäder, Bibliotheken oder sonstige kommunale Einrichtungen angewiesen. Die übrigen Gesellschaftsmitglieder benötigen seine Leistungen dringender und kommen ohne eine gute öffentliche Infrastruktur nicht aus.

Obwohl ca. sieben Millionen Arbeitsplätze fehlen, konzentriert sich die öffentliche Armutsdebatte absurderweise darauf, wie man Sozialhilfebezieher/innen zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zwingen kann. Beginnend mit »workfare«-Programmen in den USA, wurde der Arbeitszwang im Fürsorgebereich ständig erhöht, zuletzt durch die seit dem 1. August 1996 gültige Bestimmung im BSHG, wonach die Leistungen um mindestens ein Viertel zu kürzen sind, wenn jemand zumutbare Arbeit ablehnt, sowie die Aushöhlung des Berufs- und Qualifikationsschutzes im »Arbeitsförderungs-Reformgesetz« (AFRG).

Folgen der Amerikanisierung des Wohlfahrtsstaates: Pauperisierung, steuerliche Privilegierung von Spitzenverdienern und soziale Polarisierung

Die neoliberale Restrukturierung des (west)deutschen Wohlfahrtsstaates folgt Entwicklungsmustern aus den Vereinigten Staaten und führt der Tendenz nach zu seiner »Spaltung« in eine standardisierte Minimalabsicherung und eine privat zu finanzierende Zusatzvorsorge, wiewohl man die Sozialpolitik beider Länder nicht gleichsetzen kann. Denn noch herrschen hierzulande keine »amerikanischen Verhältnisse«. Eine voreilige Dramatisierung wäre so wenig angebracht wie eine Bagatellisierung negativer Begleiterscheinungen und Folgewirkungen der liberal-konservativen Regierungspolitik, zumal die Entwicklung in den USA schon wieder einen Schritt weiter ist: Statt des »wohlthätigen« bzw. Sozialstaates setzt sich dort gegenwärtig der »strafende« Kriminal- bzw. Polizeistaat durch. Symptomatisch dafür war die von Präsident Bill Clinton im August 1996 unterzeichnete »Reform« bzw. Abschaffung der Sozialhilfe (AFDC): »Sie beschleunigt die Auflösung des sozialen Netzes und seine Ersetzung durch ein Gitterwerk aus disziplinierenden und diskriminierenden Maßnahmen, die darauf abzielen, erstens die Sozialausgaben des Staates zu senken, zweitens die Armen in die untersten Bereiche des Arbeitsmarktes zu drängen und drittens den Rest der Armen, die noch immer Unterstützungsansprüche stellen, streng zu bevormunden.«²⁶

Aufgrund der besagten »Sozialhilfereform« in den USA ist dort mit einer »flutartig steigende(n) Not bei den Armen« zu rechnen.²⁷ Jenes politische Janusgesicht sozialer Modernisierung, das Micha-

26 Loic J.D. Wacquant: Vom wohlthätigen Staat zum strafenden Staat: Über den politischen Umgang mit dem Elend in Amerika, in: Leviathan, 1/1997, S. 61.

27 Vgl. Stephan Leibfried/ Michael Wisemann: Sozialhilfereform in den USA: ein Überblick – Zu Nutz und Frommen der Deutschen, in: Zeitschrift für Sozialreform, 7/1995, S. 438.

28 Michael Vester:

Das Janusgesicht sozialer Modernisierung. Sozialstrukturwandel und soziale Desintegration in Ost- und Westdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 26-27/1993, S. 9.

29 Hartmut Häußermann:

Armut in den Großstädten – eine neue städtische Unterklasse?, in: Leviathan, 1/1997, S. 13.

30 Die angelsächsische Literatur dazu ist kaum noch zu überblicken. Vgl. in deutscher Sprache vor allem: Herbert J. Gans: Über die positiven Funktionen der unwürdigen Armen. Zur Bedeutung der »underclass« in den USA, in: Stephan Leibfried/Wolfgang Voges (Hrsg.): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat, Opladen 1992 (KZfSS-Sonderheft 32), S. 48 ff.; William Julius Wilson: Ghettoisierte Armut und Rasse. Zur öffentlichen Meinungsbildung in den USA, in: ebenda., S. 225 ff.; Thomas Gebhardt: Die »underclass« als neues Phänomen im US-amerikanischen Armutsdiskurs, in: Berliner Debatte INITIAL, 1/1995, S. 49 ff.

31 Martin Kronauer u.a.:

Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung, Frankfurt/M. – New York 1993, S. 237.

32 Ders.: »Soziale Ausgrenzung« und »Underclass«: Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung, in: Leviathan, 1/1997, S. 46.

el Vester anspricht, zeigt sich ansatzweise freilich auch im Hinblick auf den *deutschen* Wohlfahrtsstaat: »Der Öffnung des sozialen Raums in der sicheren Mitte und der privilegierten Spitze steht die Schließung für jene gegenüber, die in dieser Mitte ihre Sicherheiten verlieren oder gar in prekäre Lebensverhältnisse absteigen müssen.«²⁸

Seit geraumer Zeit ist hierzulande eine Ausdifferenzierung der Armut bzw. eine Pluralisierung der Unterversorgungslagen zu beobachten. Neben sinkenden Reallöhnen der Arbeitnehmer/innen und Niedrigeinkommen vor allem im Dienstleistungssektor, auf die zurückzukommen sein wird, zeichnet sich eine Unterschichtung der Gesellschaft mit rassistischer Färbung ab: Viele davon Betroffene sind Ausländer, Zuwanderer (der ersten, zweiten bzw. dritten Generation) oder Flüchtlinge, unter denen die Armut wegen gruppenpezifischer Kürzungen der Sozialhilfe seit Inkrafttreten und Novellierung des sogenannten Asylbewerberleistungsgesetzes zugenommen hat.

Die neue Armut ist weder rudimentär noch »antiquiert«, sondern geradezu »avantgardistisch«, weil sie als Vorboten gesellschaftlicher Zukunftsverhältnisse gelten muß: »Jene Gruppen, die heute in Armut leben, können nicht mehr als »Nachzügler« betrachtet werden, zu denen sich der allgemein wachsende Reichtum noch nicht hinentwickelt hat, vielmehr haben sie gar keinen Anschluß mehr, verlieren schon erreichte gesellschaftliche Positionen oder leben bereits als Jugendliche ohne Hoffnung, je den Grad an gesellschaftlicher Integration zu erreichen, wie er für ihre Eltern noch selbstverständlich erschien.«²⁹

Eine jetzt schon über zwei Jahrzehnte lang andauernde Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe führt fast zwangsläufig zur Herausbildung einer Gesellschaftsschicht, die Martin Kronauer, Berthold Vogel und Frank Gerlach, einen Schlüsselbegriff aus der entwickelteren US-Fachdiskussion aufgreifend³⁰, als »underclass« bezeichnen: »Alles spricht dafür, daß die soziale Schicht der Dauerarbeitslosen im vereinten Deutschland in naher Zukunft quantitativ und damit auch gesellschaftspolitisch an Gewicht zunehmen wird.«³¹ Kronauer hat diese These weiterentwickelt, konkretisiert und spezifiziert. Seiner Meinung nach bilden soziale Ausgrenzung, Stigmatisierung und Perspektivlosigkeit entscheidende Kennzeichen der Marginalisierten: »Von allen anderen Schichten und Klassen unterscheidet sich die Formation der »Entbehrlichen« durch das Wesensmerkmal der Negativität. Kein ökonomisches, soziales oder kulturelles Kapital, keine Arbeitsform konstituiert eine positive Identität. Identität wird »von außen«, als Stigma, zugeschrieben oder ist in ihren positiven Zügen ständig gefährdet, gebrochen durch die Erfahrung des Verlusts.«³²

Diese sehr differenzierte Bestimmung der »underclass« verweist darauf, daß Armut viel mehr ist als (vorübergehender) Geldmangel. Sie impliziert gesellschaftliche Ausgrenzung, Statusverluste und das Fehlen sozialer Anerkennung. Armut markiert eine Grenzlinie, die von den Betroffenen – ernsthaften Bemühungen um ihre Reintegration zum Trotz – nicht oder nur schwer überschritten werden kann. In den Vereinigten Staaten von Amerika läßt sich exempla-

risch studieren, daß soziale Marginalisierung faktisch zum Verlust der politischen Bürgerrechte führt.³³

Natürlich ist zu bedenken, daß die »new urban underclass« in den USA aufgrund sozialräumlicher Segregation, rassistischer Diskriminierung und der Konzentration ethnischer Minderheiten in Slums und (Hyper-)Ghettos sehr viel mehr präsent ist als in Westeuropa (Frankreich und Großbritannien), wo es höchstens Ansätze zu einer solchen Entwicklung der Vorstädte gibt.³⁴ Hier soll nicht darüber gestritten werden, ob der Terminus »underclass« ideologieverdächtig, stigmatisierend und/oder für die deutschen Verhältnisse inadäquat ist.³⁵ Vielmehr kann man sich dem Urteil von Peter Bremer und Norbert Gestring anschließen: »Die Verwendung des Begriffs Underclass ist dann legitim und sinnvoll, wenn damit eine neue Qualität sozialer Spaltung beschrieben wird, die von den bisherigen Klassen- und Schichtmodellen nicht erfaßt wird.«³⁶

Die beiden Autoren nennen vier Kriterien als Grundlage einer Definition: erstens die Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt, zweitens die räumliche Ausgrenzung durch Segregation, drittens die Kumulation von Benachteiligungen und schließlich eine individuelle Reproduktion der Ausgrenzung.³⁷ Bremer und Gestring vermuten, daß sich die soziale Ausgrenzung von immer mehr Dauerarbeitslosen, zu denen neben Unqualifizierten, Älteren und Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigung viele Ausländer/innen gehören dürften, in großstädtischen Armutsvierteln auch räumlich niederschlagen wird, zumal sich die Situation der Betroffenen durch die Regierungspolitik (Einstellung des sozialen Wohnungsbaus) eher verschärft.

Johano Strasser spricht von der »Herausbildung einer funktionalen Unterklasse«, also »einer personell fluktuierenden, dennoch aber als Strukturbestandteil durchaus stabilen untersten Schicht, die für die übrige Gesellschaft eine ganze Reihe nützlicher Funktionen ausübt, z.B. minderwertige Konsumgüter kauft und Arbeiten verrichtet, die anderen nicht zumutbar erscheinen.«³⁸ Michael Klein schließlich diagnostiziert sogar, daß sich gegenwärtig »eine ›Lebenswelt der Armut‹ etabliert, deren Kern relativ fest umrissen ist, deren Ränder unscharf sind, die potentiell, von der Gefährdung her, aber sicher 50 Prozent der Gesamtbevölkerung erreichen wird. Für die Betroffenen im Kern der ›Lebenswelt der Armut‹ beinhaltet es weitgehenden Ausschluß von einer ›Normalbiographie‹ und damit ein Leben in sozialer Randständigkeit mit Fehlausstattungen und Benachteiligungen vielfältigster Art: materieller, sozialer, psychischer Mangel.«³⁹

Bezogen auf die Transformationsarmut in der ehemaligen DDR, die er als strukturelle Folge des Systemwechsels und nicht etwa als ein »Zufallsprodukt der Wende« bzw. der Wiedervereinigung begreift, formuliert Ronald Lutz: »Es bildet sich eine Unterklasse, die aber heterogen und fluide bleibt, die viele Wege in sie hinein und aus ihr heraus kennt, die sicherlich auf lange Sicht zu einer Randgruppenbildung dauerhaft Armer führt und so auch gegenkulturelle Milieus bilden wird.«⁴⁰

Das soziale Klima der Bundesrepublik hat sich nicht zuletzt im Gefolge des DDR-Beitritts und der damit verbundenen Transfer-

33 Vgl. Claus Leggewie: *America first? – Der Fall einer konservativen Revolution*, Frankfurt/M. 1997, S. 68.

34 Vgl. François Dubet/Didier Lapeyronnie: *Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft*, Stuttgart 1994.

35 Vgl. dazu: Sebastian Herkommer: *Das Konzept der »underclass« – brauchbar für Klassenanalysen oder ideologieverdächtig?*, in: *Z – Zeitschrift für marxistische Erneuerung*, 26 (1996), S. 76 ff.

36 Peter Bremer/Norbert Gestring: *Urban Underclass – neue Formen der Ausgrenzung auch in deutschen Städten?*, in: *PROKLA*, 106 (1997), S. 61.

37 Vgl. ebenda, S. 63 ff.

38 Vgl. Johano Strasser: *Armut in der Wohlstandsgesellschaft*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 3/1996, S. 234.

39 Michael Klein: *Armut als soziales Problem. Armut und Armutsdiskurs in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Berliner Debatte INITIAL*, 1/1995, S. 41.

40 Ronald Lutz: *Die »Vergessenen der Wende«*. *Kultur der Armut oder Armut der Kultur?*, in: *Neue Praxis*, 4/1995, S. 403.

41 Siehe Eckart Reidegeld/Beatrice Reubelt: *Extreme Armut und Nothilfe in der Bundesrepublik*. Anmerkungen unter besonderer Berücksichtigung der Mahlzeitennothilfe, in: *Sozialer Fortschritt*, 1/1996, S. 8.

42 Vgl. Stephan Leibfried u.a.: *Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat*, Frankfurt/M. 1995; zur Kritik vom Verfasser: Christoph Butterwegge: *Nutzen und Nachteile der dynamischen Armutsforschung*. Kritische Bemerkungen zu einer neueren Forschungsrichtung, in: *Zeitschrift für Sozialreform*, 2/1996, S. 69 ff.; ders.: *Armutskarrieren. Neue Tendenzen der Armutsforschung*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 9/1996, S. 1120 ff.; ders.: *Armut und Armutsforschung im Wandel*, in: *Theorie und Praxis der sozialen Arbeit*, 11/1996, S. 20 ff.

43 Vgl. z.B. Ulf Fink: *Zeit der Armut – Zeit für Politik*, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 2/1997, S. 156 ff.

44 Vgl. dazu: Gerd Pohl/Claus Schäfer (Hrsg.): *Niedriglöhne. Die unbekannteste Realität: Armut trotz Arbeit*. Empirische Bestandsaufnahme und politische Lösungsvorschläge, Hamburg 1996.

45 Stefan Welzk: *Wie in Deutschland umverteilt und der Wohlstand ruiniert wird*, in: Herbert Schui/Eckart Spoo (Hrsg.): *Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland*, Heilbronn 1996, S. 30 f.

46 Jürgen Espenhorst: *Zeit der Wohlstandswende?, Analyse wirtschafts- und sozialpolitischer Trends: 1966 -1995-2010*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 3-4/ 1996, S. 16.

kosten verschlechtert und den Umgang mit Armut negativ beeinflusst: Nie zuvor wurden ethnische Minderheiten, Obdachlose und Bettler/innen so repressiv behandelt, von vielen Stadtverwaltungen bzw. staatlichen Ordnungshütern so rigoros aus der Öffentlichkeit vertrieben und so stark eingeschüchert wie heute. Die seither – oft als sinnvolle Reaktion darauf – entstandenen Nothilfeeinrichtungen (Wärmestuben, Übernachtungsstellen, Kleiderkammern, Suppenküchen usw.) machen ebenfalls deutlich, »daß sich als »unterste Etage« im Gesellschaftsaufbau eine in den großen Städten bereits höchst sichtbare und »störende« Lazarusschicht herausgebildet hat.«⁴¹

Demgegenüber betont eine neuere, öffentlichkeitswirksame und mit viel Lob bedachte Richtung der Armutsforschung, daß Menschen in der Bundesrepublik nur noch phasenweise von Unterversorgung und prekären Lebenslagen betroffen, folglich bloß kurze Zeit zur Inanspruchnahme von Sozialhilfe gezwungen seien.⁴² Natürlich wurde diese Deutung von den Sozialpolitikern des Regierungslagers dankbar aufgenommen⁴³, weil sie die Bundesregierung im Grunde bestätigt und höchstens ein paar kosmetische Korrekturen (etwa bei Zahlungsverzögerungen der vorgelagerten Sicherungssysteme) erforderlich macht. Darüber hinaus könnten die Ergebnisse der »lebenslauftheoretischen« bzw. der »dynamischen Armutsforschung« längerfristig dazu benutzt werden, die Forderung nach Befristung der Sozialhilfe zu rechtfertigen.

Auch in dieser Hinsicht mit mehrjähriger Verspätung der entsprechenden US-Entwicklung folgend, bildet die Bundesrepublik zur Zeit einen für sie neuen Niedriglohnsektor aus⁴⁴, der längst nicht mehr nur typische Frauenarbeitsplätze umfaßt. Je mehr (Dauer-)Arbeitslose es gibt, um so leichter lassen sich Menschen finden, die weit unter Tarif bezahlte »McJobs« annehmen. Schon jetzt reichen viele Vollzeit-Arbeitsverhältnisse nicht mehr aus, um eine Familie zu ernähren, so daß ergänzend mehrere Nebenjobs übernommen werden und nach Feierabend bzw. an Wochenenden (zum Teil »schwarz«) weitergearbeitet wird. »Zwischen die Ausgegrenzten und die Arbeitnehmer mit zunächst noch gutem Einkommensniveau (bei Industrie, Banken und Versicherungen, daneben Lehrer, Ärzte usw.) schiebt sich die rapide wachsende Schicht der »working poor«. Auf mittlere Sicht wird diese schlecht bezahlte Arbeitnehmerschaft im Service-Sektor das Lohnniveau in Deutschland maßgeblich mitbestimmen.«⁴⁵

Das soziale Elend nimmt ein Doppelgesicht an: Den armen Arbeitslosen treten die arbeitenden Armen zur Seite. Massenarbeitslosigkeit und Armut verringert das neoliberale Konzept einer angebotsorientierten, auf die Senkung der Lohn- bzw. der Lohnnebenkosten fixierten Wirtschaftspolitik nicht, weil es Teufel mit Beelzebub austreibt. »Wer also auf den amerikanischen Weg umsteigen will, riskiert für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung eine Wohlstandswende, in der immer mehr Arbeitsplätze entstehen würden, von deren Einkommen man jedoch hier kaum zu leben vermag.«⁴⁶

Armut in der Bundesrepublik hat mit Armut in Bangladesch und Burkina Faso wenig gemein, weil sie von einem wachsenden Wohlstand breiter Gesellschaftsschichten umgeben ist. Auch der

Reichtum ist mittlerweile eine zahlenmäßig relevante, wenn nicht sogar zur Massenerscheinung geworden.⁴⁷ Seit den frühen achtziger Jahren, verstärkt seit den neunziger Jahren sorgt die Steuerpolitik der liberal-konservativen Bundesregierung dafür, daß sich die Verteilung der Einkommen ständig weiter zu Lasten von Arbeitnehmer(inne)n und ihren Familien verschiebt, während gleichzeitig privilegiert wird, wer Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen erzielt.⁴⁸ Zu nennen sind in diesem Zusammenhang mehrfache Senkungen der Körperschaftssteuer, der Verzicht auf die Vermögen- und die Gewerbesteuer sowie Sonderabschreibungen und andere Vergünstigungen, enthalten in Jahressteuergesetzen, dem sogenannten Standortsicherungsgesetz und drei Finanzmarktförderungsgesetzen.

Dieter Eißel weist darauf hin, daß die Finanznot der öffentlichen Haushalte durch eine falsche Politik entstanden und insofern überwiegend selbstverschuldet ist: »Würden die Steuern auf Gewinne im gleichen Umfang (bezogen auf die Anteile an den Gesamtsteuereinnahmen) zur Finanzierung der Staatsaufgaben herangezogen wie 1980 (Anteil rund 25 Prozent), hätten die öffentlichen Haushalte 1995 rund 86 Mrd. DM mehr zur Verfügung gehabt.«⁴⁹ Trotz der zusätzlichen Kosten durch die deutsche Einheit, welche in erster Linie den Lohnsteuerzahler(inne)n aufgebürdet bzw. mit Krediten bezahlt wurden, entließ man die – im Schnitt wohlhabenderen – Einkommensteuerzahler weitgehend aus ihrer Verpflichtung zur Alimentierung des Staates.⁵⁰

Rudolf Hickel sprach bezüglich des letzten Jahressteuergesetzes von »staatlicher Reichtumspflege«, die das Leistungsfähigkeitsprinzip demontiere und die öffentlichen Finanzen ruiniere. Während die Unternehmen- bzw. Gewinnsteuern (veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftssteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Gewerbesteuer und Vermögensteuer) in der Bundesrepublik ständig sanken, stieg die Arbeitslosigkeit auf ein Rekordniveau, wodurch sich die gegenwärtig dominierende neoliberale Angebotstheorie im Grunde als Ideologie erwies.⁵¹

Die für 1998/99 geplante, aber gescheiterte »Große Steuerreform«, die vorhandene Schieflage bei der Einkommens- und Vermögensverteilung zementiert, denn sie lief – wie zuvor schon die Vereinigung von DDR und Bundesrepublik – auf eine gigantische Umverteilung »von unten nach oben« hinaus. »Die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen werden per saldo entweder höher belastet (z.B. bei Wegfall der Steuerfreiheit für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge) oder erhalten keine oder nur eine geringfügige Steuervergünstigung, während die Bezieher hoher Einkommen per saldo erheblich verdienen.«⁵² Die reale (nicht: nominale) Steuerbelastung der Unternehmen war jedoch noch nie so gering, die Arbeitslosigkeit hingegen noch nie so hoch wie heute. Daraus den Schluß zu ziehen, man müsse die (Gewinn-) Steuern noch weiter senken, damit in den Betrieben mehr Stellen entstünden, ist absurd, genauer gesagt: liberalkonservative Propaganda zugunsten der eigenen Klientel.

Durch die Steuerreform würden sich die sozialen Gegensätze verschärfen, weil sie Reiche und Superreiche entlastet, aber vor

47 Vgl. Ernst-Ulrich Huster: Soziale Polarisierung – Wieviel Abstand zwischen Arm und Reich verträgt die Gesellschaft?, in: Herbert Schui/Eckart Spoo (Hrsg.): Geld ist genug da, a.a.O., S. 18 f.

48 Vgl. die empirischen Belege bei Hartmut Tofaute: Steuerverteilung in der Schieflage. Steigende Lohnsteuerquote – sinkende Gewinnsteuerbelastung, in: WSI-Mitteilungen, 3/1995, S. 197 ff.

49 Dieter Eißel: Standortdebatte und Umverteilung, in: Soziale Sicherheit, 12/1996, S. 464.

50 Vgl. ebenda, S. 466.

51 Vgl. Rudolf Hickel: Staatliche Reichtumspflege. Der Entwurf zum Jahressteuergesetz '97, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/1996, S. 931 f.

52 Hans-Georg Wehner: Umverteilung der Lasten oder konservative Revolution? – Zu den aktuellen Vorschlägen zur Reform des Steuersystems, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 2/1997, S. 70.

allem mittlere Einkommen und bisher nicht Steuerpflichtige (durch die Kostenkompensation über höhere Verbrauchssteuern) zur Kasse gebeten hätte: »Der Ansatz, die Richtung, die innere Struktur dieses finanzpolitischen Projektes sind falsch. Wenn die soziale Kluft nicht immer noch größer werden und gleichzeitig die Binnenmärkte nicht weiter abschaffen sollen, dann muß der Reichtum produktiver Verwendung zugeführt werden.«⁵³

53 Gottfried Erb:
Verschärfung der sozialen
Gegensätze. Anmerkungen
zur »Steuerreform«, in:
Die Neue Gesellschaft/
Frankfurter Hefte, 3/1997,
S. 203.

Die von der Steuerreform vielfach erwartete Katalysatorwirkung im Hinblick auf das Wachstum der Wirtschaft (konjunkturelle Belebung), mehr ausländische Direktinvestitionen und die massenhafte Schaffung neuer Arbeitsplätze besonders im Dienstleistungssektor hätte sich als Illusion erwiesen. Statt die Steuereinnahmen durch eine weitere Entlastung der Spitzenverdiener und Vermögenden zu senken, was – wie sich in den USA zeigt – leicht zur Verwahrlosung der öffentlichen Infrastruktur führt, müßten die Wohlhabenden stärker als bisher zur Kasse gebeten werden. Nötig wäre also eine Steuerreform, die den Staat befähigen würde, gesellschaftlich sinnvolle Aufgaben zu erfüllen, soziale Probleme zu lösen und das Übel der Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen, statt auf entsprechende Initiativen der Unternehmer zu hoffen. Handlungsmöglichkeiten für die staatlichen Akteure gäbe es wahrlich mehr als genug.⁵⁴

54 Vgl. Hans-Peter Martin/
Harald Schumann: Die
Globalisierungsfalle, a.a.O.,
S. 222.

Je größer die Kluft zwischen Arm und Reich wird, um so eher fällt die Gesellschaft auseinander. Entsolidarisierungseffekte ergeben sich, wenn die soziale Integration der Gruppen, die man als »Modernisierungs-« bzw. als »Globalisierungsverlierer/innen« bezeichnen kann, nicht mehr gelingt. Jenseits des Atlantiks ist die räumliche Trennung der Bevölkerungsgruppen bereits deutlich sichtbar, samt ihren verheerenden Folgen für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Kern- und Randschichten konstituieren separate Lebenswelten, teilweise auch spezifische soziokulturelle Milieus und ethnische Gemeinschaften, was sich in ökonomischen Krisen- und Umbruchperioden besonders leicht politisch ausnutzen läßt.

Die von der CDU/CSU/FDP-Koalition betriebene »Amerikanisierung« des Sozialstaates dürfte bald eine Amerikanisierung der Sozialstruktur (Vertiefung der gesellschaftlichen Kluft zwischen Arm und Reich) nach sich ziehen. Längerfristig könnte die soziale Polarisierung, d.h. die Potenzierung von Armut und Reichtum, zu einer Spaltung der Gesellschaft führen, wie man sie nur aus Elendsregionen der sogenannten Dritten Welt kennt. Vielleicht etwas vorschnell verallgemeinernd, konstatiert Horst Afheldt: »Die Vermögensverteilung in der Bundesrepublik nähert sich (...) der eines Entwicklungslandes.«⁵⁵ Bezüglich der ungleichen Verteilungsrelationen gilt das größte Land Südamerikas als Extrembeispiel, so daß man auch von einer »Brasilianisierung« sprechen könnte. Johano Strasser schließt zumindest perspektivisch eine globale »Angleichung der sozialen Ungleichheit« nicht aus: »Vieles spricht dafür, daß bei praktisch unbeschränkter Mobilität von Geld, Kapital, Gütern und Informationen (Wissen) auch die relativ erfolgreichen Industrienationen auf die Dauer die Sozialstrukturen der »Dritten Welt« importieren.«⁵⁶

55 Horst Afheldt:
Wohlstand für niemand? –
Die Marktwirtschaft entläßt
ihre Kinder, München 1994,
S. 36.

56 Johano Strasser:
Schicksal Weltmarkt?, in:
Die Neue Gesellschaft/
Frankfurter Hefte, 8/1995,
S. 689.

Die soziale Polarisierung und die Segmentierung des Arbeits-

marktes spiegeln sich im Wohnbereich besonders deutlich wider. Hartmut Häußermann prognostiziert einen Zerfall der europäischen Stadt, die sich bisher durch eine hohe Integrationskraft auszeichnete, indem sie soziale Ungleichheiten und Disparitäten mittels kommunalpolitischer Eingriffe abmilderte.⁵⁷ Zwar haben sich hierzulande noch keine städtischen Armutsghettos und Slums wie in den USA herausgebildet, die Verelendung ganzer Regionen, die Vernachlässigung der öffentlichen Infrastruktur und die Zuwachsraten vor allem der jugendlichen (Gewalt-)Kriminalität weisen jedoch bereits in diese Richtung.

Standortlobbyismus schlägt ziemlich leicht in Standortnationalismus um, eine spezifische Form des Chauvinismus, die ökonomisch-technologischen Überlegenheitsdünkel gegenüber anderen Ländern bzw. Völkern mit traditionellen Bedrohungsgefühlen, schichtübergreifenden Gemeinschaftsillusionen und politisch-ideologischen Ausgrenzungspraktiken verbindet. Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt finden auf dem Hintergrund eines sich verschärfenden Standortwettbewerbs, der von den Weltmärkten ausgeht und in Form eines übertriebenen Leistungs- und Konkurrenzdrucks beinahe sämtliche Gesellschaftsbereiche erfaßt, neue Nahrung.⁵⁸

Selbst wenn sich erfolgreiches Wirtschaften und soziale Sicherheit für alle Gesellschaftsmitglieder ausschließen, müßte die Streitfrage, ob der – über ein Jahrhundert gewachsene – Wohlfahrtsstaat oder die internationale Wettbewerbsfähigkeit vorzuziehen wäre, öffentlich diskutiert und sodann demokratisch entschieden werden. Im Unterschied zu Großbritannien und Frankreich, wo sich die Wähler/innen am 1. Mai bzw. 1. Juni 1997 gegen eine Politik der »Standortsicherung« ohne soziale Abfederung ausgesprochen haben, fehlt der Bundesrepublik bisher eine öffentliche Meinungsbildung darüber.

57 Vgl. Hartmut Häußermann: Tendenzen sozialräumlicher Schließung in den Großstädten der Bundesrepublik Deutschland, in: Widersprüche, Nr. 60 (1996), S. 15.

58 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt 1996, S. 145 ff.; ders./FH Potsdam (Hrsg.): NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland. Beiträge zur politischen Kultur der Bundesrepublik und zur politischen Bildung, Baden-Baden 1997.

HEINZ-DIETER HAUSTEIN

Evolutionenkrise, Arbeit und technologische Innovation

Die Menschheit hat drei, wie man sie nennt, prometheische Innovationen gebraucht, um es so »herrlich weit« zu bringen: die Nutzung des Feuers, die agrarische Umwälzung und die industrielle Revolution. Der ältere *Goethe* hat in einer Zeit, als das Maschinenwesen erst von weitem heranrollte, seinem Jugendideal Prometheus den Bruder Epimetheus zugesellt, den Nachbedenkenden, der in der Eisenschmiede des Fortschritts deutlich das Waffengeklirr¹ hört. So müssen wir heute sagen, daß die Menschheit wohl *drei epimetheische Innovationen* braucht, um das planetarische Übel abzuwehren: die Rückkehr zum Maß, zur Selbstbescheidung, die Umsteuerung der technischen Entwicklung und den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft.

Heinz-Dieter Hausteин – Jg. 1932, Prof. Dr. rer. oec. habil., Wirtschaftswissenschaftler, Publikationen zu Ökonomie des technischen Fortschritts, Wirtschaftsprognose, Prognoseverfahren, Innovation, Kreislaufökonomie, Qualitätssicherung. Lehrstuhlleiter an der Hochschule für Ökonomie 1967-1991. Projektleiter am IIASA in Laxenburg 1979-1982. Vorstandsvorsitzender des Instituts für Innovationsmanagement e.V. 1991-1997.

Evolutionenkrise oder Kondratieff-Umwälzung?

Im OECD-Raum ist in den letzten 25 Jahren die offizielle Arbeitslosigkeit um 26 Millionen auf 35 Millionen gestiegen und in der gleichen Zeit hat der Verbrauch an Primärenergie in der Welt um 5,1 Billionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) zugenommen und 11,5 Billionen Tonnen erreicht. In der Bundesrepublik Deutschland kamen von 1960 bis 1990 auf eine Tonne (SKE) Zuwachs an Primärenergieverbrauch 93 Tonnen zusätzlicher Stoffeinsatz einschließlich Erdbewegungen. Heute ist das Verhältnis von Arbeitszeit und Stoffverbrauch auf globaler Stufenleiter in Frage gestellt. Fachleute schätzen, daß das Volumen des globalen Stoff- und Energiestroms in den sechziger Jahren den zulässigen Schwellenwert überschritt und daß es gelingen muß, in den nächsten 30 bis 50 Jahren die Stoffströme absolut zu halbieren (Carnoules Deklaration)². Es ist der Punkt erreicht, wo die jährlichen Umweltschäden den jährlichen Zuwachs des Bruttosozialprodukts überschreiten. Betrachtet man das Verhältnis von Arbeitseinsparung und Mehrverbrauch an Material und Energie, so kann man sagen, Gesellschaftlichkeit wird durch bloße Stofflichkeit substituiert, das organisch Gewachsene muß dem Anorganischen weichen, die lebendige Arbeit dem toten, erstarrten Konstrukt.

Die Evolutionenkrise des industriellen Systems wird sehr unterschiedlich diagnostiziert und bewertet. Nach den empirischen Befunden zu den langen Wellen der kapitalistischen Entwicklung befinden wir uns im letzten Abschnitt der Abschwungphase des vierten Kondratieff-Zyklus, also in einer Periode, die man historisch vergleichen kann mit den Jahren 1932 bis 1939, 1893 bis

1897, 1842 bis 1849 oder 1786 bis 1792. Manche meinen nun, wir kommen jetzt über die schöne neue Welt des Internet geradewegs in die Aufschwungphase des fünften Kondratieff und in postfordistische Gefilde, was immer das heißen mag. Es fehlen nur noch die geeigneten neuen Institutionen, um Arbeitslosigkeit der heutigen Dimensionen vergessen zu können. Man sollte sich aber hüten, aus der Theorie der langen Wellen einen Geschichtsschematismus und -automatismus zu machen. Es gibt außer den langen Wellen der Wirtschaft politisch-ökonomische Hegemoniezyklen der Weltmächte, säkulare Trends, vor allem aber in Zukunft ganz neue Zuspitzungen und Herausforderungen, die unsere Denkschablonen entwerten können. Das betrifft besonders die absehbare globale Verschärfung des Mensch-Natur-Verhältnisses im Tandem mit dem wachsenden sozialen Zündstoff. Uns steht nach der Einschätzung von Analytikern der Weltzivilisation (*Hobsbawm, Wallerstein*) sehr wahrscheinlich eine Periode des Chaos, der verstärkten Fluktuationen bevor. Während aber die beiden *Meadows* von 1972 bis 1992 einen bemerkenswerten persönlichen Schritt zur Kritik des gesellschaftlichen Kausalnexus der globalen Krise vollzogen, zeigen die Schriften der offiziellen deutschen Vordenker eine deutliche Abstinenz auf diesem Gebiet. Sie versuchen es gar nicht erst, die Zusammenhänge zwischen der fundamentalen Störung des Kreislaufs Mensch-Natur, den Kreisläufen der Wertschöpfung, des Realkapitals und des Finanzkapitals und den gesellschaftlichen Institutionen kritisch zu hinterfragen. Dabei gibt es für eine neue Aufklärung, wenn man das einmal so sagen will, keine wichtigere Frage als den entschiedenen Zusammenhang des Ökologischen und Sozialen. So wie vor zwei Jahrhunderten das »Zurück zur Natur« des Jean-Jacques Rousseau von den Herrschenden gründlich mißverstanden wurde, geschieht es heute mit der inzwischen modisch gewordenen Formel von der Nachhaltigkeit. Sie wird ähnlich wie die Benthamische Nützlichkeit als allgemeines Prinzip, in diesem Falle als Prinzip der Naturbewirtschaftung, abgeleitet von der Forstwirtschaft, dargestellt. Nachhaltigkeit wird interpretiert im Sinne des »Weiter so«, bloß eben mit Material- und Energieeinsparung, die wiederum in wachsende Umsätze und schneller wachsende Profite verwandelt werden kann. Die militante Standortlogik fordert den Kampf um die Monopolisierung dieser Wachstumseffekte für die Gewinnerstaaten. Das alles nennt man »zukunftsfähig«. Demgegenüber muß deutlich gemacht werden, daß es ohne Neugestaltung der gesellschaftlichen Arbeit keine Zukunftsfähigkeit geben kann.

Die globale Evolutionskrise wurde zu einem Zeitpunkt als zivilisatorisches Menetekel angekündigt, als die fordistische Maschine noch voll brummte, vor allem in jenen Ländern, die diesem Modell mit der besonderen Verve der aufholenden Modernisierung nachjagten. Seither sind zweieinhalb Jahrzehnte vergangen, in denen auf dem Globus ein ganzes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem wegen galoppierender Ineffizienz zusammenbrach, auf einem Riesenterritorium eine nicht vorhergesehene wilde Akkumulation stattfindet und die herbeigewirtschafteten Sachzwänge mit ihren düsteren Prognosen erhalten müssen für gnadenlose Sparpolitik, in Deutschland in ihrer cleveren stufenweisen Verpackung (Schock

»Jenseits der kleinen Krisen des konjunkturellen Zyklus, in deren Verlauf die Widersprüche bereinigt werden, die sich während des Akkumulationsprozesses zuspitzen, und den großen Krisen, die ja Katalysatoren der Transformation gesellschaftlicher Institutionen sind, gibt es offensichtlich eine Krise der natürlichen Grundlagen des menschlichen Lebens; eine Krise, die man als ›Zivilisationskrise‹ bezeichnen könnte, da die Zivilisation auf der ... ›Menschenverträglichkeit‹ der Natur beruht. In der Zivilisationskrise sind mit dem ökologischen System auch die zivilisatorischen Kernbestandteile menschlicher Vergesellschaftung gefährdet, die sich lange, über viele kleine und große Krisen hinaus und in vielen Systemen der gesellschaftlichen Regulation erhalten.«
Elmar Altwater: Die Zukunft des Marktes, Münster 1991, S. 64.

»Als allgemeines Prinzip der Arbeitsorganisation ... bezeichnet Fordismus Taylorismus plus Mechanisierung. Taylorismus bedeutet eine strikte Trennung zwischen der Konzeption des Produktionsprozesses, der Aufgabe der arbeitswissenschaftlichen Abteilung einerseits, und der Ausführung von standardisierten und formell vorher festgelegten Aufgaben andererseits. Als makroökonomische Struktur ... impliziert Fordismus, daß sich die Produktionszuwächse, die sich aus diesen Organisationsprinzipien ergeben, zum einen in ein durch Profite finanziertes Wachstum der Investitionen und zum anderen in einen Kaufkraftzuwachs der Arbeitslöhne umsetzen. Als System der Spielregeln ... bezeichnet Fordismus langfristige Lohnverhältnisse mit einer strikten Reglementierung von Entlassungen sowie einem programmierten Ansteigen der Löhne, das sich aus der Indexierung an den Preisen und am allgemeinen Produktivitätswachstum herleitet. Darüber hinaus sichert eine umfangreiche Sozialisierung der Einkommen durch den Sozialstaat den Lohnabhängigen ein Mindesteinkommen.«
 Alain Lipietz: Die Welt des Postfordismus, in: Supplement der Zeitschrift »Sozialismus«, 7-8/97, S. 2.

durch Maximalandrohung – Protest – Scheinbar erzwungene Rücknahme des von Anfang an ohnehin nicht wirklich geplanten Maximalpunkts – Sichtliche Erleichterung bei den Betroffenen – Faktische Realisierung des ursprünglich beabsichtigten Gesamtpakets). Aus der Sicht der realen Ökonomie ergeben sich drei Fragen:

Erstens: Wird es gelingen, mit dieser Wirtschaftspolitik die *langfristig* (seit 1970) zu beobachtende Senkung der Wachstumstempi des Bruttosozialprodukts und den Rückgang der Rentabilität des Realkapitals aufzuhalten oder umzukehren?

Zweitens: Wenn ja, ist dies eine andauernde oder nur eine kurzfristige Kompensation?

Drittens: Welche Folgen hat diese Etappe des neoliberalen Siegeszugs für die weithin als Notwendigkeit betrachtete Gesundung des Stoffwechsels Mensch-Natur und des Humansystems der Erde selbst?

Der gesellschaftliche Kompromiß zwischen oben und unten in der Periode des Fordismus beruhte auf dem enormen Wachstum der Arbeitsproduktivität, das in längeren Zeitabschnitten eine Steigerung des Realeinkommens der Lohnabhängigen und die Expansion der Nachfrage über den Massenkonsum ermöglichte. Das war über mehrere Jahrzehnte keineswegs ein schwebendes Gleichgewicht, vielmehr ein ständiges instabiles Auf und Ab mit jeweils einem etwa 15 Jahre haltenden Akkumulationsregime zum Vorteil der einen oder anderen Seite, wie Boyer gezeigt hat³. Ohne soziale Reibungen und Kämpfe hätte es nicht automatisch funktioniert. Der drastische Rückgang des Produktivitätswachstums in den siebziger Jahren löste die Krise der fordistischen Prinzipien und die Auflösung des alten Kompromisses aus. Wie kommt es aber, daß auch nach der Wiederkehr hoher Produktivitätszuwächse keine Rückbesinnung auf die alten Regularien erfolgt?

Die ökonomische Landschaft hat sich fundamental verändert. Vom Produktivitätszuwachs allein kann kein Unternehmen und keine nationale Wirtschaft leben. Es wird immer offensichtlicher, daß mit der Produktivität die Destruktivität umso schneller wächst und die Segnungen der höheren Arbeitsproduktivität konterkariert und übertrifft. Während die Produktivität in bekannter paradoxer Weise auch maßnahmebezogen gemessen wird, bleibt die ihr entgegengesetzte Destruktivität (Naturbelastung, exponentiell wachsende Risiken, Überschreitung zulässiger Grenzen, Wachsen der Sozialkosten und der sozialen Entwertung, sinkender Ertragszuwachs durch Erosion der natürlichen und gesellschaftlichen Ertragspotentiale) ohne maßnahmebezogenen Ausweis. Ähnliche Mißweisungen für die volkswirtschaftliche Effizienz finden sich in der Rendite des Realkapitals. Dort wirkt ein Steigerungsfaktor, das hohe Wachstum der Abschreibungen (5,9 Prozent jährlich von 1971-1991), der für das gigantische Wachstum des Ressourcenverbrauchs mitverantwortlich ist, aber noch nie die Aufmerksamkeit der Ökologen gefunden hat.

»Den Teufel spürt das Völkchen nie, und wenn er sie beim Krangel hätte.« Immerhin ist es nicht folgenlos, wenn das »Völkchen« in Ostdeutschland die Gelegenheit hatte, einen historischen Umbruch zu erleben. Deutliches Merkmal der Krisensituation ist das Nun-erst-recht-Syndrom der Oberen, der Rückgriff auf den alten

Instrumentenkasten, die Rhetorik von Schock und Entwarnung, die Demagogie der Ablenkung von den wirklichen Ursachen und Rückkopplungen. Ultimative monetäre Logik, wundersame Heilung durch die Arznei der Angebotsökonomie, Kostensenkung, Metzgerstrategie, Outsourcing, kaschierte Demontage der sozialen Marktwirtschaft, Liberalisierung statt demokratischer Kontrolle der Großbanken und Großkonzerne gehören zu den Rezepten. Aber es fehlen wesentliche andere Merkmale, zum Beispiel jene Stufe der tiefen gesellschaftlichen Frustration, von der ab ein breiter sozialer Lernprozeß beginnt.

Die Menschen lernen in diesem Sinne leider erst im Ergebnis von außerordentlichem Druck oder aus Katastrophen. Das hat uns das vergangene Jahrhundert gezeigt. Die soziale Geschichte ist immer die Geschichte der Individuen und deren Reaktion und Aktion treibt die Evolution voran. Ohne Gegenkräfte gibt es keine soziale Evolution und ihr Ausgang ist offen: in einem historischen Suchprozeß werden Lösungen erstritten.

Nur so können auch neue Institutionen entstehen. In einer Welt, in der die Klassen ungeachtet aller soziologischen Beschwörungen und Eiertänze der jüngsten Zeit nicht verschwunden sind, können diese Institutionen nur als jeweils temporärer Kompromiß zwischen den Interessen von oben und unten lebensfähig werden, falls überhaupt Kompromißbereitschaft auf beiden Seiten besteht. Ein zweiter Weg führt über die Anwendung von Gewalt, in der Regel und über historisch längere Perioden vor allem von oben.

Die Frage ist, welche Wirkungen die Globalisierung und Kastration der sozialökonomischen Funktionen des Nationalstaats zeitigen werden. Wer das »Oben« ist bei der Globalisierung, ist mit Namen und Adressen genau anzugeben, es ist auch hierarchisch gegliedert nach dem relativen Umsatz- oder Kapitalanteil, aber wo bleibt die Repräsentation des »Unten« auf der globalen Ebene? Die globale Verdrängungskonkurrenz führt in ihrer Logik unweigerlich dazu, daß sich die niedrigsten ökologischen und sozialen Standards durchsetzen, die mit autoritären Mitteln behauptet werden müssen. Das sieht nicht nach sozialen Innovationen in einer demokratischen Richtung aus.

Technologische Revolution und Arbeit

Die grenzenlose Entwicklung von Wissenschaft und Technik ist Glaubensartikel des Modells Neuzeit seit *Galilei, Fontenelle, Condorcet*; im staatstragenden Marxismus-Leninismus wurde sie hochstilisiert zum Hoffnungsbild der sich quasi automatisch verwirklichenden Utopie, so wie sie heute die drohenden Sachzwänge der Globalisierung ideologisch transportiert. Die Ambivalenz des technologischen Fortschritts wurde von kritischen Geistern (*Laotse, Goethe, Marx*) und von unmittelbar betroffenen Gruppen immer wieder artikuliert.

Da die Technologie von Menschen in ihrem Interesse gemacht wird, kann es sich nur darum handeln, daß sie dabei fatale Wirkungsketten in Gang setzen, die sie entweder nicht kennen, bewußt ignorieren oder direkt einkalkulieren.

– Die künstliche, technische Welt ist ein grandioser Erfolg der Formalisierung, Mathematisierung und der spezialisierten Tatsachen-

»Die ›Antiquiertheit des Menschen‹ resultiert gerade daraus, daß seine Bedürfnisse und Bedürftigkeit nicht das Maß des Tuns sind, sondern der Imperativ von Akkumulation und Expansion grenzenlos darüber hinausstrebt und den Menschen objektiviert, also als Subjekt der Geschichte verabschiedet und die Naturschranken ignoriert.«
Elmar Altvater: Die Zukunft des Marktes, Münster 1991, S. 64.

wissenschaften, die aber keine Antworten auf fundamentale soziale und ethische Fragen des Menschentums geben. Im Gegenteil – sie erodieren das ganzheitliche, lebensweltliche, sinngebende, autonome Verhalten, wenn sie immer mehr der Kapitallogik folgend immer weniger in die ganzheitliche menschliche Kultur eingebunden werden.

– Das *Saysche* Theorem, der Diamant in der Krone des alten und neuen Liberalismus, wurde im Fordismus besonders wirksam durchgesetzt.⁴ Die Technik ermöglichte eine solche Verbilligung der Waren, daß mit der Manipulation der Käufermasse durch die Konsumideologie eine enorme Ausdehnung der Nachfrage erreicht werden konnte. Später folgte die Umdefinierung des *Neuen* zum *Wünschbaren*, der Exzeß der inkrementellen Produktinnovation und Scheininnovation, der seitdem hinter sich eine Spur der ökologischen Verwüstung herzieht. Mitten im Überfluß werden durch beschleunigte Innovation immer neue künstliche Knappheiten produziert und Ungleichheiten auf immer höherer Ebene reproduziert.

– Die Ausdifferenzierung und Auffächerung des arbeitsteiligen Systems ist ein Ergebnis der technologischen Evolution, das die Möglichkeiten selbstbestimmter und selbstorganisierter Tätigkeit immer mehr einschränkt.⁵ Die Unmittelbarkeit, Naturnähe, sinnliche Dichte der Arbeit geht verloren.

– Der sinkende Ertragszuwachs schien überall gebannt, wo neue technologische Lösungen verfügbar waren oder verfügbar gemacht werden konnten. Jetzt zeigt sich immer mehr eine Stufenleiter des sinkenden Ertragszuwachses, je mehr sich das Wachstum den absoluten Grenzen der menschlichen Zivilisation, der Tragfähigkeit der Erde und der Belastbarkeit des Menschen nähert.

Ein beliebtes Gesellschaftsspiel der politischen Klasse der Gegenwart heißt »Alarm und Entwarnung auf dem Arbeitsmarkt«. Entlastungsprognosen haben Hochkonjunktur, während unterdessen die Arbeitslosigkeit weiter ansteigt. Die technologischen Kompensationsversprechen der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) sind bisher nicht eingetroffen und werden auch weiterhin nicht eintreffen. Die Sockelarbeitslosigkeit ist von Konjunkturtal zu Konjunkturtal in den letzten 30 Jahren unaufhaltsam angestiegen. Geht man davon aus, daß 65 bis 70 Prozent der Beschäftigten in den Industrieländern einfache Routinetätigkeiten und weitere 15 bis 20 Prozent gehobene Routinetätigkeiten ausüben, wird das künftige Rationalisierungspotential durch die IKT sichtbar, das durch Produktinnovation nicht kompensiert wird. Die informationstechnische Revolution ist daher eine neue historische Qualität, die das Problem der Arbeitsgesellschaft auf andere Weise als bisher stellt.

Die hochqualifizierten Wissensarbeiter bringen ebenfalls keinen Ausgleich. Die Analysen (*Rifkin, Giarini* u.a.) zeigen ferner, daß Dienstleistungen, neue klein- und mittelständische Unternehmen und Investitionsschub unter den neuen Bedingungen langfristig keine Entwarnung auf dem Arbeitsmarkt garantieren werden.⁶ Alle diese Faktoren können jeweils ein partielles und temporäres Arbeitskräfteplus bringen, sie genügen jedoch nicht für eine Wende des Gesamttrends.

Freeman und *Soete* meinen, daß der fünfte Kondratieff den

»...im Unterschied zu allen früheren innovativen Basistechnologien erzeugt die Mikroelektronik keine neuen Massenindustrien mit relativer Arbeitsintensität, d.h. keine neuen Kapazitäten für das massenhafte Einsaugen lebendiger Arbeit in die kapitalistische Reproduktion. Im Gegenteil handelt es sich um eine neue geradezu »flächendeckende« Rationalisierungstechnologie, deren Potenz zur Eliminierung lebendiger Arbeit aus der industriellen Produktion ihren Reifegrad noch lange nicht erreicht hat. Für die Reproduktion des Gesamtkapitals ist die Mikroelektronik daher auf Dauer eher eine Krisentechnologie, wie sich sowohl in den einzelnen Ländern als auch auf der Ebene der Weltmarktvermittlungen praktisch zeigt.«
Robert Kurz: Der Letzte macht das Licht aus, Berlin 1993, S. 27/28.

Arbeitsplatzschub dann auslöst, wenn wie in den bisherigen Ausbreitungsperioden der neuen Kombination der Produktivkräfte die adäquaten neuen Institutionen geschaffen werden und zu wirken beginnen.⁷ Aber wie werden die neuen Institutionen aussehen, die einen bisher unvergleichlichen Freisetzungsschub konterkarieren sollen? Wird das überhaupt möglich sein? Oder ist an eine Dometiken- und Tagelöhnergesellschaft gedacht? Heißt Globalisierung vielleicht Usurpation der neuen Erwerbsarbeitsplätze durch wenige Gewinner-Staaten?

Während von Soziologen und Philosophen das vermeintliche Ende der Arbeitsgesellschaft eingeläutet wird, wird zur Zeit in der betriebswirtschaftlichen und Managementliteratur die einzigartige Bedeutung des Faktors Arbeit für die Wertschöpfungskette neu entdeckt und beschworen. Das Ziel ist freilich durchsichtig. Man möchte das ganzheitliche lebensweltliche Phänomen der menschlichen Kreativität als »Ressource« besser für das Kapital erschließen und gleichzeitig die Mitarbeiter voll im Griff haben. Microsoft bietet seine neue Intranet-Software mit dem Versprechen an, daß sie in der Lage sei, die »Mitarbeiter zu steuern, ... wie nie etwas zuvor«. Man könnte die Autoren, die so von der exklusiven Rolle der Arbeit überzeugt sind, an die Arbeitswerttheorie erinnern, die eben dies axiomatisch voraussetzt.

Nun ist Arbeit aber nicht gleich Arbeit. Wir können die Arbeit mit dem Geld vergleichen. Das Geld ist die »absolut gesellschaftliche Form des Reichtums« (*Marx*), es kann einer Totalität möglicher Zwecke dienen. Eine ähnliche Totalität hat nur die menschliche Arbeit in ihrer innovativen Form aufzuweisen, die die möglichen Zwecke in neuen Gebrauchswerten erfüllen kann. *Schumpeter* sieht übrigens nur den dynamischen Unternehmer, nicht aber die innovative Gesamtarbeit, die notwendig ist, um eine Neuerung durchzusetzen.

Die innovative Arbeit, *Marx* nennt sie »Arbeit von ausnahmsweiser Produktivkraft«, hat vier Eigenschaften:

Erstens umfaßt sie in den verschiedenen Funktionen der Arbeit (technische, wissensverarbeitende und -generierende, soziale Funktion) jeweils kreative und Routinekomponenten, die in der innovativen Arbeit wechselseitig verflochten sind. Die kreative Komponente ist nicht formalisierbar und algorithmierbar, während die Routinetätigkeiten in ihrer einfachen Ausprägung technisch substituierbar sind. Es gibt aber auch wiederholbare Routinetätigkeiten, die implizites Erfahrungswissen und -können erfordern, das an seinen Träger gebunden ist, und die auf längere Sicht nicht automatisiert werden können. Der Anteil der technischen Funktionen wird sich in Deutschland zwischen 1980 und 2010 schätzungsweise von 60 auf 35, der wissensverarbeitenden Funktionen von 21 auf 34 und der sozialen Funktionen von 19 auf 31 Prozent verändern. Dies bietet nur dann größere Möglichkeiten der selbstbestimmten, selbstorganisierten Arbeit, wenn es zu wesentlichen institutionellen Veränderungen in dieser Richtung kommt.

Zweitens ist die innovative Arbeit die Quelle zusätzlicher Wertschöpfung. Das ist ablesbar etwa an der Kostenstruktur eines Halbleiterchips: drei Prozent für Rohstoffe und Energie, fünf Prozent für Abschreibungen, sechs Prozent für Routinearbeiten in der Produk-

»...der wirkliche Reichtum ist die entwickelte Produktivkraft aller Individuen. Es ist dann keineswegs mehr die Arbeitszeit, sondern die disposable time das Maß des Reichtums. Die Arbeitszeit als Maß des Reichtums setzt den Reichtum selbst als auf der Armut begründet und die disposable time nur existierend im und im Gegensatz zur Surplusarbeit oder Setzen der ganzen Zeit des Individuums als Arbeitszeit und Degeneration desselben daher zum bloßen Arbeiter...«
Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 604.

tion, 86 Prozent für Entwurf, Konstruktion, Patente und Copyrights.

Aber zusätzliche Wertschöpfung funktioniert auch dort, wo es sich um Scheininnovationen und um neue Produkte handelt, die den ökologischen Kriterien der Suffizienz und Ressourcenschonung in keiner Weise entsprechen. Der marktradikale Fanatismus will alle irgendwie erreichbaren Wünsche und Bedürfnisillusionen valorisieren, dem Verwertungsstreben unterordnen, er zerstört die naturnahe Subsistenzwirtschaft und Subsistenzkultur.

Drittens transportiert die innovative Arbeit mit der höheren Produktivkraft zugleich die Möglichkeit der höheren Destruktivkraft. *Schumpeters* »schöpferische Zerstörung« kann auch als sybillinische Aussage verstanden werden, die die schwankende Waage von Erschaffen und Abschaffen, Erzeugen und Vernichten ausdrückt. Das wird zur Zeit von vielen Menschen unmittelbar erfahren. Je intensiver gearbeitet wird, desto mehr Arbeitsplätze werden vernichtet und vice versa.

Viertens ist die Frage zu stellen, ob die innovative Arbeit von heute die Zukunft der gesellschaftlichen Durchschnittsarbeit repräsentiert. Dies war immer Bestandteil der sozialistischen Vision: Der allseitig entwickelte Produzent, der in der Lage ist, sich eine Totalität von Produktivkräften anzueignen. Es deutet gegenwärtig nichts darauf hin, daß diese Vision der massenhaften Reprofessionalisierung der Arbeit und ihrer autonomen Gestaltung je Wirklichkeit werden kann. In den USA haben die »Symbolanalytiker« (hochqualifizierte Wissensverarbeiter) mit 3,8 Millionen oder vier Prozent der Beschäftigten das gleiche Volumen des Einkommens wie die 49,2 Millionen Menschen, die zu den unteren 51 Prozent der Einkommenspyramide zählen.

Eine ganz andere Frage ist, daß die Menschen Institutionen suchen und entwickeln sollten, die zunehmend mehr selbstbestimmte und selbstorganisierte Arbeit auf ganz verschiedenen Stufen der Verbindung von Wissen und Erfahrung, Kreativität und Routine ermöglichen. *Fleißner*, *Hofkirchner* und andere haben dazu Strukturen von Kleingruppen (Entrepreneurgruppen, Sozialbetreuungsgruppen, Studienzirkel, Arbeitsgesundheitsgruppen) vorgeschlagen.⁸

Das System der Arbeitsteilung und die Gesellschaft insgesamt werden immer komplexer und komplizierter, immer weniger faßbar und durchschaubar durch das Individuum. Die Angst wächst und führt zur Flucht in Drogen, Esoterik, Sekten und Heilslehren unterschiedlicher Provenienz und Gefährlichkeit. Der mediale Zeitgeist und digitale Brei der Kommunikation tun das ihrige, um den Menschen zu verunsichern, ihn seiner lebensweltlichen realen Erfahrung und seiner freien Entscheidung zu berauben. Das Ende der Tabus und der Kult des Individuums markieren den Sieg der Entgrenzung. Dies kann nicht unbegrenzt so weitergehen ohne gravierenden Verlust an Gesellschaftlichkeit und damit Lebensfähigkeit der menschlichen Spezies. In der Vergangenheit waren es Kriege, andere Formen der Anwendung von Gewalt, Naturkatastrophen und Epidemien, die die Reduktion übersteigter Komplexität, die Rückkehr zur Einfachheit auf Kosten von vielen Menschenleben brachten. Wenn dieser Weg vermieden werden soll, ist eine große kreative Anspannung des gemeinschaftlichen Intellekts notwendig.

Eine neue Aufklärung müßte genau diese Besinnung auf die Einfachheit bringen, freilich unter ganz anderen Bedingungen als sie *Rousseau* vor mehr als zwei Jahrhunderten vorfand.

Arbeit und Naturressourcen

Wie brisant das Verhältnis und die Interdependenz der sozialen und der ökologischen Frage ist, wird im politischen und wirtschaftlichen Alltag immer wieder sichtbar. Arbeit ist Stoffwechsel des Menschen mit der Natur, der in der industriellen Zivilisation bisher einseitig auf Kosten der natürlichen Kreisläufe realisiert wurde. Die Produktivitätserhöhung war der Schlüssel zur Lösung der sozialen Probleme insbesondere im vierten Kondratieff zwischen 1930 und 1980.

Der technische Fortschritt war im Industriezeitalter in erster Linie darauf gerichtet, Arbeit einzusparen: von 1800 bis 1980 im Weltmaßstab um 1,6 Prozent pro Jahr bei einem Wachstum der Industrieproduktion um 3,4 Prozent pro Jahr. In der gleichen Zeit aber stieg der Verbrauch von mineralischen Rohstoffen und Primärenergie jährlich um 3,2 bis 3,5 Prozent.

Die *Arbeitshaltigkeit des Stoffstroms*, hier als Verhältnis von Arbeitsaufwand und Verbrauch an mineralischen Rohstoffen, ist in dieser Periode jährlich um 1,4 Prozent gesunken. Wir wissen heute, daß bei dieser Entwicklung seit etwa drei Jahrzehnten die Grenzlinie der globalen Verträglichkeit überschritten wurde. In der Dynamik der Arbeitshaltigkeit des Stoffstrominputs kreuzen sich beide Seiten der Zukunftsfähigkeit, ihre soziale und ökologische Komponente. In der Tat muß die technologische Innovation und die sie umlenkende institutionelle Veränderung darauf gerichtet sein, die Tendenz der Arbeitshaltigkeit umzukehren! Die Erhöhung der Arbeitshaltigkeit ist der Indikator für die Gesundung des Stoffwechsels Mensch-Natur.

Von 1960 bis 1990 ist die Arbeitshaltigkeit, gemessen als Verhältnis der gesamten Erwerbsarbeitszeit in Milliarden Arbeitsstunden zum gesamten Stoffstrominput (biotische und abiotische Rohstoffe, Brennstoffe, Wasser, Luft, Erdbewegung, einschließlich Importe) in Milliarden Tonnen, in den alten Bundesländern um jährlich 2,9 Prozent gesunken.⁹ Die Umkehr dieses beschleunigten Absturzes durch absolute Verringerung der Stoffströme steht auf der Tagesordnung.

Die Arbeitshaltigkeit des Stoffstroms ist sehr niedrig in allen Formen der naturzerstörenden Arbeit, von der Brandrodung und Kriegsarbeit bis zu den Großtechnologien vom nachsorgenden Typ. Sie ist sehr hoch in vielen Formen der traditionellen Subsistenzwirtschaft, der Eigenarbeit und der besonders stoffsparenden modernen Technologien.

Als Beispiel kann man die Verpackungswirtschaft nennen. Das direkte Materialeinsparungspotential der Mehrwegverpackung im Vergleich zur Einwegverpackung wird auf 4,8 bis 6 Mill. t jährlich geschätzt. Bei einem Rucksackkoeffizienten von 97 (97 t Stoffstrom auf 1 t Verpackungsmaterial) sind das 470 bis 580 Mill. t Stoffstromreduzierung. Hinzu kommt ein zusätzlicher Bedarf an Handarbeit für die Mehrwegsysteme. Damit würde sich für die

»Tatsächlich ist seit der industriellen Revolution in den Industrieländern die Ressourcenproduktivität (verfügbares Realeinkommen bezogen auf den dafür notwendigen Stoffdurchsatz) gesunken und die Energieproduktivität nur um 50 Prozent gestiegen, während die Arbeitsproduktivität in der verarbeitenden Industrie sich um das 25fache erhöhte.«
Reinhard Grienig: Prima Klima auf der Titanic? In: UTOPIE kreativ, Nr 54, (April 1995), S. 15.

Verpackungswirtschaft eine bedeutende Erhöhung der Arbeitshaltigkeit, eine geringe Senkung der Arbeitsproduktivität und damit eine beachtliche Steigerung der Ressourcenproduktivität ergeben. Die andere Alternative heißt Müllverbrennung und damit Weitermachen bei der Arbeitseinsparung und Naturzerstörung. Ein weiteres Beispiel ist die kommunale Verkehrssanierung. Man rechnet dafür mit 480.000 Arbeitsplätzen, das heißt das Siebenfache dessen, was die gleiche Investitionssumme in Großprojekten des Verkehrswesens bringt, bei gleichzeitiger Stoffstromökonomie. Schließlich sei der ökologische Landbau genannt, der bei geringerem Stoffstromverbrauch etwa 20 Prozent mehr Arbeitszeit pro Hektar benötigt als konventionelle Landwirtschaft.

Zum ökologisch-sozialen Umbau der Wirtschaft muß auch die Förderung der Arbeitsarten und Produktionen beitragen, die sich durch überdurchschnittliche Arbeitshaltigkeit auszeichnen: Gewinnung nachwachsender Rohstoffe, Verringerung verpackungsintensiver Produkte, Rücksammeln von Altstoffen, reparierfreundliche Geräte u.a.m. Die Regelgröße, die die Arbeitshaltigkeit (Dimension Stunden je Tonne) in ihrer Dynamik in der Marktwirtschaft bestimmt, ist das Verhältnis von Personalkosten zu Material- und Energiekosten. Diese Relation ist in der Industrie Westdeutschlands in den Jahren von 1976 bis 1993 von 0,60 auf 0,73 gestiegen¹⁰, während sie in der vorangegangenen Periode gesunken ist. Im Ergebnis wächst der falsche Druck in Richtung auf eine Technologie und Organisation, die Arbeit spart und die Natur unerträglich belastet. Daraus folgt zwingend die Notwendigkeit einer ökonomischen Steuerreform, die das Preisverhältnis beider Produktionsfaktoren den ökologischen Notwendigkeiten anpaßt.

Der Wirkungsgrad des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, seine »Fruchtbarkeit« hängt von vier Größen ab: von der *produktiven Wertschöpfung* je Arbeitsstunde, von Grad der *Suffizienz*, von der *Erwerbsquote* und von der *Arbeitshaltigkeit* des Stoffstroms. Die Wirtschaftswissenschaft, auf deren Versagen gegenüber den Herausforderungen der Evolutionskrise immer wieder hingewiesen wird, hat bisher kein Maß der Suffizienz, des »Genug« vorschlagen können. Die Grenzenlosigkeit der Bedürfnisse und damit die ständige Reproduktion von Knappheiten auf immer höherer Stufe inmitten des Überflusses ist ein Axiom des mainstreams der Ökonomie. Als Beispiel kann man den Varietätsexzeß der Pharmaindustrie nennen. Bei etwa 20.000 pharmazeutischen Grundsubstanzen wäre ein Angebot von 30.000 Medikamenten völlig ausreichend, das Marktsortiment erreicht jedoch eine Größenordnung von 80.000. Die Lobby der Pharmaindustrie hat es bisher verstanden, jegliche Versuche der suffizienten Arzneimittelversorgung (Positivliste) zu hintertreiben.

Wie kann es überhaupt gelingen, die ökologisch unhaltbare Spirale der Verbrauchsexpansion zu durchbrechen? Bürokratische Kontrolle würde die Menschen nur zu mehr Konsum anstacheln. Zu rationalen Bedürfnissen kann es nur kommen, wenn immer mehr Menschen ihr Konsumverhalten und ihren Lebensstil ändern wollen. Ein Programm der sozialen und kulturellen Bedürfnisforschung wäre notwendig, um für die Gesellschaft neue Einsichten in

die Möglichkeiten suffizienter Produktions- und Lebensformen zu gewinnen. Die Ergebnisse einer solchen Grundlagenforschung könnten für konkrete Vorschläge von institutionellen Veränderungen und neuen Dienstleistungen und Produkten eingesetzt werden. Die ökologische Wirksamkeit von Verbraucherorganisationen kann um Größenordnungen erhöht werden.

Die neue alte Richtung der Kapitalakkumulation

Eine Umlenkung des technologischen Fortschritts auf die dringenden ökologisch-sozialen Zwecke ist vom herrschenden Markttradikalismus nicht zu erwarten. Die ultimative monetäre Logik geht davon aus, daß Marktprozesse und Konkurrenz automatisch das erforderliche Gleichgewicht herstellen, je weniger sie durch Staatsintervention dabei gestört werden. Die breitestmögliche Privatisierung stößt in soziale und kulturelle Bereiche vor, deren Reproduktion auf diese Weise langfristig ruiniert wird. Alle nichtmonetären Tätigkeiten dieser Welt, die einen potentiellen Marktwert haben, sollen in den Geldkreislauf einbezogen werden. Sie werden auf 16 Trillionen Dollar geschätzt bei einem Volumen der vorhandenen monetären Wirtschaft von 23 Trillionen Dollar (*Giarini*).¹¹ Damit geht die Zurückdrängung und Zerstörung der Subsistenzwirtschaft einher. Es wird alles in Bewegung gesetzt, um freie Zeit in warenförmige Freizeit, das heißt in Warenkonsumtion ohne ökonomische Rationalität und ohne Unabhängigkeit des Individuums zu verwandeln. Die totalitäre Tendenz der Geldwirtschaft wird institutionell nicht abgemildert, sondern verstärkt, wie die Aktionen der Behörden gegen Tauschringe und lokales Arbeitsgeld zeigen. Das Credo der Deregulierung macht auch nicht Halt vor jenem Punkt, von dem ab die betriebswirtschaftlichen Vorteile durch wachsende externe volkswirtschaftliche Verluste aufgehoben werden.

Das Kapital hat entdeckt, daß man unter den Bedingungen der Globalisierung die Akkumulation viel effektiver als im klassischen Industriesystem, das Marx analysiert hat, organisieren kann. Das heißt Akkumulation unter systematischer Rücknahme der zivilisatorischen Zählungen des Systems durch die Institutionen des Sozialstaats und mittels von keinen Kompromißformeln gehemmter privatwirtschaftlicher Nutzung der technologischen Revolution. Immer mehr Existenzen werden eingebunden in die globalen Wertschöpfungs- und Kreditketten, in denen sie abhängig sind von den Schwankungen der Weltmarktpreise und des Zinsniveaus. Das klassische Lohnarbeitsverhältnis in den reichen Ländern, das schon immer im Weltvergleich privilegiert war und auf der Ausbeutung von Naturressourcen und nichtentlohnter Arbeit der Subsistenzwirtschaft beruhte, löst sich allmählich auf in Formen der Teilzeitarbeit, Kontraktarbeit, Scheinselbständigkeit, Saisonarbeit, Leiharbeit, illegalen Arbeit. Das Privateigentum, das auf eigener Arbeit beruht, wird im Ergebnis der Folgen dieser Prozesse massenhaft expropriert. Die Formen der mit direkter Gewaltausübung verbundenen Akkumulation sind keine verschwundene Formation, sie begegnen uns in den lokalen Kriegen, den Vertreibungen, dem Aufschwung der mafiosen Strukturen, der modernen Sklavenwirtschaft, wo Kinder, Frauen, Sektenmitglieder, Drogenabhängige die

»Die Ökonomie mit ihrem Knappheitsprinzip funktioniert angesichts des Mangels ökologischer Tragfähigkeit nur noch als eine gesellschaftliche Veranstaltung, reguliert durch Normen, die nicht aus dem ökonomischen Rationalsystem selbst generiert werden können. Die Marktwirtschaft entstand im Zuge des ›disembedding‹ ökonomischer Rationalität aus gesellschaftlichen Bindungen; angesichts der Überlastung der Ökosysteme des Planeten Erde ist gesellschaftliche Evolution nur noch möglich, wenn die ökonomische Rationalität in ein komplexes System der gesellschaftlichen Regulation des Umgangs mit der Natur ›embedded‹ wird.«
Elmar Altwater: Die Zukunft des Marktes, Münster 1991, S. 367.

Zielgruppe sind, der Gewalt auf der Straße, gegenüber Minderheiten, in Familien, beim Militär, bei Polizeieinsätzen und im Strafvollzug. Rosa *Luxemburg* hat diese Tendenzen in ihren frühen Formen am besten erkannt, weil sie das Realisierungsproblem der kapitalistischen Akkumulation als historischen Prozeß analysierte.¹² Der unermüdliche Jürgen *Kuczynski* spricht vom Rückfall in die Barbarei als wahr werdende Alternative.¹³ Abschied von der Zivilgesellschaft wäre eine zu höfliche Umschreibung.

Unter diesen Bedingungen sind die »Füchse im Weinberg« gefragt, die geistigen Vorbereiter einer Wende, die es zu allen Zeiten gegeben hat. Noch mehr aber geht es um das Entstehen und Zusammenwirken vieler praktischer sozialer Bewegungen und Initiativen in engem Kontakt mit neuen geistigen Strömungen und um »eingreifende Forschung«. Für die Umlenkung des technologischen Fortschritts durch neue soziale und wirtschaftliche Regularien und Maßnahmen gibt es bereits viele Ideen und Vorschläge, die zu einem ganzheitlichen Konzept ausgebaut werden können. Dazu gehören die ökologische Steuerreform als Herzstück alternativer Wirtschaftspolitik, Vereinbarungen zur Arbeitsplatzschaffung durch Arbeitszeitreduzierungen, stärkere Förderung des gemeinwirtschaftlichen Sektors, Finanzierung sozialer und kultureller Dienstleistungen statt Finanzierung von Arbeitslosigkeit, Einführung von EU-weiten Arbeitsplatzgarantien für Jugendliche unter 18 Jahren, Überprüfung der steuerlichen und finanzrechtlichen Abschreibungsregeln unter der Zielstellung einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik, Initiativen zur Nutzung eines lokalen Arbeitsgelds für gegenseitige Hilfe, Verschlangung der Förderbürokratie, soziale Grundsicherung bei Garantie einer Arbeit von 20 Wochenstunden in der Privatwirtschaft, in der Gemeinwirtschaft oder in öffentlichen Einrichtungen, flexible Gestaltung der Lebensarbeitszeit im Wechsel von bezahlter Arbeit im garantierten Bereich, Fortbildung, bezahlter Arbeit im nichtgarantierten Bereich, gemeinnütziger Arbeit und Eigenarbeit sowie hauswirtschaftlicher und familiärer Tätigkeiten. Aber es ist noch ein langer Weg bis zu einem Wechsel der Grundeinstellungen und bis zu einer neuen Politik.

Anmerkungen

- 1 Goethe, J. W. von: Pandora. Ein Festspiel, in: Goethe, Berliner Ausgabe, Berlin 1964, S. 409.
- 2 Factor 10 Club, Carnoules Declaration, 1994.
- 3 Boyer, R.: Technical change and the theory of regulation, in: Technical Change and Economic Theory, London 1988.
- 4 J. B. Say (1767-1832) hat behauptet, daß jede Produktion ihre eigene Nachfrage schafft.
- 5 Vgl. Gorz, A.: Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft, Hamburg 1994, S. 67.
- 6 Giardini, O., Liedtke, P. M.: The Employment dilemma. The future of work. Report to the Club of Rome, 1996; Rifkin, J.: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/M. 1996.
- 7 Freeman, C., Soete, L.: Work for all or mass unemployment, London 1994.
- 8 Fleißner, P. et al.: human's work tomorrow, Vienna 1995.
- 9 Die Arbeitshaltigkeit des Stoffstroms wurde zuerst dargestellt und berechnet in: Hausteин, H.-D.: Vier Kreisläufe, Ressourcenproduktivität, Kilopreis und Ökopreis – Ökonomische Bewertung des MIPS-Konzepts des Wuppertal-Instituts, Bericht Nr. 10.08.1990/2000 für das Wuppertal-Institut 1995.
- 10 Berechnung des Verfassers.
- 11 Giardini, Liedtke, a.a.O.
- 12 Luxemburg, R.: Die Akkumulation des Kapitals. Gesammelte Werke Bd. 5, Berlin 1975, S. 518f.
- 13 Kuczynski, J.: Vom Zickzack der Geschichte, Berlin 1996, S. 103.

ANDREAS REICHSTEIN

Die Zukunft der Arbeitswelt

Steigende Arbeitslosenzahlen in der BRD, Wegfall von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung aufgrund der Automation von Arbeitsprozessen und eine Globalisierung des Arbeitsmarktes mit verstärkter Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt haben die Debatte über die Zukunft der Arbeit in den vergangenen Jahren angeheizt, wie schon lange zuvor nicht mehr. Nicht von ungefähr hat der Journalist Jeremy Rifkin seiner 1996 veröffentlichten Studie den provozierenden Titel: *The End of Work* gegeben. Und Arno Heises erster Satz der Zusammenfassung seiner Studie *Arbeit für Alle – Vision oder Illusion?* faßt die Situation folgendermaßen zusammen: »Seit nunmehr über zwei Jahrzehnten wird in der Bundesrepublik das Ziel der Vollbeschäftigung – hier verstanden im Sinne Beveridges – beständig und mit steigender Dramatik verfehlt.«¹ Wenn nun gleichzeitig Michael Brie im Kommentar *Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus*² unter der Überschrift: »Arbeit ist nicht alles. Aber ohne Arbeit ist Alles nichts« (S. 59) schreibt: »Lohnarbeit ist eine absolut unverzichtbare, wenn auch keinesfalls hinreichende Bedingung von Freiheit und elementarer Gleichheit geworden« (S. 61), sowie: »Das Ende der Arbeitsgesellschaft wäre das Ende der Demokratie« (S. 61), dann scheint darin ein Widerspruch zu liegen, beziehungsweise könnte »bestenfalls« bedeuten, daß wir uns möglicherweise dem Ende der Demokratie nähern. Gibt es noch Arbeit für alle und ist Lohnarbeit wirklich unverzichtbar für eine Demokratie?

In dem Versuch, für diese Fragen eine Antwort zu finden, ist es zuallererst notwendig, den Begriff »Arbeit« zu untersuchen. Eine Definition des Wortes »Arbeit« findet sich in jedem Lexikon und nennt neben der physikalischen Bedeutung die volkswirtschaftliche: »jede meist zweckgerichtete Tätigkeit zur Befriedigung materieller oder geistiger Bedürfnisse des einzelnen oder der Allgemeinheit. Aus der Notwendigkeit der menschl. A. für die Erhaltung der Gesellschaft wird die Pflicht zur A., aus der Notwendigkeit zur Erhaltung des eigenen Lebens u. der Befriedigung der eigenen Bedürfnisse das Recht auf A. abgeleitet« (Bertelsmann-Lexikon 1997). Die eingangs angesprochene Debatte bezieht sich jedoch zuerst nur auf die Lohnarbeit, d.h. die Arbeit, die gegen Entgelt – den Arbeitslohn – für einen Arbeitgeber verrichtet wird. Dabei entspricht der Arbeitslohn nicht einem Teil der vom Arbeiter produzierten Ware, sondern »ist der Teil schon vorhandener Ware, womit der Kapitalist eine bestimmte Summe produktiver Arbeits-

Andreas Reichstein – Jg. 1953, Amerikahistoriker, Universität Hamburg, Landes-Fachgruppen-Vorsitzender der IG Medien, Mitglied der AG Politische Bildung der PDS Hamburg.

1 Arne Heise: *Arbeit für Alle – Vision oder Illusion?*, Marburg 1996, S. 309.

2 *Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus*, Ein Kommentar, herausgegeben von: Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V., Berlin 1997.

kraft an sich kauft«³. Mit dieser Aussage fußt Karl Marx auf dem Philosophen Thomas Hobbes, der in seinem Werk *Leviathan* bereits 1651 schrieb: »Der Wert eines Menschen ist wie der aller anderen Dinge sein Preis: das heißt soviel als für die Benutzung seiner Kraft gegeben würde.«⁴ Lohnarbeit ist für Marx daher entfremdete Arbeit – nicht nur im Sinne von Adam Smith als Prozeß der Veräußerung von Eigentum, sondern wie bei Hegel als Entäußerung des Wesens, nicht nur des Habens –, die zur Zwangsarbeit wird, weil sie nicht freiwillig geleistet wird. »Die Arbeit [im Sinne von Lohnarbeit] ist ihrem Wesen nach die unfreie, unmenschliche, ungesellschaftliche, vom Privateigentum bedingte und das Privateigentum schaffende Tätigkeit.«⁵ Als Einheit von Lohnarbeitsprozeß und Wertbildungsprozeß ist der Produktionsprozeß ein Prozeß von Waren. Arbeit ist Wertschöpfung und der Wert der Arbeitskraft bestimmt sich nach dem Wert der Lebensmittel im weitesten Sinne, die zu ihrer erweiterten Reproduktion notwendig sind. Alle Diskussionen um Profite, Wertgesetz und Geld kreisen um die Existenz einer Waren produzierenden und konsumierenden Gesellschaft.⁶ Faßt man den Begriff der zu konsumierenden Ware weiter als den ursprünglich rein dinglichen, materiellen, so sind auch die heute als Dienstleistungen ausgewiesenen Tätigkeiten produzierte Waren, wonach eine Unterscheidung im klassischen Sinne zwischen Arbeiter und Angestellten hinfällig wird, da beide ihre Arbeitskraft einem Arbeitgeber für einen Arbeitslohn zur Verfügung stellen, um eine Ware – ob materiell als Produkt oder immateriell als Dienstleistung – zu produzieren. In diesen Zusammenhängen ist Arbeitswelt und Arbeitsgesellschaft heute als Lohnarbeitswelt und Lohnarbeitsgesellschaft zu verstehen.

Wenn man davon ausgeht, daß das Ende der Arbeitsgesellschaft das Ende der Demokratie bedeutete, da nur Lohnarbeit »das Eintrittsticket in alle anderen Formen der Teilhabe an den Chancen moderner Gesellschaften«⁷ darstellt, dann stellt sich die Frage, welchen Wert eine Demokratie hat, die Lohnarbeit als entfremdete Arbeit benötigt, eine Arbeitsform also, die Marx ja gerade abgeschafft wissen wollte? Gleichzeitig beobachten wir eine drastische und rapide zunehmende Veränderung der Arbeitswelt durch die zunehmende Automatisierung von Produktionsvorgängen, die die menschliche Arbeitskraft überflüssig macht. Als Prozeß in verschiedenen Etappen wurde dieser Wandel in der Produktion bereits von Marx erkannt, der die These aufstellte, daß die Unternehmer immer bestrebt seien, die Lohnkosten zu senken und die Produktionsmittel soweit wie möglich in ihre Verfügungsgewalt zu bekommen; »durch Teilung der Arbeit, die die Operationen der Arbeiter schon mehr und mehr in mechanische verwandelt, so daß auf einem gewissen Punkt der Mechanismus an ihre Stelle treten kann. ... Was Tätigkeit des lebendigen Arbeiters war, wird Tätigkeit der Maschine.«⁸ In Ansätzen, wenn auch in seinen Schlußfolgerungen unzureichend, hat auch Lenin diese Gefahr als Möglichkeit einer von der menschlichen Arbeitskraft unabhängigen Entwicklung zur Steigerung des Mehrwerts erkannt.⁹ Die Automation, die bereits in den zwanziger Jahren in den US-Fabriken Einzug hielt und die zweite industrielle Revolution begründete, bestätigte diese Thesen,

3 Karl Marx, Lohnarbeit und Kapital, Separat-Ausdruck aus der »Neuen Rheinischen Zeitung« vom Jahre 1849, Berlin 1891, abgedruckt in: Karl Marx: Lohnarbeit und Kapital, Berlin 1971, S. 25. Eine weitergehende Diskussion des Begriffes »Arbeit« würde den Rahmen dieses Papiers sprengen. Siehe hierzu näher zum einen: Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd 1, Hamburg/Berlin 1994, S. 402-422 und Keith Grant: The Sociology of Work, Cambridge 1991, S. 7-47.

4 Zitiert nach Karl Marx: Lohn, Preis und Profit, Berlin 1971, S. 40.

5 Karl Marx in seinen Notizen zu List (1841), zitiert nach F. List: Das nationale System der politischen Ökonomie, Berlin/W 1982, S. 459f.

6 Vgl. Ernesto Che Guevara: Ökonomie und neues Bewußtsein, Schriften zur politischen Ökonomie, 2 Bde., Berlin 1969, Bd.1, S. 44ff.

7 So Michael Brie in: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus, Ein Kommentar, herausgegeben von: Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V., Berlin 1997, S. 61.

8 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1974, S. 591f.

9 Wladimir. I. Lenin: Zur sogenannten Frage der Märkte, in: W.I.Lenin, Werke in 3 Bänden., Berlin 1972, Bd. 1, S. 69-116 (hier S. 79).

10 Vgl. Technology and Culture, April 1991, S. 274f.; zitiert nach: Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit, Frankfurt/New York 1996, S. 29.

11 Roland Marchand: Advertising the American Dream: Making Way for Modernity, Berkeley 1985, S. 4f.

12 Vgl. D. Gartman: Origins of the Assembly Line and Capitalist Control of Work at Ford, in: A. Zimbalist (ed.): Case Studies on the Labour Process, Monthly Review, 1979; D. Harvey: The Conditions of Postmodernity, Oxford 1989; J.H. Goldthorpe: The End of Convergence: Corporatist and Dualist Tendencies in Modern Western Societies, in: J.H. Goldthorpe (ed.): Order and Conflict in Contemporary Capitalism, Oxford 1984 und C.F. Sabel: Work and Politics: the Division of Labour in Industry, Cambridge 1982.

13 Vgl. Benjamin Hunnicutt: Work without End: Abandoning Shorter Hours for the Right to Work, Philadelphia 1988, S. 148.

14 Vgl. Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit, Frankfurt/New York 1996, S. 55.

15 John Maynard Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, in: Ders.: Politik und Wirtschaft, Männer und Probleme, Tübingen 1956, S. 267.

16 Zu dieser Angabe sowie einer genauen Analyse des sich verändernden Arbeitsmarktes vgl. Johann Welsch: Arbeiten in der Informationsgesellschaft, Studie für den Arbeitskreis Arbeit-Betrieb-Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1997, S. 17.

die schon bei Marx' Ausführungen zum »relativen Mehrwert« ausführlich dargestellt wurden. Zwischen 1919 und 1929 wurden in den USA 2,5 Millionen Arbeitsplätze vernichtet.¹⁰ Um der Massenarbeitslosigkeit und dem gesunkenen Durchschnittseinkommen als Gefahr für den Konsum zu begegnen, führte man den Kundenkredit und Ratenkauf ein, der aus hart arbeitenden, genügsamen Menschen Hedonisten auf der Suche nach den allerneuesten Befriedigungen machte, wie Marchand es beschrieb¹¹, und gleichzeitig zu einer Überhitzung der Wirtschaft führte – eine Entwicklung (Massenproduktion zur Befriedigung eines künstlich erzeugten Konsumverhaltens), die insgesamt mit den Begriffen Fordismus und Taylorismus gekennzeichnet wurde.¹² Gleichzeitig senkte man damals bereits in unterschiedlichem Maße die wöchentliche Arbeitszeit, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Kellogg's, Sears Roebuck, Standard Oil und Hudson Motors zum Beispiel führten in den dreißiger Jahren die 30-Stunden-Woche ein.¹³ Trotzdem ging der Arbeitsplatzabbau weiter. So wurden allein in den USA zwischen 1956 und 1962 über anderthalb Millionen Menschen durch die Automatisierung in der Industrie arbeitslos.¹⁴

Heute erahnen wir bereits die Folgen einer weiteren Entwicklung, die unter dem Schlagwort »Dritte Industrielle Revolution« in das Schrifttum Eingang gefunden hat und die dabei ist, die Situation nicht nur des Arbeitsmarktes, sondern auch der gesamten zukünftigen Arbeitswelt zu verändern. Nach der Automatisierung ist dies die Digitalisierung. Für sie gelten noch in viel stärkerem Maße jene heute beinahe prophetisch klingenden Sätze des britischen Ökonomen John M. Keynes, die er 1930 schrieb: »Wir sind von einer neuen Krankheit befallen, deren Namen einige Leser noch nicht gehört haben mögen, von der sie aber in den nächsten Jahren noch recht viel hören werden, nämlich technologischer Arbeitslosigkeit. Das bedeutet Arbeitslosigkeit, weil unsere Entdeckung von Mitteln zur Ersparung von Arbeit schneller voranschreitet als unsere Fähigkeit, neue Verwendung für die Arbeit zu finden.«¹⁵ Auch wenn nicht in einer direkten Kausal-Statistik zusammenfaßbar, sind sich die Arbeitsmarktanalytiker und Forscher darüber einig, daß der Einsatz moderner Technologien bereits heute zu tiefgreifenden organisatorischen Veränderungen, das heißt, Arbeitsplatzabbau zur Verschlingung der Unternehmen, geführt hat. So haben die 14 größten Arbeitgeber in der BRD zwischen 1992 und 1995 per Saldo bereits eine Viertel Million Arbeitsplätze abgebaut – Tendenz: steigend.¹⁶

Die Veränderung des Arbeitsmarktes spiegelt sich aber nicht allein im Abbau von Arbeitsplätzen wider. Auch die Struktur des Arbeitsmarktes verändert sich immer stärker. Waren 1905 noch ca. 28 Prozent im Dienstleistungsbereich, 36 Prozent in der Landwirtschaft und 40 Prozent der Arbeitskräfte in der Industrie beschäftigt, so waren es 1990 59 Prozent im Dienstleistungsbereich, 39 Prozent in der Industrie und nur noch 4 Prozent in der Landwirtschaft. Prognosen zufolge wird im Jahre 2010 diese Schere noch stärker auseinanderklaffen: dann sollen nur noch etwa 2 Prozent in der Landwirtschaft, 20 Prozent in der Industrie, ca. 24 Prozent im Bereich allgemeine Dienstleistungen und ca. 58 Prozent

im Bereich Information tätig sein. Diese Zahlen allein zu betrachten, genügt jedoch nicht. Deutlich wird, daß mit dem Niedergang der klassischen Industrie- und Agrararbeit der Dienstleistungssektor einen überproportionalen Aufschwung nimmt, wobei dieser Sektor vor allem in England, den USA und Frankreich ein überdurchschnittliches Wachstum zeigt, während dies in Deutschland noch schwächer ausfällt. Gleichzeitig wird aber auch noch zwischen primären Dienstleistungen (Bürotätigkeit, Handeln/Verkaufen, allgemeine Dienstleistungen) und sekundären Dienstleistungen (Ausbilden/ Beraten/Informieren, Sichern/Recht anwenden, Organisation/Management und Forschen/Entwickeln) unterschieden. Nach Tätigkeitsgruppen unterschieden, ergeben Prognosen, daß sich im Bereich der produktionsorientierten Tätigkeiten die Anteile im Sektor »Produzieren/Herstellen/Gewinnen« von 19,2 Prozent (1991) auf 12,6 Prozent (2010), im »Maschinen/Anlagen steuern« von 8,2 Prozent (1991) auf 10,7 Prozent (2010) und im »Reparieren« von 6,1 Prozent (1991) auf 6,3 Prozent (2010) verändern werden. Im Bereich Primäre Dienstleistungen wird der Anteil von »Handeln/Verkaufen von 10,7 Prozent (1991) auf 11,1 Prozent (2010) steigen, der der »Bürotätigkeit« jedoch von 17,0 Prozent (1991) auf 16,8 Prozent (2010) und der Anteil der »allgemeinen Dienstleistungen« von 11,9 Prozent (1991) auf 11,0 Prozent (2010) sinken. Neben dem drastischen Rückgang im klassischen industriellen Sektor »Herstellen und Produzieren« werden die höchsten Steigerungen im sekundären Dienstleistungsbereich zu finden sein: der Bereich »Organisation/Management« soll von 6,3 Prozent (1991) auf 9,1 Prozent (2010) und der Sektor »Ausbilden/Beraten/Informieren« von 11,8 Prozent (1991) auf 14,6 Prozent (2010) anwachsen.¹⁷

Weitere Veränderung der zukünftigen Arbeitswelt, bedingt durch Digitalisierung und Vernetzung sowie der Reduzierung vieler Betriebe auf eine kleine Kernbelegschaft am Produktionsstandort, werden das Umsichgreifen von Teleheimarbeit und eine allgemeine Globalisierung des Arbeitsmarktes sein. Neben diesen Veränderungen zeigen jedoch alle Analysen an, daß die Menge der verfügbaren Lohnarbeit weit hinter der Masse der Anbieter von menschlicher Arbeitskraft zurückfallen wird. Marx hat darin die Grundlage für die Möglichkeit einer anderen gesellschaftlichen Stellung von Arbeit gesehen, in der der Gegensatz zwischen geistiger und körperlicher Arbeit verschwindet, da sich die Lohnarbeit mit der Regulation durch den Wert auflöst, indem der Mensch durch seine Tätigkeit zur Überwachung und Disposition eines Produktionsprozesses »Dinge« (Maschinen, etc.) für sich arbeiten läßt.¹⁸ Das Ende von Lohnarbeit im klassischen Sinne der entfremdeten Arbeit ist daher anstrebenswert und kann niemals das Ende der Demokratie bedeuten. Für mögliche Lösungen der Probleme in unserer Arbeitswelt ist daher die überkommene Definition der Arbeitskraft als Ware, die der Kapitalist kauft, nicht mehr hinreichend. Wenn der Kapitalist die angebotene Ware menschliche Arbeitskraft nicht mehr kaufen muß, weil er seine Wertschöpfung aus automatisierter Produktion erzieht, wird entweder im bisherigen Gesellschaftssystem das weitere Anwachsen der Arbeitslosigkeit zum sozialen

17 Vgl. Johann Welsch: Arbeiten in der Informationsgesellschaft, Studie für den Arbeitskreis Arbeit-Betrieb-Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1997, S. 30.

18 Siehe dazu Karl Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 592f.; Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Berlin 1959, Bd. 19, S. 21.; Bd. 42, S. 244.

Sprengstoff, der eine Gesellschaft, die eine solche Entwicklung zuläßt, auf längere Sicht zerstören muß (destruktiver Ansatz mit der Konsequenz, die dann entstehende Gesellschaft möglicherweise nicht entscheidend mitgestalten zu können), oder es wird ein neues Gesellschaftssystem geschaffen (konstruktiv), das auf einem Wert der Arbeit jenseits von Lohnarbeit beruht. Grundlage hierfür ist, wie unter anderem Robert Kurz auch schon vielfach betont hat: »Das System der ›Arbeitsplätze‹, d.h. der Verwandlung von ›Arbeit‹ in Geld ist grundsätzlich anzugreifen, statt zu der steinerweichenden Elendsdebatte um die ›Schaffung von Arbeitsplätzen‹ ein jämmerliches Konzept-Scherflein beizutragen«. ¹⁹

19 Robert Kurz: Die letzten Gefechte, in: *Krisis*, Nr. 18, 1996, S. 49.

Von daher ist auch die Entwicklung gefährlich, die in den USA, den Niederlanden und Großbritannien in den vergangenen Jahren zu einem statistisch absoluten Anwachsen der Arbeitsplätze und des Bruttoinlandsproduktes geführt haben. Diese Form der Schaffung von Arbeitsplätzen wurde in den genannten Ländern erkaufte durch drastischen Sozialabbau, Erhöhung der wöchentlich möglichen Arbeitszeiten und einen stärkeren Anteil von Teilzeitarbeit. Ein großer Teil der neu eingerichteten »Jobs« (und mehr sind es auch nicht) sind Niedrigstlohtätigkeiten in der freien Verfügbarkeit des Arbeitgebers. So kann heute ein Mittelständler in den USA bei Verlust seines Arbeitsplatzes zwar damit rechnen, innerhalb eines halben Jahres eine Stelle zu bekommen, aber nur zu fünfzig Prozent seiner bisherigen Bezüge. Dies führt dort zum deutlichen Anstieg von Haushalten mit bis zu fünf Jobs, um die notwendigen Lebenshaltungskosten überhaupt noch bestreiten zu können. Hier zeigt sich drastisch der Zynismus des Kapitals: die Arbeit (die objektiv schrumpft) auf mehr Köpfe verteilen, aber zu den Bedingungen des ausgehenden 18. Jahrhunderts, des reinen, unverfälschten Manchester-Liberalismus. ²⁰ Dies darf im Ernst noch nicht einmal das Ziel einer Politik sein, die mehr Lohnarbeitsplätze im klassischen Sinne fordert.

20 Eindrucksvoll wird dies durch den tendenziellen Artikel: »Arbeit, Arbeit, Arbeit« im *Spiegel*, Nr. 17, 1997, S. 24-36 belegt. Zu der ökonomischen Entwicklung in den USA mit all ihren Aspekten wie Arbeitslosigkeit, Armut und Rassismus siehe Donald Sassoon: *One Hundred Years of Socialism*, London 1997, S. 763ff.

Es ist vielmehr zuerst wichtig, Arbeit als selbstbestimmte, freie, schöpferische Tätigkeit zu begreifen – losgelöst von der Produktion von Waren und von dem klassischen Bild der produzierenden Lohnarbeit. Die entscheidenden Felder, die aufgrund der traditionellen Definition von Arbeit als Lohnarbeit in der kapitalistischen, materialistischen und patriarchalischen Gesellschaft bislang nicht als Arbeit gewertet wurden, sind: Reproduktion von Arbeitskraft, »Hausarbeit«, »gemeinnützige« Tätigkeiten und künstlerische Aktivitäten (soweit der »Künstler« nicht aufgrund eines bereits erreichten Marktwertes seiner/ihrer Produkte seine Ware verkaufen kann). Die Reproduktion von Arbeit wie Kinder aufziehen, einen Haushalt versorgen, häusliche Kranken- und Altenpflege, die Bewahrung der Umwelt durch Einzel- oder Gruppenaktivitäten und die kreative Schöpfung nicht auf dem Markt verwertbarer Kunst findet im Bereich der überkommenen Lohnarbeit kaum oder gar keine Einordnung im Wertschöpfungsgefüge. Ohne diese »Arbeit« wäre unsere Gesellschaft jedoch nicht überlebensfähig. Von daher muß als erster Schritt das Wertschöpfungsgefüge geändert werden. ²¹

21 Auch die christlichen Kirchen in Deutschland sehen, daß »die Verengung des Arbeitsbegriffes auf Erwerbsarbeit« fragwürdig ist. Karl Marx folgend, betonen sie aber gleichzeitig, daß »der Mensch für ein tätiges Leben geschaffen« ist und sagen: »Aus christlicher Sicht ist das Menschenrecht auf Arbeit unmittelbarer Ausdruck der Menschenwürde.«

Ansätze hierfür wurden bereits in den sechziger Jahren in den USA unter Präsident Johnson deutlich, der eine Einkommenshilfe

für Bedürftige forderte. Überraschenderweise haben sogar konservative Ökonomen wie Milton Friedman zur Stabilisierung der Gesellschaft vorgeschlagen, der Staat solle den Bürgern ein Mindesteinkommen garantieren, das jedoch durch seine geringe Höhe dazu ermuntern solle, etwas hinzu zu verdienen, »um den Anreiz, sich weitere Arbeit zu suchen, zu erhalten.«²² Folgt man diesen Gedanken, dann müssen neben einem Mindesteinkommen aber gleichzeitig die heute sogenannten gemeinnützigen Tätigkeiten als Alternative bzw. Ergänzung zu den traditionellen Arbeitsverhältnissen gesehen werden.²³ Diese »dritte Säule« – wie Rifkin sie nennt – der zu vergütenden Tätigkeiten und die Idee des Mindesteinkommens sind schon länger in der Diskussion. An möglichen Modellen fehlt es demnach nicht. Das Problem liegt weniger im Entwerfen von Utopien als in der Realisierung solcher Vorstellungen. Hierbei ist ein nicht zu unterschätzendes Hauptproblem, daß die allermeisten Menschen seit Jahrtausenden gewohnt sind, für ihren Lebensunterhalt arbeiten zu müssen und ihr Selbstwertgefühl von daher heute meist aus bezahlter Arbeit beziehen. Arbeitslosigkeit als Verlust von Lohnarbeit wird somit generell als Makel, als Schande empfunden. Ein Umdenken wird hier nicht leicht sein. Mindestens ebenso schwer, aber genauso wichtig für die Umgestaltung der Arbeitswelt ist die Abschaffung des Patriarchats. In unserer patriarchalischen Gesellschaft erscheint vielen – nicht nur, aber vor allem Männern – angesichts der zunehmenden sozialen Probleme die Geschlechterfrage eine »Luxusdiskussion« zu sein.²⁴ Jedoch: das Geschlechterverhältnis ist zwar nicht alles, aber ohne eine Lösung dieser Frage ist alles andere nichts – auf Sand gebaut. Und Frauen sind – nicht nur bei uns – im Berufsleben immer noch extrem benachteiligt.

Weltweit gesehen sind 62 Prozent aller Arbeitsplätze von Männern besetzt, die dabei auch noch 74 Prozent aller Arbeitseinkommen verdienen. Für die 38 Prozent aller Frauen in Lohnarbeitsverhältnissen bleiben so nur 26 Prozent des gesamten Arbeitseinkommens übrig. 90 Prozent aller Parlamentssitze werden von Männern gehalten und 94 Prozent aller Regierungsposten werden weltweit von Männern bekleidet. Bei diesen allgemeinen Betrachtungen darf man das besondere Problem von Frauen als Angehörige einer ethnischen Minorität in einer Gesellschaft nicht außer Acht lassen, da sich diese Frauen auch ihren Geschlechtsgenossen der Majorität gegenüber in einem besonders kritischen Verhältnis befinden. So haben es zum Beispiel schwarze Frauen in der Bundesrepublik noch ungleich schwerer als weiße Frauen, zu ihrem Recht und zu einer freigewählten und gleich bezahlten Arbeit zu kommen.²⁵ Mitte der neunziger Jahre sind in der Bundesrepublik mehr als 40 Prozent aller Beschäftigten (im Alter zwischen 15 und 65 Jahren) weiblich. Zwei Drittel der Frauen arbeiten in nur zehn Berufsgruppen, wobei in den alten Bundesländern 73 Prozent in den Bereichen Büro- und Dienstleistungsberufen tätig sind. 65 Prozent verfügen nur über eine Lehr- und Anlernausbildung, während nur 15 Prozent ein Fachschul-, Fachhochschul- oder Hochschulstudium absolviert haben. Gleichzeitig verdienen vollerwerbstätige Arbeitnehmerinnen im Durchschnitt 25 bis 30

Nur muß der Begriff der Arbeit weiter gefaßt werden. Vgl. Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, hrsg. vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Gemeinsame Texte 9, Hannover – Bonn 1997, S. 62.

22 Milton Friedman, in: International Labour Review, Mai/Juni 1987, S. 263.

23 Siehe hierzu die entsprechende Konzeption von Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit, Frankfurt/New York 1996, S. 182.

24 Vgl. Christina Schenk: Die PDS und der Feminismus – ein noch ungeklärtes Verhältnis, in: Frigga Haug, Ursula Schröter, Christina Schenk: Links und feministisch, Controvers, Berlin 1996, S. 42.

25 Zum Problem von farbigen Frauen auf dem Arbeitsmarkt generell vgl. Keith Grint: The Sociology of Work, Cambridge 1991, S. 259-265; Patricia Hill Collins: The Social Construction of Black Feminist Thought, in: Signs, Nr. 14, 1989, S. 745-773; Bell Hooks: Black

Looks. Popkultur – Medien – Rassismus, Berlin 1994 sowie Elke Amberg: Wir setzen dem Rassismus unseren Mut entgegen, in: Frankfurter Rundschau vom 14. Juni 1997.

26 Gisela Helwig: Ausgestaltung des Gleichberechtigungsgebots, in: Frauen in Deutschland, Informationen zur politischen Bildung, 1. Quartal 1997, Heft Nr. 254, S. 16-26 (Zitat S. 26).

27 Vgl. Maria Mies: Patriarchat und Kapital – Frauen in der internationalen Arbeitsteilung, Zürich 1992, S. 28.

28 Zitat aus: Sieglinde Rosenberger: Geschlechter, Gleichheiten, Differenzen, Wien 1996, S. 85. Zum Mythos der Frauenrolle siehe Elizabeth Janeway: Man's World, Woman's Place, New York 1971.

29 Dieter Schnack und Thomas Gesterkamp: Hauptsache Arbeit, Reinbek bei Hamburg 1996, S. 189. Die Autoren stellen gleichzeitig beispielhaft dar, wie schwer es auch oft Männern durch ihre Umwelt gemacht wird, aus diesem Rollenklischee auszubrechen. Siehe dazu auch Ulrich Beck: Risikogesellschaft - Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 1986, S. 161-204.

30 Siehe zum Beispiel die Beschreibung von Karl Gebauer: Turbulenzen im Klassenzimmer - Emotionales Lernen in der Schule, Stuttgart 1997, S. 37-46. Auch wenn Gebauer keine »revolutionär linken« Modellversuche beschreibt, so zeigen seine Beispiele bereits heute bestehende Möglichkeiten auf, tradiertes Verhalten abzubauen.

Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen, was dem seit längerem juristisch festgeschriebenen Grundsatz »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« immer noch auf grausame Art Hohn spricht. Trotz aller Bemühungen liegt der Anteil der Studentinnen an den Hochschulen der alten Bundesländer immer noch bei nur 40 Prozent, der in den neuen Bundesländern bei 46 Prozent. »Die negativen Auswirkungen tradierter Rollenmuster beschränken sich nicht auf die Aufstiegsmöglichkeiten, sondern berühren den gesamten Bereich von Ausbildung und Beruf.«²⁶ Gleichzeitig sind Frauen am stärksten durch die Flexibilisierung der Arbeitswelt, der Kürzung von Sozialleistungen und von Rationalisierungsmaßnahmen betroffen. Von daher stellen sie auch den größten Anteil der sogenannten »Neuen Armen« in der westlichen Welt.²⁷

Dies ist von den allermeisten Männern – bewußt und unbewußt – so gewollt. Denn der von Elizabeth Janeway detailliert untersuchte, jahrtausende alte Mythos der Sinnhaftigkeit einer Welt der »starken« Männer, die den »schwachen« Frauen ihren Platz zugewiesen haben, führt zu der Konsequenz: »Die männliche Normalbiographie ist der Standard, sie ist die Norm für die Berufsarbeit. Frauen weichen ab; ihre Andersheit ist nicht Verschiedenheit, sie ist Devianz.«²⁸ Wollen Männer die Norm erfüllen, müssen sie sich die Arbeitswelt als Domäne erhalten und die Frau im Haus lassen. Von daher ist auch der »berufstätige Mann« ein sinnloser Begriff: »Männer im erwerbsfähigen Alter gehen immer einer bezahlten Beschäftigung nach, oder sie sind arbeitslos. Nur für Frauen ist eine Lebenssituation ohne Beruf vorstellbar und gesellschaftlich akzeptiert: die Rolle der Mutter.«²⁹ So hat sich in der patriarchalischen Gesellschaft die Erwerbsarbeit für die meisten Männer als Selbstwertmaßstab herausgebildet, was sie damit in der Rolle des Arbeitens-Müssenden gefangen hält. Sucht mensch nach einer Gesellschaftsordnung, in der Männer und Frauen die gleichen Möglichkeiten zur Entfaltung ihres Selbst und Realisierung ihrer Vorstellungen für ein erfülltes Leben haben sollen, so ist jeder Ansatz, Frauen einen besseren Zugang zur patriarchalischen Arbeitswelt zu schaffen oder Frauen in der existierenden Gesellschaftsordnung mit Männern gleichstellen zu wollen, bereits zum Scheitern verurteilt. Soll es zu einem gleichwertigen Neben- und Miteinander von Frauen und Männern kommen, dann darf die Männerwelt und der Mann nicht mehr die Norm und der Bezugspunkt bleiben.

Da das patriarchalische System sich über tausende von Jahren verfestigt hat, ist mit einer tiefgreifenden Änderung erst zu rechnen, wenn neben den gesetzgeberischen und gesellschaftspolitischen Maßnahmen gleichzeitig auch durch vorbildhaftes Verhalten der Erziehungsberechtigten bzw. Bezugspersonen den Kindern eine Alternative – soweit es nur irgend möglich ist – vorgelebt wird, damit alle anderen Maßnahmen einen Nährboden finden und wir aus unseren anerzogenen Rollenklischees herausfinden. In logischer Folge muß auch in Kindergärten, Horten und Schulen den tradierten Rollenbildern entgegengewirkt werden, was zum einen in modellhaften Versuchen an einzelnen Schulen bereits praktiziert wird³⁰, zum anderen aber durch eine dahinführende,

spezifische pädagogische Ausbildung der Betreuerinnen und Betreuer und von Lehrerinnen und Lehrern auf eine allgemein gültige Basis gestellt werden muß. (Da Bildungspolitik immer noch Angelegenheit der Bundesländer ist, könnte z.B. die PDS auf entsprechende Änderungen hinwirken.) Nur so können dann auch als Konsequenz die immer noch vielfach existierenden starren, geschlechtsfixierten Berufsbilder, vor allem im Handwerk, korrigiert werden.

Im Artikel 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 heißt es unter anderem: »Jeder Mensch hat das Recht auf Leben.« Was gehört aber zum Leben? Auf der Fachtagung »Multimedia und Arbeitswelt«, veranstaltet von der Industriegewerkschaft Medien und der Deutschen Postgewerkschaft am 3. und 4. Februar 1997 in Bonn, meinte der amerikanische Professor Joseph Weizenbaum, daß zum Grundrecht auf Leben auch das Recht auf Nahrung und Wohnung gehöre. Das wirkt auf den ersten Blick selbstverständlich. Denn ohne Nahrung und (zumeist) ein Dach über dem Kopf können die meisten Menschen nicht leben. Wie sieht es aber in der Realität aus? Für beides müssen sie arbeiten, wenn sie denn Arbeit finden. Das ist ein massiver Widerspruch. Für Nahrung und Wohnung dürften sie gar nicht arbeiten *müssen*, wenn sie wirklich ein Recht auf Leben haben sollen. Dies klingt zuerst einmal utopisch, aber nur, weil wir es seit Jahrtausenden gewohnt sind, uns abzuschuften, um uns und unsere Kinder zu ernähren. Nur heißt das nicht, daß das richtig ist. Der erste Ansatz ist die Abschaffung der auf Warenproduktion ausgerichteten Gesellschaft, auch wenn dies ebenfalls reichlich utopisch klingt, wie zum Beispiel Ernst Lohoff erst kürzlich vermerkt hat.³¹ Am deutlichsten hat diese Forderung bislang Robert Kurz ausgeführt: »Der jetzt geforderte ›dritte Weg‹ kann kein Mittelweg mehr sein. Er muß in eine Gesellschaft jenseits von Markt und Staat führen, d.h. in die Aufhebung des modernen warenproduzierenden Systems. ... Damit fällt auch der ›Arbeitsplatz‹-Fetischismus, weil die individuelle Reproduktion in einer entmonetarisierten, inhaltlich vernetzten Gesellschaft nicht mehr von der Verausgabung abstrakter Arbeitskraft in ebenso abstrakten betriebswirtschaftlichen Vernutzungsprozessen abhängig gemacht werden kann.«³² Was zuerst wie eine Kritik an Marx wirkt und mit der These des Demokratieverlustes bei Fortfall der Lohnarbeit unvereinbar ist, bedeutet in Wahrheit nur eine konsequente Fortentwicklung Marxscher Ideen, wie auch der Rezensent des Kurzschen Buches *Der Kollaps der Modernisierung*, Rudolf Hickel, am 4. Januar 1992 in der *Frankfurter Rundschau* dem Autor attestierte.

Jede Analyse sowie Kritik der Situation und jedwedes Entwickeln von Utopien muß jedoch eines Tages an der Umsetzbarkeit dieser Gedanken meßbar sein. Vom »müssen« und »sollen« weitergehend, kommt es nunmehr darauf an, Umsetzungsschritte zu entwickeln und die Kräfte und Prozesse zu benennen, die die Veränderung unserer Gesellschaft herbeiführen hilft. Auch wenn sich die unterschiedlichsten Kräfte und Personen diverser politischer Couleur in der westlichen Welt einig sind, daß Veränderungen nötig sind und wir unsere Gesellschaft verändern müssen,

31 Ernst Lohoff: editorial, in: *Krisis* Nr. 18. März 1996, S. 5.

32 Robert Kurz: *Der Kollaps der Modernisierung*, Leipzig 1994, S. 310f.

so sind wir doch in großen Teilen noch weit von einer neuen sozialistischen Gesellschaft entfernt und müssen sehen, wie wir im Bereich des Möglichen Veränderungen dahingehend herbeiführen, ohne nur plakativ nach der Abschaffung der Warengesellschaft zu rufen. Hier kommen den Einzelnen, den Parteien, Gewerkschaften und der Regierung unterschiedliche Aufgaben zu, die wiederum alle ineinandergreifen müssen.

Erstens: Der erste Schritt auf dem Weg zu einer neuen Gesellschaft ist die Willensbildung der Menschen. Über die politische Diskussion im kleinsten Kreis, das vorbildhafte Verhalten der Individuen, der Erziehung von Hort bis Hochschule, bis hin zu den Medien und den Diskussions-Kreisen, Veröffentlichungen, bzw. Veranstaltungen von Parteien kann eine breite, allgemeine Akzeptanz für die Umgestaltung wachsen. Dies mündet in den nächsten Schritt, in dem die Legislative durch geeignete Strukturmaßnahmen die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen hat, damit sich das, was die einzelnen erkannt haben, auch umsetzen läßt.

Zweitens: Ein weiterer, kleiner (wenn auch wichtiger) Schritt auf dem langen Weg in eine neue Arbeitswelt, in der Arbeit ganz allgemein als selbstbestimmter, freiwilliger, kreativer Gestaltungsprozeß zwischen Mensch und Natur definiert wird, ist sodann zum Beispiel die Schaffung eines neuen Steuermodells, das weit über die »Reformansätze« der SPD mit ihrer geforderten Senkung der Lohnnebenkosten, der Entlastung des konsumintensiven Einkommens und der Unternehmenssteuerreform hinauszugehen hat, da die von der SPD geforderten Veränderungen letztendlich nur systemstabilisierend wirken. Nicht mehr die menschliche Arbeit, sondern der Produktionsausstoß von Betrieben ist zu besteuern (gerade wenn sie mehr und mehr vollautomatisch produzieren!). Eine Umweltsteuer muß eingeführt werden, in der Betriebe dazu angehalten werden, nicht nur schadstoffarm zu produzieren, sondern ihren Abfall auch entsprechend zu entsorgen. Je höher die Gefahr für die Allgemeinheit aus den Abfallprodukten sein könnte, desto höher müssen nicht nur die Auflagen, sondern auch die Steuern für diese Unternehmen ausfallen. Als entscheidender Schritt muß eine hohe Kapitalertragsteuer für all die Unternehmen eingeführt werden, die nicht in Form von Kooperativen mehrheitlich den Beschäftigten gehören. Dies knüpft an Überlegungen an, die z. B. der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler David Miller in seinem Buch *Market, State, and Community* und der Ökonom John Roemer entwickelt haben. Nach Millers Modell »sind Kooperativen die dominante Unternehmensform« in dem von ihm propagierten Marktsozialismus. »Jede Kooperative entscheidet selbst über ihre Produkte, Produktionsmethoden, Preise, usw. und konkurriert auf dem Markt mit anderen Kooperativen. ... Die erwirtschafteten Nettogewinne fließen in eine Gemeinschaftskasse, aus der dann Einkommen gezahlt, Rücklagen gebildet werden usw.«³³ Dies geht weit über die zu Recht kritisierte Arbeitnehmerbeteiligung als sogenannter »Königsweg« zur Sicherung von Arbeitsverhältnissen hinaus.³⁴ Auch die Quotierung ist in neuer Form einzurichten. So sehr sie in ihrem Bezug auf die patriarchali-

33 Zitiert nach Thomas Bonschab: Marktsozialismus als neues Gesicht, in: Frankfurter Rundschau vom 18. März 1997.

34 Zur Kritik an diesem Modell vgl. zum Beispiel Thomas Enke: Arbeitnehmerbeteiligung – kein Königsweg für sichere Jobs, in: Disput, Nr. 7, 1997, S. 7f.

sche Gesellschaftsordnung für Feministinnen ein Paradoxon darstellt, so ist eine Form denkbar, in der zum einen auch Männer der Quotierung dergestalt unterliegen, daß kein Arbeitsplatz für sie ohne gleichzeitig bezahlte Zeit für Arbeit im Reproduktionsbereich, im Sozialen und Ökologischen garantiert wird³⁵ und zum anderen jede erziehende Frau und alleinerziehende Männer eine um mindestens 25 Prozent erhöhte Entlohnung (die Erhöhung müßte möglicherweise in der ersten Stufe vom Staat subventioniert werden) erhalten. Der Gesetzgeber hat auch – als ersten »kleinen« Schritt – für die notwendige legislative Basis für Übergänge zwischen Kurz- und Vollzeitbeschäftigung (z.B. Flexibilisierung der Arbeitszeit, Kurzarbeitergeld auch im öffentlichen Dienst, etc.), zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung (ABM, Strukturpolitische Lohnsubventionen, etc.), zwischen Bildung und Beschäftigung (Umschulung, Fort- und Weiterbildung), zwischen privater Tätigkeit und Erwerbstätigkeit (Elternurlaub, Sabbatical) und zwischen Beschäftigung und Rente oder Pension (Teilzeitrente, Lohnsubventionen für Ältere) zu sorgen, wie zum Beispiel Dieter Klein im *Kommentar Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus*³⁶ hervorgehoben hat. All diese Maßnahmen wie auch radikalere Arbeitszeitverkürzungen werden zunehmend auch von führenden Wirtschaftswissenschaftlern dringend empfohlen, wie zum Beispiel von Arne Heise vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut in Düsseldorf.³⁷

Drittens: Um all diese Maßnahmen finanzieren zu können, bedarf es zusätzlich zum normalen Gesetzgebungsverfahren auch einer Verfassungsänderung, um die Aufteilung der Staatseinnahmen neu zu regeln und damit das Steueraufkommen anders zu verteilen. Dann kann der Bundeshaushalt der BRD neu strukturiert und alleine der Verteidigungshaushalt drastisch reduziert werden, um Mittel in die Kommunen zurückfließen zu lassen, die diese verstärkt für die Entlohnung sogenannter gemeinnütziger Aufgaben wie Alten- und Krankenpflege, Betreuung und Umweltpflege und -schutz auszugeben haben. So ist eine spezielle Pflege- und Bildungssteuer für größere Betriebe denkbar, die direkt für Pflege, Betreue und Bildung, bzw. Ausbildung gedacht ist. Auch die Errichtung von Prestigebauwerken bestimmter Unternehmensgruppen wie Banken, Versicherungen und Autohersteller muß so hoch besteuert werden, daß die entsprechenden Rückflüsse den Kommunen zugute kommen. Bei der ebenfalls denkbaren Einführung eines Mindesteinkommens sind vor allem Menschen (ob Mann oder Frau), die Kinder aufziehen, durch besondere Zulagen wirtschaftlich zu kompensieren bzw. dem Arbeitslohnempfänger gleichzustellen. In Verbindung mit der Entwicklung von Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen, der zu erwartenden deutlichen Zunahme von Teleheimarbeitsplätzen und dem durch Outsourcing bedingten Anwachsen von abhängigen Selbständigen wird sich dann nicht nur das Wirtschafts- sondern auch das Gesellschaftsgefüge verändern. Die community im Sinne einer engen, überschaubaren Nachbarschaft wird das Industrieballungszentrum und die Stadt als Mittelpunkt des Erwerbslebens ablösen. Hausarbeit und Erwerbstätigkeit werden untrennbar miteinander verbunden sein.

35 Zu dem komplizierten Thema der Quotierung vgl. z.B. Frigga Haug: *Frauenpolitiken*, Hamburg – Berlin 1996, S. 35-45.

36 Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus, Ein Kommentar, herausgegeben von: *Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.*, Berlin 1997, S. 171.

37 Vgl. Arne Heise: *Arbeit für Alle – Vision oder Illusion?*, Marburg 1996, S. 290ff.

Viertens: Hier sind als weiterer Schritt dann die Gewerkschaften und Arbeitgeber gefragt, als Partner nicht nur die in vielen Bereichen sich bereits entwickelnde Willensbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer umzusetzen, sondern gemeinsam Wege zu finden, zum einen die bereits vorhandenen Regelungen auszu-schöpfen und zum anderen durch neue Vereinbarungen den Gesetzgeber zum Handeln zu zwingen, wie z.B. VW mit seinen Arbeitszeitkonten-Regelungen die Regierung zum Erarbeiten von entsprechenden Gesetzentwürfen genötigt hat. In den Bereich der bereits heute tarifierbaren Regelungen gehören das Verankern von mehr Teilzeitarbeitsplätzen mit garantiertem Rückkehrrecht, die Arbeitszeitverkürzung mit integrierter Fort- und Weiterbildungsverpflichtung (Modell: z.B. 36-Stunden-Woche, davon gehen 2 Stunden fest für entsprechende Bildungsveranstaltungen weg, bleiben 34 Stunden als disponierbare Arbeitszeit bei einer vertraglichen Arbeitszeit von 32 Stunden, was bedeutet, daß pro Woche automatisch zwei Stunden als Mehrarbeit dem Langzeitarbeitskonto für z.B. ein Sabbatical oder Verkürzung der Lebensarbeitszeit gutgeschrieben werden), Altersteilzeit-, Zeitkonten- und Teleheimarbeit. Allerdings setzt dies nicht nur bei den Arbeitgebern, sondern auch bei vielen Gewerkschaften Umdenkprozesse voraus, z.B. was das Verhältnis zu neuen Technologien anbelangt. Historisch begründbar und verständlich haben sich Gewerkschaften ganz allgemein gegen neue Technologien gewandt, wenn diese sich als Job-Killer erwiesen haben. In der IG Druck und Papier (später IG Medien) waren die Setzer die ersten, die diesen Prozeß mitgemacht haben. Das Beispiel der Setzer zeigt aber gerade auch, daß man mit der klassischen Abwehrhaltung die neuen Technologien weder verhindern, noch alte Berufsbilder retten kann und man gleichzeitig das Vertrauen der jungen Kolleginnen und Kollegen verliert, die mit diesen Technologien gut zu leben und umzugehen wissen, ein positives Verhältnis dazu haben und Gewerkschaften daher nicht als Partner sehen, sondern für einen aussterbenden Dinosaurier halten. Von daher haben die Gewerkschaften die Informations- und Kommunikationstechnologien als Chance demokratischen Lernens und eines allgemeinen Informationszugangs zu begreifen. Sie müssen sich im Bereich audio-visuelle Medien mit den heutigen und vor allem den Zukunftsmöglichkeiten der neuen Techniken auseinandersetzen, dürfen sie nicht a priori ablehnen, sondern kritisch betrachten und Szenarien entwickeln, wie sie in Zukunft damit umzugehen denken und wo sie Entwicklungen begrüßen, wo ablehnen, neue Arbeitsorganisationen und Berufsbilder mitgestalten (wie teilweise bereits geschehen) und Schutz vor radikaler Selbstausbeutung bzw. absoluter Abhängigkeit fordern bzw. anbieten können. Der Sachverstand hierzu ist in vielen Betrieben bereits vorhanden, was auch die Betriebs- und Personalräte in die Pflicht nimmt.

Fünftens: Darüber hinaus ist es mehr denn je – nicht nur auf Grund der Internationalisierung des Kapitals, sondern speziell auch wegen des engeren Zusammenwachsens von Europa – dringend notwendig, daß sich systemkritische Parteien und die Gewerkschaften über den bis dato klassischen Austausch von Großadres-

sen hinaus in internationaler Zusammenarbeit verbinden, um gemeinsam Strategien zu entwickeln, die man dem bereits sehr gut international zusammenarbeitenden Kapital entgegensetzen kann.

Da kaum von einer »Einsicht« der Kapitalisten in die Abschaffung der Warengesellschaft ausgegangen werden kann und schlagartige revolutionäre Veränderungen nicht zu erwarten sein dürften, sind die erwähnten »kleinen« Schritte die ersten notwendigen Maßnahmen, um eine grundlegende Veränderung unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu erreichen und die Menschen mit den Möglichkeiten der Veränderung und einer sozialistischen Gesellschaft vertraut zu machen. Die angestellten Überlegungen sollen daher nur als kurzer Abriß Handlungsnotwendigkeiten und Chancen in einer sich verändernden Arbeitswelt skizzieren, wobei der Überschaubarkeit wegen bewußt auf eine detaillierte Darstellung des Komplexes der Internationalisierung von Arbeit und der globalen Arbeitswelt mit den verschiedenen Entwicklungsphasen in den Schwellen- und Dritte-Welt-Ländern verzichtet wurde. Nur am Rande sei noch erwähnt, daß die Hoffnung vieler, die neuen Technologien auf der Basis der Digitalisierung schüfen neue Arbeitsplätze, zur Zeit wenig begründbar erscheint.³⁸ Durch die Digitalisierung und die Verbreitung von Daten-Netzen kommt es gerade in den Bereichen wie Reisen/Transport, Finanzdienstleistungen, Verarbeitung und Softwareentwicklung zu einem globalen Outsourcing. So verdienen Software-Programmierer und Ingenieure in Indien zum Beispiel zwischen einem Fünftel und einem Achtel des Monatsgehalts ihrer Kollegen in den USA, Westeuropa und Japan, wobei Programmierer in Rußland und China noch weniger erhalten und von daher stark auf den internationalen Markt drängen. Der Arbeitslosigkeit jedenfalls läßt sich heute aufgrund des Abbaus der klassischen Industriearbeitsplätze und des Übergangs der Unternehmen vom traditionellen Großbetrieb über die Aufspaltung in kleinere Kernbetriebe hin zum »virtuellen Unternehmen« jedoch nur begegnen, indem man entweder radikal zum Manchester-Liberalismus zurückkehrt wie zur Zeit in Ländern wie den USA, England oder den Niederlanden oder mit einem neuen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.

38 Die Unternehmensberatungsfirma Arthur D. Little kam in diesem Zusammenhang zu dem Schluß, daß in Europa im Laufe der nächsten zehn Jahre 4 Millionen neuer Multimedia-Arbeitsplätze entstehen werden. FAZ vom 28. April 1994 und vom 19. Januar 1995.

KLAUS STEINITZ

Massenarbeitslosigkeit in den neunziger Jahren – Schlußfolgerungen für linke Alternativen

Die Auseinandersetzungen um die Wege zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit werden gegenwärtig durch ein Phänomen charakterisiert: Das Ausmaß der Massenarbeitslosigkeit sowie die politischen, sozialen und ökonomisch-finanziellen Bedrohungen, die von ihr ausgehen, nehmen ständig zu, die Maßnahmen, sie zurückzudrängen und neue Arbeitsplätze zu schaffen, erweisen sich hingegen als wirkungslos bzw. angesichts der Größe des Problems als völlig inadäquat. In fast allen EU-Ländern sind trotz des relativ günstigen Verlaufs der Wirtschaftskonjunktur der letzten Jahre die Arbeitslosenquoten weiter angestiegen. Hiervon sind besonders Frauen und Jugendliche betroffen.

Daraus ergeben sich neue Herausforderungen an eine zum vorherrschenden Neoliberalismus alternative Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist zur Schlüsselfrage einer linken Reformstrategie geworden. Von ihr werden die Ergebnisse der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auf anderen wichtigen Politikfeldern entscheidend beeinflusst: die Erhaltung und Weiterentwicklung des Sozialstaates, die Überwindung der Krise der öffentlichen Haushalte, der ökologische Umbau in Richtung nachhaltiger, zukunftsfähiger Entwicklung.

Von diesen Überlegungen ausgehend, sollen einige für ein alternatives Konzept zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und für den linken Diskurs wichtige Fragen aufgeworfen und erörtert werden.

Welches sind die veränderten Bedingungen in bezug auf die Massenarbeitslosigkeit, die bei einer realistischen alternativen Politik berücksichtigt werden müssen?

Ist Vollbeschäftigung unter den heutigen Bedingungen noch ein realistisches Ziel?

Worin bestehen die spezifischen Aspekte der Arbeitslosigkeit und ihrer Bekämpfung in ökonomisch schwachen Regionen zum Beispiel in Ostdeutschland?

Bedingungen in der Massenarbeitslosigkeit Mitte/Ende der neunziger Jahre

Die wichtigste Schlußfolgerung soll vorangestellt werden: Ohne neue Überlegungen sowie soziale und institutionelle Innovationen auf den hierfür relevanten Gebieten wird es nicht gelingen, die Massenarbeitslosigkeit zu überwinden und wirksame Schritte zu

Klaus Steinitz – Jg. 1932; Prof. Dr., Leiter der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der PDS und Herausgeber der Schriftenreihe »Beiträge zur Wirtschaftspolitik«; zuletzt in »UTOPIE kreativ«: »Massenarbeitslosigkeit – ein unentrinnbares Schicksal?«, Heft 69/70 (Juli/August 1996).

einer Vollbeschäftigung neuer Art zu gehen. Soll die Massenarbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden, so müssen *Politik und Instrumentarium* nicht nur weiterentwickelt, sondern *umgestaltet* werden.

Vor allem folgende veränderte Bedingungen und Zusammenhänge sind zu berücksichtigen:

Erstens unterscheidet sich die Massenarbeitslosigkeit heute wesentlich von der Arbeitslosigkeit in den sechziger und siebziger Jahren in ihrem Ausmaß, in ihren weit stärkeren gesamtgesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen Wirkungen sowie in ihren Beziehungen zum Konjunkturzyklus.

Mit fast vier Millionen offiziell registrierten Arbeitslosen im Durchschnitt der Jahre 1994 bis 1997 ist die Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik mehr als viermal so hoch wie in den sechziger und siebziger Jahren. Die Arbeitslosenquote auf Basis der registrierten Arbeitslosen lag bis 1973 unter zwei Prozent und in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zwischen 2,5 und 4,5 Prozent, gegenwärtig liegt sie über 11 Prozent (berechnet als Verhältnis der Arbeitslosen zu allen Erwerbspersonen, wenn richtigerweise die Arbeitslosenquote als Verhältnis der Arbeitslosen zu den »abhängigen Erwerbspersonen« berechnet wird, liegt sie um mehr als einen Prozentpunkt höher). Von offener und verdeckter Arbeitslosigkeit sind fast acht Millionen Menschen (22 Prozent der »abhängigen Erwerbspersonen«) betroffen.

Auf die Massenarbeitslosigkeit ist es vor allem zurückzuführen, daß die ökonomisch-finanziellen, sozialen und demokratischen Grundlagen der Gesellschaft untergraben werden. Vor allem gefährdet sie die sozialen Sicherungssysteme, indem von immer weniger Beitragszahlern (Erwerbstätigen) Sozialleistungen für mehr Menschen getragen werden müssen. Die finanziellen Belastungen der öffentlichen Haushalte durch die Arbeitslosigkeit (Ausgaben und Einnahmeausfälle) betragen in Deutschland nach offiziellen Angaben 1996 rund 160 Mrd. DM. Das sind etwa 10 Prozent der Einnahmen der öffentlichen Haushalte durch Steuern und Sozialbeiträge oder 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. 1997 werden sie trotz Leistungskürzungen nochmal um eine zweistellige Milliardengröße zunehmen. Gegenüber dem Zeitraum 1975 bis 1980 sind diese fiskalischen Belastungen im Jahresdurchschnitt auf das sechsfache angewachsen.

Die Beziehungen zwischen konjunkturellen und strukturellen Faktoren der Arbeitslosigkeit haben sich verändert.

Der Begriff »strukturell« muß jedoch näher bestimmt werden, da ihm verschiedene Inhalte zugeordnet werden. Die Neoliberalen heben ebenfalls strukturelle Ursachen der Arbeitslosigkeit hervor, verstehen jedoch darunter vor allem, daß die Arbeitsmärkte zu unflexibel, zu stark reguliert sind und daß die Löhne dem (Über-)Angebot an Arbeit nicht angepaßt, zu hoch sind. Im folgenden wird der Begriff strukturell in einer völlig anderen Bedeutung verwendet, im Sinne der Prozesse, die unter dem Stichwort »Krise des Fordismus« subsumiert werden können. Der für den Fordismus wesentliche Zusammenhang zwischen Wachstum von Massenproduktion, Massenkaufkraft und Massenkonsum, der auch zu einem

Zuwachs an Beschäftigung führte, war in den Industrieländern in den sechziger und siebziger Jahren bestimmend. Dieser Zusammenhang wird heute zunehmend untergraben und aufgelöst. Die Schwächung der Massenkaufkraft, ihr Zurückbleiben hinter der Entwicklung des Produktionspotentials und der Produktivität wird zur wichtigsten unmittelbaren Ursache steigender Arbeitslosigkeit. Mit der geringen Wirtschaftsdynamik verschieben sich auch die Gewichte zwischen den verschiedenen Wegen zur Profiterhöhung. Bei geringem Wachstum des Produktionsvolumens oder sogar bei Stagnation wird es zu einem Kernproblem der Unternehmen, die Kosten zu senken, so daß die Profitmasse erhöht werden kann. Damit wird der Druck auf die Umwälzung der gesamten Betriebsweise zur Einsparung von Ressourcen und Aufwendungen, vor allem zur Senkung der Arbeitskosten durch massenhafte Freisetzung von Arbeitskräften, in neuer Art und Weise zu einer Schlüsselfrage der Kapitalverwertung.¹ Die mit geringerem Wirtschaftswachstum einhergehende forcierte Umverteilung von unten nach oben schwächt den Binnenmarkt und damit auch die wirtschaftlichen Antriebskräfte.

Zweitens ist die Massenarbeitslosigkeit mit Veränderungen in der Wirkung vieler, die Erwerbsarbeit beeinflussender Faktoren verbunden. Sie reichen von der Individualisierung der Lebensstile und Interessen sowie entsprechender Differenzierung der an die Arbeit gestellten Anforderungen, über die zunehmende Berufstätigkeit der Frauen, Veränderungen in den Wirtschafts- und Beschäftigtenstrukturen bis zu den veränderten Spielräumen nationaler Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.

Deutlich wird dies bei der *Arbeitszeit*. Im Vergleich zu den sechziger und siebziger Jahren zeigt sich eine stärkere Interessendifferenzierung und Individualisierung der Arbeitsverhältnisse, die natürlich eine einheitliche Strategie der Gewerkschaften zur Arbeitszeitverkürzung erschweren. In der Bundesrepublik hat sich der Umfang der Wochenendarbeit seit 1965 etwa verdoppelt. Der Umfang von Teilzeitarbeit hat sich von vier Prozent 1960 auf 18 Prozent 1995 und der Gleitzeitarbeit von sechs Prozent 1972 auf 26 Prozent 1995 erweitert. Rund 80 Prozent aller abhängig Beschäftigten sind heute von irgendeiner Form flexibler Arbeitszeit betroffen.²

Die *Erwerbstätigenstrukturen* haben sich in den letzten Jahrzehnten beträchtlich verändert: Von 1960 bis 1995 ging in Westdeutschland die Anzahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft (einschließlich Forstwirtschaft und Fischerei) von 3,6 Millionen auf 0,8 Millionen und im verarbeitenden Gewerbe von 9,6 Millionen auf 7,8 Millionen zurück.³ Der Verlust von Arbeitsplätzen in diesen beiden Bereichen betrug 4,6 Millionen. Dieser Rückgang wurde durch den Zuwachs im tertiären Bereich (Handel und Verkehr, Dienstleistungsunternehmen – Kreditinstitute, Versicherungen, sonstige Dienstleistungsunternehmen –, Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbzzweck) um rund 7,5 Millionen Erwerbstätigen mehr als ausgeglichen. Der Zuwachs der Erwerbstätigen von 1960 bis 1995 beruhte vor allem auf Dienstleistungsunternehmen (von 1,8 Millionen auf 5,2 Millionen) und Staat (von 2,4 Millionen auf 4,2 Millionen). Die Anzahl der

Erwerbstätigen im Handel und Verkehr stieg nur von 4,8 Millionen auf 5,5 Millionen. Seit 1992 kehrt sich jedoch der bisherige Trend um. Die Erwerbstätigenzahl ging seitdem in den Bereichen Handel und Verkehr sowie Staat absolut zurück und stagnierte im gesamten tertiären Bereich. Diese Tendenz wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen. Die Möglichkeiten, den Arbeitsplatzabbau in den produzierenden Bereichen durch Zuwächse im tertiären Bereich »abzupuffern«, nehmen nicht nur ab. Der Rückgang der Erwerbstätigen in verschiedenen Dienstleistungsbereichen – in ihnen gibt es angesichts der Revolution in den Informationstechniken ein sehr großes Rationalisierungspotential – wird selbst zu einer Quelle zunehmender Arbeitslosigkeit.

Schließlich muß in diesem Zusammenhang noch die zunehmende *Entsicherung* der Arbeitsverhältnisse hervorgehoben werden. Der Anteil prekärer, wenig geschützter und diskriminierender Arbeitsverhältnisse (befristete Beschäftigung, Leiharbeit, neue Heimarbeit, geringfügige Beschäftigung, Scheinselbständigkeit, Beschäftigte in Kleinbetrieben mit verringertem Kündigungsschutz) hat sich in den letzten Jahren beträchtlich vergrößert. Eine besonders rasche Ausweitung erfahren Formen der abhängigen Selbständigkeit oder Scheinselbständigkeit, die vor allem im Ergebnis der Auslagerung von Unternehmensfunktionen oder -teilmfunktionen entstehen. Gegenwärtig sind rund ein Viertel aller Erwerbstätigen von mindergeschützten Beschäftigungsformen betroffen.⁴ Diese Tendenzen der Entsicherung der Arbeitsverhältnisse spielt in der Unternehmensstrategie eine doppelte Rolle – einerseits als Instrument zur Kostensenkung und andererseits zur flexiblen Reaktion auf veränderte Bedingungen.⁵

Mindergeschützte Beschäftigungsverhältnisse bewirken, daß bisher von den Unternehmern getragene Risiken immer mehr auf die Beschäftigten und auf die Gesellschaft – Sozialversicherungen und Sozialhilfe – verlagert werden. Die Nachteile für die Beschäftigten liegen insbesondere in dem relativ geringen Verdienst, in der höheren Arbeitsplatzgefährdung, in der unterdurchschnittlichen Beschäftigungsdauer und in den stark eingeschränkten Qualifizierungs- und beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten. Hinzu kommt, daß mindergeschützte Arbeitsverhältnisse in Deutschland bisher größtenteils nicht durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze entstanden sind, sondern indem geschützte derart umgewandelt wurden. Die negativen Wirkungen prekärer Arbeitsverhältnisse werden noch dadurch verstärkt, daß sie eng mit anderen Formen der Diskriminierung und Ausgrenzung verbunden sind. Der Anteil von Frauen, von Ausländern und davor Langzeitarbeitslosen an den in prekären Arbeitsverhältnissen Beschäftigten ist überdurchschnittlich hoch.

Diese Tendenzen unterstreichen, wie notwendig es ist, bei der Analyse von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung nicht dabei stehen zu bleiben, wie viele irgendwie beschäftigt sind, sondern größeres Gewicht auf die Art und Qualität der Tätigkeiten zu legen. Linke Politik darf sich nicht auf Forderungen wie: »Arbeit, Arbeit, Arbeit!« oder »Arbeit muß her!« beschränken. Sie muß vielmehr darauf konzentriert werden, neue Arbeitsplätze zu schaffen und

zugleich die Bedingungen für sinnvolle, menschenwürdige, existenzsichernde Arbeit zu sichern bzw. zu verbessern.

Drittens gewinnen die regionalen Unterschiede hinsichtlich Höhe und Struktur der Arbeitslosigkeit – sowohl zwischen den EU-Ländern als auch zwischen Regionen innerhalb von Ländern – ein größeres Gewicht.

In Deutschland hat sich mit der Art und Weise der Transformation der DDR-Wirtschaft in eine kapitalistische Marktwirtschaft diese regionale Problematik dramatisch verschärft. Sie führte zur Vernichtung von rund 40 Prozent der 1989 vorhandenen Arbeitsplätze, in der Industrie sogar von mehr als zwei Dritteln; die offizielle Arbeitslosenquote war im ersten Quartal 1997 mit über 18 Prozent fast doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern mit 10 Prozent – nach dem Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute wird diese Divergenz 1998 noch zunehmen: in den neuen Bundesländern auf 19,6 Prozent, in den alten Bundesländern auf 9,5 Prozent. Die reale Arbeitslosigkeit oder »Unterbeschäftigung« beträgt fast 30 Prozent und in einigen Gebieten Ostdeutschlands 50 Prozent. Der Anteil der Beschäftigten in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (verdeckte Arbeitslosigkeit) betrug bisher das Mehrfache Westdeutschlands, wobei sich in der letzten Zeit infolge drastischer Mittelkürzungen eine Angleichung an die Verhältnisse der alten Bundesländer vollzieht. Frauen sind weit stärker von der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit betroffen (60 bzw. 75 Prozent aller Arbeitslosen bzw. Langzeitarbeitslosen sind in Ostdeutschland Frauen). Verzerrte Beschäftigtenstrukturen haben sich herausgebildet: im Baugewerbe waren z.B. 1996 ebenso viele beschäftigt wie im gesamten verarbeitenden Gewerbe, der relative Anteil der in Forschung und Entwicklung Beschäftigten beträgt in Ostdeutschland nur noch ein Drittel des Anteils in den alten Bundesländern. Der starke Zuwachs der Selbständigen widerspiegelt zum Teil, daß der Schritt in die Selbständigkeit mit all seinen Risiken für viele der einzige Ausweg aus der Arbeitslosigkeit ist. Die Arbeitslosigkeit ist auch in den Jahren hoher Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland (1992-1994) kaum geringer geworden. Seit Anfang 1995 ist die Anzahl der Erwerbstätigen von Quartal zu Quartal beständig zurückgegangen.

Kann Vollbeschäftigung noch ein realistisches Ziel sein?

Der Begriff Vollbeschäftigung geht auf J. M. Keynes zurück und ist ein wesentliches Element der von ihm begründeten Wirtschaftstheorie und -politik. Im Gegensatz zur Neoklassik geht Keynes davon aus, daß ein Zustand der Vollbeschäftigung nicht automatisch durch die »Selbsteilungskräfte« des Marktes hergestellt wird. Keynes sah im volkswirtschaftlichen Nachfragemangel die eigentliche Ursache der Arbeitslosigkeit, und daher in der makroökonomischen Steuerung der Nachfrage nach Konsumgütern und Investitionen – z.B. durch öffentliche Beschäftigungsprogramme – den Hauptansatzpunkt, um zu einem Gleichgewicht auf Basis von Vollbeschäftigung zu kommen.

Vollbeschäftigung bedeutet grundsätzlich, daß jeder, der auf dem Arbeitsmarkt seine Arbeitskraft anbietet, auch eine Beschäfti-

gungsmöglichkeit erhält. Praktisch wird jedoch Vollbeschäftigung so aufgefaßt, daß darin eine bestimmte Arbeitslosenquote, die sich insbesondere aus saisonalen Schwankungen, regionalen Entwicklungsproblemen, Strukturveränderungen ergibt, eingeschlossen ist. Es gibt nun verschiedene Ansätze, die »tolerierbare« Arbeitslosenquote zu bestimmen. Als ein quantitativer Maßstab für einen Zustand der Vollbeschäftigung wird davon ausgegangen, daß die Zahl der »offenen Stellen« nicht geringer sein dürfe als die Zahl der »registrierten Arbeitslosen«. Danach bestand in der Zeit nach der Überwindung der Nachkriegsarbeitslosigkeit seit 1960 – als erstmals die Zahl der offenen Stellen die der Arbeitslosen überstieg – bis 1973 »Vollbeschäftigung«. Es wird auch versucht, Vollbeschäftigung mit Hilfe bestimmter Zielvorgaben, die sich tendenziell erhöht haben, zu bestimmen. Zunächst wurden 1 bis 3 Prozent als im Rahmen der Vollbeschäftigung liegend angesehen, heute schon bis zu 5 Prozent. Diese fehlende Eindeutigkeit des Begriffs »Vollbeschäftigung« erschwert natürlich seine Verwendung.

Zwischen diesen Problemen der Bestimmung von Vollbeschäftigung und den Marx'schen Untersuchungen zur industriellen Reservearmee oder der »Überbevölkerung« als »einer Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise« besteht eine gewisse Analogie.⁶ Die relative Überbevölkerung existiert nach Marx in drei Formen: »flüssige, latente und stockende«. Bei einer weiten Auslegung der Vollbeschäftigung könnte davon ausgegangen werden, daß die fließende oder flüssige Überbevölkerung zumindest teilweise – soweit die Zeit der Erwerbslosigkeit zeitlich kurz ist und relativ rasch eine neue Beschäftigung gefunden wird – hierin enthalten ist. Zur Arbeitslosigkeit jenseits einer weit gefaßten Vollbeschäftigung würden vor allem die stockende Überbevölkerung mit einer sehr unregelmäßigen Beschäftigung, aber auch Teile der fließenden und der latenten Überbevölkerung gezählt werden müssen.

Die Widersprüchlichkeit und fehlende Eindeutigkeit des Begriffs Vollbeschäftigung könnte ein Grund sein, ihn nicht bei der Bestimmung der Aufgaben und Ziele einer alternativen Wirtschaftspolitik zu verwenden und ihn durch einen anderen Begriff zu ersetzen. Dies wäre jedoch m. E. nicht richtig. Einerseits nimmt dieser Begriff schon traditionell in den gewerkschaftlichen Kämpfen und in den Auseinandersetzungen mit dem Neoliberalismus einen wichtigen Platz ein. Andererseits würde mit einem anderen Begriff die fehlende Eindeutigkeit auch kaum behoben werden.

Aus den veränderten Bedingungen ergibt sich die Konsequenz, daß eine »keynessche Vollbeschäftigung«, wie sie in den meisten Industrieländern in den sechziger und siebziger Jahren zeitweise vorhanden war, heute nicht mehr realisiert werden kann. Heißt dies, daß wir uns vom Ziel der Vollbeschäftigung verabschieden müssen? Dies ist nur dann und insoweit notwendig, soweit es sich um traditionelle Vorstellungen von Vollbeschäftigung handelt. Wir können und sollten jedoch bei dieser Zielstellung bleiben, wenn wir entsprechend den eingetretenen Veränderungen, von den Widersprüchen und Chancen der heutigen Entwicklung ausgehend, eine Vollbeschäftigung neuer Art anstreben. Sie ist eine unmittelbare Konsequenz aus den oben charakterisierten neuen Bedingun-

»Die kapitalistische Akkumulation produziert vielmehr, und zwar im Verhältnis zu ihrer Energie und ihrem Umfang, beständig eine relative, d.h. für die mittleren Verwertungsbedürfnisse des Kapitals überschüssige, daher überflüssige oder Zuschuß-Arbeiterbevölkerung. (...) Sie schafft für seine wechselnden Verwertungsbedürfnisse das stets bereite exploitable Menschenmaterial, unabhängig von den Schranken der wirklichen Bevölkerungszunahme. (...) Abgesehen von den großen, periodisch wiederkehrenden Formen, welche der Phasenwechsel des industriellen Zyklus ihr aufprägt, so daß sie bald akut in den Krisen erscheint, bald chronisch in den Zeiten flauen Geschäfts, besitzt sie fortwährend drei Formen: flüssige, latente und stockende.« Karl Marx: Das Kapital, Erster Band, in MEW, Bd. 23, S. 658, 661 und 670.

gen, sie wird durch eine andere Qualität, einen veränderten Inhalt bestimmt und erfordert schließlich auch neue Wege bzw. Realisierungsrichtungen. Eine solche *Vollbeschäftigung neuer Art* sollte ein bestimmendes Element alternativer Wirtschaftspolitik an der Schwelle der Jahrtausendwende sein.

Als *wesentliche Elemente einer Vollbeschäftigung neuer Art* bzw. von Veränderungen gegenüber der traditionellen Vollbeschäftigung können angesehen werden:

Erstens: Die Vollzeitwerbsbiographie kann nicht mehr wie früher das Kriterium und die allein bestimmende Grundlage für Vollbeschäftigung sein. Vielmehr setzt Vollbeschäftigung heute und in Zukunft voraus:

- veränderte Beziehungen zwischen Vollzeit- und Teilzeitarbeitsverhältnissen – Teilzeitarbeit (damit auch die darauf beruhenden sozialen Probleme);
- größere Variabilität in der Gestaltung des Arbeitslebens – Unterbrechungen im Arbeitsleben (Kindererziehung, Sabbaticals, fließende Übergänge in das Rentenalter, u.a.);
- mehrmaliger Wechsel des Arbeitsplatzes bzw. Unterbrechungen der Arbeitstätigkeit sowie Veränderungen in den Arbeitsinhalten und der beruflichen Qualifikation infolge struktureller und technologisch-organisatorischer Veränderungen sowie Rationalisierungsmaßnahmen;
- veränderte Relationen zwischen abhängig Beschäftigten und Selbständigen.

Bei dieser größeren Variabilität der Arbeitsverhältnisse bekämpfen sich zwei entgegengesetzte Tendenzen, einerseits die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses in Richtung Deregulierung und Entsicherung im Profitinteresse der Unternehmer, andererseits die stärkere Prägung der Arbeitsverhältnisse durch Individualisierung und größere Zeitsouveränität im Interesse der abhängig Beschäftigten. Mit diesen Veränderungen im Erwerbsleben treten auch neue Fragen der sozialen Sicherheit in den Vordergrund. Die bisherige direkte Abhängigkeit der sozialen Leistungen von der gearbeiteten Zeit muß in Richtung einer nicht Arbeitszeit abhängigen sozialen Grundsicherung – vor allem für Zeiten der Erwerbslosigkeit und für das Alter – modifiziert werden.

Zweitens: Die Wege zur Vollbeschäftigung verändern sich: Das Wirtschaftswachstum verliert aus verschiedenen Gründen, insbesondere wegen der Umweltgefährdung, an Bedeutung, Vollbeschäftigung kann nicht mehr erreicht werden auf der Grundlage allein privatwirtschaftlicher, profitorientierter Erwerbsarbeit. Die Herausbildung eines öffentlich geförderten gemeinnützigen Sektors für gesellschaftlich notwendige und nützliche aber betriebswirtschaftlich nicht profitable Arbeiten wird zu einer unerläßlichen Bedingung und zum Bestandteil der Vollbeschäftigung.

Das heißt, Vollbeschäftigung neuer Art setzt auch eine neuartige Kombination marktwirtschaftlicher, profitorientierter Erwerbsarbeit und öffentlich geförderter Erwerbsarbeit voraus.

Drittens: Vollbeschäftigung neuer Art verlangt, die Gleichstellung der Geschlechter in der Erwerbsarbeit zu sichern und eine gleichberechtigte Teilung der bezahlten Erwerbsarbeit und der unbezahl-

ten Familien- oder Reproduktionsarbeit zwischen Männern und Frauen anzustreben.

Viertens: Das Ziel der Vollbeschäftigung darf nicht darauf begrenzt werden, jedem, der an der Erwerbsarbeit teilnehmen will, irgendeinen Arbeitsplatz anzubieten. Vielmehr müssen die qualitativen Aspekte der Arbeit, ihr Inhalt und ihr Beitrag zur Selbstverwirklichung der Menschen, und auch die Umweltverträglichkeit der Arbeit in die Vollbeschäftigung neuer Art integriert werden. Dies setzt eine neue Qualität demokratischer Mitbestimmung in den Betrieben voraus.

Fünftens: Für die Vollbeschäftigung neuer Art ist auch ein verändertes Verhältnis zwischen der direkten Arbeit oder Beschäftigung und der Bildung charakteristisch. Einmal gewinnt die Bildung, insbesondere Weiterbildung, Qualifizierung und auch Umschulung, einen höheren Stellenwert für die Beschäftigungschancen, zum anderen werden sich auch die quantitativen Beziehungen zwischen unmittelbarer Arbeitszeit und Bildungszeit wesentlich zugunsten der letzteren verändern.

Vollbeschäftigung neuer Art bedeutet somit, daß sich der *Inhalt* der Vollbeschäftigung, die Wege sie zu erreichen und auch die *Beziehungen zu anderen Politikfeldern* wandeln.

Auf dem Hintergrund der tiefgreifenden technologischen Veränderungen und der Umgestaltung der gesamten gesellschaftlichen Betriebsweise ist die eskalierende Massenarbeitslosigkeit Resultat der Unterordnung aller Vorgänge unter das Erfordernis kapitalistischer Produktionsverhältnisse, hohe Unternehmensprofite zu erzielen sowie einer fehlerhaften, inadäquaten Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Die neoliberale Politik versagt bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, indem sie nicht nur ungenügend, sondern direkt kontraproduktiv auf die veränderten Bedingungen und Herausforderungen reagiert und zudem noch die falschen politischen Prioritäten setzt. Das »Beschäftigungswunder« in den USA macht nur das Dilemma des Neoliberalismus deutlich: Die neuen Jobs beruhen zu einem großen Teil auf prekären, ungeschützten Arbeitsverhältnissen und führen zur Ausdehnung von Armut in der Arbeit. Der Rückgang der offiziellen Arbeitslosenquote in den USA und auch in Großbritannien beruht zudem zu einem nicht geringen Teil darauf, daß durch statistische Tricks die Arbeitslosenzahlen nach unten gedrückt werden.

Die bisherigen Wege und Instrumente zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – Wachstum, steigender Exportüberschuß, traditionelle Arbeitsmarktpolitik – reichen, abgesehen von den ökologischen und anderen Konflikten, die sie aus einer Orientierung auf hohes Wachstum und größere Exportüberschüsse ergeben, nicht aus. Das neoliberale Konzept der Lohnkürzung, der Senkung von Sozialleistungen, der Deregulierung und Entfesselung der Marktkräfte, kann zwar zeitweilig zu einem gewissen Zuwachs an Arbeitsplätzen, vor allem an Billigjobs und in ungeschützten Arbeitsverhältnissen, führen. Dies geschieht jedoch zu einem sehr hohen Preis: Soziale Polarisierung und Segmentierung spitzen sich weiter zu, der Sozialstaat wird ausgehöhlt, die Impulsfunktion des Binnenmarkts und insgesamt die Zukunftsfähigkeit der Gesell-

»Bei Löhnen, die so marktgerecht sind, daß sich die Unternehmer genug Gewinne aus der Beschäftigung zusätzlicher Arbeitskräfte erhoffen können, herrscht Vollbeschäftigung... (...) Aus alledem folgt, daß Deutschland heute unter einer strukturellen Arbeitslosigkeit leidet, wesentlich bedingt dadurch, daß die Tarifföhne im Niveau zu hoch sind und in ihrer Struktur nicht zu den Knappheitsrelationen der Gegenwart und Zukunft passen. Alte Besitzstände sind zementiert. Die vertikale Lohnskala ist von unten her komprimiert, so daß einfache Arbeit mehr kostet als sie wert ist. (...) So gesehen zahlen die Arbeitslosen als Außenseiter heute den Preis dafür, daß die Beschäftigten als 'Insider' sich einen Reallohn erkämpft und gesichert haben, der zu hoch ist, um mit Vollbeschäftigung vereinbar zu sein.«
Herbert Giersch: Die Industrie und das Beschäftigungssystem im weltweiten Strukturwandel, in: Arbeit der Zukunft, Zukunft der Arbeit, Stuttgart 1994, S. 167 u. 169.

schaft werden untergraben. Langfristig werden hierdurch nicht Massenarbeitslosigkeit zurückgedrängt, sondern vielmehr noch mehr Arbeitsplätze vernichtet.

Wege zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und damit auch für eine Vollbeschäftigung neuer Art sind:

Erstens: Die Herausbildung eines öffentlich geförderten gemeinnützigen Beschäftigungssektors.

Er könnte als ein dritter Sektor bezeichnet werden, der weder zum ersten (»Normal«)Arbeitsmarkt gehört, noch dem sozial diskriminierten und im wesentlichen auf eine zeitweilige Brückenfunktion zum ersten Arbeitsmarkt reduzierten zweiten Arbeitsmarkt zugerechnet werden kann. Die Notwendigkeit eines solchen gemeinnützigen Leistungsbereichs ergibt sich vor allem daraus, daß es einen riesigen Umfang gesellschaftlich notwendiger und nützlicher Arbeiten im sozial-kulturellen und Umweltbereich, bei der Stadt- und Wohngebietssanierung sowie auf anderen Gebieten gibt, die nicht erledigt und sogar zunehmend vernachlässigt werden, weil sie sich unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht rentieren, betriebswirtschaftlich uneffektiv sind.

Ein solcher öffentlich geförderter Beschäftigungssektor als dauerhaftes und perspektivisches Element der Beschäftigungssicherung, der auch frei von tariflicher Diskriminierung sein muß, ist unter den heutigen und zukünftigen Entwicklungsbedingungen eine *unverzichtbare Voraussetzung für Vollbeschäftigung*. Er könnte zum größten Feld sozialer und institutioneller Innovationen werden. Er ist, ausgehend von den kapitalistischen Grundstrukturen der Erwerbsarbeit, zunächst ein gewisser Fremdkörper, der sich nur entfalten kann, wenn vorhandene Blockierungen aufgebrochen werden. Es ist daher notwendig, seine Stellung im System der Erwerbsarbeit, seine Verflechtungen mit den anderen Bereichen, seine Spezifika und Gemeinsamkeiten genauer zu bestimmen. Dazu gehört auch der Nachweis, daß er seinem Wesen nach keine öffentlich finanzierte Konkurrenzinstitution zur Privatwirtschaft oder zum öffentlichen Dienst sein soll, und daß das Prinzip der Gemeinnützigkeit durchaus auch mit ökonomischer Effizienz und Rationalität zu verbinden ist. Es müßte weiter über mögliche Regelungen nachgedacht werden, wie Gemeinnützigkeit mit dem Interesse an guten Ergebnissen bzw. hoher Wertschöpfung verbunden werden kann, und wie die erzielten ökonomischen Resultate auch zu seiner eigenen Stabilisierung und Ausdehnung verwendet, insbesondere direkt als Finanzierungsquellen genutzt werden können.

Dieser »dritte Sektor« enthält ein großes Potential neuer Möglichkeiten nicht nur zur Schaffung gesellschaftlich nützlicher und ökologisch sinnvoller Arbeitsplätze, sondern ebenfalls zur Demokratisierung des Wirtschaftslebens und zur Entfaltung selbstbestimmter Formen des Wirtschaftens, zur Zurückdrängung der Dominanz des Profitprinzips und zur Stärkung öffentlichen und genossenschaftlichen Eigentums, zur Verbindung von Beschäftigungssicherung mit aktiver, zukunftsorientierter Strukturgestaltung, zur Herausbildung und Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Er eröffnet im Unterschied zu anderen Modellen der Be-

schäftigungsförderung bessere Möglichkeiten, die sogenannte »Zielgruppenförderung« (Langzeitarbeitslose, gering Qualifizierte, Menschen mit Behinderungen u.a.) in die allgemeine Struktur- und Beschäftigungspolitik zu integrieren.

Ein solcher neuer öffentlich geförderter Beschäftigungssektor wird sich besser entfalten können, wenn an schon vorhandene Strukturen und Erfahrungen des »zweiten Arbeitsmarkts« angeknüpft wird, an Struktur- und Beschäftigungsgesellschaften, an ABM-Projekte sowie an bestehende Selbsthilfefprojekte, an soziale, kulturelle und feministische u.a. Initiativen.

Probleme der Finanzierung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors ergeben sich nicht daraus, daß er insgesamt zu teuer ist, sondern vor allem daraus, daß die Einsparungen und Ausgaben jeweils andere Institutionen und Ressorts betreffen, die durch hohe Mauern voneinander getrennt sind, und daß sie auch zeitlich mehr oder weniger stark auseinanderfallen. Regelungen, die es ermöglichen, Einsparungen an einer Stelle, z.B. der Bundesanstalt für Arbeit und der Haushalte der Kommunen (Wegfall von Sozialleistungen für bisher Erwerbslose), zur Finanzierung von Projekten des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors wirksam zu machen, wären eine zukunftsweisende soziale Basisinnovation für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Nach vorliegenden Untersuchungen könnten die Aufwendungen, einschließlich Investitionen und andere Sachleistungen, für die in einem solchen öffentlich geförderten Sektor Beschäftigten durch an anderen Stellen frei werdende Mittel bzw. zusätzliche Einnahmen zu über 60 bis 70 Prozent refinanziert werden. Ein wichtiger Schritt könnte die von der Bundestagsgruppe der PDS vorgeschlagene Schaffung eines föderal gegliederten und demokratisch verwalteten Fonds für soziale und ökologische Gemeinschaftsaufgaben sein.⁷

Zweitens: Eine differenzierte und flexible Politik der Arbeitszeitverkürzung, die zu größeren Beschäftigungseffekten beiträgt. Für eine Beurteilung der Zusammenhänge zwischen Arbeitszeitverkürzung, möglichem Lohnausgleich und Beschäftigungsentwicklung gibt die Entwicklung der letzten Jahrzehnte Aufschlüsse.⁸ Im Verlaufe von 30 Jahren, von 1965 bis 1995, ist im früheren Bundesgebiet die Anzahl der Erwerbstätigen um rund 1,7 Millionen (von 26,8 Millionen auf 28,5 Millionen, 106,5 Prozent) und die Anzahl der beschäftigten ArbeitnehmerInnen um 3,8 Millionen (von 21,6 Millionen auf 25,4 Millionen, 117 Prozent) gestiegen. Im selben Zeitraum ging das Arbeitsvolumen aller Erwerbstätigen von 54,8 Mrd. Stunden auf 44,4 Mrd. Stunden – auf 81 Prozent – zurück. Damit sank die durchschnittliche Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen auf 76 Prozent, von 2.047 Stunden auf 1.559 Stunden. Die Reduzierung des gesamten Arbeitsvolumens um 10,4 Mrd. Stunden entspricht der Erwerbsarbeit von rund sechs einhalb Millionen Erwerbstätigen. In derselben Zeit stiegen die Bruttolöhne je beschäftigten ArbeitnehmerIn auf das 5,8fache. Hieraus ergibt sich: Ohne die beträchtliche Senkung der Arbeitszeit wäre es zu einem größerem Rückgang der Anzahl der Erwerbstätigen gekommen. Auch unter Berücksichtigung der Preissteigerung sind die realen Lohn-einkommen je Beschäftigte in diesem Zeitraum, in dem die durch-

»Der Keynesianismus betrachtet die Realität wie sie ist. Zwischen Wirklichkeit und theoriebildender Reflexion wird kein metaphysischer Filter eingeschoben. Die These vom marktautomatisch bewirkten (Voll-) Beschäftigungsgleichgewicht wird nicht bestritten bzw. widerlegt, weil etwa der Keynesianismus eine Gegenmetaphysik zur Gleichgewichtstheorie vertritt, sondern weil die Realität jene These tagtäglich widerlegt und in großen Krisen der Marktautomatismus immer weiter vom Vollbeschäftigungsniveau wegführt. Keynes behauptete auch keineswegs, daß Vollbeschäftigung – und zwar auf Dauer – unmöglich wäre, sondern Gleichgewicht und Krise sind Ergebnisse wirtschaftspolitischen Handelns bzw. Nicht- oder Fehlhandelns.«

Karl-Georg Zinn: Kritische Bemerkungen zur Metaphysik in der Politischen Ökonomie, in: Frank Deppe, Sabine Kebir u.a.: Eckpunkte moderner Kapitalismuskritik, Hamburg 1991, S. 115.

»Es gelingt nicht, steigen des Produktionspotential und Nachfrage in einem zur Vollbeschäftigung hinreichenden Gleichgewicht zu halten. Deshalb ist die wesentliche Ursache der Massenarbeitslosigkeit nicht auf der Angebotsseite, sondern auf der Nachfrageseite zu suchen. (...) Daher baut sich allmählich Massenarbeitslosigkeit auf. Arbeitslose verfügen über geringere Einkommen, so daß nunmehr neben der sättigungsbedingten Nachfrageverluste solche wegen fortfallender Massenkaufkraft treten. Die Nachfrageschwäche beginnt sich in einem Teufelskreis selbst zu verstärken: mehr Arbeitslose, weniger Nachfrage, noch mehr Arbeitslose, weitere Nachfrageverluste usw.«
 Karl-Georg Zinn: *Jenseits der Markt-Mythen, Wirtschaftskrisen: Ursachen und Auswege*, Hamburg 1997, S. 67 und 74.

schnittliche Arbeitszeit um ein Viertel reduziert wurde, wesentlich gestiegen, brutto auf etwas mehr als das Doppelte, netto auf knapp das Anderthalbfache. Dies geschah natürlich nicht auf Kosten der Profite. Der Anteil der Gewinne und Vermögenseinkommen am Volkseinkommen lag 1995 in den alten Bundesländern unter Berücksichtigung des höheren Anteils der beschäftigten ArbeitnehmerInnen an den Erwerbstätigen höher als 1965.

Ohne weitere Arbeitszeitverkürzung wird es nicht gelingen, die Massenarbeitslosigkeit zu überwinden und eine Vollbeschäftigung zu erreichen. Es müssen jedoch wesentliche Veränderungen in den Richtungen, der Differenziertheit sowie der sozialen Flankierung der Arbeitszeitverkürzung erreicht werden. Vollbeschäftigung neuer Art bedeutet im Hinblick auf *Arbeitszeitverkürzung* u.a.:

- Generelle Arbeitszeitverkürzungen müssen besser mit individuellen Gestaltungsmöglichkeiten entsprechend den spezifischen Interessen der Beschäftigten verbunden werden, d.h. eine höhere Zeitsouveränität unterstützen.

- Die soziale Absicherung und Flankierung von Arbeitszeitverkürzungen der verschiedensten Art – z.B. von Bildungsurlaub und anderen Arten zeitweiliger Freistellungen, der Erweiterung der Teilzeitarbeit und speziell des Übergangs größerer Gruppen von Erwerbstätigen zur Teilzeitarbeit, um dadurch zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen bzw. vorhandene zu sichern – gewinnt einen höheren Stellenwert.

- Die Arbeitszeitverkürzung und die Gestaltung der konkreten Arbeitszeitregimes müssen dazu beitragen, die Bedingungen für Frauen zu verbessern, an der Erwerbsarbeit teilzuhaben.

- Die veränderten Bedingungen für Arbeitszeitverkürzung und Sicherung der Arbeitsplätze werfen auch neue Probleme auf für Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung und zur Verknüpfung des Lohnausgleichs mit Beschäftigungsgarantien, die weiter diskutiert werden sollten. Voraussetzung für die Anwendung solcher differenzierter Formen müßte immer die Zustimmung der Gewerkschaft, der betroffenen Belegschaften bzw. der Betriebsräte sein.

Drittens: Eine aktive Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Ausbildungspolitik, die der Größe der Probleme und Herausforderungen der Massenarbeitslosigkeit entspricht. Im Gegensatz zum neoliberalen Rückzug des Staates aus seiner wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Verantwortung, setzt eine Vollbeschäftigung neuer Art auch eine neue Qualität staatlichen Engagements für die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und vor allem eine andere Politik voraus. Dies gilt vor allem für das Setzen anderer politischer Prioritäten. Nicht Geldwertstabilität und Senkung der öffentlichen Schuldenquote dürfen für sich an der Spitze politischer Zielstellungen stehen. Vielmehr muß die Schaffung zukunftsfähiger Arbeits- und Ausbildungsplätze höchste wirtschafts- und finanzpolitische Priorität erhalten.

Eine aktive Struktur- und Beschäftigungspolitik ist für die Vollbeschäftigung neuer Art unverzichtbar. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze, indem die Felder gesellschaftlich nützlicher Erwerbsarbeit erweitert und die durch den Profit gezogenen Grenzen für die Erwerbsarbeit überschritten werden, die Arbeit mit Hilfe

von Arbeitszeitverkürzung gerechter verteilt werden kann und durch eine höhere Massenkaufkraft der Binnenmarkt gestärkt wird, setzt eine neue Qualität staatlicher Wirtschaftspolitik voraus.

Vollbeschäftigung neuer Art verlangt jedoch auch, daß Arbeitsplätze nicht durch ungezügelter, umweltschädliches Wachstum oder durch die Ausdehnung eines Niedriglohnssektors entstehen, sondern vielmehr auf einer ökologisch und sozial zukunftsfähigen, nachhaltigen Entwicklung beruhen. Diese kann jedoch nicht durch die entfesselten Marktkräfte, sondern nur durch eine wirksame Verbindung von gesellschaftlicher Regulierung und Marktsteuerung erreicht werden.

Die Zurückdrängung der Massenarbeitslosigkeit und Schritte zu einer Vollbeschäftigung neuer Art verlangen beträchtliche finanzielle Mittel, u.a. für den Auf- und Ausbau des öffentlich geförderten Beschäftigtensektors, für zeitweilige Lohnkostenzuschüsse bei größeren Arbeitszeitverkürzungen, für die Erweiterung der Möglichkeiten der Länder und Kommunen zur Vergabe öffentlicher Aufträge und zur Unterstützung von Existenzgründern sowie für öffentliche Investitions- und Beschäftigungsprogramme auf Länder-, Bundes- und EU-Ebene. Eine aktive Beschäftigungspolitik ist daher sehr eng mit der Haushalts- und Finanzpolitik verflochten. Gerade an den Finanzierungsproblemen wird deutlich, daß die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit nicht von einer offensiven Verteilungs- und Umverteilungspolitik zu trennen ist. In diesem Sinne ist die Forderung nach einer sozialen und ökologischen Steuerreform, die die seit Jahren forcierte Umverteilung von unten nach oben stoppt und eine Umverteilung von oben nach unten einleitet, unverzichtbarer Bestandteil des Kampfes gegen Massenarbeitslosigkeit. Die Politik der Bundesregierung, die auf Haushaltskonsolidierung durch Sparen und Ausgabenkürzungen gerichtet ist, kann nicht dazu führen, die Massenarbeitslosigkeit zurückzudrängen.

In der Erklärung und in dem Memorandum europäischer Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftswissenschaftlerinnen »Vollbeschäftigung, sozialer Zusammenhalt und Gerechtigkeit – Für eine alternative Wirtschaftspolitik in Europa« vom Mai dieses Jahres werden konkrete Vorschläge unterbreitet, um die Arbeitslosigkeit durch eine andere Politik auf den verschiedensten Gebieten, speziell Geldpolitik, Fiskalpolitik sowie Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtspolitik, zu bekämpfen.

Viertens: EU-weite Koordinierung wichtiger Elemente einer zukunftsorientierten Beschäftigungspolitik, die den veränderten internationalen Verflechtungen, den intensiveren Abhängigkeitsverhältnissen zwischen den nationalen Ökonomien und auch den eingeschränkten Spielräumen rein nationaler Arbeitsmarktpolitik entspricht.

Die Deregulierungswirkungen der entfesselten internationalen Finanzmärkte und unkontrollierte Währungsaktionen, die einer wirksamen Struktur- und Beschäftigungspolitik entgegenstehen, müssen eingedämmt werden. Ohne eine Re-Regulierung internationaler Finanz- und Geldbeziehungen im Rahmen der EU und auf internationaler Ebene nimmt die Gefahr weiter zu, daß beschäftigungspolitische Konzepte und Maßnahmen einzelner Staa-

»Aus der nachfrageseitigen Erklärung der Massenarbeitslosigkeit folgt nun aber keineswegs, daß sich die wirtschaftlichen Probleme auf Dauer mittels Nachfragepolitik und orthodoxer Wachstumsorientierung lösen lassen. (...) Die ökologischen Globalschäden verbieten es, die Arbeitslosigkeit auf dem Weg einer traditionellen Nachfrageanhebung zu beseitigen...« Karl-Georg Zinn: *Jenseits der Markt-Mythen, Wirtschaftskrisen: Ursachen und Auswege*, Hamburg 1997, S. 78, 48.

ten untergraben oder sogar verhindert werden. Die Rahmenbedingungen des Maastrichter Vertrages müßten so verändert werden, daß die allein monetaristische Orientierung auf Geldwertstabilität überwunden und soziale und ökologische Kriterien bzw. Mindeststandards sowie Ziele zur Verringerung der Arbeitslosigkeit aufgenommen werden.⁹

Eine beschäftigungspolitische Initiative auf EU-Ebene gehört zu den vordringlichsten Aufgaben im Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit. Ein Schritt in diese Richtung könnte der in der erwähnten Erklärung europäischer Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftswissenschaftlerinnen enthaltene Vorschlag sein, ein großes Beschäftigungsprogramm aufzulegen, das auf einer erheblichen Ausweitung der öffentlichen Ausgaben beruht. Es soll aus zwei eng miteinander verflochtenen Teilen bestehen, einer eigenen Investitionsinitiative der EU für einige wichtige Bereiche, z.B. ökologisch verträgliche europäische Infrastrukturprojekte für Eisenbahnverbindungen und dezentrale Energieversorgung, und gemeinsam entwickelten und gut koordinierten Projekten auf nationaler und regionaler Ebene.

»Die Menschen werden nicht bereit sein, die fundamentalen Veränderungen zu akzeptieren, die erforderlich sind, um dauerhafte Vollbeschäftigung mit dauerhaft niedrigem Wachstum bzw. Wachstumsverzicht zu vereinbaren, solange sie ihre materielle Existenz durch Massenarbeitslosigkeit bedroht sehen. Die Rückkehr auf das Vollbeschäftigungsniveau ist der Schlüssel zum klemmenden Schloß der Wohlstandsgesellschaft ohne Wachstum. (...) ...daß Nachfrageexpansion nur kurz- bzw. mittelfristig in Frage kommt bzw. kommen sollte, während auf längere Sicht weitreichende Veränderungen im Wirtschaftsmechanismus derart erforderlich sind, daß Vollbeschäftigung bei dauerhaft niedrigen Wachstumsraten, möglicherweise gar bei völliger Stagnation, gewährleistet werden kann. Dies erfordert Umverteilungen von Arbeit und Einkommen, also Arbeitszeitverkürzungen, verbunden mit Maßnahmen der Einkommensverteilung.«
Karl-Georg Zinn: *Jenseits der Markt-Mythen, Wirtschaftskrisen: Ursachen und Auswege*, Hamburg 1997, S. 78f.

Spezifische Aspekte der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit in ökonomisch schwachen Regionen – z. B. in Ostdeutschland

Zusätzliche Schwierigkeiten und Probleme bestehen in ökonomisch schwachen Regionen, weil meist eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit mit anderen negativen Faktoren zusammenfällt: mit geringer Finanzkraft der kommunalen und anderen regionalen Institutionen, unterdurchschnittlich entwickelter Infrastruktur, schwachem wissenschaftlich-technologischen Hinterland sowie einer hohen Fluktuation jüngerer Menschen, die keine Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten haben. Der höchste Saldo der Fortzüge gegenüber den Zuzügen in den »Wanderungen« zwischen den neuen und den alten Bundesländern besteht in der Altersgruppe 18 bis 24 Jahre.

Zum Zeitpunkt der Vereinigung gab es in Ostdeutschland zwar beträchtliche strukturelle und technologische Defizite in der Wirtschaft, gleichzeitig waren aber ein relativ hohes Industrialisierungsniveau, gut ausgebildete Fachkräfte und ein recht leistungsfähiges Forschungspotential vorhanden. Heute, sieben Jahre nach der Vereinigung, wird die Wirtschaftsregion der neuen Bundesländer u.a. dadurch charakterisiert, daß trotz mehrerer Jahre hoher Zuwachsraten der Produktion, die gesamtwirtschaftliche Leistung noch nicht wieder den Stand von 1989 erreicht hat, die Industrieproduktion sogar noch unter 50 Prozent des Produktionsausstoßes 1989 liegt, das Forschungspotential auf ein Fünftel geschrumpft ist. Die traditionellen regionalen Verflechtungsbeziehungen wurden weitgehend zerschnitten. Die neuen Bundesländer wurden zu einer von Westdeutschland weitgehend abhängigen Wirtschaftsregion – rund 85 Prozent der Kapazitäten der Industrie sind in westdeutscher Hand.

Für eine Politik, die auf eine menschenwürdige, existenzsichernde Arbeit für alle, die an der Erwerbsarbeit teilnehmen wollen, gerichtet ist, ergeben sich aus den generellen Problemen ökonomisch schwacher Regionen sowie aus den spezifischen ostdeutschen Be-

dingungen u.a. folgende Schlußfolgerungen, die hier nur stichpunktartig erwähnt werden können.

Die Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland kann nur dann zurückgedrängt werden, wenn es gelingt, die zerschnittenen regionalen Verflechtungen auf neuer Grundlage zumindest teilweise wiederherzustellen und eine innovative Re-Industrialisierung unter Beachtung ökologischer Erfordernisse zu erreichen. In Ostdeutschland kommt daher einer innovativen, stark regional orientierten Strukturpolitik, ihrer Verbindung mit der Wirtschaftsförderung, eine weit über das »Normale« hinausgehende Bedeutung zu. Die zielgerichtete Herausbildung zukunftsfähiger Strukturen als Träger der Regionalentwicklung und die Förderung regionaler Verflechtungsbeziehungen müßten in Ostdeutschland, grundsätzlich auch in Krisenregionen in den »alten« Bundesländern und in anderen EU-Ländern, zu tragenden Elementen einer Politik zur Verringerung der Arbeitslosigkeit werden.

Einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor müßte für die Wirtschaftsentwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen in den neuen Bundesländern, sowie generell in ökonomisch schwächeren Regionen, eine besondere Bedeutung zukommen. Dies ergibt sich vor allem aus der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit dieser Regionen sowie daraus, daß eine regionale Strukturentwicklung in den neuen Bundesländern auf der bisherigen Grundlage und mit den traditionellen Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik und der Wirtschaftsförderung kaum Chancen enthält, um aus der desolaten Situation herauszukommen.

Die Schaffung und Erweiterung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors könnte in ökonomisch schwächeren Regionen eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit spielen. Sie könnte auch dazu beitragen, innovative Strukturen und den notwendigen Strukturwandel in Richtung höherer Anteile sozial-kultureller Dienstleistungen und des ökologischen Umbaus zu fördern.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Marco Revelli: Vom »Fordismus« zum »Toyotismus«, Das kapitalistische Wirtschafts- und Sozialmodell im Übergang, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 4/97, S. 18.
- 2 Vgl. Joachim Bischoff, Richard Detje: Zeitsouveränität und politische Bewegung, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 9/96, S. 11f.
- 3 Vgl. zu diesen und den folgenden Angaben: Statistisches Jahrbuch 1995 für die Bundesrepublik Deutschland, S. 106/7; Jahresgutachten 1996/97 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Tabelle 23.
- 4 Jahresgutachten 1996/97 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, S. 181.
- 5 Hildegard Matthies, Ulrich Mückenberger, Claus Offe, Edgar Peter, Sibylle Raasch: Arbeit 2000, Anforderungen an eine Neugestaltung der Arbeitswelt, Hamburg 1994, S.175ff.
- 6 Vgl. Karl Marx: Das Kapital, Erster Band, in MEW, Bd. 23, S. 666ff.
- 7 Vgl. Heidi Knake-Werner (Hrsg.): Uns geht die Arbeit aus und wird doch immer mehr, PDS im Bundestag, Bonn 1997, S. 55ff.
- 8 Die folgenden Berechnungen beruhen auf dem Tabellenteil des Jahresgutachtens 1996/97 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Situation, Tabellen 23, 30, 33, 73 und 77.
- 9 Vgl. Memorandum '97, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Köln 1997, S. 241.

HERBERT NIEMANN

Überlegungen zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft

Wie sich weltweit von Tag zu Tag immer deutlicher abzeichnet, muß das auf Kredit- und Zinswirtschaft beruhende kapitalistische Finanz- und Wirtschaftssystem aus Gründen der systemimmanent stetig anwachsenden Zinslasten immer daran scheitern, daß am Ende die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten, die zur Bedienung der alle Bereiche der Volkswirtschaft überziehenden Zinsansprüche erforderlich sind, nicht mehr realisiert werden können. Ist dieser Punkt erreicht, hat sich als zwangsläufige Folge der dem System zugrunde liegenden Zinsmechanik – mit ihren vielfältigen Möglichkeiten zur Ausbeutung und Bereicherung – die Schere zwischen arm und reich immer weiter geöffnet. Großem Reichtum in den Händen weniger steht die große Bevölkerungsmehrheit gegenüber, die am Gesamtvermögen gar nicht oder nur geringfügig beteiligt ist – und dies, obwohl der Reichtum Weniger gerade durch die harte Arbeit der gesamten ökonomisch aktiven Bevölkerung mit erwirtschaftet worden ist (vgl. auch »UTOPIE kreativ« Heft 52: 42ff. und Heft 73/74: 99ff.).

Herbert Niemann – Jg. 1924; Jurist, langjährige Tätigkeit in der Sozialversicherung, veröffentlichte u.a.: »Zur Zukunft und Sicherheit von Renten- und Versorgungsansprüchen« und »Wohnungskatastrophe. Ursachen und Auswege«; zuletzt in »UTOPIE kreativ« Nr. 52 (Februar 1995): »Kein Licht im Tunnel. Die wachstumszehrende Wirkung des Zinses und ihre Folgen« sowie in Nr. 73/74 (November/Dezember 1996): »Ist der Kapitalismus am Ende? Die Zinsfalle hat zugeschnappt«

Soll das kapitalistische Finanzierungssystem zinsfrei und wachstumsunabhängig umgestaltet werden, ist es unumgänglich, die Besitzstände der Reichen wegen der von ihnen herrührenden negativen gesamtwirtschaftlichen Effekte, wie Nachfragerückgang, Reallohnsenkung, Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit in Wechselwirkung mit Pleiten und Betriebseinschränkungen, auf ein Maß zurückzuführen, das weitere schädliche Einflüsse auf den Wirtschaftsprozeß ausschließt. Die Umverteilung der Besitzstände der Vermögensbesitzer ist eine unabdingbare Voraussetzung für den Übergang vom kapitalistischen zu einem zinsfreien und wachstumsunabhängigen Finanzierungssystem. Es liegt im Wesen dieser Umstellung begründet, daß sie sich mit Entschädigungsansprüchen im herkömmlichen Sinne nicht verträgt.

Prinzipiell stehen dem auch keine durchgreifenden, aus dem Grundgesetz (GG) herzuleitende Einwände entgegen. Nach Artikel 15 GG können Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Bezüglich der Entschädigung wird auf Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 GG verwiesen. Danach ist die Entschädigung unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen.

Den historischen Hintergrund für die Einführung des Artikel 15

in das Grundgesetz bildeten die Erfahrungen mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem in der Zeit vor und zwischen den beiden Weltkriegen. Die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten ist ohne die wirtschaftlichen Verfallserscheinungen vor 1933 nicht denkbar. In der Zeit, als das Grundgesetz entworfen und diskutiert wurde, war das spätere »Wirtschaftswunder« der fünfziger und sechziger Jahre auch nur andeutungsweise nicht vorhersehbar. Im Gegenteil, sozialistisches Gedankengut als Alternative zu den wohlbekannten Defiziten des kapitalistischen Systems war noch nicht diskreditiert und in den Köpfen vieler herausragender Persönlichkeiten dieser Epoche tief verwurzelt. In weiser Voraussicht möglicher Wiederholung kapitalistischer Verfallserscheinungen hat die sozialistische Alternative in Artikel 15 GG ihre verfassungsmäßige Grundlage gefunden. Wegen der Verweisung auf den Art. 15 Satz 2 GG auf Art. 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 GG könnte eine oberflächliche Betrachtung zu der Ansicht führen, daß hinsichtlich der Entschädigung bei einer Überführung von Privateigentum in Gemeineigentum das Gleiche gelte wie bei einer Enteignung nach Art. 14 Abs. 3 Satz 1 GG. Denn nach Art. 14 Abs. 3, Satz 3 GG ist bei einer Enteignung in jedem *Einzelfall* die Entschädigung unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Einer solchen, auf den Einzelfall ausgerichteten Anwendung dieser Regelung auf Enteignungen nach Artikel 15 GG muß mit Entschiedenheit widersprochen werden.

Bei Enteignungen nach Art. 14 Abs. 3 Satz 1 GG ergibt sich in aller Regel die Höhe des Entschädigungsanspruchs daraus, daß ein wirklicher Opferausgleich *die im Einzelfall* durch die Enteignung verletzte Gleichheit wiederherstellen soll. Enteignungen nach Artikel 14 GG sind – im Gegensatz zu Maßnahmen nach Artikel 15 GG – Einzelfälle. Demgemäß ist z.B. bei der Enteignung von Grundstücken bei der Entschädigung der jeweilige Verkehrswert zugrunde zu legen. *Eine Vergesellschaftung dagegen zielt auf die bestehende Eigentumsordnung und Wirtschaftsverfassung insgesamt. Nicht die Veränderung einzelner Eigentumstitel und Rechtslagen, sondern die Umbildung wichtiger, für den Bestand von Wirtschaft und Staat grundlegender Institutionen überhaupt ist ihr Wesen.* Es bedarf keiner näheren Darlegung, daß jede Überführung in Gemeineigentum im Rahmen der Regelungen nach Artikel 15 GG aufgrund der damit verbundenen Finanzierungsprobleme praktisch auf ewig ausgeschlossen bliebe, wenn auch hier der Grundsatz der Entschädigung nach dem Verkehrswert gelten würde. Zur Erreichung des mit Artikel 15 GG ins Auge gefaßten Ziels bliebe nur die Möglichkeit eines gewaltsamen Umsturzes. Dem will gerade Artikel 15 GG auf rechtsstaatlichem Wege mit rechtsstaatlichen Mitteln vorbeugen.

In der BRD würde sich, wenn vom Verkehrswert ausgegangen würde, die Entschädigung für in Gemeineigentum zu überführende Rechte an den Produktionsmitteln sowie an Grund und Boden wohl auf mehr als 10 Billionen DM belaufen. Die Entschädigung müßte dem zukünftigen Sozialprodukt entnommen werden, was wiederum für einen unüberschaubar langen Zeitraum die Kaufkraft der übrigen Bevölkerung unerträglich mindern und als zwangsläufige Folge für unabsehbare Zeit die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft

Im folgenden werden einschlägige Passagen aus dem Festvortrag von W. Zeidler (seinerzeit Vizepräsident, später Präsident des Bundesverfassungsgerichts) auf dem 53. Deutschen Juristentag in Berlin 1980 zum Thema: »Grundrechte und Grundentscheidungen der Verfassung im Widerstreit«, erschienen im Verlag C.H. Beck, München, wiedergeben.

»Gesetze sind nicht schon dann »verfassungsgemäß«, wenn sie formell ordnungsmäßig ergangen sind. Sie müssen auch materiell in Einklang mit den Grundwerten der freiheitlich demokratischen Grundordnung ... stehen, aber auch den ungeschriebenen elementaren Verfassungsgrundsätzen und den Grundentscheidungen des Grundgesetzes entsprechen, vornehmlich dem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit und dem Sozialstaatsprinzip (BVerfGE 6,32).«

»Bei der ... Institutsgarantie des Grundgesetzes mit herausragender Bedeutung – der Eigentumsgewährleistung in Artikel 14 Absatz 1 – ist eine gleichartige Erscheinung wie in Artikel 6 Absatz 1 zu beobachten. Innerhalb des grundrechtlichen Schutzbereiches verlaufen die potentiellen Konfliktlinien entsprechend den unterschiedlichen Funktionen als subjektives Recht, Institutsgarantie und wertentscheidende Grundsatznorm. Die verfassungsrechtliche Rechtsprechung der letzten Jahre hat mit zunehmender Deutlichkeit unterschieden zwischen zwei Aspekten des Eigentumsrechts: einmal seiner individualbezogenen Komponente, in der das Eigentum als zentrales Element persönlicher Freiheit, als sachliches Substrat eigenverantwortlicher Lebensgestaltung bestätigt und unter besonders nachhaltigen Schutz gestellt wird; zum anderen seiner sozialbezogenen Komponente, in der das Eigentum in das soziale Umfeld des Eigentümers hineinwirkt, daß andere Menschen ihrerseits auf dieses ihnen fremde Eigentum angewiesen sind, um ihren Anspruch auf ein freiheitliches und menschenwürdiges Leben verwirklichen zu können.«

zum Schaden des Gemeinwohls schwer beeinträchtigen würde. An die Stelle von mühelosen Einkünften aus Vermögen und Kapitalanlagen würden Einkommensansprüche aus Entschädigungsleistungen treten, die in ihrer ökonomischen Wirkung mühelosen Zinseinkünften gleichzustellen wären. Die Teilung der Gesellschaft in arm und reich würde fortbestehen.

Unberücksichtigt bliebe dabei, wie es überhaupt in verhältnismäßig kurzer Zeit nach dem 2. Weltkrieg und nach der Währungsreform 1948 zu der gigantischen Vermögensanhäufung bei einer verhältnismäßig kleinen Gesellschaftsgruppe kommen konnte. Eine realistische Betrachtungsweise führt schnell zu der Einsicht, daß sich im Eigentum an Produktionsmitteln sowie an Grund und Boden, soweit es sich nicht um Kleineigentum handelt, nicht die von den Eigentümern durch angemessene Entlohnung eigener Arbeit und deren Verwertung erbrachte Eigenleistung widerspiegelt. Die private Vermögensakkumulation großen Stils ist vor allem Ergebnis und Folge des kapitalistischen Ausbeutungs- und Bereicherungssystems, das bei geschickter Anlage vorhandener Vermögen deren relativ rasche Vermehrung ermöglicht. Dieser Vermögenszuwachs geht freilich immer zu Lasten derer, die zwar die dafür notwendigen produktiven Leistungen erbringen müssen, aber am Zuwachs selbst nicht oder nur unzureichend teilhaben können. Die dem kapitalistischen System zugrunde liegende Gewinn- und Zinsmechanik macht unausweichlich die Reichen immer reicher und die Armen tendenziell ärmer.

Ohne das für Investitionen jedweder Art durch die Sparer zur Verfügung gestellte Geld hätte die jetzt vorhandene Vermögensansammlung in privater Hand keine Basis gehabt. Sie wäre unmöglich gewesen. Die alle Bereiche der Volkswirtschaft überziehenden Zinslasten haben aber ihre Quelle nicht nur in der enormen Ausweitung der umlaufenden Geldkapitalmenge, sondern auch in den Eigentumsrechten am Produktionsapparat und den Rechten an Grund und Boden. Die Zinslasten – einschließlich aller Arten müheloser Einkünfte – belaufen sich in der BRD nunmehr auf mehrere hundert Milliarden DM pro Jahr. Da mühelose Einkünfte dauerhaft nur über das Wachstum im Bereich der Realinvestitionen erwirtschaftet werden können, wirken sie bei unzureichenden Wachstumsraten wie eine Würgekette, die das gesamte Wirtschaftsleben zunehmend einengt und lähmt.

Ohne eine Währungsreform, die das Geldkapital auf einen Bruchteil der umlaufenden Menge reduziert, ist ein wirtschaftlicher Neuanfang erfolgreich nicht in Gang zu setzen. Eine Abwertung der Spargelder und des sonstigen Geldkapitals auf fünf bis zehn Prozent seines bisherigen Wertes erscheint unausweichlich, wenn in der BRD das mit einer Währungsreform angestrebte Ziel einer gesamtwirtschaftlichen Erholung erreicht werden soll.

Die von den Verfechtern kapitalistischer Wirtschaftsdogmen genährte Vorstellung, die Ansammlung von Geldvermögen sei für den Sparer die Basis dauernden Wohlstands, zumindest eine verlässliche Absicherung gegen die Wechselfälle des Lebens, ist Irreführung und Illusion zugleich. Das durch Sparen angesammelte Geldvermögen hat im kapitalistischen System lediglich Buchwert,

da es im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß verwendet, insbesondere in Sachkapital angelegt worden ist. So gesehen ist dieses Geld nichts als eine mit Zinsansprüchen ausgestattete Fiktion. Das Spar- bzw. Geldvermögen ist wertmäßig nur solange von Bestand, wie stetig neue Spareinlagen gebildet werden und vor allem wie die Zinsansprüche durch ein ausreichend hohes Wirtschaftswachstum gedeckt werden. Reicht das Wachstum der Gewinne und Einkünfte zur Bedienung der Zinsansprüche nicht mehr aus, ist bei zunehmendem wirtschaftlichen Verfall auch die Sicherheit des Geldvermögens nicht mehr gewährleistet. Um die für eine gesunde Volkswirtschaft erforderliche und unverzichtbare Geldwertstabilität wieder zu erreichen, bedarf es einer Reduzierung des Geldkapitals und der entsprechenden Zinslasten auf eine volkswirtschaftlich vernünftige Größenordnung. Paradox dabei ist, daß alle die Sparer – und das ist der überwiegende Teil der Bevölkerung –, deren Zinseinkünfte nicht höher sind als die Zinslasten, die über Preise, Mietzins und Steuern auf sie abgewälzt werden, ohne Währungsreform über die ihnen aufgebürdeten Lasten am Ende selbst Opfer des umlaufenden Geldvermögens und der damit verbundenen Kredit- und Zinswirtschaft werden. Eine Währungsreform, auch wenn sie die Einlagen der kleinen Sparer weitgehend entwertet, würde für sie auf jeden Fall eine Aufbesserung ihrer laufenden Einkünfte bringen.

Mit einer drastischen Entwertung des Geldvermögens wäre gerade der Teil der Bevölkerung in seinem Vermögensbestand getroffen, der durch seinen Konsumverzicht und sein Sparen die Ansammlung sonstiger großer Vermögen in anderen, wenigen Händen erst ermöglicht hat. Die Umstellung auf ein zinsfreies sozialistisches Finanzierungssystem setzt deshalb nicht nur die Abwertung der umlaufenden Geldkapitalmenge voraus, sondern erfordert als Akt ausgleichender Gerechtigkeit vor allem auch die Überführung der privaten Rechte an den Produktionsmitteln sowie an Grund und Boden in Gemeineigentum. Es würde in krasser und unvertretbarer Weise dem Sozialstaatsgebot widersprechen, nur die Bestände an Spareinlagen zu reduzieren und die Eigentümer an den Produktionsmitteln sowie an Grund und Boden wie bei früheren Währungsreformen weitgehend ungeschoren zu lassen oder durch unangemessen hohe Entschädigungen einseitig zu begünstigen.

Nur mit dem Verstopfen aller Quellen müheloser Einkünfte läßt sich das Ziel eines zukunftsorientierten wirtschaftlichen Neubeginns erreichen. Das Privateigentum an Produktionsmitteln und an Grund und Boden ist ebenso wie das umlaufende Geldkapital stetige Quelle müheloser Einkünfte und damit neben dem Geldkapital Ursache für wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Verfall. Derartige, mit Anwachsen der mühelosen Einkünfte sich immer fataler auswirkende Verfallsursachen gilt es zu überwinden und für immer aus dem Weg zu räumen.

Aus gesellschaftspolitischen und gesamtwirtschaftlichen Gründen wird auch in Zukunft die Ansammlung privater Spargelder in *begrenztem* Umfang erforderlich sein. Für die Anschaffung teurer Gebrauchsgüter, für den Erwerb von Eigenheim oder Eigentumswohnung sowie als Vorsorge für den Notfall kann auf Sparen in

»Gerade in dieser Stadt besteht, wenn man in diesem Zusammenhang über Grundwerte spricht, Veranlassung zur Erinnerung an den Ausspruch Heinrich Zilles, daß man mit einer Wohnung einen Menschen ebenso ermorden kann wie mit einer Axt. Und die Rechtsprechung der Zivilgerichte zu Inhalt und Reichweite des Eigentums lief oft weniger darauf hinaus, dem Täter die Axt zu entwenden, als vielmehr darauf, ihren Griff auch noch zu vergolden.«

»Mit dem Eigentumsrecht steht infolge einer weniger rechtlichen als mythischen Korrelation zum Sozialstaatsprinzip der Gedanke eines allgemeinen Anspruchs auf Erhaltung jeglichen Besitzstandes in enger Verbindung. In Anwendung auf das Thema von Belastungsverchiebungen im Steuerrecht hat der Bundesfinanzminister am 7. Mai 1979 in Bonn vor dem Deutschen Steuerberaterkongreß hierzu ausgeführt, daß »Besitzstände und Vergünstigungen in großem Umfang kaum je ernsthaft in Frage gestellt werden können. Fast könnte man glauben, Hans Matthöfer habe mit dieser Formulierung Ulrike Meinhof übertroffen: ihm sei ... (es) gelungen, eine überzeugende Begründung für den Terrorismus zu liefern... Würde nämlich diese Bemerkung des Bundesfinanzministers tatsächlich ein wirksames konstituierendes Prinzip unseres Staatswesens zutreffend beschreiben, könnte man Bestrebungen zum Gebrauch von Gewalt als Mittel des politischen Handelns nicht mit Überzeugungskraft widersprechen. Wo die Möglichkeit zur Reform fehlt, wird Revolution legitim...«

keiner Wirtschaftsordnung verzichtet werden. Weil das sozialistische Finanzierungsmodell grundlegend anders aufgebaut ist, darf allerdings die Ansammlung von Spargeldern für Investitionszwecke der Wirtschaft und des Staates nicht mehr das Ziel sein. Die Sparmenge insgesamt muß auf die Menge beschränkt bleiben, die für die eigentlichen und echten Sparziele in einer Volkswirtschaft erforderlich ist. Das Sparvermögen des einzelnen darf nie wieder Unterbau neuer großer Vermögensansammlung werden. Die Verwandlung von Geld in Finanzierungs- oder Sachkapital, das über seine Verzinsung mühelose Einkünfte abwirft, gilt es zu verhindern. Die Sparmenge darf deshalb nicht wie bisher uferlos weiterwachsen, sie muß insgesamt in ihrem Umfang begrenzt werden. Durch eine geeignete Zins- und Finanzpolitik ist dieses Ziel durchaus zu erreichen.

Bei Sparbeträgen, die eine bestimmte Höhe überschreiten, wäre an eine Belastung mit Minuszinsen zu denken. Dies aber könnte zum Horten von Bargeld, zum sogenannten »Strumpfsparen« verleiten. Das Ziel einer Beschränkung auf eine konstante Spar- und Geldmenge würde auf diese Weise nicht erreicht. Als wirksamer dürften sich in diesem Zusammenhang die von inflatorischen Entwicklungen ausgehenden Rückwirkungen erweisen. Auch im sozialistischen Finanz- und Wirtschaftssystem wird zur Erhaltung und Steuerung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts eine gewisse inflationistische Entwicklung nicht zu umgehen sein, sie könnte bedarfsweise zur Ankurbelung der Wirtschaft durch »fresh money« sogar wirksame Hilfe leisten.

Unabdingbares Ziel muß es aber bleiben, die Inflationsraten so niedrig wie möglich zu halten. Auch in einer wachstumsunabhängigen Wirtschaftsordnung bedarf es großer Anstrengungen, die wirtschaftlichen Prozesse im Gleichgewicht zu halten. Soll gesamtwirtschaftliche Stabilität nicht gefährdet werden, muß bei einer Wirtschaftsentwicklung ohne Wachstum jeder inflationär wirkenden Preis- oder Lohnanhebung alsbald umgekehrt eine entsprechende Lohn- oder Preisanhebung folgen. Reales Wirtschaftswachstum muß mit einer entsprechenden Lohnanhebung oder Verkürzung der Arbeitszeit abgegolten werden. Produktivitätsbedingte Produktverbilligungen könnten über ein Sinken der Preise zu realen Lohnsteigerungen führen. Wird so verfahren, entfällt das Schreckgespenst einer stabilitätsgefährdenden Inflation.

Da es im sozialistischen Finanzierungssystem außer der im Umfang beschränkten Spargeldmenge kein der Entwertung unterliegendes Geldkapital mehr gibt, entfallen die bisher von einer Entwertung des Geldvermögens ausgehenden Ängste. Es versteht sich von selbst, daß die Abkehr von der Kredit- und Zinswirtschaft kein Freibrief für hohe Inflationsraten sein kann und sein darf. Auch im kapitalistischen Finanzierungs- und Wirtschaftssystem werden Inflationsraten von wenigen Prozenten nicht als stabilitätsgefährdend angesehen. Um bei breiten Bevölkerungsschichten das Interesse am Sparen für die genannten volkswirtschaftlichen Sparziele zu wecken, ist hier – bei konstant zu haltender Sparmenge – die Gewährung von Zinsen als Anreiz gesamtwirtschaftlich ohne weiteres vertretbar. Stabilitätsgefährdende Auswirkungen wie bei der kapi-

talistischen Kredit- und Zinswirtschaft können – auch wegen der Geringfügigkeit der anfallenden Zinslasten – nicht auftreten. Wenn dann die Inflationsrate zum Maßstab für die Staffelung der Zinshöhe würde, könnte in schonender Weise mit einfachen Mitteln dem überproportionalen Anwachsen der Sparmenge wie auch dem »Strumpfsparen« vorgebeugt werden. Kleinere Sparbeträge würden mit höheren Zinsen abgegolten als größere Beträge.

Um schon von Anfang an eine möglichst breite Streuung des nach einer Währungsreform verbleibenden Sparvermögens für die gesamte Bevölkerung sicherzustellen, wäre es vertretbar und bietet sich an, den Abwertungssatz des Geldkapitals von der Höhe des im Einzelfall jeweils vorhandenen *Gesamtvermögens* abhängig zu machen. In das zu berücksichtigende Vermögen wären neben dem Geldvermögen auch die Eigentumsrechte an den Produktionsmitteln und an Grund und Boden einzubeziehen, wobei die Entschädigung insgesamt auf eine bestimmte Höhe zu beschränken wäre. Dies würde zu einer sozial gerechtfertigten Staffelung des Neuvermögens nach Maßgabe des bisher vorhandenen Vermögens führen, wobei zugleich alle Entschädigungsansprüche abgegolten wären.

Es darf nie vergessen werden: Der bei der Umstellung auf das sozialistische Finanzierungssystem erforderliche Eingriff in Vermögensrechte hat keinen Strafcharakter, sondern ist Voraussetzung für die Wiedergenesung der Volkswirtschaft. Nur eine gesunde Volkswirtschaft sichert das Überleben jedes einzelnen in Wohlstand und Freiheit. Sinkt bei fortschreitendem wirtschaftlichen Verfall der allgemeine Wohlstand weiter, gefährdet dies auch den Wohlstand und die Zukunft der bisher Privilegierten. Aber noch mehr: Nicht übersehen werden dürfen die Millionen Mitbürger, die durch Arbeitslosigkeit oder sonstwie schwere Vermögenseinbußen hinnehmen mußten und deren Lebens- und Zukunftschancen aufs schwerste beeinträchtigt worden sind.

Privilegien sind das Grab der Freiheit und der Gerechtigkeit (Seume). Aus Recht wird Unrecht. Das Aufbegehren der Benachteiligten wird legitim, wenn der verfassungsmäßige Grundzustand sozialer Gerechtigkeit nicht wieder hergestellt wird. In diesem Zusammenhang sollte ein weiteres nicht übersehen werden: Die Privilegierten brauchen, weil auch sie nur innerhalb einer geordneten Gemeinschaft überleben können, zur Sicherung ihrer Existenz die Nicht- oder Wenigerprivilegierten. Die aber brauchen für ihr Überleben die Privilegierten nicht.

Bei der Frage der Entschädigung stehen sich der Schutz des Eigentums gem. Artikel 14 GG und das Sozialstaatsgebot des Artikel 20 GG gegenüber. Grundrechte sollen den einzelnen vor Übergriffen des Staates schützen. Ihre Garantie setzt einen funktionierenden Staat voraus. Grundbedingung hierfür ist eine funktionierende Wirtschaft. Die Existenzsicherung des Staates hat immer Vorrang vor Grundrechten, wenn Grundentscheidungen der Verfassung und Grundrechte in Widerstreit geraten. Nur ein gerechter Staat kann seine ureigensten Aufgaben erfüllen und ist überlebensfähig. Die Beachtung des Sozialstaatsgebots hat deshalb für jeden Staat höchste Priorität, will er nicht selbst die Axt an seine Wurzeln legen.

Angesichts des sich gegenwärtig abzeichnenden weiteren allge-

»Fällt in einer politischen Auseinandersetzung mit Bezug auf konkrete Interessen des Stichwort ›Besitzstandswahrung‹, ist es meist zu Ende mit der Entscheidungsfähigkeit; kommt noch das Epithon ›sozialer Besitzstand‹ hinzu, scheint es manchmal sogar mit der Denkfähigkeit vorbei zu sein. Auch hier hat der mit der allgemeinen Re-Ideologisierung einhergehende Realitätsverlust zur Verdrängung der Erkenntnis geführt, welche Einbußen an staatsbürgerlich-politischer und wirtschaftlich-sozialer Chancengleichheit die unumschränkte Herrschaft eines Besitzstandsdenkens bei den derzeit bestehenden, gegenüber früher veränderten Verhältnissen bewirkt.«

»Das magische Dreieck aus den Grundwerten des Demokratieprinzips, des Sozialstaatsgebotes und des Gleichheitssatzes läßt sich nur dann in eine wenigstens annähernd harmonische Struktur bringen, wenn ein Staatswesen die rechtliche Möglichkeit und die politische Kraft hat, Privilegien zu entziehen und Besitzstände abzuschaffen.«

meinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Niedergangs gibt es für die Politik, für den Staat, nur drei Möglichkeiten: 1) Es bleibt bei der derzeitigen Wirtschaftsordnung. Der fortschreitende, alle Gesellschaftsgruppen erreichende Verfall wird in Kauf genommen, bis die Gegenkräfte sich formiert haben und notfalls einen gewaltsamen Wandel herbeiführen. In Kauf genommen wird auch, daß der allgemeine Lebensstandard stetig zurückgeht und mit dem weiteren Verfall von Produktionsstätten und zunehmender Arbeitslosigkeit die Chancen für eine zukünftige wirtschaftliche Erholung sich von Tag zu Tag verschlechtern. 2) Es wird das sozialistische System eingeführt, zugleich aber werden den bisher Privilegierten unbezahlbare Entschädigungsansprüche eingeräumt. Dies wäre eine Lösung, die nicht besser wäre als die vorgenannte Möglichkeit. Gleichmäßiger allgemeiner Wohlstand würde nicht erreicht, der angestrebte Wirtschaftsaufschwung würde verfehlt, der Staat bliebe in seiner Existenz nach wie vor ungesichert. 3) Mit Einführung des sozialistischen Systems fallen mehr oder weniger entschädigungslos die bisherigen Besitzstände. Die Wirtschaft kommt wieder in Fahrt, der allgemeine Wohlstand blüht auf. Die bisher Privilegierten erhalten die reale Möglichkeit, sich nach Fähigkeit und Leistung eine neue Existenz aufzubauen, sofern sie nicht auf dem bisherigen Arbeitsplatz verbleiben können. Sie sind ohne besondere Benachteiligung den übrigen Bürgern gleichgestellt, die ebenfalls durch Lohnerwerb ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen. Im Widerstreit zwischen verfassungsrechtlich notwendiger Grundentscheidung zur Sicherung des Staates und des Gemeinwohls und den sich aus Artikel 14 GG ergebenden Grundrechten kann und darf es keinen Zweifel geben, wie sich der Staat zu entscheiden hat, soll er weiterhin Heimat aller Bürger sein.

Wer durch eigene Leistung und leistungsbezogenen Lohn sich selbst eine angemessene Existenz sichern kann, bedarf keiner zusätzlichen Vermögensbasis. Durch seinen Beitrag zum System der allgemeinen sozialen Sicherheit wird für die Wechselfälle des Lebens und für das Alter vorgesorgt. Je früher die Umstellung auf eine neue Wirtschaftsordnung erfolgt und je geringer der bis dahin eingetretene gesamtwirtschaftliche Verfall, desto leichter kann der bisherige allgemeine Wohlstand und für jedermann eine angemessene Absicherung im Alter erhalten werden.

Nicht unbeachtet bleiben darf, daß viele der bisher Privilegierten nicht oder nicht in ausreichender Weise dem System der allgemeinen sozialen Sicherheit angehören und wegen des bereits erreichten Alters eine eigene angemessene soziale Sicherung nicht mehr aufbauen können. Hier könnte an die Vorschrift des Artikel 2 § 50 des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes von 1957 angeknüpft werden, mit der es den Vertriebenen nach dem 2. Weltkrieg ermöglicht wurde, eine eigene soziale Sicherung zu erwerben. Je nach dem Umfang des bisherigen Vermögens könnte die dafür zu gewährende Entschädigung großzügig zum Aufbau einer sozialen Sicherung bemessen und verwendet werden, um eine angemessene Gleichstellung mit vergleichbaren Berufsgruppen zu erreichen. Aber auch dies würde nur möglich sein, wenn in der verbleibenden Zwischenzeit das verteilungsfähige

Sozialprodukt und der allgemeine Wohlstand nicht drastisch zurückgehen.

Es versteht sich von selbst, daß das Nutzungsrecht an Eigenheimen und Eigentumswohnungen grundsätzlich nicht angetastet werden braucht oder sollte (vgl. dazu: »Wohnungskatastrophe« Ursachen und Auswege, in Sozialismus, 2/94, S. 37ff.). Ob und inwieweit dies auch zu gelten hat, wenn jemand über mehrere Eigenheime und Eigentumswohnungen verfügt, bedarf besonderer Prüfung. Eines muß aber auch hier gewährleistet bleiben: Das Eigentum an Wohnraum darf nie mehr Grundlage für die Erzielung müheloser Einkünfte sein.

Die weltweite Abschaffung der Kredit- und Zinswirtschaft mit allen sich daraus ergebenden Notwendigkeiten und Folgen muß Ausgangs- und zentraler Bezugspunkt eines gegenüber dem bisherigen völlig anderen, neu zu entwickelnden Wirtschaftssystems sein. Angesichts der allgemein sich verschärfenden Krise des kapitalistischen Systems und der bei zunehmendem wirtschaftlichen Verfall für den inneren Frieden der davon betroffenen Länder drohenden Gefahren gibt es zum Sozialismus keine ernstzunehmende zukunftssichernde Alternative. Es hilft nicht weiter, zum Abwürgen der erforderlichen Diskussionen auf die historischen Erfahrungen mit dem Gemeineigentum im Staatssozialismus und dessen bekannte Fehlentwicklungen hinzuweisen. Die Gegenfrage lautet vielmehr, ob die Entwicklung nicht anders hätte verlaufen können, wenn der Sozialismus die Möglichkeit gehabt hätte, sich frei ohne den äußeren Druck seiner Gegner zu entfalten. Welche Überlegungen nunmehr unter veränderten Bedingungen der Weltlage weiterführen können, muß wegen der Vielschichtigkeit des Themas einer besonderen Ausarbeitung vorbehalten bleiben.

Wer weiterhin aus Überzeugung einer sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ablehnend gegenübersteht, darf sich nicht mit einem »weiter so wie bisher« begnügen. Staatlicher Selbstmord auf Raten wird von keiner Verfassung toleriert. Alle, seien es Wirtschaftswissenschaftler oder Verantwortliche in Politik und Wirtschaft, sind aufgerufen, schlüssige und für jedermann nachvollziehbare, am Gemeinwohl orientierte Vorschläge zu unterbreiten, wie dem weiteren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verfall in anderer Weise als bisher erfolgreich begegnet werden kann. Produktions- wie Nachfrageseite müßten dabei gleichgewichtig in die Betrachtung einbezogen werden, da nur so gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht angesteuert werden kann. Die aus der Zins- /Wachstumsproblematik herrührende und für den weiteren Gang der Weltgeschichte schicksalhafte Verflechtung von unzureichenden Wachstumsraten und zunehmender Arbeitslosigkeit darf dabei nicht mehr ausgeklammert bleiben.

»Die Einschätzung der jeweiligen Staatsverfassung auf ihre rechtsschöpfende Kraft und das Niveau ihrer politischen Kultur hängt nicht zuletzt davon ab, wieweit sie sich als fähig erweisen, im Interesse der zukunftsgerichteten Freiheit und Gleichheit aller Bürger die Verkrustung aufzubrechen, die aus dem gegebenen status quo an Rechten, Privilegien und – auch als sozial bezeichneten – Besitzständen aller Art bestehen.«

PETER JACOBS

»Ein bißchen unter Naturschutz«. Victor Klemperers Tagebücher aus der frühen DDR-Zeit erscheinen im Aufbau-Verlag*

Vorspann

1947 erregte der 68jährige Dresdner Romanist Victor Klemperer Aufsehen mit einem Essay-Band über die Verformung der deutschen Sprache in der Zeit des Faschismus. »LTI. Notizbuch eines Philologen« wurde zu einem Standardwerk vor allem für die jünger intellektuelle Generation, die begreifen wollte, was in deutschen Köpfen zwölf Jahre lang alles entgleist war.

Fast 50 Jahre später erschienen die Tagebücher, die Klemperers Arbeitsgrundlage für die LTI abgegeben hatten. Darin hatte dieser dem liberalen deutschen Bürgertum entstammende verbundene Mann, der seiner jüdischen Herkunft wegen ausgegrenzt, verfolgt und beinahe nach Auschwitz deportiert worden wäre, mit erschütternder Genauigkeit den alltäglichen Holocaust in der Kulturstadt Dresden dokumentiert. Der fast 1600 Seiten umfassende Doppelband »Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten« wurde zu einem der erfolgreichsten deutschen Sachbuch-Editionen der Nachwendzeit. Inzwischen sind mehr als 150 000 Exemplare verkauft. Verlage in 13 Ländern haben Übersetzungs- und Nachdruckrechte erworben.

Weithin unbekannt blieb bisher, wie sich Klemperers letzte Lebensjahre gestalteten. Daß er 1945 der KPD beitrug und bis zu seinem Lebensende der DDR loyal blieb, reichte dem Mitherausgeber der F.A.Z., Karl-Friedrich Fromme bereits hin, Klemperer als eine Mischung von alterndem Opportunisten und heimlichem Widerstandskämpfer zu porträtieren. Die Tagebücher von 1946 bis 1959 zeigen in Wirklichkeit einen zutiefst für die Wiedergewinnung der deutschen Kulturfähigkeit in der sowjetischen Besatzungszone und in der frühen DDR engagierten Hochschullehrer, Publizisten und Kulturbund-Redner. Daß er dabei auch in Zweifel gerät und häufig in Widerspruch zu den schon damals immer häufiger auftretenden Machtideologen und Verfälschern der sozialistischen Idee steht, lag in seinem Naturell. Der frühere Chefredakteur der »Neuen Deutschen Literatur«, Walter Nowojski, arbeitet derzeit für die Aufbau-Verlag an der Herausgabe der Tagebücher von 1946 bis 1949 – ein schwieriges Unterfangen unter anderem deshalb, weil ein Teil der erwähnten Zeitgenossen noch lebt und Persönlichkeitsrechte geschützt werden müssen.

Peter Jacobs – Jg. 1938, Studium der Journalistik in Leipzig, Redakteur für Außenpolitik – ab 1961 bei der »Berliner Zeitung« und 1975 bei der »Neuen Berliner Illustrierten«, von 1995 bis zur Einstellung der Zeitschrift 1997 bei der »Wochenpost«. Autor zahlreicher Reportagebücher, Bildbände (alle mit dem Fotografen Thomas Billhardt) und Kinderbücher. Lebt als freiberuflicher Journalist in Berlin.

* Klemperers Tagebücher sind seit einiger Zeit im Aufbau-Verlag bis zum Ende des Jahres 1945 komplett. Zuletzt erschienen die Aufzeichnungen der Monate Juni bis Dezember 1945, eine Übernahme der Fassung aus den »Dresdner Heften«. Auch die ersten Monate in der sowjetischen Besatzungszone sind damit dokumentiert. Es fehlt der

Victor Klemperer war wütend. »Engherzig, stur, dumm und gehässig«, schreibt er in einem Brief. »Verfehlte und unmarxistische Anwendung marxistischer Theorien.« Und: »Solange das Institut

unter meinem Namen läuft, lasse ich sie (die Arbeit) weder als Literaturhistoriker noch als Marxist passieren.«

Anlaß für den professoralen Zorn ist eine Doktorarbeit. Darin klassifiziert ein karriereversessener Aspirant den französischen Dichter Vercors als Idealisten und Kantianer, was damals in der DDR einer Beschimpfung gleichkam. Um seinen Zorn nicht auszufern zu lassen, sucht der Professor nach einer psychologischen Erklärung: »Soweit mir bekannt ist, bewirbt sich M., der von der LDP herkommt, ehrlichen Herzens um die Aufnahme in die SED, dies mag ihn in die Blindheit des 250prozentigen hineintreiben.«

Da scheint alles überkreuz. Als Klemperer die Philippika am 17. Februar 1954 in Dresden zu Papier bringt, leitet er das Romantische Institut der Humboldt-Universität in Berlin, ist Abgeordneter der Kulturbundes in der DDR-Volkskammer, Mitglied des PEN-Klubs und Nationalpreisträger. Die LDP, die Liberaldemokratische Partei der DDR – heute von der FDP vereinnahmt – gilt als Sammelbecken für wohlgesonnene Aufbauhelfer klein- und mittelbürgerlicher Herkunft, für Leute etwa wie Victor Klemperer selbst. Doch der ist Ende 1945 in die KPD eingetreten und somit 1946 Mitglied der SED geworden. Mit vielen Selbstbefragungen und Selbstzweifeln, wie man aus dem 45er-Tagebuch jetzt weiß.

Klemperers DDR-Biographie – eine Schlitterpartie und bis heute viel Anlaß für Spekulationen und Polemiken. Das wiedervereinigte Deutschland mit seinem unstillbaren Durst nach Rechthaberei leidet an einem gespaltenen Klemperer-Bild. Die DDR hat ihn beherbergt und mehr oder weniger schon immer für sich beansprucht. Der Westen hat ihn erst nach der Wende entdeckt. Nachholebedarf mischt sich mit neuen Vorurteilen. War er ein Heilssuchender? Heuchelte er gelegentlich? War er feige? War er subversiv? Verfiel er einem Irrglauben oder verschaffte er sich nur die zeitgemäße Hülle des Marxismus, um für sich selbst nur noch die Ethik von Voltaire bis Diderot gelten zu lassen in einer Zeit, die ihm das Dringendste geboten hatte, das er nach den Dresdner Schreckensjahren brauchte: die Befreiung aus der täglichen Todesangst?

Die Hörer in dem stets überfüllten Hörsaal über dem Auditorium maximum der Humboldt-Universität in Berlin erlebten in trister Nachkriegszeit Rauschhaftes: Wenn Klemperer sich in seiner etwas altmodischen Art vor den Studenten verbeugt hatte und seinen handgroßen Spickzettel zog, den er Schnuller nannte, dann brachen über sie die Schönheit provencialischer Poesie, die geistigen Genüsse voltairescher Skepsis, der hitzige Atem der französischen Revolutionsliteratur herein. »Alfred Kantorowicz, der alles wußte über die damals in der Nachkriegszeit so spannende Emigrantenliteratur, wirkte dagegen langweilig«, sagt sich einer, der damals bei beiden Professoren Prüfling war. Verklärte Erinnerung an einen älteren, leicht gebeugt gehenden und fast gemütlich wirkenden Herrn mit schalkhaften Augen, der seinen kippensammelnden Studenten der Nachkriegsgeneration auch schon mal aus seiner Sonderration Zigaretten anbot.

Klemperers Weg durch die frühe DDR-Zeit war mit guten, bisweilen hehr zu nennenden Vorsätzen gepflastert. Er strebte zuerst

letzte Mosaikstein: Klemperers letzte 15 Jahre, das kurze, streitbare, von neuem Glück gestreifte Leben in der DDR. Verlag und Herausgeber werden voraussichtlich noch bis 1998 brauchen, um diesen Rest seines Nachlasses aufarbeiten und publizieren zu können. Das Material wird dürftiger, die Arbeit schwieriger, denn es waltet das eiserne Gesetz der Rücksichtnahme auf noch lebende Personen oder betroffene Nachkommen.

nach Reinigung, nach Entnazifizierung des Kulturbegriffs. Er wollte die Jugend nicht mit einer Klassenkampf- sondern mit seiner Kulturbotschaft erreichen, nämlich daß »die Hitlerzeit den äußersten Gegensatz zu den Grundanschauungen der deutschen klassischen Zeit bedeutet hat, und daß aus der Verirrung des Kulturdenkens die Gesamtheit der nazistischen Verbrechen hervorgegangen ist«. Marxistisches Vokabular kam dabei, wie auch später, kaum bei ihm vor.

Alles, was der Überlebende des Dresdner Holocaust-Alltags in den 15 Nachkriegsjahren, die ihm geblieben sind, politisch und gesellschaftlich beginnt, steckt voller Zwiespalt. Er sieht in der latenten Russenfeindlichkeit seiner Umgebung eine Fortsetzung des alten Franzosenhasses und der gräßlichen Gefühlslage, die die tausendfachen alltäglichen Verbrechen an den Juden möglich gemacht hat. »Ist zur Zeit mit den Juden nichts anzufangen, so tut es der Russe«, schreibt er 1950 in einem Zeitungsartikel.

Der Staatsgründung in der damaligen sowjetischen Besatzungszone stellt er keine optimistische Geburtsurkunde aus. »Die deut. dem. Republik. Das tobt seit gestern durch den Rundfunk«, steht unter dem Datum 12. Oktober 1949 in Klemperers Tagebuch. »Die Präsidentenwahl, die Aufmärsche, die Reden. Mir ist nicht wohl dabei. Ich weiß, wie alles gestellt und zu Einstimmigkeit vorbereitet ist. Ich weiß, daß es nazistisch genauso geklungen hat und zugegangen ist.«

Die geistige Wende in den deutschen Köpfen sieht er nicht gekommen: »20 Millionen (Ostdeutsche) sind noch kein Drittel des deutschen Volkes und von den 20 sind mindestens ein Dutzend antisowjetisch«. Ein Fundament auf schwankendem Grund: »Ich weiß, daß die demokrat. Republik innerlich verlogen ist, die SED als ihr Träger will die soz. Republik, sie traut nicht den Bürgerlichen, und die Bürgerlichen mißtrauen ihr. Irgendwann gibt es Bürgerkrieg«.

Zwei Jahre später begründet er in der Volkskammer die Zustimmung des Kulturbundes für das sogenannte Gesetz zum Schutz des Friedens, zeigt Verständnis für die Härte des Vorgehens gegen Saboteure, Agenten des Klassenfeindes – ein Instrument, das eben das von ihm beklagte Mißtrauen festschreibt und in erheblichem Maße den Aufruhr vom 17. Juni herbeiführen hilft.

Was wie eine zynische Gefälligkeitserklärung klingt, ist eher die Reaktion auf böse eigene Erfahrungen im kalten Krieg. Klemperer sieht seine Peiniger im Staate Adenauers weiter am Werk. Im Westen wird er nicht gedruckt und ist als Propagandist des Ostens unter Beschuß geraten. »Salonbolschewist«, »verkalkte Senilität, die sich zu Propagandazwecken mißbrauchen läßt«, schrieb im August 1949 die bayrische Presse, als er die Urkunde zum Ehrendoktorat seines Lehrers Karl Voßler der Witwe überbrachte und bei dieser Gelegenheit auf einem Vortrag in Schwabing in privatem Kreis seine Ängste vor dem latenten Faschismus äußerte. Er hatte die Munition freilich selbst geliefert, als er auf ebenso gereizte wie ungeschickte Weise seine Hoffnungen auf eine sozialistische Alternative verteidigte – die sowjetischen Panzer als Friedensboten, den Uranbergbau in Sachsen als Beginn einer blühenden Atomindustrie.

Im September 1950 reiste er im Auftrag der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft – dort war er Vorstandsmitglied – nach Frankfurt am Main, um einen Vortrag über seinen Humanismusbegriff zu halten. Einlader: die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und ein paar Genossen von der KPD. So lag über dem Auftritt des Professors aus dem Osten im Hinterzimmer einer Kneipe in Eschersheim der Hauch einer konspirativen Versammlung. Sie wurde nach 15 Minuten von der Polizei aufgelöst. Klemperers Tagebuchnotiz: »Ich war gerade im 13. Jahrhundert angekommen«. Fünf Jahre später reiht die Zeitung »Die Welt« den Dresdner Romanisten unter die Vergessenen ein und fügt hinzu: »Klemperers Schicksal, seine geistige und politische Funktion in der DDR hindern den 75jährigen Professor daran, über die gesamtdeutsche Sprachsituation nachzudenken«. Es ist die Zeit, da die Germanistikstudenten zwischen Hamburg und Tübingen die »LTI« sich über Verwandte im Osten besorgen.

Klemperer, Prototyp eines deutschen Bildungsbürgers, der die Kulturen in ihren großen Zusammenhängen sieht und Toleranz über alles stellt, bewegt sich auf einer ideologischen Doppelspur. Er will die klassenkämpferischen Kurzschlüsse vulgärmarxistischer Interpretatoren von der DDR-Romanistik fernhalten und zugleich eine linguistischen Feldzug gegen die »amerikanische Zerreißprobe« führen. »Da nun die Einheit der deutschen Nation aufs schwerste gefährdet ist und da alles darauf ankommt, daß ihr geistiger Zusammenhang, ihr Einanderverstehen unbedingt gewahrt bleibt, so bedeutet schon die leiseste sprachliche Dissonanz eine schwere Gefahr«, sagt er auf einem Vortrag im Becherklub des Kulturbundes 1952 in Berlin. Er hat traumatisch ein Schaufensterschild aus Paris vor Augen: »English spoken – American spoken«. Mit ähnlicher Berechtigung könnte da in einer fernerer Zukunft die Ankündigung erscheinen; »Hier spricht man Ostdeutsch – hier spricht man Westdeutsch«. Seinen Angstraum setzt er um in heute befremdlich wirkende Klischees des kalten Krieges: »Die nazistische Sprachpest, von der wir uns zu befreien bestrebt sind, und halbwegs befreit haben, blüht drüben wieder auf. Ihre von hier vertriebenen Verbreiter dürfen dort ihr Idiom weiterpflegen, da es der faschistischen Gesinnung und Absicht der Vereinigten Staaten entspricht«.

Opportunismus, Irrtum oder Verblendung? Klemperers öffentliche Äußerungen aus dieser Zeit lassen – wenigstens partiell – auch einen anderen Schluß zu. In der zitierten Rede ruft er Stalin als Kronzeugen an: »Wie Richelieu weiß er, daß das Bemühen um Sprache nicht unwichtiger ist als irgendein politisches und militärisches Bemühen«. Der sowjetische Führer hat zwei Jahre zuvor eine Broschüre über »Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft« verbreiten lassen, in der – für die stalinistische Denkschule seltsam genug – davon die Rede ist, daß Sprache nicht von Revolutionen neu erfunden werde und keinen Klassencharakter habe. Für Klemperer eine These, in der er in einer Zeit der zunehmenden Indoktrination sein eigenes Kulturverständnis weiter deutlich machen kann. »Es ist doch so, daß der Mensch zuerst einmal eine Kopf- oder Steiß- oder sonstige Lage im Mutterleib hat«,

schreibt er zwei Jahre später in dem oben zitierten Brief. »Und das Zweite: jeder Mensch zuletzt eine Sarglage hat, die auch wieder mit der Klassenlage nichts zu tun hat, sofern man in diesem zweiten Fall nicht das Begräbnis erster, zweiter oder sonstiger Klasse und die daraus folgende Beschaffenheit für wesentlich erklären will.« Der Brief ist freilich vertraulich.

Endlich Ordinarius einer richtigen Universität zu werden – das war sein Traum seit Weimar. Mit einiger Mühe gewann er seine Professur an der Technischen Hochschule Dresden zurück, die ihm die Nazis 1935 genommen hatten. Eine Genugtuung, aber nicht die wissenschaftliche Erfüllung für den 67jährigen Romanisten. In einem Alter, wo die meisten Professoren bereits das Kürzel em. hinter ihrem Titel tragen, gelangte er endlich ans Ziel.

1947 bietet ihm die Universität Greifswald einen Lehrstuhl an. In sein Tagebuch notiert seine Begeisterung für ein »prachtvolles Direktorenzimmer, das meine Sehnsucht erregt: hier mit Schreibmaschine und Sekretärin allein sein!« Der Rektor beschafft ihm sogar einen Schrebergarten auf dem Gelände der Ohrenklinik. Doch Klemperer kühlt schnell ab. Er beklagt die Gesellschaft der blassen mickrigen Studienräte, den rauhen pommerschen Ton gegen den Fremden und: »Wenig Essen, viel russische Unsicherheit, Häuser wurden beschlagnahmt«. Aber im März 1948 vermerkt er ein »Erlösungstelegramm« aus Halle. Die Universität hat eine lange geisteswissenschaftliche Tradition. Und liegt näher an Berlin. Dort hält er am Romanischen Institut der Humboldt-Universität im Wintersemester 1950/51 Gastvorlesungen über die französische Literatur der Renaissance. Karge Zeiten: Man zahlt ihm 35 Mark pro Stunde und beschafft ihm Benzinmarken für seinen Dienstwagen, einen Vorkriegs-BMW. Aber das Amt des Ordinarius ist seit 1949 verweist. Im Sommer 1951 erhält Klemperer die Berufung.

Fortan führt der Mann, der sein halbes Leben lang von Alltagsorgen fast erdrückt wurde, ein für die fünfziger Jahre in der DDR relativ komfortables Professorenleben. Das Staatssekretariat für Hochschulwesen versieht ihn mit einem Einzelvertrag, dem höchsten Privileg für Fachleute bürgerlicher Herkunft, deren Mitarbeit man sich versichern will. Das bringt in der Regel ein Gehalt von 3200 Mark, Altersversorgung und Ausbildungsmöglichkeiten für die Kinder nach Wunsch. Klemperer, kinderlos, setzt er ein Gehalt von 4000 Mark durch. Er hat gelernt, sich vom Rest des Lebens zu holen, was ihm so lange versagt blieb. Und der Staat trägt es ihm die Ehren hinterher. 1952 händigt ihm Präsident Wilhelm Pieck den Nationalpreis dritter Klasse aus – es wäre womöglich eine höhere Stufe geworden, wenn nicht Lion Feuchtwanger auf der Kandidatenliste für die erste Klasse gestanden hätte.

Womöglich ist das Klemperers beste Zeit. Er hat 1952 zum zweiten Mal geheiratet, reist nach Rumänien, nach Frankreich, nach Italien und befaßt sich mit der Vollendung seiner wissenschaftlichen Publikationen. Das Tagebuch ist immer dabei. Er schreibt noch immer in jener äußerst sparsamen Weise wie im Krieg, zweizeilig zwischen den Linien und seine Frau Hadwig muß Federhalter und Tintenfaß, ohne die er nicht auskommt, bis nach China mitschleppen.

Da, wo immer der Platz für seine Zweifel, seine Sprachbeobach-

tungen, seine Porträtskizzen, seinen Überlebenswillen war, dominiert nun immer mehr privater Kleinkram. Selten nimmt er noch politische Vorgänge auf. Anfang 1953 beschäftigen ihn die Prozesse gegen jüdische Ärzte in Moskau ziemlich heftig. Aber er hat kein Verständnis für die Flucht führender Köpfe der Jüdischen Gemeinde nach dem Westen: »Diese Leute haben eben mit dem Joint (der an Konfessionsjuden Pakete schickte) zusammengearbeitet«, schreibt er in sein Tagebuch. Der Joint ist jenes amerikanische Hilfskomitee, das von der sowjetischen Propaganda zu einer monströsen Agentenorganisation hochstilisiert wird. Klemperer versucht, eine jüdische Genossin aus Leipzig zu beruhigen: »Du mußt doch wissen, daß wir unmöglich Antisemitismus haben. Es geht doch gegen Zionismus im Bund mit USA, mit Kapitalismus«.

Die Tonlage eines politisch fast schon Etablierten. Doch 1956 der neue Schock. Als Chruschtschows Geheimbericht über die Verbrechen Stalins im Westen bekannt wird, befindet sich Klemperer zu einem Studienaufenthalt in Paris. »Hadwig liest ihn genau, ich werfe mit Abscheu Blicke hinein«, notiert er jetzt. »Es ist ganz gräßlich und desillusioniert mich vollkommen.« Dann der Ungarn-Aufstand, die Nachrichten über die Verfolgung des Petöfi-Kreises in Budapest und die Verhaftung Wolfgang Harichs und Walter Jankas in Berlin. Kantorowicz, der kurz darauf in den Westen wechselt, soll verhört worden sein. Klemperer fragt sich, ob das nicht auch ihn selbst treffen könnte und antwortet sarkastisch: »Immerhin bin ich der Schußlinie ferner und ein bißchen unter Naturschutz. Man braucht den alten Herrn nicht mehr ernst zu nehmen.«

Noch einmal, im Sommer 1957, zeigt sich der nun 76jährige Klemperer streitbar. Im »Sonntag«, der offiziellen Zeitschrift des Kulturbundes, ist ein höhnischer Artikel über eine Romanistentagung in Halle erschienen. Zwei westdeutsche Fachkollegen haben auf Klemperers Einladung teilgenommen. Das paßt den Funktionären schon nicht mehr in die Landschaft. Die Worte von Liebe, Verstehen und gleichem Denken klängen sehr schön patriotisch, heißt es da im »Sonntag«, aber: »Zwei deutsche Staatsgebilde stehen sich gegenüber. Das eine baut den Faschismus, das andere den Sozialismus auf«. Das Vokabular, das später zu dem Begriff antifaschistischer Schutzwall vermauert wird, schimmert auf. Klemperer protestiert gegen die «diffamierende Begleitmusik», «böse Taktlosigkeit» und «Anödung». Sein Brief wird nie gedruckt. Am 18. Oktober zeigt er sich zutiefst resigniert: «Im Übrigen wird mir die Politik immer widerlicher. Sie lügen und stinken alle beide, Osten und Westen, gar zu sehr».

Im Frühjahr 1959 bricht das Tagebuch ab. Klemperer hat einen schweren Anfall erlitten, die Angina pectoris zwingt ihn für mehrere Monaten ins Krankenhaus. Um Weihnachten holt ihn Hadwig nach Hause. Er starb am 11. Februar 1960, 18 Monate, bevor die Mauer den deutschen Sprach- und Kulturraum für achtundzwanzig Jahre zerteilte.

VOLKMAR SCHÖNEBURG

Hilde Benjamin – Eine Biographie*

Die Diskussion um die Rechts- und Justizgeschichte ist heute vielfach von Schnellschüssen, von skandalisierenden, moralisierenden, die historischen Ursprünge der DDR ausblendenden Betrachtungen geprägt.¹ Es wäre nicht verwunderlich, wenn man gerade bei der Abfassung einer Biographie Hilde Benjamins (1902-1989) jenem »Zeitgeist« juristischer Zeitgeschichtsschreibung unterliegen würde. Steht doch die frühere Vizepräsidentin des Obersten Gerichts (OG) der DDR (1949-1953) und spätere Justizministerin (1953-1967) mit ihrem Namen heute oft für alle negativen Seiten der Justiz der DDR und muß als Beleg für eine angeblich kontinuierliche 56jährige Diktatur im östlichen Teil dieser neuen Republik herhalten.² Um es gleich vorwegzunehmen: Die Autorin erlag nicht der Versuchung einer solchen historischen Planierung. Vielmehr versucht sie fernab eines moralisierenden Stils, sich auf Tatsachen und historische Zusammenhänge zu beschränken.

In den ersten drei Abschnitten des Buches werden die Jugend und das juristische Studium Hilde Benjamins, ihre Arbeit als Anwältin sowie ihr Leben unter der nazifaschistischen Herrschaft beschrieben. Die in Bernburg/Saale geborene Hilde Benjamin war das erste von drei Kindern einer bürgerlich-liberalen Familie, die 1904 nach Berlin übersiedelte. Die Schule besuchte sie u.a. mit einer Tochter Karl Liebknechts, engagierte sich im »Wandervogel« und entdeckte ihre Liebe zur Musik. Nach dem Abitur studierte sie von 1921-24 Rechtswissenschaft in Berlin, Heidelberg und Hamburg, wo sie bei Moritz Liepmann (1869-1928) auch eine Dissertation zu Strafvollzugsfragen begann, aber nicht beendete (S. 24). Liepmann hatte für die Rechtsforderungen der deutschen Arbeiterbewegung damals vor allem eine Bedeutung aufgrund seiner ablehnenden Haltung zur Todesstrafe und seines Rechtsgutachtens zur höchstrichterlichen Rechtsprechung gegen Kommunisten. Eine Arbeit, die im übrigen nicht unwesentlich auf eine Initiative der Juristischen Zentralstelle der KPD-Reichstagsfraktion und die Verbindung des kommunistischen Anwalts Ernst Hegewisch zu Liepmann zurückzuführen ist.³ Daß Hilde Benjamin das juristische Studium wählte, wofür auch das Vorbild Liebknechts mit ausschlaggebend war (S. 21), ist zugleich ein Indiz für ihr Selbstbewußtsein und ihre damalige Unangepaßtheit. Denn erst 1922 wurden per Gesetz (auf Initiative des sozialdemokratischen Reichsjustizministers Gustav Radbruch) die Berufe der Rechtspflege für Frauen geöffnet. Ihr ausgeprägtes soziales Engagement zeigt sich zugleich in ihrer

Volkmar Schöneburg – Jg. 1958, Studium der Rechtswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1987 Promotion. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kriminalwissenschaften der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin.

* Dies sind Anmerkungen zu dem Buch von Andrea Feth: Hilde Benjamin – Eine Biographie, Schriftenreihe Justizforschung und Rechtssoziologie, Bd. 1, Berlin Verlag Arno Spitz GmbH, 1997, 278 Seiten, 49,00 DM, die über das Maß einer Rezension hinausgehen. Seitenangaben im Text beziehen sich auf den angegebenen Titel.

1 Vgl. aus der jüngsten Zeit Holger Haerendel: Gesellschaftliche Gerichtsbarkeit in der Deutschen Demokratischen Republik, Frankfurt a.M. 1997. Der Autor versteigt sich sogar

Arbeit als Werksstudentin im Hamburger »Rauhen Haus« (S. 23), einer noch heute existierenden sozialen Einrichtung der evangelischen Kirche.

Während des Studiums trat Hilde Benjamin dem Sozialistischen Studentenbund bei und begann damit, Russisch zu lernen. Im November 1924 legte sie ihr Referendar- und im November 1928 ihr Assessorexamen ab. Prägend für ihre weitere Entwicklung war die Ehe mit Georg Benjamin (1895-1942), dem Bruder des Philosophen Walter Benjamin (1892-1940)⁴. Georg Benjamin arbeitete als Arzt im Wedding und war Mitglied der KPD. Gemeinsam mit ihrem Mann engagierte sich Hilde Benjamin, die sich im November 1927 der KPD anschloß, beruflich wie privat für die sozialistische Idee. (S. 29)

Im April 1929 wurde Hilde Benjamin zur Rechtsanwaltschaft zugelassen. Ihre Praxis eröffnete sie im »roten« Wedding, einem Berliner Arbeiterbezirk. Die Tätigkeit als Anwältin wurde bestimmt von den sich angesichts der Weltwirtschaftskrise zuspitzenden sozialen und politischen Gegensätzen sowie einer eskalierenden Arbeitslosigkeit. Sie verteidigte Arbeiter in politischen Strafsachen, agierte im Prozeß gegen die an der Tötung Horst Wessels Beteiligten, vertrat Arbeiter in Mietsachen und machte sich als Spezialistin in Arbeitsrechtsfragen einen Namen. (S. 31ff) Oft übernahm sie Mandate der proletarischen Rechtsschutzorganisation Rote Hilfe Deutschlands (RHD), auf deren (und nicht auf dem der RGO, S. 40) III. Reichskongreß im Oktober 1929 sie in den Zentralvorstand gewählt wurde. Im Rahmen der RHD oder der Marxistischen Arbeiterschule (MASCH) hielt sie zudem Vorträge zum Arbeitsrecht, gegen den Abtreibungsparagraphen des Strafrechts und half Jugendorganisationen. Es war aber auch jene Zeit, in der der auf dem VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1928 eingeleitete ultralinke Kurs unter dem Zeichen der Sozialfaschismus-These die Arbeit in der KPD und RHD beeinflusste. Nach der Machtergreifung der Nazifaschisten wurde ihr auf der Basis des Gesetzes über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft vom 7. April 1933 wie der Mehrzahl der Anwälte der RHD die Zulassung entzogen. (S. 42)

Leider verabsäumte es die Verfasserin – im Gegensatz zur Zeit nach 1945 – durch Nutzung der Bestände des vormaligen Parteiarchivs der SED und bereits publizierter Forschungsergebnisse das Wirken Hilde Benjamins für die RHD in der Weimarer Republik genauer auszuleuchten: Beispielsweise zählte sie neben Felix Halle, Alfred Apfel, Johannes Werthauer, Ludwig Bendix, Emil Julius Gumbel, Eduard Alexander u.a. zum Vorstand der deutschen Landesgruppe der 1929 gegründeten Internationalen Juristischen Vereinigung und publizierte in deren Revue.⁵ Auch die Kenntnisse über das sowjetische Recht im Umfeld der RHD waren genauer als angenommen. (S. 40) Felix Halle, der Rechtsberater der KPD und im übrigen Autor des erstmals 1924 veröffentlichten Klassikers einer Rechtsliteratur von unten »Wie verteidigt sich der Proletarier in politischen Strafsachen vor Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht?« (vgl. S. 32), war an der Herausgabe der deutschen Fassung des Werkes »Allgemeine Rechtslehre und Marxismus«(1929) von

dazu, daß die »Besetzung der Konfliktkommissionen als nicht rechtsstaatlich gerügt werden« müßten. (S. 35)

2 Vgl. beispielsweise Rudolf Wassermann: Freisler und Benjamin als Exponenten totalitärer Justiz, in: Deutsche Richterzeitung, 1994, S. 281-284; Horst Sendler: Über Rechtsstaat, Unrechtsstaat und anderes – Das Editorial der Herausgeber im Meinungsstreit, in: Neue Justiz, 1991, S. 379-382.

3 Vgl. Moritz Liepmann: Kommunisten-Prozesse, München 1928; Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA), Zentrales Parteiarchiv (ZPA) I 2/711/1.

4 Vgl. Werner Fuld: Walter Benjamin. Zwischen den Stühlen. Eine Biographie, München 1979.

5 Vgl. Volkmar Schöneburg: Rechtswissenschaft von »unten« – Zum 60. Geburtstag der Internationalen Juristischen Vereinigung, in: Neue Justiz, 1989, S. 487-490.

6 Vgl. ders.: Menschenrechte, Strafrecht und Arbeiterbewegung, in: Philosophie des Rechts und das Recht der Philosophie, Frankfurt a.M. 1992, S. 81-88; ders.: Rechtswissenschaft von »unten«..., a.a.O., S. 489 f.; Rainer Kosewahr/Gert Quilitzsch: Verschollen in der Geschichte – Vom Schicksal des Heinrich Freund und seiner Werke, in: Recht in Ost und West, 10/89, S. 266 ff.

7 Vgl. Volkmar Schöneburg: Proletarischer Rechtsschutz und die Rechtsentwicklung von »unten«, in: Ein Jurist mit aufrechtem Gang. Götz Berger zum 90. Geburtstag, Berlin 1995, S. 12.

8 Vgl. Petra Gängel: Die Rote Hilfe Deutschlands und »ihre« Rechtsanwälte im Kampf gegen die politische Justiz der Weimarer Republik, Berlin 1985 (Dissertation A). In dem Schreiben wird ihr vorgehalten, »sich im kommunistischen Sinne betätigt zu haben.« Als Gründe werden angeführt: »1. Verteidigung von Kommunisten und Entgegennahme von Gebühren hierfür seitens der Roten Hilfe. 2. Leistung von Spenden für die Rote Hilfe.«

9 Vgl. Rudolf Wassermann: a.a.O..

10 So Andreas Gängel: Die Volksrichterausbildung, in: Im Namen des Volkes?, Wissenschaftlicher Begleitband zur Umstellung des Bundesministeriums der Justiz, Leipzig 1996, S. 55.

E. Paschukanis beteiligt. Es wurden Aufsätze in der Zeitschrift »Das Neue Rußland« sowie Broschüren von Krylenko, Pasche-Oserski und Schirwindt veröffentlicht. Zudem gab es die hochinformativen, von der KPD genutzten Publikationen von Heinrich Freund.⁶ Das eigentliche Problem bestand vielmehr darin, daß die Entwicklungen in der Sowjetunion Ende der zwanziger Jahre zunehmend unkritischer reflektiert wurden.⁷ Der Dissertation von Petra Gängel hätte außerdem der Wortlaut des mit Schreiben vom 6. Mai 1933 ausgesprochenen Auftrittsverbots für Hilde Benjamin entnommen werden können.⁸ Jenes Schriftstück unterzeichnete der damalige Staatssekretär im Preußischen Justizministerium, Roland Freisler, der heute mit Hilde Benjamin gleichgesetzt wird,⁹ was eine unverschämte und unhistorische Verniedlichung des Faschismus und seiner Terrorjustiz ist.

Während der faschistischen Herrschaft schwebte über Hilde Benjamin immer das Damoklesschwert einer Verhaftung. Den Lebensunterhalt für sich und ihren 1932 geborenen Sohn mußte sie durch eine Anstellung bei der sowjetischen Handelsvertretung (bis 1936), später durch Gelegenheitsarbeiten bestreiten. Einschneidend für ihr weiteres Leben war die zweite Verhaftung ihres Mannes 1935 und seine Ermordung im KZ Sachsenhausen im August 1942. (S. 44)

Die folgenden Kapitel umfassen Hilde Benjamins Tätigkeit in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), die Zeit als Vizepräsidentin des OG, als Justizministerin sowie ihren Einfluß auf die Familien- und Strafgesetzgebung in der DDR. 1945 wurde Hilde Benjamin zunächst von der sowjetischen Besatzungsmacht als Staatsanwältin in Steglitz eingesetzt. Ab September 1945 arbeitete sie (1946 als Leiterin der Abteilung Personalwesen) in der neu gegründeten Deutschen Zentralverwaltung der Justiz (DJV). Anhand einer Fülle von Archivmaterialien wird belegt, daß hier ihr Name vor allem für eine radikale Entnazifizierung der Justiz sowie für die von der SMAD geforderte Konzeption der Volksrichterausbildung, die zugleich Notlösung, Ausdruck demokratischer Reformbestrebungen und Perspektivmaßnahme zur Lenkung der Justiz durch die SED war¹⁰, steht. Nicht von ungefähr stand mit dem Jahr 1948 (und nicht von Beginn an, S. 59!) für die SED der gesellschaftskundliche Unterricht im Mittelpunkt der Ausbildung. Erfolgte doch in jenem Jahr die endgültige Festlegung auf das sowjetische Macht- und Gesellschaftsmodell. Deutlich wird in dem Buch, daß es in der Volksrichterfrage innerhalb der DJV unterschiedliche Ansätze gab, doch Hilde Benjamin sich letztlich mit ihren Vorstellungen durchsetzen konnte. Auch persönliche Spannungen (S. 59), die sich in dem Maße zuspitzten, wie sich die SED-Führung in eine alle gesellschaftlichen Prozesse leitende Stellung brachte, waren in der DJV anzutreffen. Richtig ist auch, daß durch Hilde Benjamin und Ernst Melsheimer (1897-1960; Leiter der Abteilung Gesetzgebung, später Vizepräsident der DJV und von 1949-1960 Generalstaatsanwalt) Schlüsselpositionen in der DJV durch Kommunisten besetzt waren. Hingegen sind die Belege für die Behauptung, daß Hilde Benjamin die eigentliche Chefin der DJV war und über ein eigenes Informationssystem verfügte (S. 59),

nicht stichhaltig genug. Ganz anders als die angeführten Zeitzeugen schildert Wolfgang Abendroth (1906-1985), der, bevor er sich 1948 einem möglichen Zugriff durch den sowjetischen Geheimdienst entziehen mußte, in der DJV in die Volksrichterausbildung integriert war, ihr Auftreten. Insbesondere bei Konflikten, die auch auf der Beharrung auf zu strenger Parteidoktrin durch SED-Mitglieder beruhten, war ihm stets Hilde Benjamin, die er zugleich menschlich schätzen lernte, eine Hilfe.¹¹

Im Dezember 1949 wurde Hilde Benjamin, die auf der 1. Juristenkonferenz der SED (1./2. März 1947!) auch in den Rechtspolitischen Ausschuß beim Zentralsekretariat der SED gewählt worden war (S. 76), Vizepräsidentin des OG und gleichzeitig Vorsitzende für erstinstanzliche Strafverfahren. (S. 78) Es ist die Art und Weise der Ausführung dieser Funktion, die heute nicht zu Unrecht der schärfsten Kritik unterzogen wird. Dreizehn erstinstanzliche Urteile wurden unter ihrem Vorsitz vom ersten Strafsenat des OG gefällt, in denen auf z.T. exorbitant hohe Freiheitsstrafen sowie zweimal auf Todesstrafe erkannt wurde. In der Biographie werden die einzelnen politischen Strafverfahren, die die sogenannten Konzernprozesse sowie Verfahren auf der Grundlage des berechtigten Artikel 6 Abs. 2 der Verfassung der DDR von 1949 (Kriegs- und Boykotttätze) umfaßten, dargestellt. In wohlthuender Differenz zu anderen Publikationen¹² verweist die Verfasserin auf den zeithistorischen Kontext der 1950 geführten Strafverfahren gegen Mitarbeiter der Deutschen Continental Gasgesellschaft (DCGG) sowie gegen Angehörige des Solvay-Konzerns. In Ausführung des Potsdamer Abkommens, in dem die Alliierten aufgrund der Beteiligung des deutschen Großkapitals an den Verbrechen des Hitlerfaschismus für eine Demokratisierung Deutschlands auch die Zerschlagung der Großagrarien und Konzerne für notwendig hielten, wurden auf der Basis entsprechender SMAD-Befehle in der SBZ weitgehende Enteignungen durchgeführt. (S. 83f.) Gegen die Überführung von Konzernen und anderen Betrieben in Volkseigentum und die damit einhergehende wirtschaftliche Umwälzung gab es wiederum Widerstand. Beispielsweise versuchten führende Vertreter der DCGG, Teile des Unternehmens durch Verlagerung in den Westen der Enteignung zu entziehen.¹³ Trotzdem sind sowohl der DCGG- als auch der Solvay-Prozeß grundsätzlich zu kritisieren: Offensichtlich ging es nämlich in jenen Verfahren nicht nur darum, durch das Potsdamer Abkommen legitimierte Entwicklungen strafrechtlich zu schützen. Ein Blick hinter die Fassade (sprich: in die SED-Akten) dokumentiert auch eine Inanspruchnahme des Strafrechts durch Fremdinteressen. Ziel des DCGG-Prozesses war es neben der Legitimierung der Enteignungen auch, wirtschaftliche Schwierigkeiten als ausschließliche Folge äußerer Angriffe erscheinen zu lassen und möglichen politischen Widerstand bürgerlicher Blockpolitiker gegen die herrschende Politik präventiv zu unterbinden.¹⁴ Zudem galt das Volkseigentum, als eine der Säulen der Gesellschaftskonzeption des sozialistischen Aufbaus, schon zu diesem Zeitpunkt als »heilig« und »unantastbar«.¹⁵ Entsprechende Angriffe sollten daher die volle Wucht des Strafrechts spüren.¹⁶ Um diese Wirkungen zu erzielen, wurden die Konzernprozesse als

11 Vgl. Wolfgang Abendroth: Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Frankfurt a.M. 1981, S. 201.

12 Vgl. Rudi Beckert: Die erste und letzte Instanz, Goldbach 1995.

13 Vgl. Wolfgang Mittmann: Fahndung. Große Fälle der Volkspolizei, Berlin 1995, S. 53 ff.

14 Vgl. mit weiteren Quellenangaben Falco Werkenstein: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995, S. 57 f.

15 Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SED (20. bis 24. Juli 1950), Berlin 1951, S. 65.

16 Vgl. Max Fechner: Die demokratische Gesetzlichkeit im Kampf der nationalen Front für die Einheit Deutschlands, in: Neue Justiz, 1949, S. 202.

»Schauprozesse« (beispielsweise im Dessauer Theater!), deren Rahmen durch das Politbüro der SED vorgegeben wurde, inszeniert. Hohe Strafen waren ein zwangsläufiges Resultat.

Der zweite Kritikpunkt richtet sich gegen die juristische Argumentation, die das OG unter Federführung von Hilde Benjamin entwickelte, um diese Ziele zu erreichen. Zum Beispiel erfolgte die Verurteilung im DCGG-Prozeß nach SMAD-Befehl Nr.160, der Sabotage und Diversionsakte unter Strafe stellte. Die Tatbestandsbeschreibungen dieses Befehls, der außerdem in voneinander stark abweichenden Übersetzungen kursierte, waren an sich schon vage. Das OG stellte dazu noch fest, daß für die Erfüllung des Tatbestandes bereits eine Tätigkeit genüge, die geeignet ist, eine Durchkreuzung staatlicher Organe herbeizuführen, also realiter sie gar nicht durchkreuzen muß! Daneben wurden die Tatbestände zu »Unternehmensdelikten« erklärt, was die Gleichsetzung von Vollendung und Versuch der Tat (später sogar die Vorbereitung), von Täter und Gehilfen bedeutete.

Ähnlich verhielt es sich mit der Anwendung des Tatbestandes der »Boykotthetze« durch das OG unter Vorsitz von Hilde Benjamin. Gegenstand der »Schauprozesse« waren überwiegend strafrechtlich durchaus relevante Handlungen solcher Organisationen wie der »Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit« oder des »Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen«.¹⁷ Doch dehnte das OG die Strafbarkeit nach Art. 6, Abs. 2 der Verfassung, der ohnehin schon durch ein inakzeptables Maß an Unbestimmtheit sowie einen viel zu weiten Strafrahmen charakterisiert war, mit Hilfe des Konstrukts des »Unternehmens« bereits auf entfernteste Vorbereitungs-handlungen aus, was wiederum eine Instrumentalisierung in der Systemauseinandersetzung und einen z.T. krassen Widerspruch zwischen den angeklagten Taten und ausgeworfenen hohen Strafen zur Folge hatte. Den nachgeordneten Gerichten ermöglichte die Rechtsprechung des ersten Strafsenats des OG unter Vorsitz Hilde Benjamins, worauf im vorliegenden Buch nicht eingegangen wird, in vielen Urteilen jegliche Kritik an der herrschenden Politik, die oft unter Wahrnehmung des Rechts auf freie Meinungsäußerung artikuliert wurde, nach Art. 6 zu bestrafen. Mit seiner uferlosen Auslegung schuf das OG eine Situation, die es erlaubte, weniger an konkrete Handlungen als an die jeweilige Gesinnung mit den Tatbeständen des politischen Strafrechts anzuknüpfen und die Rechtsanwendung aktuellen politischen Zwecken unterzuordnen. Gleichzeitig wurden mit dieser Praxis die Rechtsforderungen der Juristen der RHD, die diese innerhalb der Strafrechtsreformdiskussion in der Weimarer Republik für die KPD erhoben hatten, konterkariert.¹⁸

Die von Hilde Benjamin mitbestimmte Judikatur des OG in jenen Jahren entsprach dem sich Ende der vierziger/Anfang der fünfziger Jahre als herrschend in der DDR herauskristallisierenden Rechtsverständnis, nach dem das Recht immer nur eine Funktion der Staatsmacht, niemals deren Maßstab sein kann. Diese Auffassung, nach der das Recht auf dem Weg zur sozialistischen Gesellschaft als Hebel des Fortschritts fungiere, sprach dem Recht jegliche Eigenständigkeit und überdies die Allgemeinheit ab, um die

17 Vgl. Frank Hagemann: Der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen 1949-1969, Frankfurt a.M. 1994.

18 Vgl. Volkmar Schöneburg: Kriminalwissenschaftliches Erbe der KPD 1919 bis 1933, Berlin 1989.

Normativität des Rechts in einer gegebenen Situation zugunsten der scheinbar entwicklungslogisch vorbestimmten gesellschaftlichen Dynamik zu relativieren.¹⁹ Nicht zufällig steht die Flexibilisierung des Rechtssystems in einem engen Zusammenhang mit der Rezeption der Positionen des sowjetischen Generalstaatsanwalts Wyschinski (1883-1954) zur Rolle des Richters als qualifizierten politischen Funktionärs (S. 117), aber auch seines Rechtsbegriffs²⁰, gepaart mit der falschen stalinschen Legitimationsformel von der ständigen Verschärfung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus. Insbesondere Hilde Benjamin blieb von dessen Aussagen stark beeindruckt, was sich noch in ihrem Nachruf auf den Chefankläger der Moskauer Prozesse dokumentiert.²¹ In gewisser Weise reflektieren die Prozesse vor dem OG jene sich durchsetzende Generallinie in der Politik der SED, die statt auf Demokratie-Entfaltung auf Klassenkampf-Verschärfung orientierte.²² Wobei dieses instrumentelle Rechtsverständnis durchaus dem von der Sowjetunion übernommenen Gesellschaftskonzept mit der dominierenden, alle gesellschaftlichen Entwicklungen steuernden Stellung der »Partei neuen Typus« adäquat war. Letztlich entsprach es auch dieser Logik der Rechtsgestaltung als ausschließliches Machtinstrument der Mächtigen²³, wenn die Initiativen für Strafverfahren, ihre Rahmenbedingungen, z.T. ihr Ausgang oder spätere Begnadigungen bis Anfang der 60er Jahre bei als politisch wichtig eingestuften Vorgängen vom Politbüro der SED ausgingen bzw. von diesem festgelegt wurden. (S. 118ff) Zugleich fand ein solches instrumentelles Verständnis vom Recht für Kommunisten wie Hilde Benjamin seine scheinbare Bestätigung in den Erfahrungen mit der Klassenjustiz in der Weimarer Republik und dem Terror der Nazifaschisten. Daneben gab es, worauf die Verfasserin wiederum hinweist (S. 106ff), Rückwirkungen durch die Rechtspraxis in den USA (so die Verurteilung der Rosenbergs wegen Spionage 1951 zum Tode !) und der BRD auf der Grundlage des neuen Staatsschutzstrafrechts von 1951.

Das Buch räumt auch mit der Legende auf, daß Hilde Benjamin Todesurteile mit Freude verkündet habe.²⁴ Ihr Verhältnis zur Todesstrafe war durchaus widersprüchlich. (S. 104 f., 113) Sie folgte aber jenem aus der Sowjetunion stammenden Stereotyp, daß in Zeiten des zugespitzten Klassenkampfes die Todesstrafe als Verteidigungsmittel des proletarischen Staates unabkömmlich sei, ohne dieses beliebig einsetzbare Rechtfertigungsmuster weiter zu hinterfragen. Die Argumentation ist fast identisch mit der deutscher Kommunisten in der Internationalen Juristischen Vereinigung 1929/30, als diese die Anwendung der Todesstrafe in der Sowjetunion gegenüber kritischeren Linksintellektuellen zu legitimieren suchten.²⁵ Insgesamt kann konstatiert werden, daß Hilde Benjamins Ansichten zur Strafrechtsanwendung sehr stark durch ein Freund-/Feindbild oder (wie es später hieß²⁶) durch das »Differenzierungsprinzip« geprägt wären: Während den wirklichen oder vermeintlichen Klassenfeind aus generalpräventiven Gesichtspunkten heraus die ganze Schärfe des Strafgesetzes treffen sollte, galt es, dem gestrauchelten Werkträgern und Jugendlichen in Anknüpfung an Auffassungen sozialistischer Kreise von vor 1933 die hilfreiche

19 Vgl. mit weiteren Quellen Hermann Klenner: Über Vorverständnisse von Recht in neuerer Zeit, in: Politisches Denken. Jahrbuch 1995/96, Stuttgart/Weimar 1996, S. 54 f.; Sigrid Mendel: Legitimation und Partei Herrschaft in der DDR, Frankfurt a.M. 1992, S. 97f.

20 Vgl. A.J. Wyschinski: Die Hauptaufgaben der Wissenschaft vom sozialistischen Sowjetrecht, in: Sowjetische Beiträge zur Staats- und Rechtstheorie, Leipzig 1953, S. 76 (»Das Recht ist die Gesamtheit der Verhaltensregeln, die den Willen der herrschenden Klasse ausdrücken und auf gesetzgeberische Weise festgelegt sind... Die Anwendung dieser Regeln wird durch die Zwangsgewalt des Staates gewährleistet zwecks Sicherung, Festigung und Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Zustände, die der herrschenden Klasse genehm und vorteilhaft sind.«)

21 Vgl. Hilde Benjamin: Andrej Januarjewitsch Wyschinski. Aus dem Nachruf des Ministers der Justiz, in: Staat und Recht, 1954, S. 691-694; vgl. auch Neue Justiz, 1954, S. 678f.

22 Vgl. Hermann Klenner: Die gescheiterte Alternative, in: Rolf Steding (Hrsg.): Recht in den neuen Bundesländern, Hamburg 1991, S. 11.

23 Vgl. ders.: Die Rechtskonzeption der SED und ihre Widerspiegelung in der Rechtsordnung der DDR, in: Dietmar Keller u.a. (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. II, Berlin/Bonn 1994, S. 160 ff.

24 Vgl. Gilbert Furian: Der Richter und sein Len-

ker. Politische Justiz in der DDR, Berlin 1992, S. 14 (Interview mit R. Beckert).

25 Vgl. W.I. Lenin: Werke, Bd. 30, Berlin 1961, S. 318; Revue der Internationalen Juristischen Vereinigung (IJV), 1930, S. 30; Eduard Alexander: Die Internationale Juristische Konferenz in Berlin, in: Inprekorr, 1929, S. 2719 sowie die Kontroverse zwischen F. Bill, E. Paschukanis und A. Apfel, abgedruckt in: Das Tage-Buch, 1929, S. 2168-2171, S. 2221 und S. 2223. Der vollständige Brief von Paschukanis, der Teilnehmer der Gründungskonferenz der IJV in Berlin war, befindet sich im alten KPD-Archiv (IfGA, ZPA 12/711/5).

26 Vgl. Walter Ulbricht: Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945 bis 1958, Berlin 1958, S. 534, 633; Protokoll des V. Parteitages der SED, Berlin 1959, S. 1549.

27 Vgl. Hilde Benjamin: Aus Reden und Aufsätze, Berlin 1982, S. 59.

28 Vgl. Volkmar Schöneburg: Strafrecht und Staatssozialismus, in: Dietmar Keller u.a. (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. II, a.a.O., S. 182.

29 Vgl. ders.: Strafrecht und Strafrechtsdenken in der DDR: Kontinuität deutscher Strafrechtsgeschichte? - Der StGB-Entwurf von 1953, in: Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, 9/1996, S. 44 ff.

30 Vgl. IfGA, ZPA IV 2/13/409; Gerda Grube: Das juristische Studium und die Fortbildung der Richter, in: Neue Justiz, 1953, S. 67.

Hand der Resozialisierung zu reichen.²⁷ Beide Seiten waren auch Grundlage ihrer Arbeit in den Gesetzgebungskommissionen in der DDR. (S. 176ff.) So wird im Strafrechtsergänzungsgesetz (StEG) von 1957, an dessen Erarbeitung Hilde Benjamin wesentlich beteiligt war, einerseits der Art. 6, Abs. 2 der Verfassung in mehrere konkretere Staatsschutzstrafatbestände unter Beibehaltung exorbitant hoher Strafandrohungen aufgeschlüsselt, was die Normierung der Rechtsprechung des OG unter Vorsitz der Vizepräsidentin war. Andererseits sah das StEG den Ausschluß strafrechtlicher Verantwortlichkeit wegen Geringfügigkeit mangels schädlicher Folgen und die bedingte Verurteilung sowie den öffentlichen Tadel als neue, weniger destruktive Strafarten vor. Übrigens konnte sich die damalige Justizministerin hinsichtlich einer weniger häufigen Androhung der Todesstrafe im StEG gegen den Einspruch Erich Mielkes nicht durchsetzen. (S. 188 f.) Aber den fast gleichzeitigen Vorstoß des OG, die Todesstrafe gänzlich aus dem Strafrecht der DDR zu verbannen, was wiederum den Forderungen der Arbeiterparteien in der Weimarer Republik entsprochen hätte, versagte sie die Unterstützung.²⁸

Der Autorin der Biographie ist es jedoch entgangen, daß Hilde Benjamin bereits die Gesetzgebungskommission zur Erarbeitung des kurz erwähnten (S. 190) Strafgesetzbuchentwurfs von 1952/53 leitete. Die Auswertung dieses Materials hätte zu Tage gefördert, daß viele Straftatbestände des StEG von 1957 lediglich (manchmal leicht veränderte) »Auskopplungen« aus diesem nicht verabschiedeten Entwurf sind.²⁹ In den Entwurf von 1952/53 war auch das Volkseigentumsschutzgesetz vom Oktober 1952, das einen hypertrophierten Schutz vor Delikten gegen die neuen Eigentumsformen beinhaltete (ein Jahr Zuchthaus als Mindeststrafe!), integriert. Die Verfasserin hebt hervor, daß Hilde Benjamin im August 1953 die schematische Anwendung dieses Gesetzes durch die Gerichte bei geringfügigen Taten (beispielsweise Diebstahl einer volkseigenen Bockwurst) kritisiert hat. (S. 188) An dieser Stelle muß korrigierend ergänzt werden: Viele Strafgerichte in der DDR versuchten, die hohe Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus, die das Gesetz vorsah, durch Anwendung der bedingten Strafaussetzung (§ 346 StPO) zu umgehen. Dies wiederum wurde seitens der SED-Führung als »versöhnlerische« Haltung gebrandmarkt.³⁰ Hilde Benjamin und Max Fechner (1897-1960), bis 1953 Justizminister, verwiesen wiederholt darauf, daß »Verbrechen gegen das Volkseigentum ihrer Schwere nach neben Verbrechen gegen unseren Staat stehen«³¹ und wandten sich gegen die »opportunistischen Haltungen«³² in der Richterschaft. Ganz in diesem Sinne war dann eine Richtlinie des OG vom 29. April 1953 gehalten. Doch war eine solch repressive Strafpolitik gar nicht durchzustehen. Schon im Mai 1953 stellte Melsheimer fest: Am Ende des Jahres würden allein 40 000 Menschen wegen Verletzung des Gesetzes im Zuchthaus sitzen, was schlechterdings untragbar sei.³³ Also legte nun eine Rundverfügung vom 26. Mai 1953 des Generalstaatsanwalts, des MdJ und des Präsidenten des OG fest, daß das Gesetz nicht formal auf kleine und geringfügige Angriffe angewendet werden dürfe. Das Paradoxon, daß nun Hilde Benjamin diese verfehlte Straf-

politik den unteren Gerichten anlastete, ist nur ein weiteres Beispiel dafür, wie die Partei- und Staatsführung in der DDR eigene Fehlleistungen kaschierte, leugnete und sich selbst aus der Verantwortung nahm. Die Fehler wurden eben nach ulbrichtscher Maßgabe im »Vorwärtsschreiten überwunden«!

Im Kontext mit Hilde Benjamins Gesetzgebungsarbeiten in den fünfziger Jahren wird auch ihre Beteiligung an der wissenschaftlichen Diskussion erwähnt. (S. 178) Unberücksichtigt geblieben ist, daß sie und Hans Gerats als »Anleiter« zum »Kollektiv der Strafrechtler« zählten. Dieses Kollektiv, dem noch Jochen Renneberg und John Lekschas angehörten, wurde auf einem Dozentenlehrgang 1951 in Forst-Zinna gebildet. Ziel des Lehrgangs war es, für die z.T. vakanten Lehrstühle an den Universitäten Dozenten auszubilden. Das »Kollektiv der Strafrechtler« erarbeitete an der Deutschen Verwaltungsakademie in Forst-Zinna für ihr Lehrgebiet Vorlesungen. Zudem sind der dortigen Arbeit eine Reihe grundlegender Publikationen entsprungen, die die theoretische Basis der Reformarbeiten jener Zeit abgaben.³⁴ Renneberg und Lekschas avancierten später zu den führenden Strafrechtswissenschaftlern in der DDR, die u.a. an der Ausarbeitung des 1968 (nicht 1967!) verabschiedeten StGB wesentlich beteiligt waren. Diese fast zehnjährige Tätigkeit stand wiederum unter der Leitung von Hilde Benjamin. (S. 190 ff.) Die Neukodifikation des gesamten Strafrechts war ein in vielen Teilen fortschrittliches und international beachtetes Reformwerk. Es unterscheidet sich gravierend von dem Entwurf von 1952/53, auch wenn der Begriff des »Unternehmens« seine Wurzeln in der Rechtsprechung der fünfziger Jahre besitzt. (S. 205) Jedenfalls sind die Verschärfungen, vor allem des politischen Strafrechts, aber auch der Rückfallbestimmungen und die der sog. Asozialität, die eine extensive Verfolgung Andersdenkender ermöglichten, erst auf Novellierungen in den siebziger Jahren zurückzuführen, können also Hilde Benjamin nicht mehr angelastet werden.

Wiederum quellenreich belegt die vorliegende Biographie, daß sich Hilde Benjamin nach dem Zusammenbruch des Hitlerfaschismus auf dem Feld des Familienrechts und für die Gleichberechtigung der Frauen besonders stark engagierte. (S. 206 ff.) Hier scheint am deutlichsten ihre soziale Utopie, deren Verwirklichung sie anstrebte, auf. Bruchlos konnte sie an alte Forderungen der Arbeiterbewegung zur Gleichberechtigung der Frauen in der Familie und im Berufsleben, zur Aufhebung der Diskriminierung alleinstehender Mütter und unehelicher Kinder sowie zur Veränderung des Scheidungsrechts anknüpfen. Vieles von dem wurde in der DDR gesetzgeberisch umgesetzt, wobei manches (beispielsweise das Abtreibungsrecht) auch widersprüchlich verlief.

Am 15. Juli 1953 wurde Max Fechner seines Amtes als Justizminister der DDR enthoben, aus dem ZK der SED ausgeschlossen und 1955 in einem Geheimprozeß vor dem OG zu einer Freiheitsstrafe von acht Jahren verurteilt. Auslöser dafür war ein Interview Fechners im ND vom 30. Juni 1953, in dem er u.a. mitteilte, daß Angehörige der Streikleitungen vom 17. Juni 1953 nicht bestraft würden. (S. 127) Nachfolgerin Fechners wurde Hilde Benjamin,

31 Hilde Benjamin: »Volkeigentum ist unantastbar!«, in: Neue Justiz, 1953, S. 62.

32 Max Fechner: Über Schwerpunkte der Rechtsprechung in Straftaten, in: Neue Justiz, 1953, S. 227.

33 Vgl. IfGA, ZPA IV 2/13/409.

34 Vgl. John Lekschas: Zum Aufbau der Verbrechenslehre unserer demokratischen Strafrechtswissenschaft, Berlin 1952, S. 3; Von den Anfängen der marxistisch-leninistischen Rechtswissenschaft in der DDR. Ein Gespräch mit Teilnehmern des ersten Lehrgangs für wissenschaftliche Aspiranten (Forst Zinna), in: Neue Justiz, 1989, S. 351-355.

was das Politbüro der SED gleichzeitig mit der Absetzung Fehners am 14. Juli beschlossen hatte. Der Leser erhält Informationen über den autoritären Leitungs- und den Arbeitsstil der Ministerin, der durch großen Fleiß und dementsprechend hohe Anforderungen an die Mitarbeiter gekennzeichnet war; über den Ausbau der Justizsteuerung, beginnend mit einem Operativstab, der zur strafrechtlichen Reaktion auf den 17. Juni gebildet wurde; über ihre Auffassung von sozialistischer Gesetzlichkeit und Parteilichkeit; über den Kompetenzverlust des Justizministeriums nach dem Rechtspflegeerlaß 1963 und über ihre Mitarbeit in der »Justizkommission«, die die dem Politbüro vorgelegten Urteilstvorschläge zu begutachten hatte. Interessant ist, daß Hilde Benjamin in einem Schreiben vom 3. Dez. 1962 an den Leiter der Abteilung Staats- und Rechtsfragen des ZK der SED die Richtigkeit dieser Vorgehensweise in Frage stellt. (S. 154) Aus den Akten des Politbüros geht hervor, daß sich dieses seit 1963 nur noch einmal (1971) mit einem Strafverfahren beschäftigte. (S. 155) Als Justizministerin versuchte Hilde Benjamin, auch der Justiz eine gewisse Eigenständigkeit zu bewahren, ordnete sich aber wie auch in anderen Fragen letztlich immer der herrschenden Ulbricht-Linie unter. (S. 158)

Keinen Aufschluß liefert die Arbeit über ihre unrühmliche Rolle in den Verfahren gegen die Janka/Harich-Gruppe.³⁵ Das bisher Bekannte deckt sich aber mit ihrer generell harten Haltung gegen vermeintliche und wirkliche Gegner der DDR.

Am 13. Juni 1967 mußte Hilde Benjamin nach dem Willen der SED-Spitze als Justizministerin zurücktreten. Die Gründe für das unfreiwillige Ausscheiden bleiben im Dunkeln. (S. 224) Bis zu ihrem Tode am 18. April 1989 übernahm sie den Lehrstuhl »Geschichte der Rechtspflege« an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften, wo unter ihrer Ägide rein apologetische Publikationen zur Geschichte der Rechtspflege erschienen sind,³⁶ deren kritische Bewertung in der DDR nicht veröffentlicht werden durfte. Zudem förderte sie Forschungen zur RHD in der Weimarer Republik. Sicher aus nicht ganz selbstlosen Motiven. Aber vielleicht auch, um an die Ursprünge des eigenen Schaffens noch einmal zurückzukehren.

Hilde Benjamin war zwar seit 1954 Mitglied des ZK der SED, gehörte aber nie dem engsten Führungskreis an. Die Autorin mutmaßt, daß dies neben ihren Erlebnissen aus der Nazizeit ein Grund für ihre Unerbittlichkeit gewesen sei. In gewisser Weise symbolisiert das Leben Hilde Benjamins auch die Tragik der gescheiterten Alternative. Eine Alternative, zu deren Verständnis gerade auch der biographische Zugang beiträgt. Trotz einiger Lücken ist dafür die vorliegende Arbeit ein solider Beitrag.

35 Vgl. Walter Janka: Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Berlin/Weimar 1990, S. 83 ff.

36 Vgl. Zur Geschichte der Rechtspflege der DDR, Bd. 1 bis 3, Berlin 1976, 1980 und 1986.

LÁSZLÓ ANDOR

Für den Osten nichts als Versprechungen

Nachdem auf dem NATO-Gipfel von Madrid im Juli 1997 beschlossen wurde, mit Ungarn, Tschechien und Polen in Beitrittsverhandlungen einzutreten, könnten sich diese Länder bald in demselben Boot wieder finden, in dem die Türkei schon lange sitzt – nämlich in der Gruppe jener Staaten, die zwar Mitglied der NATO sind, deren Beitrittsbegehren zur Europäischen Union aber immer wieder auf die lange Bank geschoben werden.

Die Ankündigung der US-Amerikaner, sich für eine Osterweiterung der NATO durch die Aufnahme der drei genannten Länder einzusetzen, fiel zeitlich beinahe zusammen mit der erneuten Ablehnung eines umfassenden, dem Marshall-Plan ähnlichen Hilfsprogrammes für die ehemals sozialistischen Länder Mittel- und Osteuropas durch Präsident Clinton, die dieser anlässlich des 50. Jahrestages des Beginns der Marshall-Plan-Hilfe für das Nachkriegswesteuropa wiederholte. Wann und wo auch immer in den zurückliegenden Jahren westliche Politiker das Projekt eines »neuen Marshall-Plans« für Mittel- und Osteuropa zurückgewiesen haben, beteuerten sie zugleich inbrünstig, daß dieses Mal das ausländische Privatkapital die Aufgabe übernehmen würde, die vom Wirtschaftskrieg im Kalten Krieg und vom Kollaps des östlichen Handelsblocks (des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, wie er offiziell genannt wurde) zerrütteten mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften wiederaufzubauen.

Dies alles erinnert in fataler Weise an die US-amerikanische Politik nach dem Ersten Weltkrieg, als ebenfalls privates Kapital in großem Umfang in die zerstörten Volkswirtschaften Europas, einschließlich Deutschland, expandierte. Aufgrund des anarchischen Charakters dieser Kapitalbewegungen konnte dadurch jedoch die sich anbahnende größte wirtschaftliche und soziale Katastrophe dieses Jahrhunderts nicht verhindert werden. Die US-Amerikaner unternahmen damals in den zwanziger Jahren zu wenig und zu spät, um die Schuldenlasten Deutschlands zu reduzieren. Statt dessen unterstützten sie noch jene rigiden monetaristischen Konzepte, die die wirtschaftliche Depression nur vertieften und verlängerten.

Auch nach dem Fall der Berliner Mauer nahmen die ausländischen Investitionen in Mittel- und Osteuropa zu, ohne daß sie bis heute jedoch zu einer tatsächlichen Rekapitalisierung der Region geführt hätten. Ungarn z.B., in das bis 1996 etwa die Hälfte aller privaten Direktinvestitionen in der Region geflossen sind, weist ein niedrigeres Wachstum des Bruttoinlandprodukts auf als Polen,

László Andor – Jg. 1966; Herausgeber der politisch-theoretischen Zeitschrift »Eszmélet«, lehrt an der Ökonomischen Universität Budapest im Fachbereich für Politische Wissenschaft; Autor des Buches »Market Failure« (zusammen mit M. Summers), letzte Veröffentlichung in »UTOPIE kreativ« in Nr. 63 (Januar 1996) »Peripherisierung in Ungarn«.

»US-Präsident Bill Clinton hat darauf bestanden, daß die NATO in einer ersten Runde nur um Polen, Ungarn und Tschechien erweitert wird. Der französische Präsident Jacques Chirac dagegen forderte zunächst die Aufnahme von Slowenien und Rumänien.«
Aus: »Neues Deutschland« vom 9. Juli 1997.

»Allein die Aufnahme Tschechiens, Polens, Ungarns und der Slowakei, so das Budgetbüro des US-Kongresses ... in einer Modellrechnung Ende 1996, würde in den nächsten 15 Jahren bis zu 124,7 Mrd. Dollar kosten. 42 bis 51,8 Mrd. davon müßten die NATO-Neulinge aufbringen, um ihre Streitkräfte auf Pakt-Standard zu bringen und sich fit zu machen für die Strategie weltweiter Interventionsfähigkeit. (...) (Bei den Waffen) ... wittern staatliche Waffenhändler wie die großen Rüstungsfirmen fette Geschäfte. So hat das Pentagon den heißesten NATO-Anwärtern schon mal moderne Kampfflugzeuge im Wert von bis zu acht Milliarden Dollar angeboten.«
Olaf Standke in: »Neues Deutschland« vom 8. Juli 1997.

Tschechien, die Slowakei oder Rumänien – alles Länder, die andere und sogar langsamere Formen der Privatisierung der Wirtschaft anwandten.

Immer wieder hat das offensichtliche Versagen der entfesselten Marktkräfte bei einer schnellen wirtschaftlichen Erholung und einer Verbesserung des Lebensstandards für die Mehrheit der Bevölkerung in den östlichen Reformländern die Debatten über die Notwendigkeit und die Möglichkeit eines 'neuen Marshall-Planes' neu angeheizt. Daß die Auseinandersetzungen darum nie wirklich verstummt, kann als Beweis für die andauernde gesellschaftliche Instabilität gelten, der Politiker wie andere Vertreter der öffentlichen Meinung Tribut zollen müssen. Diese Instabilität in den Ländern Mittel- und Osteuropas hat verschiedene Seiten. Sie betrifft die Entsicherung der persönlichen Verhältnisse all derer, die arbeitslos werden oder deren sozialstaatliche Absicherungen verlorengehen; damit verbunden ist die Kriminalisierung der Wirtschaft – von allgegenwärtiger simpler Steuerhinterziehung bis zur Öl-Mafia –; da ist das Wiederaufleben ethnisch motivierter Gewalt und rassistischer Aggressionen und schließlich betrifft dies auch die neuen Kapitalisten, deren neuen Besitztümern oft die rechtliche Legitimation fehlt.

Die wahre Ursache für diese allgemeine Entsicherung liegt im Transformationsprojekt selbst beschlossen; nicht zuletzt in dem Versuch, eine kapitalistische Gesellschaft mittels einer neoliberalen Schocktherapie (schnelle Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung) aus der Taufe zu heben. Der Druck westlicher Regierungen und multinationaler Organisationen, eine solche politische Strategie zu verfolgen, hat faktisch in allen Reformländern Mittel- und Osteuropas Wirkung hinterlassen, selbst in jenen Ländern, deren Regierungen neoliberalen Konzepten eher ablehnend gegenüberstanden. In den Ländern jedoch, in denen die Regierungen sich zumindest für einige Zeit vor den Karren einer neoliberalen Wirtschaftspolitik spannen ließen, waren die Folgen besonders verheerend.

Polen war das Land, in dem die, nach den Wahlen im Sommer 1989 installierte, stramm anti-kommunistisch eingestellte Solidarnosc-Regierung das erste und wahrscheinlich radikalste neoliberale – maßgeblich von Beratern mit »Dritte-Welt«-Erfahrung, einschließlich des berühmt-berüchtigten Havard-Professors Jeffrey Sachs daselbst, inspirierte – Wirtschaftsprogramm ins Werk zu setzen versuchte. Nachdem damit im Januar 1990 begonnen wurde, gelang es der Regierung innerhalb eines Jahres, Millionen von Menschen auf die Straße zu werfen und faktisch überflüssig zu machen. Allein der Zusammenbruch der Massenkaufkraft ermöglichte es, die Inflation zu stoppen und den »Nachfrageüberhang« bei den wichtigsten Lebensmitteln zu beseitigen. Der Preis dafür war allerdings eine sich im Zuge der abnehmenden öffentlichen Unterstützung für das Reformprogramm zuspitzende politische Krise und wachsender Druck auf die Solidarnosc, die sich nach dem Rücktritt von Premierminister Tadeusz Mazowiecki gezwungen sah, noch zwei weitere Premiers zu verschleißern, bis sie schließlich in einer Koalition unter Führung des Chefs der Bauern-

partei Waldemar Pawlak Zuflucht nehmen mußte. Auch die außerordentliche Belohnung für dieses politische Abenteuer durch die USA, die immerhin eine Halbierung der polnischen Auslandsschulden durchsetzten, half jedoch am Ende nichts. Letztendlich mußte die in offensichtlichem Zerfall begriffene Solidarnosc-Bewegung nach den Wahlen im September 1993 der post-kommunistischen Linken die Regierungsgeschäfte überlassen.

Unter dem Eindruck der polnischen Erfahrungen entschlossen sich zwei andere Länder, die ebenfalls unter einer post-kommunistischen Führung standen, die Experimente mit neoliberalen Reformkonzepten nicht fortzusetzen. Trotz starken Drucks durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) verfolgten Rumänien und Bulgarien zurückhaltende, vorsichtige Reformprogramme, obwohl natürlich auch in diesen Ländern die wirtschaftliche Lage nach dem Zusammenbruch des RGW 1991 schweren Verwerfungen ausgesetzt war. Infolge der Anwendung der ›bewehrten‹ Philosophie von Zuckerbrot und Peitsche durch die allmächtigen internationalen Organisationen wurden schließlich jedoch auch diese beiden Länder in Richtung Schocktherapie gedrängt. Anfang 1997 wurde dieses Ziel dann endlich erreicht – die neugewählten Regierungen überantworteten die nationalen Währungen dem freien Fall und senkten die Reallöhne innerhalb weniger Monate in zweistelligen Größenordnungen.

Demgegenüber wurde in der Tschechischen Republik zwar von der neoliberalen Rhetorik weidlich Gebrauch gemacht, ohne sie jedoch wirklich umzusetzen, während sich in Ungarn genau das Gegenteil ereignete; bis 1995 wurde viel über Gradualismus rasoniert und Neoliberalismus praktiziert. Infolge dessen wird Ungarn heute von Massenarbeitslosigkeit und wachsender sozialer wie regionaler Polarisierung heimgesucht, während in Tschechien weiterhin nahezu Vollbeschäftigung herrscht und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen 1997 gerade erst begonnen hat. Ausgerechnet die post-kommunistische Ungarische Sozialistische Partei hat nach 1995 das neoliberale Reformprojekt wiederbelebt, was unter anderem zeitweilig die rechts-populistische Partei der Kleinen Landwirte zur beliebtesten Partei werden ließ und ihr den Ruf einbrachte, als einzige ernsthaft Widerstand gegen die offensichtlich von IWF und Weltbank inspirierte Politik zu leisten. Kürzlich ist nun allerdings angesichts eines gigantischen Handelsbilanzdefizits auch der tschechische Premier Vaclav Klaus zum praktischen Neoliberalismus bekehrt worden, wodurch der bis dato stabilsten und scheinbar erfolgreichsten Variante der Wiedervermarktwirtschaftlichung in Mittel- und Osteuropa quasi über Nacht aller Glanz abhanden gekommen ist.

Anderenorts ist die Lage indessen noch wesentlich dramatischer. Abenteuerliche Finanzspekulationen haben Albanien an den Rand des Bürgerkrieges gebracht. Die schwerwiegendsten Folgen zeitigte das neoliberale Krisenmanagement jedoch im früheren Jugoslawien und in der ehemaligen UdSSR. In Jugoslawien hat die Unvereinbarkeit der Positionen in bezug auf die Geldpolitik und die Verteilung der Auslandsschulden zwischen den föderativen Republiken schließlich zum Zerfall des gemeinsamen Staates geführt. In

»Die Europäische Union wird Ende dieses Jahres entscheiden, ob sie ihre Mitgliederzahl von bisher 15 auf 21 erhöht. Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Estland und Zypern wurden am Mittwoch in Strasbourg von der EU-Kommission als die Länder vorgeschlagen, mit denen Anfang 1998 Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden sollen. (...) Die fünf osteuropäischen Länder haben nach einer Untersuchung der Kommission große Fortschritte bei der Entwicklung von Demokratie und Marktwirtschaft gemacht. Sie müssen aber laut Sauter (EU-Kommissionspräsident - d. Red.) noch 'bedeutende zusätzliche Anstrengungen' unternehmen.«
Aus: »Neues Deutschland« vom 17. Juli 1997.

»Der Türkei werden auch künftig enge Beziehungen zur EU angeboten, aber nicht die angestrebte Mitgliedschaft. Die Türkei ihrerseits warnte die EU vor Beitrittsgesprächen mit dem griechischen Teil Zyperns. Falls diese Pläne voranschreiten, habe die Türkei keine andere Möglichkeit, als sich mit der Nordhälfte der Insel zu vereinigen, sagte Vizepräsident Bülent Ecevit.«
Aus: »Neues Deutschland« vom 16. Juli 1997.

einer neuen Ära der Barbarei haben verschiedene Formen des Militarismus, des ethnischen und des Bandenterrors inzwischen Millionen Opfer unter jenen Völkern gefordert, die früher in zwei großen sozialistischen Föderationen – in der Sowjetunion und in Jugoslawien – friedlich miteinander lebten.

Sowohl in den Ländern, die gemeinsame Grenzen mit diesen Staatengebilden hatten, d.h. in fast allen ex-staatssozialistischen Staaten, als auch unter den in der Region engagierten Geschäftsleuten hat dies zu aufgeregten Debatten darüber geführt, wie Gewalt eingedämmt sowie Recht und Ordnung wieder hergestellt werden könnten. Der beste Weg zur Überwindung der allgemeinen Entsicherung wäre sicherlich wirtschaftliche Entwicklung, die vor allem durch eine beschleunigte Integration dieser Staaten in einen gesamteuropäischen Wirtschaftsraum in Gang gebracht werden könnte. Dadurch könnten in den Transformationsländern Arbeitsplätze und damit wachsende Einkommen für die arbeitenden Menschen in der Region geschaffen und gesichert werden. Dies würde jedoch eine Art konzertierte Aktion von seiten der wichtigsten westeuropäischen Regierungen erfordern. Diese sind jedoch gegenwärtig vollauf damit beschäftigt, ihre einigen Volkswirtschaften zu strangulieren, um in den kommenden fünf Jahren eine einheitliche Währung einführen zu können. Nur 1993 und 1994 waren sie gezwungen, sich stärker mit den Problemen des Ostens zu befassen; das war in den ersten beiden Jahren der Clinton-Administration, als die US-amerikanische Außenpolitik die Beschäftigung mit den Problemen der ehemaligen sozialistischen Länder Mittel- und Osteuropas an die EU überantwortet hatte. Damals versprach die EU den zehn assoziierten mittel- und osteuropäischen Ländern die baldige Mitgliedschaft. Tatsächlich hat die EU jedoch viel zu widersprüchliches, zu wenig und zu spät für die Stabilisierung und Entwicklung in Mittel- und Osteuropa unternommen.

Das Dayton-Abkommen von Ende 1995 – ein reichlich dubioser Friedensvertrag für den Balkan – markiert schließlich die massive Rückkehr der USA auf die politische Bühne in Mittel- und Osteuropa; allerdings nur zum Zwecke einer militärischen Befriedung, ohne darüber hinaus gehende Aussicht auf wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt. Die Entscheidung über die Osterweiterung der NATO ist nichts anderes als die Fortsetzung dieser Politik. Das Dilemma zwischen »mehr Arbeitsplätzen oder mehr Polizei« wurde von der US-amerikanischen und der westeuropäischen Außenpolitik zugunsten der letzteren aufgelöst.

Sicherlich werden die Verhandlungen über die NATO-Mitgliedschaft sich im Zugewinn an Wählerstimmen für die Sozialdemokraten in Polen und die Sozialisten in Ungarn niederschlagen. Die Polen sind wahrscheinlich glücklich, zu einer Verteidigungsallianz zu gehören, deren Atomraketen gegen Moskau gerichtet sind. Sie sollten jedoch nicht vergessen, daß sie im Falle einer tatsächlichen Aggression der Russen gegen den Westen, lange bevor die erste Atomrakete gestartet wird, zuerst mit konventionellen Mitteln Deutschland gegen die vorrückenden russischen Panzer verteidigen müßten. Eine noch wesentlich schwerer wiegende Wahnvorstellung ist jedoch die Erwartung, daß eine NATO-Mitgliedschaft

den ersehnten EU-Beitritt näherbringen würde. Dagegen sprechen schon allein die harten ökonomischen Fakten, die Mittel- und Osteuropa vom Maastricht-Europa trennen. Die Realeinkommen liegen hier nach wie vor erst bei einem Zehntel dessen von Deutschland, der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten ist ungleich größer als in den meisten EU-Ländern und die Konvergenzkriterien für die europäische Währungsunion können im nächsten Jahrzehnt kaum, wenn überhaupt jemals, erfüllt werden.

Die Osterweiterung der EU ist sicherlich unverzichtbar, wenn Osteuropa tatsächlich, d.h heißt ohne autoritäre Strukturen, dauerhaft stabilisiert werden soll. Dies würde allerdings ein viel umfassenderes Herangehen an ein wirkliches europäisches Integrationsprojekt erfordern, ein Projekt ohne diese unpopuläre und die Interessen des Kapitals bedienende Einheitswährung, dafür aber mit mehr Entwicklungspolitik, die diesen Namen verdient, mit weniger Zugeständnissen an die Interessen privatwirtschaftlicher Ressourcenallokation, aber mit umfassenden Sicherheitsstrukturen, wie z.B. die OSZE. Das wäre keineswegs allein im Interesse der Menschen in Mittel- und Osteuropa. Westeuropa könnte ebenfalls eine Menge gewinnen – mehr Sicherheit und positive Rückwirkungen aus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf jeden Fall.

AUS DEM ENGLISCHEN VON ARNDT HOPFMANN

WLADISLAW HEDELER

Für einen neuen Sozialismus

Am 9. Dezember 1996 schlossen sich die gesellschaftlichen Vereinigungen »Bund der Realisten«¹, die Konstruktiv-ökologische Bewegung Rußlands »Kedr«, der Sozialistische Jugendverband Rußlands und die Sozialistische Partei der Werktätigen zur Rußländischen Bewegung für einen neuen Sozialismus zusammen². Die Registrierung beim Justizministerium der Russischen Föderation erfolgte am 19. Februar 1997.

Ein entscheidender Grund, sich auf ein gemeinsames Programm zu einigen, war das Bestreben, endlich etwas gegen die sich ständig vertiefende wirtschaftliche und politische Krise in Rußland zu tun, den zerstörerischen Tendenzen eine konstruktive entgegenzusetzen. Das sollte zunächst außerhalb des Parlaments geschehen, denn die Duma hatte sich nach Meinung der Mitglieder der neuen Vereinigung bisher nicht als konstruktive politische Kraft profilieren können. Hinzu kam ihre Besorgnis darüber, daß die Regierung die Mittel für jene Einrichtungen zusammenstrich, die sich mit dem Umweltschutz beschäftigen. Der sich immer mehr auf die permanente Umgestaltung des Apparates reduzierenden Reform setzten die Mitglieder der neuen Bewegung ihre Orientierung auf den neuen Sozialismus entgegen.

Was sie darunter verstehen, umriß Juri Wladimirowitsch Petrow³ in seinem Referat auf dem 1. Kongreß der Rußländischen Bewegung für neuen Sozialismus am 21. Februar 1997⁴, an dem 128 Delegierte teilnahmen. Der angestrebte neue Sozialismus wird sich grundlegend von dem Modell, das es in der UdSSR gegeben hat, unterscheiden. Es soll ein menschlicher und demokratischer Sozialismus sein, den nichts mit dem »Obschtschina-Sozialismus« der ersten Jahre der Sowjetmacht und nichts mit dem staatsbürokratischen der letzten Jahre der UdSSR verbindet.

Die postindustrielle Epoche, das Zeitalter der Information verlangt nach einer Gesellschaft, die der technologischen Entwicklung keine Schranken setzt. Der neue Sozialismus mit seinem rationell funktionierenden System »Mensch – Gesellschaft – Natur« schafft hierfür die notwendigen Rahmenbedingungen. Eine Lösung, unter der die neue Bewegung agiert, lautet »Alles für den Menschen – alles zum Wohle des Menschen«. Die für die Vereinigung eintretenden Organisationen verfügen über ein Netz von Basisgruppen in 74 Regionen des Landes, in denen viele kompetente Menschen tätig sind.⁵ Der Grundstein ist gelegt, jetzt müssen nur noch die Massen für die Idee gewonnen werden. Der Kongreß stimmte der

Wladislaw Hedeler – Jg. 1953, Dr. phil., Philosophiehistoriker, Berlin.

1 Der aus dem Club der Realisten (gegründet am 14. März 1994) hervorgegangene Bund der Realisten existiert seit dem 11. Februar 1995. Die Realisten treten für die Wiedergeburt Rußlands als wirklicher Volksmacht ein.

2 Sojus obschtschestwennych objedinenij »Rossijskoe dwishenie sa nowyj sozializm«.

3 J. W. Petrow (Jg. 1939), Parteifunktionär seit 1967, stand 1991 der Administration des Präsidenten vor.

4 In: Materialy I sjesda Rossijskogo dwishenija sa nowyj sozializm. Auszüge in: Realist, Nr. 5(43), 5.-11. 3. 1997, S. 2. Siehe auch das im Vorfeld des Kongresses veröffentlichte Interview

Empfehlung des Initiativkomitees zu, eine Zeitschrift »Sozialismus des XXI. Jahrhunderts« zu gründen, die diese Ideen propagiert. Für Ende 1997, Anfang 1998 ist eine internationale Konferenz geplant. In die Kampagne zur Propagierung des neuen Sozialismus sind die Zeitung »Realist«⁶ und die Zeitung der Ökologiebewegung »Spasenie« (»Rettung«) einbezogen.

In Vorbereitung auf den Gründungskongreß erfolgten Sondierungsgespräche mit Vertretern zahlreicher sozialistischer Bewegungen, darunter der Vereinigten Industriepartei Rußlands (Rossijskaja objedinennaja promyschlennaja partija), dem Bund der Arbeit (Sojus truda), der Agrarpartei Rußlands⁷, der Volks-Union, der Neuen Linken⁸, der Russischen Volkssozialistischen Partei, der Sozialdemokratischen Union u.a.

Ljudmila Stepanowna Wartasorowa,⁹ Co-Vorsitzende der neuen Bewegung und Vorsitzende der Sozialistischen Partei der Werktätigen, legte auf dem Kongreß die Ziele und Prinzipien des der Vereinigung zur Diskussion und Abstimmung vorgelegten Programm-entwurfes dar.¹⁰ Sie leitete ihr Referat mit der Feststellung ein, die Entwicklung habe gezeigt, daß sich sozialdemokratische Konzepte nicht für Rußland eignen. Sowjetrußland, die Sowjetunion und Rußland haben verschiedene »Sozialismen« ausprobiert. Mit Blick auf die jüngste Geschichte läßt sich der Beweis erbringen, daß Sozialismus und Gewalt durchaus keine Zwillingsbrüder sind. In den letzten zehn Jahren haben verschiedene politische Kräfte versucht, die Russen zu Einsiedlerkressen zu erziehen. Das sei ihnen aber nicht gelungen, denn die Menschen halten an einigen Werten der untergegangenen Gesellschaft fest. Die Wurzeln dieser Wertvorstellungen reichen weit in die russische Geschichte zurück. An diese Werte knüpft der neue Sozialismus, den die Bewegung im Rahmen einer Politik der kleinen Schritte verwirklichen will, an.

Ein Wesenszug des neuen menschlichen und soziale Gerechtigkeit garantierenden Sozialismus ist die Basisdemokratie. Diese wird und muß direkter sein, als die von der Duma praktizierte Vertretungsdemokratie. Der russische Staat, der noch nicht zum Rechtsstaat herangereift ist, könne unter dem Motto »Das Recht steht höher als der Präsident« errichtet werden. Im neuen Sozialismus werden sich Eigentum und Markt entfalten können. Die strategisch wichtigen Bereiche, die von entscheidender Bedeutung für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt sind, müssen als staatlicher Sektor erhalten bleiben, es muß alles darangesetzt werden, einen richtigen Markt an die Stelle des vorhandenen primitiven zu setzen. Es wird Bereiche geben, in denen Marktmechanismen keine Priorität haben. Die Wirtschaft muß eine ökologische sein.

In einer Zeit, in der der Präsident aufgerufen hat, nach einer einigenden nationalen Idee zu suchen, will die Bewegung bescheidenere Ziele anstreben. Um die Herausbildung einer russischen Idee zu befördern, will sie zunächst unter der Losung »Bürger Rußlands – das klingt stolz« agieren.

An die Vorträge schloß sich eine Debatte an, in der zahlreiche Redner¹¹, darunter ausländische Gäste¹² das Wort ergriffen. Bisher sind Sammelbewegungen der Linken in Rußland meist gescheitert,

»Der neue Sozialismus ist ein Volkssozialismus«, in: Realist, Nr. 3 (41), 12.-18. 2. 1997, S. 2.

5 In 16 Regionen der 89 Subjekte der Russischen Föderation sind alle Gründungsorganisationen vertreten, in 25 drei, in 21 zwei. In 15 Regionen gibt es bisher keine. Über die Gestaltung der Regionalpolitik sprach der Co-Vorsitzende der Bewegung und Vorsitzende von »Kedr«, A. A. Panfilow. Materialy I sjesda Rossijskowo dwschenija sa nowyj sozialism. Moskau 1997, S. 32-36.

6 Die Zeitung im Umfang von 8 Seiten erscheint seit November 1995 alle zwei Wochen unter dem Motto »Rußland war, ist und wird groß sein«.

7 Die von M. I. Lapschin geleitete Partei wurde am 26. Februar 1993 gegründet.

8 Die aus sozialistischen Clubs hervorgegangene Partei bestand von 1990 bis März 1992. Die Partei löste sich auf und erklärte die Partei der Arbeit zu ihrem Rechtsnachfolger.

9 L. S. Wartasorowa (Jg. 1938), 1980-1989 Abteilungsleiterin im Institut für Energieforschung der Akademie der Wissenschaften, dann Parteifunktionen, Gründungsmitglied der Sozialistischen Partei der Werktätigen.

10 Siehe auch ihren Artikel »Schöpfung und Würde« in Realist, Nr. 4 (42), 19. 2.-4. 3. 1997, S. 2.

11 Die Beiträge von 27 Rednern sind im herausgegebenen Material über den I. Parteitag dokumentiert.

12 Die Ansprachen von Alexander Lilow (Bulgarien), S. N. Kijaschko (Ukraine), R. A. Tschakwetadse (Georgien), Laszlo Kapoi (Ungarn) und die Grußtelegramme aus Sofia, Warschau und Serbien sind veröffentlicht. Es nahmen außerdem Vertreter sozialistischer Parteien aus Weißrußland, Deutschland, Griechenland, Dänemark, Finnland und Frankreich teil. Die Grußbotschaften der Kosaken, Shirinowskis und des stellvertretenden Vorsitzenden der Duma (veröffentlicht in: *Realist*, Nr. 4(42) 19.2.- 4.3. 1997, S. 1) wurden nicht in die Broschüre übernommen.

13 Gennadij Iwanowitsch Skljjar (Jg. 1953), Absolvent des Instituts für Landmaschinenbau und der Moskauer Parteihochschule der KPdSU, Komsomol- und Parteifunktionär in Rüstungsbetrieben, Delegierter des 28. Parteitages der KPdSU, Führungsmitglied der Sozialistischen Partei der Werktätigen.

14 Slawin trat 1993 aus der Rußländischen Partei der Kommunisten (Rossijskaja Partija Kommunistow) aus und schloß sich kurzzeitig der KPRF an.

15 Der Hochschullehrer und Initiator der »Marxistischen Plattform« gehörte 1991 zu den Mitbegründern der Partei der Werktätigen. Dieser in 17 Regionen des Landes vertretenen Partei gehörten ca. 200 Mitglieder an.

bzw. waren nicht von langer Dauer. Diese negative Erfahrung ist zu berücksichtigen, hob G. I. Skljjar¹³ (Kaluga), Mitglied des politischen Rates der Bewegung für neuen Sozialismus hervor. In der Provinz arbeiten die lokalen Administrationen oft ohne Programm. Dort wo wir über Einfluß verfügen, können wir, indem wir bestimmte Politiker unterstützen, unser Programm propagieren, hob Skljjar hervor. N. F. Dolshnikow (Orlow) schloß sich dem Vorredner an und hob als Voraussetzung politischer Arbeit vor Ort hervor, daß die Menschen das Programm verstehen müßten. A. K. Isajew, Sekretär des Föderalrates der Gesamtrussischen föderativen Bewegung »Sojus truda« (»Union der Arbeit«) wies auf die Gewerkschaften als den Hauptverbündeten der Linken hin. Seine Organisation ist in über 70 Subjekten der Russischen Föderation vertreten und hat bereits Erfahrungen im Arbeitskampf sammeln können. B. F. Slawin¹⁴, Vorsitzender des Exekutivsekretariats der Partei der Selbstverwaltung der Werktätigen fragt nach dem Neuen an dem von der Bewegung propagierten Sozialismus und unterstreicht die Notwendigkeit, mit einem deutlich von dem der KPRF unterschiedenen Kurs ins Volk zu gehen. Der neue Sozialismus muß heranreifen, es wäre falsch, einen neuen neuen auszudenken, zu deklarieren oder lediglich sozialdemokratische Programme zu wiederholen, unterstrich A. W. Busgalin, Vorsitzender des Sowjets der Internationalen Assoziation »Wissenschaftler für Demokratie und Sozialismus«. Der hohe theoretische Anspruch des vorgelegten Programmentwurfes sei kein Fehler, erklärte A. N. Malzew, Abgeordneter der Duma und Vorsitzender der Sozialistischen Partei der Werktätigen im Gebiet Nishnij Nowgorod. Bereits die auf dem Kongreß verkündeten Losungen haben gezeigt, daß die Bewegung über genügend sachkundige und kompetente Propagandisten verfügt, die in der Lage sind, das Programm unter die Leute zu bringen. Ju. M. Poljakow, Chefredakteur des Almanach »Realist« erklärte die Ausrichtung auf die Intellektuellen. Die aus Petersburg angereisten W. W. Schemetow (Kedr) und W. W. Kalaschnikow (Sozialistische Partei der Werktätigen) wiesen auf mögliche Schwerpunkte der Arbeit in den Regionen hin. Wir müssen den Menschen die Hoffnung wiedergeben, forderte N. A. Lisizyna aus Nowgorod und gegen die liberalen Ideen ankämpfen, die Rußland bereits zweimal an den Rand des Abgrundes gebracht haben, ergänzte I. S. Danilenko vom »Bund der Realisten«. Über die Arbeit unter Ärzten, Frauen und Militärangehörigen berichteten I. N. Gluchowa (Chabarowsk), W. I. Tscherewatanenko (Dongebiet) und E. A. Netschajew (Kostroma). Immer wieder war davon die Rede, daß Sjuganow KPRF und die LDPR unter Shirinowski eigentlich nicht wie Oppositionsparteien in Erscheinung treten.

Folgende Dokumente wurden verabschiedet

Entschließung des I. Kongresses der Rußländischen Bewegung für neuen Sozialismus;

Aktionsprogramm der Rußländischen Bewegung für neuen Sozialismus;

Ziele, Prinzipien und Schwerpunktaufgaben der Rußländischen Bewegung für neuen Sozialismus;

Wer sind die »neuen Sozialisten«?

Wesensmerkmale des neuen Sozialismus

Prinzipien und Prioritäten

Der neue Sozialismus und die Demokratie

Der neue Sozialismus und der Staat

Der neue Sozialismus und das Eigentum

Der neue Sozialismus und die soziale Marktwirtschaft

Der neue Sozialismus und die ökologischen Prioritäten

Der neue Sozialismus und die humanistischen Werte

Der neue Sozialismus und die Sicherheit des Vaterlandes

Der neue Sozialismus und die Außenpolitik;

Beschluß des I. Kongresses der Rußländischen Bewegung für neuen Sozialismus über das Programmdokument »Ziele, Prinzipien und Schwerpunktaufgaben der Rußländischen Bewegung für neuen Sozialismus«;

Appell des I. Kongresses der Rußländischen Bewegung für neuen Sozialismus;

Entschliebung des I. Kongresses der Rußländischen Bewegung für neuen Sozialismus Über die Unterstützung der Forderungen der Föderation Unabhängiger Gewerkschaften Rußlands;

Entschliebung des I. Kongresses der Rußländischen Bewegung für neuen Sozialismus Über die negativen Folgen der Reorganisation der föderativen Ministerien und Institutionen;

Statut der Union gesellschaftlicher Vereinigungen der Rußländischen Bewegung für neuen Sozialismus.

Einladung

zum 2. Crossover-Kongreß am 13./14.12.1997 in Bochum

Vom Machtwechsel zum Politikwechsel

Projekte für einen solidarisch-ökologischen New Deal

Die Wahlsiege der Linken in Großbritannien und Frankreich haben Europa in Bewegung gebracht. Der Neoliberalismus in der Prägung der bislang in Europa dominierenden konservativen Parteien stößt an seine Grenzen. Schon die erdrutschartigen Wählerbewegungen in Großbritannien hatten deutlich gemacht, wie groß das Bedürfnis nach Veränderung in ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen ist. Die neue französische Politik hat das Dogma einer ausschließlich stabilitätsorientierten europäischen Währungsunion in Frage gestellt und das Ziel der Beschäftigungssicherung ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Illusionen sind nicht angebracht; aber das politische Terrain ist neu eröffnet worden. Aktive Beschäftigungspolitik und eine an gesellschaftlichen Zielsetzungen orientierte Wirtschaftspolitik stehen wieder auf der Agenda, das Dogma der Standortlogik bleibt nicht mehr unwidersprochen.

Auch in Deutschland haben die Regierungswechsel in Frankreich und Großbritannien die verknöcherte politische Landschaft aufgerührt: Konservative und Liberale sind erstmals wirklich in Sorge vor einem Machtverlust. Die Linke schöpft Hoffnung, daß es 1998 nach 16 Jahren endlich zu einem Regierungswechsel kommen könnte. Daß die Politik der konservativ-liberalen Koalition mehr als verbraucht ist und auf immer größeren Unwillen trifft, hat sich bereits in den letzten Monaten gezeigt: von der gewerkschaftlichen Großdemonstration in Bonn bis zu den Anti-Atomprotesten im Wendland, von den betrieblichen Kämpfen in Ostdeutschland bis zu den Protesten der Wohlfahrtsverbände und Patientengruppen gegen die Bonner Gesundheitspolitik, vom Widerstand der Kohle-Kumpel bis zu den Schülerprotesten gegen Bildungsabbau und Lehrstellennot. Daß sich in der Gesellschaft neue Hoffnung auf eine andere Politik regt, hat ganz besonders die Erfurter Erklärung von Künstlern, Wissenschaftlern und Gewerkschaftern deutlich gemacht, die die Menschen in unserem Land aufruft, die Wende zu einer anderen Politik in die eigenen Hände zu nehmen.

Den Oppositionsparteien ist es bislang nicht wirklich gelungen, Protest und Unzufriedenheit über die Politik der Bundesregierung politisch aufzugreifen und in einer gesellschaftlichen Bewegung für eine neue Politik zu bündeln. Es wird zu wenig erkennbar, welche Konturen die Alternative zum herrschenden Modell haben soll. Zwar werden im einzelnen gute Reformvorhaben entwickelt, es fehlt aber an einem zusammenhängenden Konzept, mit dem die zentralen gesellschaftlichen Probleme bewältigt werden können. Allzu oft fehlt der Mut zu Konflikten, weil die Deutungsmuster des Neoliberalismus bis weit in das Oppositionslager wirksam sind. Es besteht die Gefahr, daß auch eine rot-grüne Regierung im Kern das neoliberale Projekt fortsetzt.

Ein Neoliberalismus light mit ökologischen und sozialen Tuffern wäre jedoch nicht in der Lage, die enormen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen, vielmehr bestünde die Gefahr einer Diskreditierung rot-grüner Perspektiven. Wenn es nicht bald gelingt, die politischen Alternativen deutlicher zu profilieren, befürchten wir, daß der Impuls der linken europäischen Wahlsiege versickern und die vorhandene Unzufriedenheit in der Gesellschaft in resignativer Politikverdrossenheit enden wird.

Eine solche verhängnisvolle Entwicklung muß verhindert werden. Denn unsere Gesellschaft steht vor einer Wegscheide: Wird die Aushöhlung solidarischer Strukturen fortgesetzt und damit dem Gemeinwohl die Basis entzogen oder gelingt es, einen grundlegenden Richtungswechsel einzuleiten und eine Politik der Vollbeschäftigung für Frauen und Männer, der Erneuerung des Sozialstaats und der ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise in Angriff zu nehmen? Wer den Wechsel will, muß auch bereit sein, profilierte Alternativen anzubieten und ein gesellschaftliches Bündnis für den Wechsel zu formieren. Nur so kann die neoliberale Hegemonie durchbrochen und die Mehrheitsfähigkeit für eine andere Politik errungen werden.

Wir brauchen ein neues Bündnis, einen solidarisch-ökologischen »New Deal«, der verschiedene gesellschaftliche Kräfte in dem Ziel eint, unsere Produktions-, Arbeits- und Lebensweisen in Richtung ökologischer Nachhaltigkeit umzustellen, entsprechende Innovations- und Investitionsfelder zu fördern, dabei neue Arbeit zu schaffen und den Sozialstaat auf erneuerter Grundlage zu sichern. Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit spielt dabei eine Schlüsselrolle: Vollbeschäftigung kann nur erreicht werden, wenn eine radikale Arbeitszeitverkürzung, die doppelte Umverteilung von Erwerbs- und Familienarbeit zwischen Männern und Frauen, der Aufbau eines neuen Beschäftigungssektors für sozial, kulturell und ökologisch sinnvolle Vorhaben und eine entsprechende Erschließung neuer Bedarfssphären miteinander verbunden werden. Der ökologische Umbau muß dabei als zentrales Beschäftigungs- und Wachstumsfeld angesehen werden. Die ökologische Ausrichtung insbesondere von Verkehr und Energie im Rahmen eines ökologischen Zukunftsinvestitionsprogramms schafft neue Arbeit. Wenn es gelingt, mit der ökologischen Wende neue Arbeit für Vollbeschäftigung zu schaffen, können auch die Systeme der sozialen Sicherung erhalten, erneuert und ausgebaut werden. Ökologischer Umbau, Vollbeschäftigung und Sozialstaat sind die zentralen Koordinaten eines solidarisch-ökologischen »New Deal«.

Wir, Mitglieder von SPD, Bündnis '90/Die Grünen und PDS, wollen einen Beitrag dazu leisten, Eckpunkte eines solidarisch-ökologischen »New Deals« zu entwickeln. Mit »Crossover«, einer gemeinsamen Initiative der drei Zeitschriften »spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft«, »Andere Zeiten« und »Utopie kreativ«, arbeiten wir an politischen Alternativen zu Massenarbeitslosigkeit, sozialer Spaltung, ökologischer Krise und Demokratieabbau.

Unseren Beitrag zur Herausbildung von Reformalternativen sehen wir einerseits darin, in unseren Parteien für das Aufbrechen von Politikblockaden zu werben. Andererseits begreifen wir den »Crossover«-Prozeß als eine Möglichkeit, unterschiedlichen politischen Kräften der Linken ein Forum für den Dialog zu bieten. Wir wollen die widerspruchsvolle Geschichte der Linken in Ost und West kritisch reflektieren, Gemeinsamkeiten ausloten und divergierende Positionen produktiv verarbeiten. Dabei suchen wir den Austausch mit linken Kräften aus anderen europäischen Ländern.

Mit einem Kongreß in Berlin und Tagungen in Magdeburg und Hannover haben wir Grundlagen dafür geschaffen. Beim ersten Crossover-Kongreß ging es uns darum, durch konkret machbare Reformprojekte das politische Terrain neu zu öffnen und der ökonomistischen Entpolitisierung der Politik entgegenzuwirken. Nun kommt es darauf an, Schlüsselprojekte eines ökologisch-solidarischen Umbaus zu erarbeiten, damit der angestrebte Regierungswechsel auch zu einem Politikwechsel führt.

Wir wollen oppositionelle Diskussionsprozesse zusammenführen und weiterentwickeln, wir wollen das Ringen um eine andere Politik nicht an Parteien delegieren, sondern selber politisch eingreifen, um einen Politikwechsel in Deutschland und Europa möglich zu machen.

Wir laden deshalb zu einem reformpolitischen »Crossover«-Kongreß am 13./14. Dezember 1997 nach Bochum ein.

RICHARD SAAGE

Zum Verhältnis von Individuum und Staat in Thomas Morus' »Utopia«

I.

Wer die »Utopia« des Thomas Morus¹ verstehen will, ist gut beraten, sie in der Perspektive ihrer strukturellen Verklammerung mit der Sozialkritik an den Verelendungstendenzen im England des 16. Jahrhunderts zu lesen, auf die sie eine Antwort zu geben versucht. Weder Gott noch andere überirdische Mächte, weder Dämonen noch ein blindes Schicksal sind die Urheber jener Verhältnisse, an denen eine ganze gesellschaftliche Schicht, nämlich die der Pachtbauern², zugrundegeht, sondern die Menschen selbst. Aus der analytischen Erforschung der gesellschaftlichen Bedingungen ihrer eigenen Depravation, so müssen wir dieses 1516 erschienene klassische Werk interpretieren, gewinnt das utopische Konstrukt des gelungenen Lebens jenseits theologischer Spekulation und mythischer Suggestion nicht nur seine Plausibilität. Ebenso wichtig ist, daß erst die Negation dessen, was als weltimmanente Ursache des materiellen und psychischen Elends ausgemacht wurde, die Konturen des alternativen Gesellschaftsmodells erkennen läßt.

Richard Saage – Jg. 1941, Politikwissenschaftler, Professor an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

1 Im folgenden zitiere ich nach folgender Edition: Thomas Morus, *Utopia*, in: *Der utopische Staat*. Übersetzt und hrsg. v. Klaus J. Heinisch, Reinbek bei Hamburg 1970, S.7-110. Die Belegstellen der Morus-Zitate, durch runde Klammer gekennzeichnet, befinden sich im Text. Die Zitate wurden verglichen mit dem lateinisch-englischen Original: *The best State of a Commonwealth and the New Island of Utopia. A Truly Golden Handbook, No Less Beneficial than Entertaining by the Distinguished and Eloquent Author Thomas More Citizen and Sheriff of the Famous City of London*, in: *The Complete Works of St. Thomas More*, Vol. 4. Edited by Edward Surtz, S.J. and J.H. Hexter, New Haven and London 1965.

Doch worum geht es Morus³ bei seiner vernichtenden Kritik an den sozialen und politischen Mißständen unter der Herrschaft Heinrichs VIII., deren Schärfe im zeitgenössischen Kontext ihresgleichen sucht? Ihr Ausgangspunkt ist die Desintegration des Gemeinwesens: Deren sozio-ökonomische Begründungszusammenhänge, die in diesem Werk schonungslos aufgedeckt werden, stehen nicht beziehungslos nebeneinander. Vielmehr werden sie als Ausfluß einer einzigen Institution verstanden, die gleichsam die Struktur der Gesamtgesellschaft prägt: Es ist die Verfügung über Privateigentum. Die aus ihr folgenden »unzähligen, ebenso häufig entstandenen wie niemals endenden Streitigkeiten« verhinderten nicht nur die Verwirklichung einer stabilen Ordnung, weil die Gesetze – so viele von ihnen auch Tag für Tag erlassen werden – nicht ausreichten, «einen jeden das, was er sein Privateigentum nennt, erwerben oder schützen oder genügend von fremdem Besitz abgrenzen zu lassen« (44). Noch entscheidender sei, daß sie strukturell auf staatlicher Ebene eine humanere Politik verhindere. Hythlodemus, der Parteigänger der Utopier und Morus' alter ego, wird nicht müde, darauf hinzuweisen, daß das Gemeinwohl, das »bonum commune«, an der Logik der Besitz- und Machtkumulation, die aus der Verwertung des Privateigentums folgt, scheitern müsse. Die gesetzliche Festlegung eines Höchstvermögens, die Einschränkung

der Macht des Fürsten und des Volkes sowie die Sicherung einer integren Amtsausübung durch eine entsprechende Gesetzgebung legten zwar nahe, daß »diese Übelstände gemildert und abgeschwächt werden«. In letzter Instanz ein bloßes Kurieren an Symptomen, bekämpften sie das Übel nicht an der Wurzel, »so lange jeder sein persönliches Eigentum besitzt. Während man nämlich auf der einen Seite zu heilen sucht, verschlimmert man die Wunden auf der anderen. So entsteht abwechselnd aus der Heilung der einen die Krankheit der anderen, weil man keiner etwas zusetzen kann, ohne es der anderen wegzunehmen« (45).

Wenn aber auf der Grundlage des Privateigentums eine »gerechte und erfolgreiche Politik« nicht möglich ist, weil »das Beste den Schlechtesten zufällt« (44), ist die Frage nach der Alternative aufgeworfen. Der bloße Hinweis, daß sie in der Errichtung des Gemeineigentums als der materiellen Grundlage des »besten« Staates bestehe, ist zu abstrakt, um überzeugen zu können. Wir sind, so müssen wir Hythlodeus interpretieren, in unserem Bewußtsein dermaßen von der Institution des Privateigentums geprägt, daß wir uns »kein Bild von einem solchen Zustand (...) zu machen vermögen, oder nur ein falsches«. Und er fährt fort: »Wenn du aber mit mir in Utopia gewesen wärest und hättest mit eigenen Augen die dortigen Sitten und Einrichtungen gesehen, wie ich, der ich mehr als fünf Jahre dort gelebt habe und niemals mehr hätte fortgehen wollen, wenn nicht um von dieser Welt zu künden, dann würdest Du ohne weiteres gestehen, nirgendwo sonst ein so wohlgeordnetes Staatswesen gesehen zu haben wie dort« (46).

Tatsächlich geht es Morus in seinem »wohlgeordneten Staatswesen« um die gesellschaftlich konkrete Darstellung der sozialen Gerechtigkeit, die gleichsam im dialektischen Gegenzug zu dem kritisierten Zustand extremer Ungerechtigkeit ihr spezifisches Profil gewinnt. Wie die Menschen durch eine falsche Organisation ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse deren Zerrüttung bewirken, so kann es keine andere Instanz geben, dem Elend zu entkommen, als die konstruktive Kraft ihrer eigenen Vernunft. Der Kern der Verfassung der Utopia, das Gemeineigentum, ist nicht deswegen gerecht, weil es – wie bei Platon – einem intelligiblen, d.h. transzendenten Urbild nahekommt. Seine Legitimität gewinnt es vielmehr aus der optimalen Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse in ihrem innerweltlichen Kontext: »Wo allen alles gehört, ist jeder sicher, daß keinem etwas für seine persönlichen Bedürfnisse fehlt (...). Es gibt weder Arme noch Bettler dort, und obwohl keiner etwas besitzt, sind doch alle reich« (106). Das Ziel der Verfassung Utopias besteht darin, »soweit es die öffentlichen Belange zulassen, allen Bürgern möglichst viel Zeit von der menschlichen Fron für die Freiheit und Pflege des Geistes sicherzustellen« (58). Wie das Staatsziel, so wird auch der Ursprung des Gemeinwesens säkular gedacht: Die Utopier sind nämlich der Meinung, daß die »staatlichen Gesetze über die Verteilung der Lebensgüter, d.h. also der Grundlagen des Wohlergehens« entweder von einem guten Fürst erlassen worden sind wie in ihrem Falle von dem Gründungsvater Utopos. Oder ein Volk, »das weder von Tyrannenmacht gezwungen noch von List getäuscht ist«, setze sie »in gemeinsamer Vereinbarung« (71f) fest.

2 Vgl. Morus' berühmten Kommentar zur Einhegung der Allmende: »Das sind eure Schafe«, sagte ich, »die so sanft und genügsam zu sein pflegten, jetzt aber, wie man hört, so gefräßig und bössartig werden, daß sie sogar Menschen fressen, Felder, Gehöfte und Dörfer verwüsten und entvölkern« (26). Und nun folgen klassische Sätze einer frühneuzeitlichen Kapitalismuskritik: »Damit also ein einziger Prasser, in seiner Unersättlichkeit eine unheilvolle Pest für sein Vaterland, einige tausend Morgen zusammenhängenden Ackerlandes mit einem einzigen Zaun einfriedigen kann, werden die Pächter vertrieben; durch Lug und Trug umgarnt oder mit Gewalt unterdrückt, werden sie enteignet oder, durch Schikanen zum Verkauf gezwungen« (ebd.).

3 Zur Biographie Morus', der am 26. Oktober 1529 zum Lordkanzler Heinrichs VIII. ernannt und am 6. Juni 1535 enthauptet wurde, weil er die Suprematie des Königs über die englische Kirche ablehnte, vgl. die grundlegende Untersuchung von Richard Marius: Thomas Morus. Eine Biographie. Aus dem Amerikanischen von Ute Mäurer, Zürich 1987.

4 Vgl. hierzu Thomas Nipperdey: Die Funktion der Utopie im politischen Denken der Neuzeit, in: Archiv für Kulturgeschichte, Bd.44 (1962), S. 371; Norbert Elias: Thomas Morus' Staatskritik, in: Wilhelm Voßkamp (Hrsg.), Utopieforschung. Interdisziplinäre Studien zur neuzeitlichen Utopie, Bd. II, Frankfurt am Main 1985, S. 144; Krishan Kumar: Utopia and Anti-Utopia in Modern Times, Oxford, New York 1987, S. 20 ff; Richard Saage, Utopieforschung. Eine Bilanz, Darmstadt 1997, S. 56ff.

5 Vgl. hierzu neuerdings Richard Saage, Eva-Maria Seng: Geometrische Muster zwischen frühneuzeitlicher Utopie und russischer Avantgarde, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 44. Jg. (1996), S. 679 ff; Gerd de Bruyn: Die Diktatur der Philanthropen. Entwicklung der Stadtplanung aus dem utopischen Denken, Braunschweig, Wiesbaden 1996, S.61ff.

Dieser hohe Säkularisierungsgrad der utopischen Fiktion bedeutet einen Bruch mit dem Mittelalter, der oft unterschätzt wurde⁴. So ist die Architektur Utopias vollkommen rationalistisch; sie läßt weder den natürlichen Formen noch der individuellen Gestaltung und dem historisch Gewachsenen Raum⁵. Die geometrischen Muster überwiegen eindeutig. So bilden die Küsten der Insel Utopia »einen wie mit dem Zirkel gezogenen Kreisbogen von 500 Meilen Umfang und geben der ganzen Insel die Gestalt des zunehmenden Mondes« (48). Auch die 54 Städte Utopias sind auf eine strenge geometrische Struktur festgelegt: Im Grundriß quadratisch, setzen sie sich aus vier gleich großen Bezirken mit einem Versorgungszentrum zusammen. »Alle haben dieselben Anlagen und, soweit es die geographische Lage gestattet, dasselbe Aussehen« (49), so daß jeder, wie Morus hervorhebt, der eine von ihren Städten kennt, weiß, wie alle anderen aussehen (50). Auch die funktionale Struktur der Städte läßt eine strikte rationalistische Planung erkennen: »Die Straßen sind zweckmäßig angelegt: Sowohl günstig für den Verkehr, als auch gegen die Winde geschützt« (52). Die Architektur der aus drei Stockwerken bestehenden Häuser ist standardisiert. Auch die Anordnung der Gebäude erfolgt nach dem Prinzip der Blockbebauung: Die Zuordnung von Gärten zu der Hinterseite der Häuser ist ebenso einheitlich (ebd.) wie die des Ackerlandes zu den Städten (49). Jede Stadt besitzt auf keiner Seite weniger als zwölf Meilen Bodenfläche. Liegen jedoch die Städte weiter voneinander entfernt, so ist der Umfang des Bodens beträchtlich größer. Wie keine Stadt das Bestreben hat, ihr Gebiet zu vergößern, so bleibt auch die Einwohnerzahl ebenso konstant wie die Gesamtpopulation Utopias. Selbst die Verhältnisse auf dem Land sind nach einem einheitlichen Muster gestaltet (49).

Die Homogenität der Architektur hat ihre Entsprechung, wie es scheint, nicht nur in den gesellschaftlichen Beziehungen der Utopier, sondern auch in ihrem Selbstverständnis. Regionale Unterschiede zwischen den Bewohnern der Städte und des flachen Landes gibt es nicht: Uniformiert gekleidet, stimmen sie in Sprache, Sitten, Einrichtungen und Gesetzen vollständig überein (49). Diese Gleichförmigkeit macht nicht einmal halt vor dem Tagesablauf der Utopier: Er ist nach einem bestimmten Muster bis in die Details festgelegt (55). Selbstverständlich gehört die Differenzierung zwischen arm und reich oder zwischen unterschiedlichen Ständen der Vergangenheit an. Vor allem aber ist das Denken der Utopier vollkommen zweckrational und ihr Verhältnis zur Natur instrumentell. Wenn es ihrem Nutzen dient, holen sie ihre Wälder ab und forsten sie an einer anderen Stelle wieder auf. Sie haben dabei »nicht nur den besseren Ertrag im Auge, sondern auch die Transportverhältnisse: das Holz soll mehr in der Nähe des Meeres, der Flüsse oder der Städte selbst wachsen, weil man ja Feldfrüchte auf dem Landwege mit viel geringerer Mühe als Holz über weite Strecken verfrachten kann« (78). Aber auch das Verhältnis zum eigenen Körper unterscheidet sich klar von der Selbstwahrnehmung der mittelalterlichen Menschen. So betrachten sie es als eine Undankbarkeit gegenüber der Natur, wenn man seinen eigenen Körper durch Fasten schwächt oder sich selbst peinigt, »nur um des nichtigen

Scheins der Tugend willen und um künftige Beschwerden leichter ertragen zu können, die vielleicht niemals auftreten werden« (77).

Auch wenn nicht behauptet werden kann, die Utopier hätten sich mit einem einzigen Schnitt von der traditionellen Herkunftswelt getrennt, so ist doch erstaunlich, in welchem Maße sie sich aus den Bindungen des mittelalterlichen »Ordo« lösen. Daß sie auf ihre Gewissensfreiheit in religiösen Angelegenheiten pochen, ist genauso eine notwendige Konsequenz dieser Tatsache wie die Wahrnehmung des Wahlrechts im Rahmen ihrer Repräsentationsorgane. Sie betrachten ihr Leben nicht als eine bloße Vorstufe zum Jenseits, sondern wollen ihr Glück in dieser Welt verwirklichen, und zwar in einer Weise, daß sie ihr »Leben möglichst sorglos und fröhlich...führen« (71). Andererseits ist Utopia, wie es scheint, ein konfliktfreies, egalitäres und zugleich rational durchkonstruiertes Gesellschaftsmodell, das, auf strikte Funktionalität festgelegt, durch einen »subjektfeindlichen Institutionencharakter«⁶ gekennzeichnet erscheint. Wie sind diese beiden Tendenzen zu vereinbaren? Gibt es vielleicht einen Zwiespalt zwischen Freiheitlichkeit und rigidem Institutionalismus in der der »Utopia« zugrundeliegenden Konzeption, die ihrem Verfasser möglicherweise gar nicht bewußt war? Oder ist das, was die Vermutung eines freiheitlichen Individualismus für sich zu reklamieren vermag, in Wirklichkeit kein originärer, sondern lediglich ein von übermächtigen Institutionen gewährter Freiraum, der jederzeit von ihnen wieder zurückgenommen werden kann? Ist die Einbindung der einzelnen in säkularisierte gesellschaftliche Funktionszusammenhänge nach ihrer Emanzipation aus der mittelalterlichen Seinshierarchie mit der Auslöschung des Individuums verbunden?

Diese Fragen, die die Morus-Forschung in zwei Lager spaltet⁷, sind mit den wenigen anthropologischen Aussagen in Morus' »Utopia« nicht zu beantworten. Einerseits wird dem Menschen die Fähigkeit, ein tugendhaftes Leben zu führen und, weitgehend auf sich selbst gestellt, einen vorbildlichen Staat aufzubauen, ausdrücklich zugebilligt: Ohne diese Prämisse bräche die Konstruktion Utopias in sich zusammen. Andererseits haben sie sich noch nicht von der mittelalterlichen Vorstellung der Erbsünde befreien können. Obwohl die Utopier Heiden sind, lauert in ihrem Gemeinwesen »die Sünde, immer bereit zum Sprung«.⁸ So ist von der Sucht nach Luxus und »sinnlosen Ehrbezeugungen« (72f) und den »üblen Verlockungen verwerflicher Begierden«, die »nicht nur für die höchste Lust gehalten, sondern sogar unter die wichtigsten Lebenszwecke gezählt werden« (72) ebenso die Rede wie von der Wandelbarkeit der menschlichen Natur, die das Absinken selbst von Tugendhaften »in Verderbnis und Laster« zumindest nicht ausschließt (102). Morus hat offenbar ein dualistisches Menschenbild, das keineswegs monokausal auf einen rigiden Institutionalismus festgelegt ist. Das Problem des möglichen Zwiespalts in der Konstruktion der Utopia ist also nur dann zu beantworten, wenn wir nachvollziehen, welche Spielräume Morus dem einzelnen gegenüber seinem idealen Staat tatsächlich zubilligt. Das aber setzt voraus, daß wir uns den wirtschaftlichen, familialen und politischen Institutionen »Utopias« in ihrem Verhältnis zu den einzelnen zuwenden.

6 Wilhelm Voßkamp: Thomas Morus' Utopia: ZurKonstituierung eines gattungsgeschichtlichen Prototyps, in: ders. (Hrsg.): Utopieforschung, Bd. II. (Anm.4), S. 191.

7 Für eine Utopia-Interpretation, die die humanistisch-liberalen Elemente betont, vgl. Gustav Landauer, Die Revolution, Frankfurt am Main 1923, S.67 f; demgegenüber findet sich bei Elias, Thomas Morus' Staatskritik (Anm. 4), S. 87 eine die funktionalistisch-archaischen Aspekte der Herrschaftsmechanismen Utopias betonende Auslegung.

8 Marius: Thomas Morus (Anm.3), S. 222.

II.

Platon, auf dessen »Politeia« sich Morus immer wieder beruft (vgl. 8, 21, 36, 43f, 79), glaubte noch, die Harmonie und Statik der gesellschaftlichen Verhältnisse dadurch sichern zu können, daß er der politisch herrschenden Kaste Eigentumslosigkeit verordnete, während die physisch arbeitenden Schichten, also Handwerker, Bauern etc., weiterhin auf der Grundlage des Privateigentums wirtschafteten. Morus geht insofern über den kommunistischen Ansatz Platons hinaus, als er das Gemeineigentum zur Basis des gesamten Wirtschaftslebens erhob: Produktion, Distribution und die Organisation der Arbeit sind nicht auf individuelle Profitrealisierung, sondern auf kollektive Bedürfnisbefriedigung des Gemeinwesens bezogen. Ihre Garantie obliegt der Lenkung durch die zentralen und lokalen Behörden. So ist nicht der Markt, sondern der Senat, der in der Hauptstadt Utopias, Amaurotum, seinen Sitz hat, dafür verantwortlich, daß der in einzelnen Bezirken erwirtschaftete Überfluß an jene Orte gebracht wird, in denen Mangel herrscht, und zwar unentgeltlich, »ohne daß die Empfänger diejenigen, die etwas abgeben, entschädigen« (64). Vor Ort verteilen die städtischen Behörden in Magazinen die Güter an die Familienältesten. Sie erhalten alle gewünschten Produkte ohne Bezahlung und Gegenleistung. Da die Lebensmittel im Überfluß vorhanden sind, gilt es als sicher, daß niemand mehr fordert, als er benötigt (59f). Mit der optimalen und langfristig gesicherten Bedürfnisbefriedigung entfällt die Konkurrenz um knappe Güter ebenso wie Gold und Silber als Zahlungsmittel.

Die Hauptquelle des gesellschaftlichen Reichtums in Morus' Utopia ist die Landwirtschaft. Nicht zufällig üben alle Männer und Frauen gemeinsam ein einziges Gewerbe aus: den Ackerbau. »Von ihm ist keiner befreit; in ihm werden alle von Kindheit an unterwiesen, teils durch theoretischen Unterricht in der Schule, teils praktisch, indem die Kinder auf die der Stadt benachbarten Äcker, gleich wie zum Spiel, geführt werden, wo sie nicht nur zuschauen, sondern zur Übung der Körperkräfte auch zupacken« (54). Einen Bauernstand jedoch gibt es nicht. Zwar sind die Gehöfte unter der Leitung eines Hausvaters oder einer Hausmutter zweckmäßig über die ganze Anbaufläche verteilt, die, mit landwirtschaftlichem Gerät versehen, mindestens 40 Männer und Frauen und zwei bodengebundene Dienstleute umfassen. Doch »aus jedem Haushalt ziehen jährlich 20 Personen in die Stadt zurück«, nachdem sie zwei Jahre auf dem Land zugebracht haben. »An ihre Stelle treten ebenso viele Neue aus der Stadt. Sie werden von denen, die bereits ein Jahr dort gewesen sind und sich daher auf die Landwirtschaft verstehen, eingewiesen, (...) damit nicht alle zugleich dort Neulinge sind und von der Landwirtschaft nichts wissen (...)« (49). Das Einbringen der Ernte ist Angelegenheit der staatlichen Behörden. Sie schicken die angeforderte Zahl von Erntehelfern aufs Land, so daß »bei schönem Wetter die ganze Ernte fast an einem einzigen Tag eingebracht werden kann«. Außer der Landwirtschaft erlernt jeder Utopier, also auch jede Frau, ein besonderes Handwerk. Die Zahl ist freilich begrenzt. Morus nennt: Tuchmacherei, Leinenweberei sowie das Maurer-, Schlosser- oder Zimmermannsgewerbe. Die

handwerkliche Produktion erfolgt im patriarchalischen Familienverband ähnlich wie in der Landwirtschaft.

Auf den ersten Blick paradox genug, sieht Morus in dieser in ihrer Dynamik gebremsten Planökonomie auf der Grundlage des Gemeineigentums nicht nur die Voraussetzung dafür, daß die Versorgung für zwei Jahre im voraus gesichert ist und daß Überschüsse für den Außenhandel produziert werden (50). Darüber hinaus sollen die Utopier nicht länger als sechs Stunden am Tag arbeiten müssen (55). Die Plausibilität dieser Aussage versucht Morus durch zwei weitere Argumente zu stützen. Zunächst geht er von der Annahme aus, daß die üblichen landwirtschaftlichen Tätigkeiten sorgfältig verrichtet werden müssen, »um den von Natur zu kargen Boden durch künstliche Mittel und mühsame Arbeit zu verbessern«. Der Natur mit ihrem nicht überall fruchtbaren Land und einem nicht allzu gesunden Klima (78) muß also erst mühsam abgerungen werden, was die ideale Gesellschaft zu ihrer Reproduktion benötigt. Dieser Kampf ums Überleben macht die vollständige Mobilisierung der Arbeitsressourcen notwendig, die ihrerseits, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Arbeitspflicht für alle Bewohner erzwingt, verbunden mit einer strikten Überwachung der Arbeitsabläufe durch staatliche Aufseher, die sogenannten Syphogranten (S.54). Zugleich tragen verschiedene Varianten von Sklavenarbeit nicht unerheblich zur Schaffung des gesellschaftlichen Reichtums bei (vgl.74, 80f). Die Prosperität der Wirtschaft wird aber auch dadurch gesteigert, daß sie von dem in anderen Ländern wirksamen Zwang entlastet ist, mehr als die Hälfte der Bevölkerung (Frauen, Priester, Großgrundbesitzer und Dienerschaft, arbeitsfähige Bettler) ernähren zu müssen, die untätig ist.

Ein anderes Argument, das die Erreichung des Ziels der Überflußproduktion realistisch erscheinen lassen soll, kommt hinzu. Es werden in Utopia nur lebensnotwendige Gewerbe betrieben. Tätigkeiten, die dem Luxus und dem lasterhaften Vergnügen dienen, sind untersagt, weil Bedürfnisse, die nicht auf die Natur, sondern auf Konventionen zurückgehen, als irgeleitete Gewohnheiten der Menschen stigmatisiert werden. So gilt es als anstößig, wenn Frauen sich schminken (84). Auch ist das Tragen prachtvoller Kleidung ein Verstoß gegen die bestehende Ordnung. Die Utopier tragen bei »der Arbeit einen einfachen Anzug aus Leder oder Fellen, der bis zu sieben Jahren hält. Wenn sie ausgehen, ziehen sie ein Obergewand darüber, das jene gröbere Kleidung verdeckt: seine Farbe ist auf der ganzen Insel dieselbe, und zwar die Naturfarbe«. Einen plausiblen Grund, sich mehr Kleider zu wünschen, gibt es nicht; denn erhielte der einzelne sie, »so wäre er weder gegen die Kälte besser geschützt noch sähe er in seiner Kleidung auch nur um ein Haar vornehmer aus« (58). Vor allem aber wird die wirtschaftliche Entwertung der Symbole des Luxus, nämlich Gold und Silber, durch die Sitten und Gebräuche der Utopier bestärkt. »Während sie nämlich aus sehr geschmackvollen, aber billigen Ton- und Glaseschirren essen und trinken, stellen sie aus Gold und Silber nicht nur für die Gemeinschaftsräume, sondern auch für die Privathäuser allerorts Nachtgeschirre und lauter Gefäße für schmutzige Zwecke her. Zudem werden die Ketten und schweren Fußfesseln, in die sie

die Sklaven schließen, aus denselben Metallen geschmiedet« (66). Innerhalb der Grenzen Utopias wertlos, spielen Edelmetalle nur im Außenhandelsverkehr eine Rolle: Man verleiht es an andere Länder oder verwendet es zur Kriegführung (64f).

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Wirtschaft Utopias für die Befriedigung sogenannter »natürlicher Bedürfnisse« produziert, deren Sättigungsgrad auf dem niedrigen Niveau einer gesunden, aber im ganzen frugalen Lebensweise angesiedelt erscheint. Die Wirtschaft hat es also mit einer begrenzten und konstanten Nachfrage zu tun. Doch auf der anderen Seite ist der Preis für diese Entlastung evident. Er besteht darin, daß im Wirtschaftsleben Utopias kaum Spuren individueller Entfaltung der einzelnen weder als Konsument noch als Produzent erkennbar sind, weil sowohl der persönlichen Verfügung über Eigentum als auch der selbstbestimmten Befriedigung der Bedürfnisse der Boden entzogen ist. Die Ökonomie ist eine zentral gesteuerte Maschinerie, in der die einzelnen sowohl im produktiven als auch im konsumtiven Sektor als genormte Teile mit außerordentlich begrenzten Optionsmöglichkeiten zu funktionieren haben.

III.

Doch die Frage ist, ob das politische System den einzelnen gibt, was ihnen die Wirtschaft vorenthält: individuelle Selbstbestimmung. Läßt der politisch-gesellschaftliche Überbau, der sich über diese vom Gemeinbesitz dominierte und gebändigte Wirtschaftsweise der Utopier erhebt, zumindest Ansätze eines autonomen Bürgerlebens erkennen? Im utopischen Denken seit der Antike spielte in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle, ob und wie der Staat die Beziehungen zwischen den Geschlechtern regelte. Auf den ersten Blick scheint Morus eine erstaunlich liberale Sexualmoral zu vertreten. So erhob er bei der Partnerwahl die sinnlichen Reize zu einem zentralen Aspekt der Eheschließung: Es ist nämlich bei den Utopiern üblich, daß »eine würdige und ehrbare Hausfrau (...) den Bewerber die Frau, ob es nun eine Jungfrau oder eine Witwe ist, nackt ansehen (läßt), und ebenso stellt auf der anderen Seite ein rechtschaffener Mann dem Mädchen den Freier nackt vor« (82). Auch steht bei den Utopiern das »Wohlgefühl der Sinne« (57) und die »Freuden der Liebe« (191), die sich einstellen, wenn man »ein Kind zeugt« (75), als unverzichtbarer Bestandteil des menschlichen Glücks hoch im Kurs. Doch diese Aufwertung der Sinne betrachtet Morus zugleich dann als eine Gefahr für die Grundlagen des Gemeinwesens, wenn man versäumt, ihre Dynamik durch starke Institutionen zu kanalisieren. Die Utopier sehen nämlich voraus, »daß sich selten zwei Menschen in ehelicher Liebe verbinden würden, in der man sein ganzes Leben mit einem Partner verbringen und obendrein die mit dem Ehestand verbundenen Beschwerlichkeiten ertragen muß« (82). Aus diesem Grunde habe der Staat mit der Androhung von Zwangs- und Sklavenarbeit dem Ehebruch und »dem freien Zusammenleben« (ebd.) sorgsam entgegenzuwirken. Dem entspricht, daß Scheidungen nur unter erschwerten Bedingungen und mit Zustimmung des Senats möglich sind. Ferner ist die Größe der Familie strikt reglementiert. Sie darf nicht weniger

als 10 und nicht mehr als 16 Erwachsene zählen. Mitglieder übergroßer Familien werden in kinderarme eingegliedert. Auch das heiratsfähige Alter wird vom Staat festgelegt: Die Frauen verehelichen sich nicht vor dem 18., die Männer nicht vor dem 22. Lebensjahr.

Daß in der Tat in Utopia die monogame Ehe keineswegs der institutionelle Rahmen einer von allen gesellschaftlichen Zwängen entlasteten Liebesgemeinschaft ist, sondern als entscheidendes Instrument der sozialen Kontrolle konzipiert worden ist, wird nicht zuletzt auch an der starken Stellung der väterlichen »potestas« deutlich, die in der Familie stellvertretend für den Staat regiert. Der »pater familias« nimmt nicht nur die Beichte der Familienmitglieder ab (104); bei kleineren Vergehen wird ihm sogar die Kompetenz zugesprochen, die Ehefrau zu strafen (83). Aber auch außerhalb des Innenraums der Familie trifft die Maxime zu, daß »jede Bewegung aller Familienmitglieder von denen beobachtet wird, unter deren Autorität und Zucht sie auch daheim stehen« (104). Vor allem aber ist dem monogamen Familienverband die Grundlage der traditionellen patriarchalischen Autonomie entzogen: das Privateigentum. Selbst das Haus der Familie ist »öffentlich«: dessen Türen, leicht zu öffnen, »lassen einen jeden ein: So gibt es keinerlei Privatbereich. Denn sogar die Häuser wechseln sie alle zehn Jahre durch Auslosung« (52). Auch das Motiv Platons, daß die Mahlzeiten öffentlich einzunehmen seien, findet sich bei Morus wieder: »Jeder Häuserblock besitzt (...) einige geräumige Hallen in gleichem Abstand voneinander, eine jede unter ihrem besonderen Namen bekannt (...) Jeder von ihnen sind 30 Familien zugeteilt, die dort ihre Mahlzeiten einnehmen« (60). Eine Ausnahme machen freilich die auf dem Lande wohnenden Utopier: Sie »essen alle bei sich zu Hause« (63).

Dies vorausgesetzt, verwundert es nicht, daß das politische System Utopias im engeren Sinne aus den Familien hervorgeht: Je 30 Familien wählen jährlich einen Vorstand, den sie Syphogrant oder Phylarch nennen. Diese Vorstände sind die eigentlichen politischen Aktivbürger. Aus ihnen rekrutieren sich die vier übergeordneten staatlichen Institutionen, nämlich die Instanz des Staatspräsidenten, der eine Art auf Lebenszeit gewählter Wahlmonarch ist, der Protophylarchen bzw. Traniboren, des Senats und der Volksversammlung. An das Prinzip der Wahl und des Repräsentationsprinzips gebunden, stellt sich die Frage, ob wir es mit einer frühen Variante der liberalen Demokratie zu tun haben. Bekanntlich nahm das westliche Verfassungsdenken vom subjektiven Naturrecht seinen Ausgang, das das autonome Individuum in den Mittelpunkt der Herrschaftslegitimation stellte. Ihm zufolge konstituieren ursprünglich Gleiche und Freie über einen Vertrag die Regeln, unter denen sie im Staat koexistieren wollen. In den liberalen Varianten des Vertragsdenkens geschieht dies im Medium eines herrschaftsfreien Diskurses, der seinerseits nur zustandekommen kann in einer freien Gesellschaft, deren Institutionen es ermöglichen, daß die einzelnen ungehindert ihre individuellen und gemeinsamen Interessen, durch Erfahrung und Reflexion vermittelt, zu erkennen und durchzusetzen vermögen. Doch das ganze Konstruktionsprinzip

9 Im lateinischen Original heißt es: »Extra senatum, aut comitia publica de rebus communibus inire consilia capitale hebetur« (Morus: *The best State* (Anm.1), S.124.)

10 Vgl. hierzu Richard Saage: *Utopie und Menschenrechte*, in: ders.: *Vermessungen des Nirgendwo. Begriffe, Wirkungsgeschichte und Lernprozesse der neuzeitlichen Utopien*, Darmstadt 1995, S.117-130.

der Utopia steht quer zu einer autonomen, d.h. staatlich nichtrelementierten gesellschaftlichen Öffentlichkeit, in der sich der mündige Bürger als politisches Subjekt überhaupt erst entfalten könnte. Über öffentliche Angelegenheiten außerhalb des Senats und der Volksversammlung zu beraten, wird für ein todwürdiges Verbrechen gehalten (53), heißt es programmatisch⁹: Wir haben es also in Morus' »Utopia« mit einer repräsentativen Demokratie ohne demokratische Bürger zu tun. Kodifizierte Grund- und Menschenrechte, die den autonomen Bürgerstatus gegenüber dem staatlichen Zugriff absichern, sind nicht vorgesehen, weil offenbar unterstellt wird, daß die staatlichen Funktionsträger a priori im Interesse der einzelnen handeln.¹⁰

Charakteristisch für das Amtsverständnis der Utopier ist in diesem Zusammenhang die Institution der Syphograntie. Deren Aufgabe ist nicht die Exekution des autonom artikulierten Bürgerwillens. Ihre wichtigste und fast einzige Funktion besteht vielmehr darin, »dafür zu sorgen und darüber zu wachen, daß keiner müßig herumsitzt, sondern jeder fleißig sein Gewerbe betreibt, ohne sich jedoch vom frühen Morgen bis in die Nacht hinein ununterbrochen als Lasttier abzumühen. Denn das wäre schlimmer als sklavische Plackerei!« (54). Die Syphogranten kontrollieren nicht nur aufgrund einer bestimmten Sitzordnung die Gespräche bei den öffentlichen Mahlzeiten, sondern überwachen die Einhaltung der Reisebeschränkung, der die Utopier unterworfen sind. Zwar kann jeder, sofern er die Zustimmung des Hausvaters oder des Ehegatten besitzt, sich im jeweiligen Territorium seiner Stadt frei bewegen, doch will er Verwandte oder Bekannte in einer anderen Stadt aufsuchen, so bedarf es der staatlichen Erlaubnis des zuständigen Syphogranten oder Traniboren. »Wenn jedoch einer auf eigene Faust außerhalb seines Bezirkes herumstreift und ohne obrigkeitlichen Erlaubnisschein angetroffen wird, so wird er als Ausreißer betrachtet, schmähsch zurückgebracht und hart gezüchtigt; wagt er dasselbe noch einmal, so wird er mit Zwangsarbeit bestraft« (63). Im übrigen unterliegt der legal Reisende auch am Besuchsort einer strikten Arbeitsdisziplin: Niemand erhält etwas zu essen, »bevor er nicht so viel Arbeit geleistet hat, wie man dort vor der Mittags- oder vor der Abendmahlzeit gewöhnlich schafft. Unter dieser Bedingung darf er innerhalb des städtischen Bereichs überall hingehen« (63).

Das Ziel dieser Regelung ist eindeutig: Die durchgängige Kontrolle des politisch »korrekten« Verhaltens der Bürger und die Aufrechterhaltung der Arbeitsmoral. In Utopia, so müssen wir Morus interpretieren, fehlen vorstaatliche, aber politisch relevante gesellschaftliche Ebenen zwischen den einzelnen und dem Staat, auf denen spontane Kommunikation und unzensurierte Verständigung über das »bonum commune« zwischen Bürgern stattfinden kann. Es gibt, wie es heißt, »keinerlei Möglichkeit zu Müßiggang und keinerlei Vorwand, sich vor der Arbeit zu drücken: Keine Weinstube, keine Bierschänke, nirgendwo ein Freudenhaus, keine Gelegenheit zur Verführung, keinen Schlupfwinkel, keine Lasterhöhle. Vor aller Augen vielmehr muß man seine gewohnte Arbeit verrichten oder seine Freizeit anständig verbringen« (63). Was aber eine

»anständig verbrachte Freizeit« ist, bestimmen nicht die Bürger selbst, sondern die zuständigen Behörden. Freilich darf nicht verschwiegen werden, daß Utopia weitgehende Wissenschaftsfreiheit und religiöse Toleranz gewährt. Was ganz offensichtlich dem normalen Bürger vorenthalten wird, konzidiert man in Utopia den Wissenschaftlern: Die Resultate ihrer Diskurse sind offen. So weichen ihre Lehrmeinungen in bestimmten Aspekten nicht nur von denen der alten Philosophen ab. Auch untereinander sind sie sich nicht in jeder Beziehung einig (89). Aber auch in religiösen Angelegenheiten bietet Utopia einen weiten Raum für Gewissensfreiheit. Utopos, der Gründungsvater, schloß nicht aus, daß Gott eine vielfältige und mannigfache Verehrung wünscht (98). Akzeptiere er aber eine bestimmte Art der Anbetung, so werde sich die wahre Ansicht kraft der ihr immanenten Vernunft von selbst behaupten; beide Möglichkeiten setzten ruhiges Argumentieren und das Verbot jedes Fanatismus voraus (98). Aus diesem Grund herrscht in Utopia generell die Maxime, »daß keinem seine Religion zum Nachteil gereichen darf« (97)

Allerdings stellen weder die Erhebung der geistigen Entfaltung der einzelnen zum Staatsziel noch die Konzessionierung der Wissenschaftsfreiheit und der religiösen Toleranz einklagbare individualistische Vorbehalte gegenüber dem Zugriff des utopischen Leviathans auf seine Bürger dar. Die Bildung ist unter der Kontrolle des Staates. Eine ihrer Hauptaufgaben besteht nicht zufällig darin, »den noch zarten und bildsamen Kinderseelen von vornherein gesunde und der Erhaltung des Staatswesens dienliche Anschauungen einzuflößen. Wenn die dem Knaben in Fleisch und Blut übergegangen sind, begleiten sie den Mann durchs ganze Leben und erweisen sich als höchst nützlich zur Sicherung des Gemeinwesens, dessen Verfassung ja nur durch Entgleisungen ins Wanken gerät, die aus verkehrten Anschauungen entspringen« (102). Im Interesse des Staates ist es auch, daß den Wissenschaften jenes Maß an Unabhängigkeit zu gewähren ist, ohne das sie ihre Innovationskraft verlieren. Und die religiöse Toleranz in Utopia hat dort ihre Grenze, wo das Interesse des Staates an starken Institutionen beginnt. Der Gründungsvater Utopos verbot nämlich »feierlich und streng: So tief unter die Würde des Menschen zu sinken, daß man meine, auch die Seele gehe mit dem Leib zugrunde oder die Welt nehme ohne jede Vorsehung aufs geratewohl ihren Lauf« (89). Die Begründung dieses Verdikts ist charakteristisch genug: Wer die Unsterblichkeit der Seele leugne, vom dem sei zu erwarten, »daß er die Staatsgesetze seines Vaterlandes entweder insgeheim mit List und Tücke umgehen oder gewaltsam außer Kraft zu setzen versuchte« (98), da er doch über sein körperliches Dasein hinaus keine weitere Hoffnung hege.

IV.

Abschließend kann festgestellt werden, daß die eingangs formulierte Hypothese von einem Zwiespalt im Gesellschaftsmodell Utopias nicht verifizierbar ist. Es ist gezeigt worden, daß Morus den Staat nicht vom einzelnen her denkt; vielmehr ist dessen Vernunft a priori in den Institutionen des starken Staates aufgehoben. Zwar

nehmen die einzelnen im Rahmen ihrer Familien an Wahlen teil. Doch haben sie nicht zwischen Alternativen zu optieren, sondern die bestehende sozio-politische Superstruktur zu akklamieren. Ihre Möglichkeiten, selbstverantwortliche Entscheidungen zu treffen, sind äußerst begrenzt. Bei ihrer Freizeitgestaltung können sie wählen, ob sie sich geistig weiterbilden oder sich ihren Handwerken widmen wollen (55). Auch steht es ihnen frei, den Wehrdienst außerhalb Utopias zu verweigern (92). Und schließlich dürfen sie entscheiden, ob sie »privat« zu speisen wünschen (61) und bei Erkrankung zu Hause liegen wollen (60f). Doch abgesehen davon, daß in den beiden zuletzt genannten Entscheidungssituationen die staatliche Alternative der öffentlichen Mahlzeit bzw. des Krankenhauses wegen ihrer hohen Qualität attraktiver für sie ist als die »private« Lösung, sind die Bürger ansonsten nicht Subjekte der Politik, sondern Gegenstand der Fürsorge und der Kontrolle der öffentlichen Instanzen, die ihre Funktionsfähigkeit überwachen.

Wer dieses Szenario vom Standpunkt eines freiheitlichen Individualismus kritisiert, sollte freilich bedenken, daß Utopias Angebot für die verelendeten Unterschichten des 16. Jahrhunderts nicht von vornherein unattraktiv war. Unterhalb der Ebene des Existenzminimums vegetierend, konnte für sie das Opfer persönlicher Freiheit für eine Welt materieller Sicherheit in dem Maße zumutbar erscheinen, wie die Entfaltung ihrer Individualität in den elenden Verhältnissen, in die sie verstrickt waren, ohnehin kein Thema war. Ferner sollte nicht verschwiegen werden, daß Morus Antiindividualismus, wie gezeigt wurde, keineswegs einseitig seiner Anthropologie zuschreibbar ist. Er muß nämlich auch im Zusammenhang mit dem Stand der Naturbeherrschung zu Beginn des 16. Jahrhunderts gesehen werden, in der die Reproduktion der Gesellschaft noch fast ausschließlich auf den Einsatz menschlicher und tierischer Muskelkraft zurückzuführen ist. Zwar sind die Utopier durchaus aufgeschlossen gegenüber dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt. So betonen sie den engen Zusammenhang zwischen der Wissenschaft und ihrer Anwendung als Technik, die »zur Erleichterung und Bequemlichkeit des Lebens beitragen« (79) soll. Als Beispiele nennt Morus die Astronomie, deren Erkenntnisse sie zur Wettervorhersage nutzen. Auch verfügen sie über eine Art Brutmaschine, die ihnen die Geflügelzucht sehr erleichtert (50) sowie über die Technik des Buchdrucks und der Papierherstellung. Doch andererseits wird deutlich, daß in Utopia – in Übereinstimmung mit dem Stand der Entwicklung des 16. Jahrhunderts – der Wissenschaft als Voraussetzung einer über Technik vermittelten Naturbeherrschung nur periphere Bedeutung zukommt. Die Freiräume für Muße konnten noch nicht über Maschinen, sondern nur durch menschliche Handarbeit der Natur abgerungen werden. Hier stieß die Verallgemeinerung individueller Selbstentfaltung auf eine eherne Grenze, auch wenn nicht verschwiegen werden darf, daß ein Teil der gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen in Utopia von Sklaven verrichtet wird.

Im übrigen darf nicht übersehen werden, daß Morus selbst bezweifelt hat, ob Utopia ein Modell für die europäische Zivilisation sein kann: eine Skepsis, die er auch auf den Geltungsanspruch sei-

nes Konstrukts bezog. Tatsächlich finden sich im Text der Utopia keine Hinweise dafür, daß Morus von der Annahme ausging, die soziopolitischen Verhältnisse seiner Zeit sollten und könnten nach dem Vorbild Utopias radikal umgestaltet werden. Es ist nicht einmal sicher, daß er sich eindeutig mit Utopia identifizierte. Er gibt nämlich zu bedenken, daß das Gemeingut ein erträgliches Leben unmöglich mache, »weil sich jeder vor der Arbeit drückt, da keinerlei Zwang zu eigenem Erwerb drängt und ihn das Vertrauen auf fremden Fleiß faul macht« (45). Außerdem befürchtet er, der Wegfall des gesetzlich geschützten Privateigentums führe zwangsläufig zu »Mord und Aufruhr« (ebd). Und selbst nachdem Hythlodeus dieser Kritik durch die Schilderung der Institutionen Utopias entgegengetreten ist, sind seine Zweifel an der eigentlichen Grundlage der utopischen Verfassung, »nämlich an ihrem gemeinschaftlichen (kommunistischen) Leben und der Lebensweise ohne jeden Geldumlauf« (109), nicht zerstreut; »denn allein schon dadurch wird aller Adel, alle Erhabenheit, aller Glanz, alle Würde, alles, was nach allgemeiner Ansicht den wahren Schmuck und die wahre Zierde eines Staatswesens ausmacht, vollständig ausgeschaltet« (109). Andererseits räumt Morus freilich ein, daß es im Staat der Utopier »viele gibt«, was für die europäischen Staaten anstrebenswert sei (110). Er enthalte nicht wenig, so an anderer Stelle, »was man zum Vorbild nehmen könnte, um die Mißstände der hiesigen Städte und Staaten, Völker und Reiche zu verbessern« (20). Doch darüber, wie diese Reformperspektive in Politik umzusetzen sei, schweigt er sich aus. Eher resignierend stellt er fest, dieses Ziel sei wünschbar; erhoffen könne man seine Verwirklichung nicht (110). Selbst Hythlodeus, der radikale Parteigänger der Utopier, räumte ein: »Und während jene (d.h. die Utopier) sich bei der einen Begegnung (mit Hythlodeus) alle unsere brauchbaren Erfindungen zu eigen gemacht haben, wird es, wie ich vermute, lange währen, bis wir irgendeine Einrichtung, die bei ihnen besser ist, als bei uns, übernehmen« (47).

Es ist zu Recht festgestellt worden, daß Morus zwar das Problem der Realisierbarkeit von Utopien bereits sah, jedoch angesichts des begrenzten Spielraums der Gestaltbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse aufgrund des unentwickelten Standes der Naturbeherrschung keine konkreten Transformationsperspektiven zu eröffnen vermochte. Dennoch muß ihr eine Kühnheit zugebilligt werden, deren innovatorische Qualität nicht hoch genug einzuschätzen ist. Verglichen mit den Phantasiebildern einer besseren Welt, die hinter ihm lag, werden die Menschen in Utopia nicht nur weitgehend als »Urheber ihrer eigenen gesellschaftlichen Einrichtungen dargestellt«. ¹¹ Im Licht des Geltungsanspruchs der Utopia als eines regulativen Prinzips, in dessen Licht sich die Defizite der eigenen Gesellschaft brechen und die Perspektiven begrenzter Reformen sichtbar werden, verliert darüber hinaus die Wirklichkeit der real existierenden Gesellschaft die Qualität einer unveränderlichen Substanz. Zumindest im Denken der Menschen läßt sie Alternativen zu.

11 Elias: Thomas Morus' Staatskritik (Anm.4), S. 144.

MEINHARD STARK

Die SED-Führung und die deutschen Opfer der »Säuberung« in der UdSSR

Meinhard Stark – Jg. 1955, Diplomelehrer für Geschichte, pädagogischer Mitarbeiter in Berlin (Ost). 1994 Promotion an der Humboldt-Universität Berlin mit dem Thema »Deutsche Frauen des GULag. Eine zeit- und lebensgeschichtliche Befragung« (wird z.Z. für den Druck vorbereitet). Forschungen und Veröffentlichungen sowie Rundfunkdokumentationen zu diesem Thema. Mitarbeiter an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

1 Für die organisatorische Festigung der Partei und für ihre Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen. Beschluß des Parteivorstandes der SED vom 29. Juli 1948, in: Dokumente der SED, Band II, Berlin 1952, S. 83 ff.

2 Ebenda, S. 97.

3 Aus den von der SED-Führung 1950 dekretierten Verhaltensweisen für Parteimitglieder: »3. Wenn etwas geschieht, was du nicht verstehst, wenn du einen Fehler gemacht hast, ein schlechtes Gefühl über eine deiner Handlungen hast – gehe zur Partei. Sie hat für vieles Verständnis, wenn sie weiß, du bist ehrlich und verschweigst ihr nichts. 4. Der verdient nicht den Namen eines Genossen, der vor der Partei etwas verbirgt, ihr die

Der Umgang mit deutschen Opfern des Massenterrors in der Sowjetunion war maßgebend bestimmt von der kommunistischen Parteitraktion, Andersdenkende zu diffamieren und zu verfolgen, einer Tradition, die mit Hilfe der Parteischulung und auf ihr gründender »Parteierziehung« in die Mitgliedschaft hineingetragen wurde und diese dann weitgehend prägte.

Die politische Tradition

Mit der Mitte 1948 initiierten Entwicklung der SED zur »Partei neuen Typus« leitete die SED-Führung jene geschichtliche Periode ein, die wie keine andere von den sowjetischen Erfahrungen geprägt war. Ihre Politik basierte unverhüllt auf Inkriminierung und Verfolgung Andersdenkender, die, so ein Beschluß des Parteivorstandes vom 29. Juli 1948, der »Ausmerzung von schädlichen und feindlichen Elementen«¹ dienten. Im gleichen Jahr wurde die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) der SED etabliert, die sich mit den disziplinarischen Verstößen der SED-Mitglieder zu beschäftigen hatte und bald in allen Ländern bzw. Bezirken und Kreisen ein straff organisiertes Netz von Kommissionen hatte, deren Mitglieder aufgrund ihrer besonderen Parteitreu ausgewählt wurden.² Die gesamte Geschichte der SED und in besonderer Weise ihre frühen Jahre sind von der Stigmatisierung, Verfolgung, Verurteilung, ja Tötung wahrhaftiger oder mutmaßlicher Andersdenkender nicht zu trennen. Die Repressionen dienten der Machterhaltung der Parteidiktatur und einer sich konstituierenden Führungsschicht. Die Partei»säuberungen« waren, auch wenn sie unter den Gegebenheiten der Nachkriegszeit und der besonderen politischen Situation im geteilten Deutschland nicht die blutigen Ausmaße wie in der UdSSR erlangten, Mittel zum Ausschluß unbedeuernder Opponenten wie der Erziehung der gesamten Mitgliedschaft der SED.³ Andersdenkende wurden als Opportunisten und Revisionisten, Sozialdemokraten, Versöhner, Trotzkiten, Kosmopoliten, Kapitulanten, Dogmatiker, Sektierer oder Agenten diffamiert, isoliert, aus der SED ausgeschlossen und zum Teil strafrechtlich verfolgt.

Zu den ersten Opfern der Sanktionen gehörten Sozialdemokraten. Von den im März 1946 in der SPD der SBZ organisierten und später der SED beigetretenen ca. 680 000 Mitgliedern wurden unter dem Vorwurf des Sozialdemokratismus viele Tausende verfolgt. Neben dem Sozialdemokratismus war, nicht erst seit den

Schauprozessen in Osteuropa, erneut der Trotzismus zum gefährlichsten Widersacher erklärt worden. Nach einem Protokoll des Sekretariats des ZK der SED vom 21. November 1949 wurden Vorfälle mit »trotzkistischen Gruppierungen« und »Schumacher-Agenten« in Leipzig zum Anlaß genommen, in der Presse gegen diese Stellung zu nehmen und sie einer permanenten Verfolgung auszusetzen.⁴ Die Schauprozesse gegen Rajk in Ungarn und Kostow in Bulgarien im September bzw. Dezember 1949 nahm die SED-Führung zum Anlaß für eine umfassende »Überprüfung« aller WestemigrantInnen, in deren Folge zahlreiche Personen aus der SED entfernt oder von ihrer Funktion entbunden wurden. Auf dem III. Parteitag der SED im Juli 1950 konstatierte W. Pieck: »In der Berichtsperiode führte unsere Partei den Kampf gegen die trotzkistische und titoistische Agentur des anglo-amerikanischen Imperialismus als Kampf gegen die ärgsten Feinde der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. ... Wir müssen jedoch sehen, daß im Kampf gegen die Trotzkisten und Titoisten bei uns keine genügende Aktivität entwickelt wurde, so daß die trotzkistische Agentur in unseren Reihen noch nicht vollständig aufgedeckt ist. ... Der Kampf für die Sauberkeit der Reihen unserer Partei und für die Vertreibung der maskierten Feinde der Arbeiterklasse aus unserer Partei ist eine unerläßliche Bedingung für unsere weitere Entwicklung zur Partei von neuem Typus.«⁵ Der Parteitag beschloß denn auch eine Überprüfung aller Mitglieder und Kandidaten der SED nach sowjetischem Vorbild. In deren Folge sind ca. 150.000 Mitglieder und Kandidaten aus der SED ausgeschlossen bzw. gestrichen worden.⁶ Diese Kampagne war mit einer politischen Propaganda verbunden, die sich gegen alle »Abweichler« in der Geschichte der KPD richtete und deren Protagonisten inkriminierte oder als nunmehr »bekehrte« Kommunisten präsentierte.⁷

Die Parteischulung

Neben der autoritären Parteidisziplin sah die SED-Führung in der politischen Schulung und Erziehung der Gesamtmitgliedschaft eine wesentliche Voraussetzung und Bedingung ihrer Politik.⁸ Daß sich Disziplin und politische Erziehung im Verständnis der Herrschenden gegenseitig bedingten und förderten, wurde in einem Beschluß des Vorstandes der SED vom 3. Juni 1950 evident, wo es hieß: »Es ist eine der entscheidenden Lehren des Rajk-Prozesses in Ungarn und des Kostow-Prozesses in Bulgarien wie auch der verstärkten Sabotage- und Schädlingarbeit der anglo-amerikanischen Kriegstreiber und ihrer Handlanger gegen die Deutsche Demokratische Republik, daß die ideologische Sorglosigkeit und die mangelhafte politische Wachsamkeit nur durch eine systematische ideologische Erziehungsarbeit der Mitglieder und Funktionäre überwunden werden kann.«⁹ Dementsprechend ist ein flächendeckendes und differenziertes Parteischulungssystem errichtet worden, an dem alle Mitglieder und Kandidaten der SED teilzunehmen hatten. Kritik- und bedingungslos wurden die stalinistischen Weltbilder und Erklärungsmuster sowie ihre historiographischen Legitimierungsschriften – deren Hauptwerke gerade in der Zeit des offenen Terrors in der UdSSR entstanden waren – über-

Aufklärung verweigert, die Auffindung der schwachen und faulen Stellen erschwert. 5. ... Es darf nichts »Unerklärliches« geben, das wir auf sich beruhen lassen, statt es zu untersuchen. 6. Dabei müssen wir berücksichtigen, daß sich der Feind in erster Linie auf schwankende, kleinbürgerliche Elemente konzentriert und sie auszunutzen versucht, auf Mitglieder, die schon einmal von der Parteilinie abgewichen sind oder parteifeindlichen Gruppen angehört haben, auf ehemalige Trotzkisten, Fraktionäre, rechte Opportunisten, linke Sektierer, besonders wenn sie längere Zeit in westlichen Ländern gelebt haben.« Das ZK der SED zur Verbindung von Funktionären der SED mit amerikanischen Agenten, in: Neues Deutschland, 1. September 1950, S. 5.

4 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, I 2/3/164. Zudem fanden sich in der Akte Denunziationen von SED-Mitgliedern gegenüber Paul Merker, Leo Bauer u.a. Ein Bericht wurde mit dem handschriftlichen Vermerk »Akte: Trotzkisten« versehen. Eine nachgetragene Notiz über die Sitzung der ZPKK vom 25.10.49 gibt Auskunft über die Geisteshaltung ihres Vorsitzenden Matern (seit 1941 in Moskau): »Lehren aus dem Kampf gegen feindliche Agenturen. ... Der Trotzismus – terroristische Gruppe zur Zersetzung des organisierten Vortrupps der Arbeiterklasse. Gekaufte – deklassierte Elemente – wurzellose Kleinbürger – Abschaum der untergehenden Welt.« In: SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, NL 76/154.

5 Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SED, 20. bis 24. Juli 1950, Berlin 1951, S. 81.

6 Otto Schön: Zum Ergebnis der Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten, in: Neues Deutschland, 7. Mai 1952, S. 2.

7 Exemplarisch dafür Erich Paterna: Lehren aus dem Kampf Ernst Thälmanns gegen parteifeindliche Gruppierungen. Unversöhnlichkeit gegen Opportunismus und Sektierertum – Voraussetzungen für die Entwicklung zur Partei neuen Typus, in: Neues Deutschland, 12. Januar 1951, S. 4, und Robert Siewert: Der Weg der KPO – von parteifeindlicher Gruppierung zum Verrat an der Arbeiterklasse, in: Neues Deutschland, 25. Januar 1951, S. 4.

8 Vgl. Ernst Richert: Agitation und Propaganda. Das System der publizistischen Massenführung in der Sowjetzone, in Zusammenarbeit mit Carola Stern und Peter Dietrich, Berlin/Frankfurt am Main 1958; Eckard Förtsch: Parteischulung als System der Kaderbildung in der SBZ (1946-1963), Dissertation, Erlangen-Nürnberg 1964.

9 Über die Verbesserung der Parteipropaganda. Beschluß des PV der SED vom 3. Juni 1950, in: Dokumente der SED: Band III, S. 46 f. Vgl. auch zahlreiche vorangegangene und nachfolgende Beschlüsse der SED-Führung zur Parteischulung, in: Dokumente der SED, Band II ff.

10 Wilhelm Pieck: Die welt-historische Bedeutung des Leninismus, in: Tägliche Rundschau, Berlin, 6. April 1949.

nommen und jeglicher politischer Schulung und Erziehung innerhalb der SED zugrundegelegt. Auf Dauer formierte sich so ein den Führern williges Funktionärskorps. Unter Stalins Losung »Der Leninismus ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution« verwarf die SED-Führung weitgehend die Erkenntnisse anderer Marxisten bzw. instrumentalisierte diese rein propagandistisch. So konnte es für W. Pieck im 20. Jahrhundert »keinen Marxismus mehr geben außer den Leninismus«. ¹⁰ Entsprechend kreisten alle Formen und Inhalte der Parteischulung vom Ende der vierziger bis Mitte der fünfziger Jahre um das Studium der Geschichte der KPdSU und der Biographie Stalins. »Im kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU sind alle grundlegenden Leitsätze der marxistisch-leninistischen Lehre dargelegt und die großen Erfahrungen der Kommunistischen Partei verallgemeinert«, hieß es noch in einem ZK-Bericht vom 6. Februar 1956. ¹¹ Die Schrift »Geschichte der KPdSU (B). Kurzer Lehrgang« war offiziell unter der Redaktion einer Kommission des Zentralkomitees der KPdSU (B) entstanden, deren Fassung vom ZK der KPdSU 1938 gebilligt wurde. Tatsächlich ist sie unter maßgeblichem Diktat Stalins redigiert worden. ¹² Unmittelbar nach Kriegsende ist die Schrift vom KPD-Verlag Neuer Weg erstmals in Deutschland aufgelegt worden. ¹³ Ganz im Stil und der Terminologie der dreißiger Jahre ist hier der Kampf der Bolschewiki gegen Andersdenkende und Abtrünnige innerhalb der russischen und sowjetischen Arbeiter- und Parteibewegung vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1938 beschrieben und ihre politische und physische Vernichtung legitimiert worden. Dabei spielten die Vorgänge der »Säuberung« eine zentrale Rolle. Seitenweise wird die Liquidierung der »Volksfeinde« begründet, etwa unter den Überschriften: Die Entartung der Bucharinleute zu politischen Doppelzünglern; Die Entartung der trotzkistischen Doppelzüngler zu einer weißgardistischen Bande von Mördern und Spionen usw. Auffallend sind die Begriffe, mit denen die Verurteilten der Schauprozesse immer wieder versehen wurden, etwa: erbärmliche Überreste der Bucharin- und Trotzkileute; jämmerliche, vom Leben losgerissene und bis ins Mark verfaulte Fraktionsgruppe; verruchte Verbrecher, Abschäum der Menschheit, elendes Gewürm, nutzloses Gerümpel, nichtswürdige Lakaien der Faschisten u.a. ¹⁴ Neben dem »Kurzen Lehrgang« war besonders die Schrift »J. Stalin. Kurze Lebensbeschreibung«, die ebenfalls nach 1945 in der SBZ verlegt wurde, Grundlage der Parteierziehung innerhalb der SED. Zentral erarbeitete Anleitungs-materialien für Propagandisten des Parteilehrjahres gaben Themen und Inhalte vor. Eine 1950 von der Abteilung Propaganda der SED-Landesleitung Sachsen-Anhalt herausgegebene »Lektionsdisposition« stellte die Lektion VIII unter die Überschrift »Stalin, der Kampfgefährte Lenins im Kampf gegen Trotzkismus und andere parteifeindliche Elemente«. ¹⁵ Hauptinhalt der Unterweisung war ein Überblick über den Kampf der Bolschewiki gegen Sozialdemokratismus, Opportunismus und Trotzkismus. Im Abschnitt VII der Lektion wurde unter dem Titel »Der Trotzkismus – eine Clique ideenloser, prinzipienloser Karrieristen, Doppelzüngler, Mörder und Spione« nicht nur eine Rechtfertigung für deren

Verfolgung in den dreißiger Jahren gegeben, sondern die Notwendigkeit ihrer physischen Vernichtung begründet. Es heißt dort: »Trotzki, Bucharin, Sinowjew usw. schlossen sich zu einem Block von kriminellen Verschwörern, Spionen, Schädlingen, Mördern zusammen und nannten sich »Block der Rechten und Trotzlisten«. Sie organisierten planmäßige Spionearbeit, Schädlingsakte, Terrorakte und Morde (Mord an Kirow 1934, Mord an Gorki, Mordversuch an Molotow, Stalin usw.). Trotzki entwickelte unter dem Schutz der Imperialisten vom Ausland her eine Kampagne antisowjetischer Hetze. ... Die Trotzlisten nahmen Verbindung zu den deutschen Faschisten auf und halfen ihnen, den Krieg vorzubereiten (5. Kolonne, Henlein, de Gaulle, Quisling usw.).«¹⁶ Die resümierende Schlußfolgerung also: Die erfolgreiche Verwirklichung des Stalinschen Kampfplanes habe dazu geführt, daß der Trotzkiismus in der Sowjetunion ausgerottet und sein Wesen vor der ganzen Welt entlarvt worden sei.

Die SED-Schulung war in den fünfziger Jahren ein Ort kollektiver und organisierter Indoktrination, in der ausschließlich die verordneten »Leitsätze des Leninismus« thematisiert werden durften. Biographische Belege geben davon besonders anschaulich Zeugnis. Carola Stern berichtet über einen Lehrer, der von der Parteihochschule der SED relegiert wurde, »weil er in einer Lektion Zitate von Trotzki und Bucharin benutzt hatte, um ihre »partei-feindlichen Auffassungen« anschaulich zu machen.«¹⁷ Dem Versuch Valentin Sengers, die Behauptung eines Lehrers an einer Parteischule, nach der Stalin das größte Genie der bisherigen Menschheitsgeschichte schlechthin sei, in die Formulierung, Stalin sei das größte politische Genie unserer Epoche, zu modifizieren, begegnete die Parteioorganisation mit einem Parteiverfahren, das für Senger mit einer Rüge endete.¹⁸ Auch für den Intellektuellen Robert Havemann war bis zum XX. Parteitag der KPdSU Stalin der bedeutendste damals lebende Marxist: »Seine Worte«, resümierte er, »waren unwiderleglich. Ich konnte mich nur bemühen, ihn zu verstehen. Wenn es mir nicht gelang, lag es nicht an Stalin, sondern an mir. ... Damals war ich der Meinung, daß man einen guten Genossen daran erkennen kann, wie schnell er neue weise Einsichten der Partei verstehen und öffentlich für sie eintreten kann. Die schlechten, unsicheren Genossen andererseits waren daran zu erkennen, daß sie in unbescheidener Überheblichkeit Einwendungen machten und völlig abwegige Fragen stellten, die man am besten gar nicht beantwortete. Die schlechtesten Genossen aber, die schon mit einem Bein im Lager des Klassenfeindes standen, das waren jene Unglücklichen, die es wagten, Kritik an den führenden Genossen der Partei zu üben, gar Kritik an dem führenden Genossen.«¹⁹ Im Kontext der komplexen »Parteierziehung« der SED führte das System der politischen Schulung zu »Gewohnheitseffekten, Reflexen und Reaktionen«, so Eckard Förtsch, die es den »Parteimitgliedern und Funktionären ermöglichten, alle Erscheinungen automatisch in das kommunistische Alternativdenken einzuordnen.«²⁰

11 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, IV 2/5/247.

12 Vgl. Vorwort zu J. W. Stalin: Werke, Band 1, Berlin 1953, S. IX, wo von »Stalins Werk »Geschichte der KPdSU (B), Kurzer Lehrgang.« die Rede ist.

13 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang, Berlin 1945. Frühere Ausgaben in deutscher Sprache sind in Moskau verlegt worden.

14 Ebenda, S. 393 ff., 419 f.

15 Zur Vorbereitung des 71. Geburtstages des Genossen Stalin. Für Propagandisten. Lektionsdispositionen, hrsg. von der Abteilung Propaganda der Landesleitung SED Sachsen-Anhalt, Manuskript, Halle 1950. Weitere Schulungsliteratur, die die Säuberungen in der UdSSR legitimierte: J. Stalin: Fragen des Leninismus; J. W. Stalin: Werke, Band 1-13, Berlin 1953-1955; Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze, Band I-II, Berlin 1951; Michael Sayers/Albert E. Kahn: Die große Verschwörung, Berlin 1949; A. J. Wyschinski: Gerichtsreden, Berlin 1951. Die Schriften sind in Millionenauflagen verbreitet worden.

16 Lektionsdispositionen, a. a. O., S. 68 f.

17 E. Richert: Agitation und Propaganda, a. a. O., S. 313.

18 Valentin Senger: Kurzer Frühling. Erinnerungen, Hamburg/Zürich 1992, S. 223 ff.

19 Robert Havemann: Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde. Texte ei-

nes Unbequemen, hrsg. von Dieter Hoffmann und Hubert Laitko, Berlin 1990, S. 192 ff.

20 E. Förtsch: Parteischulung..., a. a. O., S. 183 f.

21 M. Stark: Die Remigration aus der UdSSR 1945-1962, in: 1945. Jetzt wohin? Exil und Rückkehr, hrsg. Verein Aktives Museum, Berlin 1995, S. 250-260.

22 Hans Schafranek: Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazi-Deutschland 1937-1941, Frankfurt am Main 1990.

23 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, NL 36/640.

24 Bis 1952 erschienen u.a. Arthur Koestler: Darkness at Noon, London 1940; ders.: Sowjet-Mythos und Wirklichkeit, Hamburg 1947; Victor Kravchenko: Ich wähle die Freiheit. Das private und politische Leben eines Sowjetbeamten, Hamburg o.J.; Margarete Buber-Neumann: Als Gefangene bei Hitler und Stalin, München 1949; Elinor Lipper: Elf Jahre in sowjetischen Gefängnissen und Lagern, Zürich 1950; Fritz Löwenthal: Ihr Schicksal in der Sowjetunion. Deutsche Kommunisten als Opfer des NKWD, Berlin 1948; Rudolf Rocker: Der Leidensweg von Zensl Mühsam, Darmstadt 1949; J. Ernest Salter: Der Untergang deutscher Kommunisten in der UdSSR. Teil I bis VII, in: Die Neue Zeitung (Berliner Ausgabe), Nr. 117 ff., 21. Mai - 1. Juni 1950.

25 Nina Berberowa: Die Affäre Krawtschenko, Düsseldorf 1991; Boris

Zum Umgang mit den Opfern bis Mitte der fünfziger Jahre

Vor 1956 konnten nur einzelne langjährige GULag-Häftlinge, meist prominente Opfer wie Susanne Leonhard oder die Gebrüder Seydewitz, die UdSSR verlassen. Die SED-Führung hatte kein Interesse an den deutschen Überlebenden der blutigen »Säuberung« und betrieb eine überaus restriktive Remigrationspolitik.²¹ Bis Mitte der fünfziger Jahre befanden sich in der SBZ/DDR vornehmlich solche Opfer, die 1939/1940 nach Monaten aus der Untersuchungshaft des NKWD entlassen worden waren und als rehabilitiert galten, sowie Personen, die zwischen 1936 und 1941 von der sowjetischen Seite an Deutschland ausgeliefert wurden und dort nicht selten bis 1945 in KZ schmachteten.²² Obgleich es sich alles in allem um eine kleine Personengruppe handelte, reagierte die SED-Führung auf alle publizistischen und literarischen Versuche im Westen, das Schicksal von Opfern des Stalinschen Terrors zu thematisieren, äußerst sensibel und konsequent. Am 9. Juli 1947 sandte F. Dahlem ein Schreiben an W. Pieck mit der Aufschrift »Weitere Kampagne von seiten der Amerikaner gegen SU, Kommunisten, SED«; unter Punkt zwei konstatierte er: »Jetzt erfolgt ein weiterer Angriff im Zusammenhang mit den Verhaftungen ehemaliger kommunistischer Agenten in der Sowjetunion, die nach Deutschland ausgeliefert wurden. ... Es muß die Linie besprochen werden, wie wir diesen Angriffen begegnen.«²³ Ausgangspunkt war ein Vorabdruck aus den Erinnerungen von Margarete Buber-Neumann über ihre Erfahrungen mit dem GULag und im Nazi-KZ in der New Yorker »Volkszeitung« vom 29. März 1947. Zunächst hüllte man sich in Schweigen, auch gegenüber allen anderen Veröffentlichungen über deutsche Opfer des Stalinschen Terrors in westlichen Medien.²⁴ Die Erinnerungen von Viktor Krawtschenko »Ich wähle die Freiheit« führten 1949 in Paris zum sogenannten Krawtschenko-Prozeß, in dem erstmals die Verbrechen des Stalinschen Terrorapparates vor einem demokratischen Gericht verhandelt wurden.²⁵ Während dieser Prozeß in seiner Wirkung eher die sowjetische Administration tangierte, so war die Wirkung eines Prozesses um die Erinnerungen von Margarete Buber-Neumann, der 1951/1952 in der BRD stattfand, für die SED-Führung geradezu ein Alarmsignal.²⁶ Am 11. Januar 1951 beschloß das Sekretariat des ZK der SED, eine spezielle Kampagne gegen den Buber-Neumann-Prozeß zu führen.²⁷ Beide Prozesse machten deutlich, daß nicht nur die Autoren der publizierten Erinnerungen, sondern auch andere Opfer des GULag bzw. an Nazi-Deutschland ausgelieferte gewillt waren, öffentlich Zeugnis von ihren Schicksalen abzulegen. Auf den Prozeß von Margarete Buber-Neumann gegen Emil Carlebach reagierte in der Manier der dreißiger Jahre ein redaktioneller Beitrag des »Neuen Deutschland« vom 13. Januar 1951 so: Zeugen, wie beispielsweise Willi Pawera, die nach ihrer Verhaftung durch das NKWD an Nazi-Deutschland ausgeliefert wurden, diffamiierte er als »faschistische Agenten« und erklärte ihre Verhaftung in der UdSSR als rechtens; Margarete Buber-Neumann wurde als »abgegriffene und ausgelaugte trotzkistische Agentin der Nazis« verunglimpft, und es hieß, daß sie, »als sie 1940 die Sowjetunion verließ und sich nach Deutschland überstellen ließ, ... kei-

neswegs dazu gezwungen (war), sondern ... aus freien Stücken einen entsprechenden Revers unterschrieben« habe; als »zeitweise Lebensgefährtin des trotzkistischen Gestapo-Agenten Neumann« sei »es ihr in der Sowjetunion nach den großen Prozessen gegen die Bande trotzkistischer Spione, Diversanten und Mörder Ende der dreißiger Jahre ungemütlich geworden«.²⁸

Dieser Umgang mit der Vergangenheit mußte zumindest für die Gruppe von EmigrantInnen, die schon aus der Sowjetunion in die DDR übersiedeln konnten und die ohne oder mit weniger schweren Verfolgungen davon gekommen waren, darüber aber Bescheid wußten und sich insgeheim eine kritische Reflexion bewahrt hatten, eine ernste Warnung und möglicherweise ein Anlaß sein, ihre Erlebnisse im sowjetischen Exil neu zu bewerten, besser noch: zu verdrängen, die Vergangenheit zu versiegeln oder zu mystifizieren. Denn hier wurde unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß die zahllosen Verhaftungen und Verfolgungen in der UdSSR rechtens waren; die Auslieferungen an Nazi-Deutschland wurden wider besseres Wissen als »freiwillige Rückkehr« etikettiert.

In das Blickfeld der Kontrollorgane der SED traten in dieser Zeit besonders Frauen und Männer mit einem Schicksal, ähnlich dem von Margarete Buber-Neumann. Mehrere Betroffene, die an Deutschland ausgeliefert wurden, fielen diesen Organen nachweislich zum Opfer: Heinz Blume ist 1950 aus der SED ausgeschlossen worden, »weil er die Haft in der UdSSR und die Auslieferung verschwiegen hatte«²⁹; Adolf Holz wurde 1953 wegen Äußerungen, »die das Ansehen des Genossen Pieck und die Person des Genossen Stalin herabsetzen«, aus der SED verbannt³⁰; Gerhard Schneider, 1936 in der Sowjetunion verhaftet und 1938 an Deutschland ausgeliefert, hat ein sowjetisches Militärtribunal am 24. Dezember 1949 erneut zu Freiheitsentzug verurteilt³¹; Charlotte Müller schloß die ZPKK während der Parteiüberprüfung 1951 als »trotzkistisch-partei-feindliches Element« aus der SED aus, weil sie die Verhaftung ihres Mannes in der Sowjetunion als ungerechtfertigt betrachtete³²; desgleichen wurde Charlotte Grünberg »wegen anti-sowjetischer Einstellung im Zusammenhang mit ihrer Verhaftung und Ausweisung durch die Sowjetunion in den Jahren 1937/1938« aus der Partei ausgeschlossen³³.

Eine andere Art permanenter Stigmatisierung, Diffamierung und Disziplinierung von Ausgelieferten bzw. redseligen oder unbequemen RemigrantInnen war die Weigerung, sie als Verfolgte des Naziregimes anzuerkennen, wie es das Beispiel von Martha Kühne zeigt³⁴.

Im Frühjahr 1953 erlangte die Verfolgungsmanie der SED-Führung in Auswertung des Prozesses gegen Rudolf Slansky, Generalsekretär der Tschechoslowakischen KP und bekannter Sowjetemigrant, sowie einer sich in der UdSSR abzeichnenden Repressionswelle einen neuen Höhepunkt.³⁵ Diesmal sollte nicht nur zum wiederholten Mal die gesamte »Westmigration«, sondern m. E. auch die »Ostemigration« einer Säuberung unterworfen werden. Der Leitartikel des Juni-Hefts der »Einheit« von 1953, der sich auf die 13. Tagung des ZK vom Mai 1953 berief und unter der Überschrift »Die Partei wird stärker, wenn sie ihre Reihen säu-

Nossik: Der seltsame Prozeß oder ein Moskauer Überläufer in Paris, Berlin 1992.

26 Zu den Hintergründen des Prozesses vgl. Schafra-nek: Zwischen NKWD und Gestapo, a. a. O., S. 110 ff.

27 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, J IV 2/3/166.

28 Neues Deutschland, 13. Juni 1951.

29 In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR, hrsg. Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 1991, S. 39.

30 Ebenda, S. 101.

31 Ebenda, S. 206.

32 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, IV 2/4/461.

33 Ebenda.

34 Martha Kühne: Am 6. März 1888 in Leipzig geboren, Textilarbeiterin, KPD-Funktionärin, 1932/33 Abgeordnete des Sächsischen Landtages, lebte nach 1945 in Leipzig.

35 Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky. Beschluß des ZK der SED vom 20. Dezember 1952, in: Dokumente der SED, Band IV, S. 199 ff.

36 Einheit, Berlin, 8. Jg., H. 6, Juni 1953, S. 761 ff.

37 Solche waren: »1. trotzkistisch-sinowjewistische und andere konterrevolutionäre Verbrechen gegen die Arbeiterklasse (im Zusammenhang mit Verhaftung), Parteiverrat; 2. Verbindung mit partei- und klassenfeindlichen Elementen und Begünstigung ihrer Verbrechen infolge mangelnder politischer Wachsamkeit, politische Zersetzungsarbeit; 3. parteischädigendes Verhalten; 4. politische Unzuverlässigkeit; 5. Korruption.« In: SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, IV 2/3/82.

bert!« erneut in eindringlicher Weise die Erfahrungen Stalins beschwor, verteidigte die »rechtzeitig erfolgte Liquidierung der Agentengruppen« in der Sowjetunion als »eine wichtige Voraussetzung für den grandiosen Sieg der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg«; der Artikel verwies darauf, daß auch im Exil in der Sowjetunion Agenten tätig gewesen seien, und behauptete: »Auch dort war es ihnen (den »feindlichen Agenturen« – M. S.) gelungen, über ihre trotzkistisch-bucharinsche Agentur in die revolutionäre Bewegung einzudringen. So hatten sie solche Verräter wie Remmele, Neumann, Schubert, Schulte und andere gewonnen. Aber mit der Zerschlagung der trotzkistischen und bucharinschen Agentur wurden auch die Verrätergruppen in den anderen kommunistischen Parteien zerschlagen und die Reihen der kommunistischen Emigration weitgehend gesäubert.«³⁶ Die sich im Zuge des Slansky-Beschlusses anbahnende Überprüfung der »Ostemigration« wird dadurch erhärtet, daß am 11. Februar 1953 die Akte des KPD-Archivs, die die Parteiausschlüsse während der Säuberung 1936/38 zum Inhalt hatte, aus dem Büro Pieck an die ZK-Abteilung Leitende Organe überwechselte. In dem Begleitschreiben hieß es: »Im Auftrag des Genossen Wilhelm Pieck überreichen wir Dir Materialien über Parteiausschlüsse...«; auf einem nachfolgenden Blatt war eine Numerierung der Ausschlußgründe aufgeführt.³⁷ Die Zusammenstellung der Ausschlußlisten konnte ebenso wie die Qualifizierung der angeblichen Vergehen gegen die Partei m.E. nur dazu dienen, Nachforschungen über das deutsche Exil in der UdSSR unter dem Paradigma des Slansky-Beschlusses zu beginnen. Die Untersuchungen hätten gerade solche SED-Funktionäre aus dem sowjetischen Exil zu fürchten gehabt, die in der Vergangenheit in die Nähe mutmaßlicher Verräter und Agenten geraten waren. Der Arbeiterprotest des 17. Juni 1953 verhinderte schließlich die großangelegte Parteiuntersuchung und rettete vielleicht damit manchem eine makellose Parteikarriere.

Die SED-Führung und die Opfer – nach dem XX. Parteitag der KPdSU von 1956

Der XX. Parteitag der KPdSU bildete für die SED und besonders für deren Führung eine der größten politischen Erschütterungen zwischen dem 17. Juni 1953 und dem Prager Frühling von 1968. Die Parteiführung reagierte auf die Diskussionen, vor allem unter Intellektuellen, mit taktierenden und inhaltlichen Debatten. Sie beendete diese schließlich mit der exemplarischen Verurteilung von Harich, Janka, Schirdewan und anderen Kritikern 1957/58. Selbst die in der DDR stark abgeschwächte Stalinkritik des XX. Parteitages (die Geheimrede Chruschtschows war in der DDR praktisch nur über westliche Medien zugänglich) traf die Masse der SED-Mitglieder völlig überraschend und fand in breiten Teilen der an Stalin politisch sozialisierten Kader keine Akzeptanz. Die anfangs diffusen Reaktionen der SED-Führung auf den XX. Parteitag führten in den folgenden Monaten zu einer für die SED unbekannt breiten und kontroversen Debatte, die Stalins »Verdienste und Fehler« thematisierte und zunehmend die Entwicklung der DDR, der SED und ihrer Führer einbezog. Zudem verwiesen

SED-Mitglieder auf offene Fragen der Geschichte der kommunistischen Bewegung, insbesondere der SED, der KPdSU und des deutschen Exils in der Sowjetunion.

Die SED-Bezirksleitung Erfurt brachte beispielsweise dem Politbüro der SED im April 1956 eine ganze Reihe derartiger Fragen ihrer Parteimitglieder zur Kenntnis, so etwa: In den Jahren 1930-1940 habe es in der SU Korruptionserscheinungen gegeben; es seien viele Menschen ausgewiesen worden; die Reaktion habe zu jener Zeit geschrieben, Stalin entferne seine engsten Mitarbeiter – hatte sie damals rechtgehabt? Starb Max Hoelz eines natürlichen Todes? Warum traten das ZK und die alten Bolschewiki nicht gegen die Verletzung der Parteiprinzipien und die Terrorakte auf? Wenn Berija als Agent bezeichnet werde und als solcher überführt und abgeurteilt wurde, Stalin aber von seinen Schandtaten wußte und Berijas Terrorakte guthieß, ist er dann nicht ebenfalls als Agent des Imperialismus und als Feind der sozialistischen Arbeiterbewegung anzusehen?³⁸ In anderen Berichten hieß es: Ein Genosse, der in der Emigration in der UdSSR war, fragte: »Was wird aus den Genossen, die dort in der Emigration waren und heute nicht mehr sind?«³⁹ Auch auf Piecks und Ulbrichts Rolle während dieser Zeit gingen SED-Mitglieder ein: »Ulbricht und Pieck haben ihre Köpfe nur durch Verrat von deutschen Genossen an den sowjetischen Geheimdienst retten können« und »Walter Ulbricht war doch selbst in der Emigration in der Sowjetunion, warum hat er damals Stalin nicht kritisiert, wenn es schon die anderen nicht getan haben?«⁴⁰

Diese unbequemen Fragen, vor allem aber die beginnende Entstalinisierung in der UdSSR, zwangen die SED-Führer, von ihrer Zweckbehauptung der »zurecht Verurteilten« intern abzugehen und sich gegenüber den Verfolgten neu zu positionieren. Nicht unbedeutend forciert wurde dieser Prozeß, als die Ausreisebedingungen aus der UdSSR liberalisiert wurden, und die Rückkehr derjenigen deutschen Emigranten einsetzte, die viele Jahre in Lagern und Verbannung hatten verbringen müssen. Allein in den Jahren 1954 bis 1957 remigrierten annähernd 400 Personen, Familienangehörige nicht mitgezählt.⁴¹

Im Umgang mit den Opfern verfolgte die SED-Führung von Anfang an eine Konzeption, die die biographischen Realitäten der Opfer und die wahre Rolle der Moskauer KPD-Führung in den dreißiger Jahren gleichermaßen versiegeln sollte. Die Rückkehrenden sollten innerhalb der SED-Strukturen aufgefangen, ihre Loyalität gegenüber »der Partei« aktiviert und somit effektiv kontrolliert werden. Die SED-Führung beauftragte damit die ZPKK, die sich bereits seit September 1955 vereinzelt dieser »Fälle« angenommen hatte.⁴² Das Verhalten aller Rückkehrenden im sowjetischen Exil wurde einer Prüfung durch die höchste Kontrollinstanz der SED unterzogen, und die Opfer von einst hatten gegenüber »der Partei« erneut Rechenschaft abzulegen.

Auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU sorgte die SED-Führung konsequent dafür, das Problem der deutschen Opfer des Stalinschen Terrors aus der Öffentlichkeit fernzuhalten. Offiziell wurde die Parteimitgliedschaft von der 3. Parteikonferenz darüber

38 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, IV 2/5/335.

39 Ebenda.

40 Ebenda.

41 Vgl. SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, 2/11/188; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bestand MfAA, Berlin B 3435 und C 520/76.

42 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, IV 2/4/455.

43 Walter Ulbricht: Der zweite Fünfjahrplan und der Aufbau des Sozialismus in der DDR. Referat des Ersten Sekretärs des ZK auf der 3. Parteikonferenz der SED, Berlin, 24. bis 30. März 1956, Berlin 1956, S. 185.

44 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, J IV 2/2/473.

informiert, daß das ZK beschlossen habe, »zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern, die bestraft wurden, sowie von ehemaligen Parteimitgliedern eine Kommission einzusetzen.«⁴³ Diese Kommission, die unter der Leitung Ulbrichts (!) stand, tagte erstmals am 19. April 1956. Im fünften Tagesordnungspunkt beschäftigte sich das Gremium mit »Angelegenheiten von KPD-Mitgliedern, die in der Sowjetunion verhaftet waren«, und es beschloß, über deren Rehabilitierung auf dem Wege der Einzelprüfung zu entscheiden.⁴⁴

Nachdem bis 1956 das Schicksal von Leidtragenden wie im Falle von Willi Pawera und Margarete Buber-Neumann als Hetze des Klassenfeindes diffamiert, renitente Opfer erneuter Verfolgung ausgesetzt und die Stalinsche Ideologie und Praxis gegenüber Andersdenkenden von der SED kontinuierlich fortgeschrieben wurden, war deren Führung nunmehr genötigt, ihre Politik gegenüber den Opfern zu modifizieren. Die neue Linie verkündete Ulbricht auf der 28. ZK-Tagung (27.-29. Juli 1956). In seinem Bericht hieß es dazu: »Die Kommission hat dem Politbüro vorgeschlagen, die ZPKK zu beauftragen, die Rehabilitierung von Genossen, die in der Sowjetunion verhaftet waren, auch wenn sie nicht mehr am Leben sein sollten, zu prüfen und zu entscheiden. Diese Maßnahme, die von besonderer Bedeutung ist, ergibt sich aus den Feststellungen des ZK der KPdSU über die verbrecherischen Umtriebe der Berija-Bande in der Sowjetunion. Bereits vor dem XX. Parteitag wurde begonnen, aus der Sowjetunion zurückkehrende ehemalige Mitglieder der KPD, die unschuldig in Prozesse verwickelt, respektive administrativ behandelt waren, voll zu rehabilitieren und ihre Mitgliedschaft in der Partei wiederherzustellen. Es ist eine selbstverständliche Pflicht, die Ehre der inzwischen verstorbenen und nicht zurückgekehrten Funktionäre und Parteimitglieder der KPD, die ebenfalls in solche Prozesse verwickelt waren, wiederherzustellen. ... Gegenüber den Genossen, die die Partei rehabilitiert hat, ist ein genossenschaftliches Verhalten an den Tag zu legen, ohne jede Voreingenommenheit.«⁴⁵ Das ist (nach meinem Überblick) die einzige offizielle Stellungnahme der SED-Führung, in der das Schicksal der deutschen Verhafteten im sowjetischen Exil in die Nähe eines – freilich vernebelten – Unrechts gerückt wurde. Schon in diesem kurzen Text legte Ulbricht die wesentlichen Züge des später praktizierten Umgangs mit den Opfern dar: Das offizielle Verschweigen der »Säuberung« sollte fortgesetzt werden. Das kam schon darin zum Ausdruck, daß selbst diese wenigen Zeilen nur für die Ohren der Mitglieder des ZK der SED bestimmt waren und in der später veröffentlichten Tagungsbroschüre fehlten.⁴⁶ Unter Rehabilitierung verstand die SED-Führung die Prüfung jedes einzelnen und die endgültige Entscheidung über die Parteimitgliedschaft durch die ZPKK, mehr nicht! Und das bezeichnete Ulbricht als »Maßnahme von besonderer Bedeutung«. Mit keinem Wort ging Ulbricht auf den bisherigen Umgang mit den Opfern ein: weder mit der Stalinkritik des XX. Parteitages, noch mit seinem authentischen Wissen als Zeitzeuge des Geschehens, er griff lediglich auf »Feststellungen des ZK der KPdSU über die verbrecherischen Umtriebe der Berija-

45 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, IV 2/1/81.

46 Vgl. Über die Arbeit der SED nach dem XX. Parteitag der KPdSU und die bisherige Durchführung der Beschlüsse der 3. Parteikonferenz. 28. Tagung des ZK der SED vom 27. bis 29. Juli 1956. Bericht des Politbüros, gegeben vom Ersten Sekretär des ZK, Genossen Walter Ulbricht. Beschluß, Berlin 1956.

47 Vgl. Untersuchung gegen Verrätergruppe Berija abgeschlossen, in: Neues Deutschland, 18. Dezember 1953; Verräter Berija und Komplizen zum Tode verurteilt und hingerichtet, in: Neues Deutschland, 25. Dezember 1953. Danach waren es ausschließlich Berija und seine Komplizen (Ende 1953 als »Agenten des ausländischen Kapitals« hingerichtet), die mittels

Bande« zurück. Allerdings stammten diese bereits aus dem Jahre 1953.⁴⁷ Seinerzeit waren sie für Ulbricht und die anderen Führer kein Anlaß gewesen, ihr Verhältnis zu den Opfern in irgendeiner Weise zu korrigieren. Auch danach blieben sie für die SED Unpersonen. Der Rückgriff auf die Berija-Version, um die Massenverfolgungen der dreißiger Jahre zu erklären, war eine entschiedene Absage Ulbrichts an die Stalinkritik Chruschtschows, der ja in seiner Geheimrede 1956 Stalin als Initiator des Terrors benannt hatte. Die tatsächlichen Verbrechen bagatellierte und verfälschte Ulbricht selbst im Führungszirkel der SED mit solchen Formulierungen wie »unschuldig in Prozesse verwickelt« oder »administrativ behandelt« – danach mußte es auch Personen gegeben haben, die schuldhaft in Prozesse verwickelt waren. Diese Terminologie zerstreute kaum das Mißtrauen gegenüber den Verfeimten und suggerierte dem Uneingeweihten, es würde sich lediglich um einzelne Fälle, um nur wenige betroffene Menschen handeln. Zudem war nur die Rede von KPD-Mitgliedern, nicht von Unorganisierten, die es unter den Opfern ebenfalls nicht wenige gab. Das Ausmaß der Verfolgung deutscher EmigrantInnen bzw. SpezialistInnen war Ulbricht und Pieck allemal bekannt.

In Umkehrung bisheriger Praxis sprach Ulbricht nunmehr von der selbstverständlichen Pflicht, die Ehre der inzwischen verstorbenen und nicht zurückgekehrten Funktionäre und Parteimitglieder wiederherzustellen. Gemeint war keineswegs die öffentliche Erörterung der biographischen und zeitgeschichtlichen Erfahrungen der Opfer – wie es zeitweilig in der UdSSR geschah –, sondern einzig die Wiederherstellung der Parteimitgliedschaft, und das in einem parteiinternen Ritual der höchsten Geheimhaltungsstufe. Zur Verantwortung der damaligen KPD-Führung in Moskau und den eigenen biographischen Verstrickungen äußerte sich Ulbricht auch vor dem ZK der SED nicht, Worte der Trauer und Anteilnahme kamen nicht über seine Lippen. Wohl wissend, wie weit die »Parteierziehung« in der SED bis Mitte der fünfziger Jahre gediehen war, versagte Ulbricht vorsorglich den Kadern jede Voreingenommenheit gegenüber den Rehabilitierten und ordnete ein genossenschaftliches Verhalten – was immer das heißen mochte – an. Für den kleinen Kreis derjenigen SED-Funktionäre, die diese Worte Ulbrichts hörten oder lasen, zuvor aber politisch mit dem »Kurzen Lehrgang« geschult worden waren und meist wenig Interesse an dieser unbequemen Wahrheit hatten, waren diese dürftigen Zeilen wohl kaum Anlaß, ihr bisheriges Stalin-Bild zu verwerfen oder gar systemkritische Gedanken zu entwickeln, wenn überhaupt den Zuhörern dieser Passus im seitenlangen ZK-Bericht besonders aufgefallen war, kamen doch im Abschnitt über Kaderfragen die viel brisanteren Angelegenheiten der unmittelbaren Zeitgeschichte zur Sprache.⁴⁸

Schon auf der 30. ZK-Tagung Anfang 1957 verteidigte Ulbricht erneut die Notwendigkeit der damaligen Verhaftungen in der Sowjetunion als »Sicherungsmaßnahmen im Innern und nach außen«.⁴⁹ Dieses aus den dreißiger Jahren übernommene Erklärungsmuster wurde von großen Teilen der Parteimitgliedschaft und mehr noch des Funktionärskorps als plausibles Argument verinner-

»Terrormethoden mit Personen abrechneten« und »eine Reihe schwerster Verbrechen begingen, um ehrliche, der Sache der Kommunistischen Partei und der Sowjetmacht ergebene Kader auszurotten«. Das entsprach genau dem stalinistischen Topos des XVIII. Parteitages der KPdSU von 1939.

48 Es ging dabei um die Aufhebung eines Teils früher verhängter Parteistrafen und Parteiausschlüsse (F. Dahlem, A. Ackermann, J. Walcher u.a.), die Aufhebung und Korrektur von Urteilen bzw. um Haftentlassungen von als »Agenten« verurteilten SED-Mitgliedern. Vgl. Mitteilung des Presseamtes beim Ministerrat und Alles für die Festigung der demokratischen Gesetzlichkeit, in: Neues Deutschland, 21. Juni 1956.

49 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, NL 182/517. In Abgrenzung zu Chruschtschows Geheimrede postulierte Ulbricht außerdem, daß »die damalige Politik des Zentralkomitees der KPdSU und die geschichtliche Rolle des Genossen Stalin ... noch einer zusammenhängenden geschichtlichen Würdigung« bedürften. Die »marxistischen Arbeiten des Genossen Stalin« sollten auch weiterhin geachtet und aus ihnen gelernt werden, wenn auch »bestimmte Vereinfachungen und theoretisch falsche Anschauungen« korrigiert werden sollten.

50 Ebenda.

licht und bewahrt. Ulbricht konstatierte zwar, »Genosse Stalin« hätte »in einer bestimmten Zeit die Sowjetgesetze verletzt«, stellte aber unmißverständlich klar, daß »wir als Deutsche ... nicht das geringste Recht (haben), eine Diskussion über Fehler zu führen, die in der Sowjetunion geschehen sind in der Zeit, wo die Sowjetunion vom faschistischen Deutschland bedroht wurde«. ⁵⁰ Eine öffentliche Thematisierung der Schicksale deutscher EmigrantInnen und SpezialistInnen sowie deren Angehöriger hat die Parteiführung unter Ulbricht auch in der Folgezeit verhindert. Mehr noch, wenn diese Zeit zur Sprache kam, wurde das Geschehene Unrecht bagatellisiert, als historisch erklärlich und notwendig beschrieben. Ja, Ulbricht stilisierte sich im nachhinein selbst zum Opfer, gar zum Kämpfer gegen den Stalinschen Terror, wie er es auf dem VI. Parteitag der SED (15.-21. Januar 1963) tat. Als Replik auf den XXII. Parteitag der KPdSU führte Ulbricht hier öffentlich aus: »Auch wir, die Mitglieder und die Führung der KPD, haben unter dem Stalinschen Personenkult und seinen Terrormethoden gelitten. Und wenn es einige Leute genau wissen wollen: Unser Politbüro hat sich gegen die Stalinschen Methoden gewandt und fand dabei Verständnis und Unterstützung bei sowjetischen Genossen und beim Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, Genossen Georgi Dimitroff. ... Es war eine große Leistung, daß es gelang, auch unter den schweren Bedingungen des Hitlerkrieges und dazu noch der schädlichen Methoden Stalins die Kollektivität des Politbüros und die Einheit der Parteiführung außerhalb und innerhalb des Landes zu sichern. (Lebhafter Beifall).« ⁵¹ Der Mißbrauch der Leiden ermordeter und überlebender GULag-Häftlinge für die Abrechnung mit dem »Stalinschen Personenkult« und die Verlogenheit des angeblichen Widerstandes der Moskauer KPD-Führung gegen Stalin machen die Skrupellosigkeit der SED-Führung deutlich. Ihr tatsächlicher Umgang mit allen Opfern stalinistischer Terrors blieb bis zum Schluß, bestärkt durch den Sturz Chruschtschows 1964, verachtend und restriktiv.

Die wenigen hundert Überlebenden verlebten nach ihrer Übersiedlung in die DDR zwar materiell gesehen ihre besten Jahre. Sie trafen Mitte der fünfziger Jahre jedoch auf eine Parteimitgliedschaft, die an Stalin, dem »Kurzen Lehrgang« und der »Partei neuen Typus« politisch sozialisiert war. Auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU hatten die ehemaligen GULag-Häftlinge eher mit Argwohn und Mißtrauen, ja Feindseligkeit, als mit Nachdenklichkeit, Verständnis und Trauer über ihre erlebte Vergangenheit zu rechnen. Die RemigrantInnen trafen auf eine Einheitspartei, die weniger Erinnerungen an die alten deutschen Arbeiterparteien weckte als vielmehr an das bürokratische und restriktive Machtgebaren der KPdSU und ihrer Führung. Die Opfer stießen auf Funktionäre und Parteimitglieder, die kaum Wissen und noch weniger Verständnis für ihre Biographien haben konnten und wollten und die gewohnt waren, sich im Kampf gegen »Abweichungen« aller Art an den Erfahrungen der KPdSU zu orientieren. ⁵² Die Männer und Frauen trafen überwiegend auf Funktionäre und Parteimitglieder, die mit den gleichen Mechanismen »gesäubert« wurden (oder auch »säuberten«), wie sie selbst einst im sowjetischen

51 Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SED, 15. bis 21. Januar 1963, Berlin 1963, S. 237. Vgl. auch Hermann Weber: Ulbricht als »Stalin-Gegner«. Eine groteske Legende, in: Aufbau und Fall einer Diktatur. Kritische Beiträge zur Geschichte der DDR, Köln 1991, S. 59 ff. (Zuerst erschienen in: »Dritter Weg«, Diskussionsforum für modernen Sozialismus, 5. Jg., 1963, Nr. 2/3.)

52 Zu biographischen Erfahrungen vgl. in: Wenn Du willst Deine Ruhe haben, schweige. Deutsche Frauenbiographien des Stalinismus, hrsg. von Meinhard Stark, Essen 1991.

53 Vgl. exemplarisch Gertraud Teschner: Zum 100. Geburtstag J. W. Stalins, in: Neues Deutschland, 21. Dezember 1979, S. 6; Hanna Wolf/Wolfgang

Exil. Sie trafen auf eine Partei, die eine wahrhaftige Erörterung ihrer eigenen Geschichte verbot, diffamierte und verfolgte und statt dessen ein mystifiziertes Geschichtsbild konstruierte. In dieser Partei trafen sie auf ehemalige Bekannte und Freunde aus der Zeit des sowjetischen Exils, die wohl zumeist ihre Erinnerungen neu interpretiert und dem vorgegebenen Sowjetideal untergeordnet hatten. Sie trafen zudem auf Parteibürokraten und ehemalige Ostexilanten, für die sie nach wie vor Schuldige vor der Partei waren. Schließlich trafen die Verfolgten auf eine Parteiführung, die gewillt war, jegliche Diskreditierung ihrer offiziellen Geschichtsinterpretation zu verhindern und Übertritte zu ahnden. In der Öffentlichkeit der DDR blieb das Thema der Inhaftierung und Erschießung von deutschen EmigrantInnen bzw. SpezialistInnen in der UdSSR auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU unerwähnt. Offiziell war das Thema bis zum Schluß 1989 tabu.⁵³

Schneider: Zur Geschichte der Komintern, in: Neues Deutschland, 6./7. Mai 1989.

MARIO KESSLER

Antisemitismus in der SED 1952/53. Verdrängung der Geschichte bis ans Ende

Vom Neuanfang zu altbekannten Praktiken

Eines der schlimmsten, vielleicht das schlimmste Kapitel in der Geschichte der DDR ist das antisemitische Zwischenspiel der Jahre 1952/53 mitsamt seiner Vorgeschichte und seinen Nachwirkungen. Das Beschweigen dieser Vorgänge in der DDR über die gesamte Zeit ihrer Fortexistenz hemmte auch die notwendige Aufarbeitung der Diskussion über das Verhältnis der deutschen Arbeiterbewegung zu den Juden sowie zum Antisemitismus. Die wenigen in der DDR hierzu erschienenen Darstellungen sparten dieses heikle Thema aus, sprachen statt dessen von einer immerwährenden Gegnerschaft der kommunistischen Bewegungen zu jederart Antisemitismus.¹ Nach dem Sturz der SED-Führung und der Öffnung der Archive entstanden eine Reihe von Arbeiten über das Thema »Die SED und die Juden«, die zum Teil wissenschaftlich fragwürdig,² zum Teil solide Forschungsarbeiten sind.³ Auch in der Presse wurde und wird das Thema immer wieder diskutiert.⁴ Auch der Verfasser dieses Aufsatzes hat in die Debatte eingegriffen.⁵ Dafür gab es Schelte aus sehr verschiedenen politischen Lagern. Im »Neuen Deutschland« testierte der Wiener Reinhard Pitsch dem Verfasser »schlechtesten Willen« bei der Aufarbeitung der bedrückenden Geschehnisse; er »wollte die DDR fluchen«, statt sich an die Tatsachen zu halten.⁶ Mangelnde Objektivität bescheinigte ihm auch Peter Maser, als Historiker bislang eher eine Münsteraner Lokalgröße, nun aber, als wohl guter Parteiarbeiter, für die CDU in der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Folgen der SED-Diktatur tätig. Kessler liebe »die sanften und gerade deshalb irreführenden Töne«; sein »Buch vermittelt fortlaufend ... Halbwahrheiten, wie sie in PDS-Kreisen bis heute gängig sind«;⁷ Kreise, die Maser offensichtlich gut zu kennen scheint. Es genügt, hier an den marxistischen, von der SED totgeschwiegenen Historiker Arthur Rosenberg zu erinnern. Dieser hatte 1932 in seiner »Geschichte des Bolschewismus« klargelegt: »Die Aufgabe, die ich hier zu lösen suche, ist eine wissenschaftliche und keine parteipolitische ... Ich habe das Buch keiner Partei oder Gruppe zuliebe geschrieben, und ich habe auch kein Bedürfnis zu »Enthüllungen« oder »Abrechnungen.«⁸ Auch hier gilt es, seine Weg zu gehen und die Leute reden zu lassen.

Im Lande, von dem aus die Vernichtung der europäischen Juden in die Wege geleitet wurde, verdient der Umgang mit Juden und Judentum gerade der ersten Nachkriegsjahre eine wissenschaftlich

Mario Kessler – Jg. 1955, Berlin. Dr. habil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für zeithistorische Studien Potsdam und Lehrbeauftragter am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Veröffentlichte u.a.: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus (1994, 2. Auflage); Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897-1933 (1994); Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz (1995).

1 Henry Görschler: Die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihr Verhältnis zum Antisemitismus, in: Wissenschaftliche Reihe der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 1965, Nr. 3, S. 539-551; Walter Mohrmann: Antisemitismus. Ideologie und Geschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin (Ost) 1953. Eine

sorgsame Prüfung. Dabei springt für die Sowjetische Besatzungszone zunächst ins Auge, daß der Versuch eines Neuanfangs stärker betont wurde als im Westen. Deshalb wählten viele aus dem Exil zurückgekehrte oder in Deutschland illegal überlebt habende Juden die spätere DDR als Wohnort. Die Politik der sowjetischen Behörden und ihrer deutschen Verbündeten stand in der SBZ im Zeichen des Anknüpfens an die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung aus der Zeit vor 1933, vor allem ihres kommunistischen Zweiges. Doch damit knüpfte die SED, die sich seit 1948 in einem folgenschweren Prozeß der Stalinisierung befand, auch an das Assimilationskonzept der Kommunistischen Internationale zur Lösung der jüdischen Frage und zur Überwindung des Antisemitismus an: Juden sollten sich, ungeachtet der jeweiligen sozio-kulturellen Umstände, durch Verzicht auf eine (wie auch immer begriffene) jüdische Identität in die kommunistische Bewegung einfügen. Innerhalb dieser Bewegung sollten sie für eine klassenlose Gesellschaft streiten. In einer solchen Gesellschaft würde auch dem Antisemitismus jede Grundlage (die in der Komintern im wesentlichen auf ökonomische Faktoren reduziert worden war) genommen werden. Der Zionismus wurde in all seinen Varianten strikt abgelehnt.⁹

Es ist notierendenswert, daß in der unmittelbaren Nachkriegszeit führende kommunistische Politiker verschiedentlich auf die Mitschuld großer Teile des deutschen Volkes an den nationalsozialistischen Verbrechen hinwiesen; ein Thema, das in den Kontroversen um Daniel Goldhagens Buch »Hitlers willige Vollstrecker« jüngst an Aktualität gewann. Ein Beispiel von mehreren: Im Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 wurde betont, daß »in jedem deutschen Menschen das Bewußtsein und die Scham brennen (muß), daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt. Nicht nur Hitler ist schuld an den Verbrechen, die an der Menschheit begangen wurden! Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutschen, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten, obwohl wir Kommunisten warnten: ›Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg!«¹⁰

Der Historiker Olaf Groehler schrieb, die Befreiung vom Hitler-Regime durch die Armeen der Antihitler-Koalition habe bei vielen deutschen Kommunisten zu einem »Bestätigungsglauben« von der Richtigkeit der eigenen Sache geführt. Dies und die Omnipräsenz der sowjetischen Administration bestimmten die Haltung der KPD/SED gegenüber den in Ostdeutschland lebenden Juden.¹¹

In den Erklärungen der KPD wurde der Völkermord an den Juden zwar nicht ausgeblendet, fand aber keine spezielle Hervorhebung. Dies entsprach der sowjetischen Linie, den Judenmord als ein nur sekundäres Merkmal der Nazi-Diktatur anzusehen. Dennoch gab es in den unmittelbaren Nachkriegsjahren – und nur damals – ernsthafte Überlegungen, den überlebenden Juden nicht nur Individual-, sondern auch Kollektiv«entschädigung« zuteil werden zu lassen. Dies war innerhalb der KPD nicht unumstritten. Bereits im Verlauf seiner ersten Sitzungen hatte der Berliner Hauptauschuß der OdF (Opfer des Faschismus) den Begriff des Kämpfers gegen den Faschismus eingegrenzt, also den Kreis der Personen, die besondere Zuwendungen materieller Art erhalten sollten.

frühe Ausnahme: Siegbert Kahn: Antisemitismus und Rassenhetze. Eine Übersicht über ihre Entwicklung in Deutschland, Berlin 1948.

2 Michael Wolffsohn: Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden, München 1995; meine Rezension: Tatsachen oder Legenden? Die SED und die Juden, in: Deutschland Archiv, 1996, Nr. 3, S. 486-488.

3 Angelika Timm: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997; Lothar Mertens: Davidstern unter Hammer und Zirkel, Hildesheim/Zürich/New York 1997.

4 Besonders in den zahlreichen Artikeln, die Helmut Eschwege unmittelbar nach der politischen Öffnung schrieb, z. B.: Die erneute Vertreibung der Juden, in: Leipziger Volkszeitung, 21./22. Juli 1990.

5 Mario Keßler: Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995.

6 Reinhard Pitsch: Antisemitismus in der DDR – Fakten und Fiktionen, in: Neues Deutschland, 26. Mai 1995.

7 Peter Maser: Antisemitismus trotz Antifaschismus, in: Das Parlament, Nr. 52-53/1996, S. 21.

8 Arthur Rosenberg: Geschichte des Bolschewismus, Neuausg. Frankfurt a. M. 1966, S. 46.

9 Vgl. hierzu die Bücher des Verfassers: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung

und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, 2. Aufl., Mainz 1994; Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897-1933, Berlin 1994.

10 Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Berlin (Ost) 1959, S. 15f.

11 Olaf Groehler: Erblasten. Der Umgang mit dem Holocaust in der DDR, in: Hanno Loewy (Hg.): Holocaust. Die Grenzen des Verstehens. Eine Debatte über die Besetzung der Geschichte, Reinbek b. Hamburg 1992, S. 110f.

12 Deutsche Volkszeitung (DVZ), 3. Juli 1945. Die DVZ war das Zentralorgan der KPD.

13 Ebenda, 25. September 1945.

14 Vgl. Thomas Schüler: Das Wiedergutmachungsge-
setz vom 14. September
1945, in: Jahrbuch für Anti-
semitismusforschung 2,
Frankfurt a. M./New York
1993, S. 118-138.

15 SAPMO-BArch, DY 30,
IV 2/2027/30.

16 Ebenda, Bl. 3.

17 Vgl. Timm, S. 66.

18 Vgl. Schüler, S. 131ff.

19 Nora Goldenbogen:
Antisemitismus und
»Säuberungen« in Sachsen
(1949-1953), in: Mario
Keßler (Hg.): Arbeiterbewe-
gung und Antisemitismus.
Entwicklungslinien im 20.
Jahrhundert, Köln 1993,
S. 126.

»Opfer des Faschismus«, so der Bericht in der »Deutschen Volkszeitung«, »sind Juden, die als Opfer des faschistischen Rassenwahns verfolgt und ermordet wurden, sind die Bibelforscher und die »Arbeitsvertragssünder«. Aber soweit können wir den Begriff »Opfer des Faschismus« nicht ziehen. Sie alle haben geduldet und Schweres erlitten, aber sie haben nicht gekämpft!«¹² Nach Auseinandersetzungen innerhalb der OdF und der KPD sollte dann dafür Sorge getragen werden, »die rassisch Verfolgten in den Kreis der ... Opfer des Faschismus einzubeziehen.«¹³

Nach seiner im Juli 1946 erfolgten Rückkehr aus dem mexikanischen Exil engagierte sich Paul Merker besonders entschieden für die Belange der jüdischen Überlebenden des Völkermordes. Er mahnte gegenüber Walter Ulbricht verschiedentlich an, daß die SED noch immer keine verbindlichen Richtlinien zur Frage der Entschädigung jüdischer Opfer des Faschismus ausgearbeitet habe und hob hervor, daß – wie 1947 in Thüringen¹⁴ – die Liberal-DEMokratische Partei die Initiative dazu ergriffen habe.¹⁵ Doch noch im August 1947 lehnte das Zentralsekretariat Merkers Forderung nach kollektiver »Entschädigung« der Juden ab, und zwar mit der Begründung, dies fördere den Antisemitismus.¹⁶ Nach einer Serie von Vorschlägen, Besprechungen und Rücksprachen innerhalb der SED-Gremien wurde am 5.10.1949, zwei Tage vor Gründung der DDR, eine Anordnung in die Wege geleitet, die sich auf individuelle Betreuung der in Frage kommenden Personen (d. h. der anerkannten Verfolgten des Nazi-Regimes) und auf beachtliche Sozialleistungen für sie konzentrierte, jedoch keine Stellung bezog zu Fragen der Restitution oder zu Entschädigungszahlungen.¹⁷ Ohnehin hatte die Sowjetische Militäradministration in ihren Befehlen Nr. 124 und 126 verfügt, daß ehemals jüdische Firmen, für die sich der nationalsozialistische Staat besonders interessiert hatte, als Nazi-Vermögen unter Sequester beziehungsweise Konfiskation gelangt waren. Diese fielen somit aus den Restitutionsverfahren heraus. Andere Schiedsverfahren verliefen äußerst schleppend oder wurden im April 1949 ausgesetzt. In Einzelfällen wurde den Restitutionsansprüchen jedoch Genüge getan.¹⁸

Einen Monat nach Gründung der DDR, am 7. November 1949, richtete Hermann Matern, Vorsitzender der Zentralen Parteikontroll-Kommission (ZPKK), einen Brief an die Landesparteikontroll-Kommissionen. Darin waren der Plan und die Aufgaben zur Überprüfung aller Verantwortlichen in Staat, Partei und Wirtschaft auf Landesebene festgelegt. Nora Goldenbogen wies am sächsischen Beispiel nach, daß die dazu nachgelieferten Überprüfungshinweise innerhalb der Schweizer Emigration die Exilanten jüdischer Herkunft bereits als besonders zu beobachtende Gruppe nannten. Als Grund wurde die unterstellte Verbindung vieler ihrer Mitglieder zur zionistischen Bewegung, zum US-Geheimdienst und zu einer angeblichen »trozkistisch-jüdischen« Bewegung festgehalten. Bei allen aufgelisteten Emigrantenorganisationen wurde auf den hohen Anteil von Juden verwiesen.

Materns Brief war der Auftakt zu einer Reihe von Überprüfungen, deren Angaben an die ZPKK sowie an eigens geschaffene Sonderkommissionen weitergeleitet und dort miteinander verglichen wurden.¹⁹

Diese Hinweise wurden jedoch für die Betroffenen erst in der zweiten Überprüfungswelle, die die Merkmale einer »Säuberungs«-Aktion annahm, zur Gefahr. Im Zusammenhang mit dem antisemitischen Slánsky-Prozeß in Prag ergriff die SED-Führung auch Maßnahmen gegen Juden als solche. Dies geschah auf Druck der Moskauer Administratoren, die in der DDR wie in anderen Satellitenstaaten der Sowjetunion Schauprozesse nach berühmterbüchtiger Lesart durchzuführen gedachten. Der antifaschistisch-demokratische Neuanfang in Ostdeutschland wurde durch altbekannte stalinistische Praktiken pervertiert.

Abusch und Merker als Zielscheibe »antizionistischer« Maßnahmen

In der ersten Welle der Partei-«Säuberungen», die 1950/51 die Stalinisierung der SED vorantrieben, wurden auch jüdische Kommunisten von den Mühlsteinen des Apparats zermalm: Rudolf Feistmann wurde in den Selbstmord getrieben,²⁰ Lex Ende ging an der Ächtung als aus der SED Ausgestoßener zugrunde.²¹ Unter den damals Verhafteten oder anderweitig Gemaßregelten befanden sich weitere Parteimitglieder jüdischer Herkunft. Doch spielte diese Herkunft in den Überprüfungen ersichtlich noch keine Rolle, entscheidend waren dagegen die Emigration im Westen während der NS-Zeit und das in der Emigration gezeigte oder unterstellte Verhalten. Eine Ausnahme bildeten die Vernehmungen Alexander Abuschs durch die ZPKK.

Dabei wurde versucht, Abusch solche Kontakte zu Noel Field, dem Bauernopfer im schmutzigen Spiel, anzulasten, durch die er als angeblicher »Verschwörer« hätte entlarvt werden können. Abusch schien alle Voraussetzungen zu erfüllen: Er war Westemigrant gewesen, als Jude ein Außenseiter, der dies durch Überangepaßtheit zu kompensieren suchte, und mußte Kontakte zu Erica Wallach, der Pflgetochter des Ehepaars Field, einräumen.

Diese Kontakte zwischen Abusch und Erica Wallach waren jedoch, wie die Befragungen – besser: Vernehmungen – zeigten, rein zufälliger Natur gewesen. Abusch hatte in Prag einen Brief Erica Wallachs entgegengenommen, um diesen an ihren früheren Freund Leo Bauer in Berlin zu übergeben. Bauer war jedoch kurz darauf, am 24. August 1950, als angeblicher »Parteifeind« festgenommen worden. Er wurde später in die Sowjetunion deportiert, zum Tode verurteilt, dann zu lebenslanger Haft begnadigt, schließlich 1956 entlassen und ging in den Westen.²²

In der ersten Befragung Abuschs am 10. Juli 1950 spielte der jüdische Aspekt noch keine Rolle.²³ Um so stärker war dies in der zweiten Anhörung am 10. November desselben Jahres der Fall.

Max Sens und Hertha Geffke von der ZPKK unterzogen Abusch einem wahren Verhör, in dem es unter anderem um Geldsammlungen »von jüdischen Wirtschaftsemigranten« in Abuschs mexikanischem Exil, um den Verkauf von Pässen, Abuschs Mitgliedschaft in der deutsch-jüdischen Kulturorganisation Menorah, um seine – nicht existierende – Mitgliedschaft in der Jüdischen Gemeinde ging; schließlich um Abuschs Beziehungen zu Leo Zuckermann und vor allem zu Paul Merker.²⁴ In einem nachgereichten Brief beteuerte Abusch noch einmal, was er schon während der Vernehmung

20 Vgl. Wolfgang Kießling: Partner im »Narrenparadies«. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994, S. 263.

21 Vgl. Keßler: Die SED und die Juden, S. 70ff., mit zahlreichen archivalischen Belegen.

22 Vgl. Leo Bauer: »Die Partei hat immer recht«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 27, 4. Juli 1956, S. 405-413.

23 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/11, Bl. 9ff.

24 Vgl. ebenda, Bl. 30ff.

25 Ebenda, Bl. 43.

26 Vgl. auch die unveröffentlichten Passagen aus Abuschs Lebenserinnerungen, erstmals publiziert bei Karin Hartwig: Das »Gedächtnis« der Partei. Biographische und andere Bestände im Zentralen Parteiarchiv der SED in der »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv«, in: Jahrbuch für Kommunismusforschung, Berlin 1993, S. 312-323, bes. S. 321.

27 Vgl. Erica Wallach: Licht um Mitternacht. Fünf Jahre in der Welt der Verfeimten, München 1969.

28 Zur Haltung ostdeutscher Politiker gegenüber dem entstehenden Staat Israel bis zu Stalins Kurswechsel vgl. Keßler, S. 47ff.; Timm, S. 81ff.

29 Zur sowjetischen Nahostpolitik und ihren antisemitischen Implikationen in den frühen fünfziger Jahren vgl. Robert S. Wistrich (Hg.): The Left against Zion. Communism, Israel and the Middle East, London/Totowa, N. J. 1979, bes. die Beiträge von Peter Brod, Arnold Kramer und des Herausgebers.

30 Das Dokument ist abgedruckt in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 4, Berlin (Ost) 1954, S. 199-219.

unterstrichen hatte: Er habe sich seit seinem 18. Lebensjahr »nie wieder für jüdische Fragen interessiert, niemals darüber geschrieben, (er) besaß keine Erfahrung für politische Arbeit auf diesem Gebiet, und (war) außerdem noch nichtjüdisch verheiratet.«²⁵

Dabei waren nicht die von Abusch genannten Fakten bemerkenswert, wohl aber der Ton seiner Erklärungen und seines Briefes. Er sprach und schrieb beinahe im Duktus der Entschuldigung davon, daß er sich als Jugendlicher »unter schweren häuslichen Kämpfen vom Einfluß des Judentums freimachte«, um sich der Arbeiterbewegung zuzuwenden²⁶ – als sei es gewissermaßen ehrenrührig, sich als Kommunist nach Auschwitz noch für jüdische Belange zu interessieren. Mehr als alles andere gibt dies einen Hinweis darauf, wie drastisch sich die Atmosphäre innerhalb des SED-Apparates geändert hatte.

Abuschs Begegnung mit Erica Wallach – auch sie inzwischen verhaftet und in die Sowjetunion verschleppt²⁷ – war jedoch zu flüchtig, als daß sie die Basis für ein Konstrukt hätte abgeben können, das Abusch in die Prozeß- und Verfolgungswelle stärker hineingezogen hätte. Er wurde aus dem Politbüro ausgeschlossen, aber nicht verhaftet, und erlebte später wieder einen Aufstieg bis hin zum Kulturminister und Stellvertretenden Ministerratsvorsitzenden. Zum inneren Kreis der Mächtigen, dem Politbüro, bekam er jedoch nie wieder Zutritt.

Paul Merker erwies sich als ein geeigneteres Opferlamm: Er war, ungleich Abusch, Nichtjude, so daß gegebenenfalls der Vorwurf des Antisemitismus propagandistisch leichter zurückzuweisen war. Er hatte sich im mexikanischen Exil aber sehr für eine künftige Entschädigung der jüdischen Verfolgten, soweit dies irgend möglich war, eingesetzt, auch, wenn diese Opfer nicht in Deutschland leben würden. Ebenso entschieden hatte er sich für die Existenz eines jüdischen Staates ausgesprochen; damit übrigens keineswegs im Widerspruch zur Haltung der Stalin-Führung und ihrer ostdeutschen Genossen gestanden.²⁸ Allerdings hatte ab 1949 die UdSSR ihre Position gegenüber dem neuen Staat Israel geändert und setzte nun auf einen Schulteranschlag mit angeblich »progressiven« Kräften im arabischen Raum.²⁹ Ein vorheriges Engagement für Israel konnte somit nunmehr leicht Bestandteil des Sündenregisters werden, das über die Kommunisten bei der ZPKK und ihren Untergliederungen geführt wurde.

Am 2. Dezember 1952, parallel zum antisemitischen Slánsky-Prozeß und der dadurch geschürten Pogromstimmung, wurde Paul Merker verhaftet. Die Begründung wurde in einer ZK-Entscheidung nachgeliefert, in der die »Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum«, so der Titel, zu ziehen waren.³⁰ Dieses Dokument ordnete sich in die Bemühungen der osteuropäischen kommunistischen Parteien ein, durch die »Entlarvung« von Parteifeinden« Beweise für die Unterwürfigkeit unter Stalins Repressionsapparat zu liefern. Damit sollten alle nationalen Entwicklungswege – gar nach jugoslawischem Vorbild unter Tito – im Ansatz verhindert werden. Die Kampagne gegen »Kosmopolitismus« – also internationalistisches Verhalten – und »Zionismus« – gemeint war hier immer die jüdische Herkunft – bildete dabei eine wichtige, wenn-

gleich nicht die alleinige Dimension. Das war ein spezifisches Merkmal des stalinistischen Antisemitismus. Damit sollte auch die noch vorhandene internationalistische, um solidarisches Handeln bemühte Traditionslinie innerhalb der SED getroffen und möglichst abgeschnürt werden. Merker, so wurde ihm in der ZK-Entscheidung vorgeworfen, habe im Exil zionistische Auffassungen vertreten und die Entschädigung der von den Nazis geraubten jüdischen Vermögen nur gefordert, um dem US-Finanzkapital das Eindringen in Deutschland zu ermöglichen. Dies wurde von der SED-Führung mit dem nazistischen Terminus der »Verschiebung deutschen Volksvermögens« – so zweimal im Entschließungstext – gebrandmarkt.

Der Tod Stalins am 5. März 1953 und die einen Monat später erfolgte Rehabilitierung der in Moskau verhafteten jüdischen Ärzte verhinderten auch in den DDR weitere mögliche Repressalien, nicht aber die Verurteilung Merkers in einem Geheimplatz, in dem die Beschuldigungen antisemitischer Natur noch 1955 voll aufrechterhalten wurden.³¹

Nicht weniger bedrückend als die Verurteilung Merkers oder als die inzwischen bekanntgewordenen Fakten über seine Haft im MfS-Gefängnis Hohenschönhausen liest sich sein Kampf um eine vollständige Rehabilitierung durch die SED-Führung.³²

Am 21. Juli 1956 verkündete der Erste Strafsenat des Obersten Gerichts der DDR lakonisch, daß »in der Strafsache gegen Merker, Paul Friedrich ... das Urteil des Obersten Gerichts vom 30. März 1955 aufgehoben (wird). Der Angeklagte wird freigesprochen.«³³ Damit gab sich Merker nicht zufrieden. Er verlangte eine vollständige, also politische wie juristische Rehabilitierung sowie eine Entschädigung. Nach einem Brief an das Oberste Gericht³⁴ entschied dieses, ihm eine Pauschalsumme von 50 000 DDR-Mark zu überweisen.³⁵ Auf Merkers Anfragen an die Parteiführung antwortete ihm Walter Ulbricht am 31. Juli 1956. Ulbricht berief sich auf die 28. ZK-Tagung vom Juli 1956, um daran anschließend an Merker lapidar zu schreiben: »Die unter Berücksichtigung neuer Gesichtspunkte durchgeführte Nachprüfung ergab, daß die Dir zur Last gelegten Anschuldigungen in der Hauptsache politischer Natur sind, die eine strafrechtliche Verfolgung nicht rechtfertigen. Das hatte bereits zu Beginn dieses Jahres zu Deiner Freilassung und zur Wiederaufnahme des Verfahrens geführt. Mit sozialistischem Gruß...«³⁶ Jede weitere Diskussion innerhalb der Partei pflegte man nach einem solchen Bescheid mit der Warnung »Keine Fehlerdiskussion!« abzubrechen. Doch Merker ließ nicht locker. Am 23. August 1956 schrieb er wiederum an Ulbricht und fragte ihn, wie der Satz auszulegen sei, daß die Merker zur Last gelegten Anschuldigungen in der Hauptsache politischer Natur seien, die eine strafrechtliche Verfolgung nicht rechtfertigten: »Hält das Zentralkomitee die gegen mich erhobenen und öffentlich verbreiteten Anschuldigungen weiter aufrecht und fühlt es sich nur zu dem Zugeständnis veranlaßt, festzustellen, daß diese Anschuldigungen eine strafrechtliche Verfolgung, die aber doch tatsächlich stattgefunden hat, nicht rechtfertigten?«, so Merker.³⁷

Merker verteidigte, wie er betonte, seine Würde als Kommunist

31 Das entsprechende Urteil des Obersten Gerichts der DDR in der Strafsache Merker vom 30. März 1955 ist abgedruckt bei Jeffrey Herf: Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Paul Merker aus SED- und MfS-Akten, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1994, Nr. 4, S. 643-650.

32 Die entsprechenden Dokumente sind abgedruckt bei Kessler: Die SED und die Juden, S. 156-170.

33 SAPMO-BArch, DY 30, NL 102/27, Bl. 73.

34 Ebenda, Bl. 76.

35 Ebenda, Bl. 81.

36 Ebenda, Bl. 84.

37 Ebenda, Bl. 85.

38 Ebenda, Bl. 87.

39 Ebenda, Bl. 92.

40 Vgl., neben der bereits angeführten Literatur, vor allem Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949-1989), 2 Bde., Frankfurt/Oder 1996, bes. Bd. 1, S. 25ff., 219ff.

41 Zit. nach Mertens, S. 55, unter Bezugnahme auf einen Bericht der Schweriner Staatssicherheit vom 27. Januar 1953.

42 Vgl. den bei Keßler: Die SED und die Juden, S. 157-170, abgedruckten Brief Merkers an die ZPKK vom 1. Juli 1956, bes. S. 169-170. Das Dokument befindet sich im SAPMO-BArch und trägt die Signatur NL 102/27, B. 1-38.

43 Julius Meyer, nach einem Manuskript von Rainer Hildebrandt, dem Leiter der antikommunistischen »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« vom Frühjahr 1953, in dem dieser eine Gesprächsnotiz Meyers nach dessen Flucht nach Westberlin wiedergibt. Das Manuskript befindet sich in den Jewish Research Archives, New York (YIVO), und ist zit. bei Olaf Groehler: Antifaschismus und jüdische Problematik in der SBZ und der frühen DDR, in: Olaf Groehler/Mario Keßler: Die SED-Politik, der Antifaschismus und die Juden in der SBZ und der frühen DDR, Berlin 1995, S. 16.

im und nach dem Prozeß sowie auch »die Interessen der Partei und ihrer Führung gegen die Werkzeuge der Berijabande, die sich über die Partei und ihre Führung erhoben, die mich auf das würdeloseste behandelten und die mich verhöhnten, weil ich es nicht vorgezogen hatte, mich ihren Verfolgungen durch die Flucht nach Westdeutschland zu entziehen, sondern mich ihnen entgegenstellte.« Als Anerkennung dafür sei er in einem für die Justiz der DDR schmachvollen Verfahren verurteilt worden. »Und nun, nachdem mit diesen Schändlichkeiten endlich aufgeräumt werden mußte, werde ich von der Parteiführung immer noch wie ein Aussätziger gemieden.« Durch den Beschluß des 28. ZK-Plenums sei versucht worden, das Unrecht »nicht aus der Welt zu schaffen, sondern es zu beschönigen und es, wenn auch in stark abgeschwächter Form, weiter aufrecht zu erhalten.«³⁸

In seiner Antwort räumte Ulbricht ein, daß Merkers »Aufnahme in die Partei auf Grund der Beschlüsse des 28. Plenums unverzüglich hätte vollzogen werden müssen. Deine Freilassung«, so Ulbricht weiter, »wurde von der Partei und von den staatlichen Organen als Rehabilitierung betrachtet.«³⁹

Dies war alles, was Merker an Genugtuung erfuhr. Es sei denn, man betrachtet jenes Stück Blech, das er kurz vor seinem Tode 1969 überreicht bekam, den »Vaterländischen Verdienstorden«, als eine Kompensation für erlittenes Unrecht und für die Tatsache, daß Merkers Name jahrelang gleichsam für den eines »zionistischen Agenten« und Erzverrätters stand.

Verdrängung der Geschichte bis ans Ende

Die Welle an Parteiüberprüfungen, Verhaftungen, beruflichen Degradierungen und Parteiausschlüssen intensivierte sich während des gesamten Winters 1952/53.⁴⁰ Auch die Jüdischen Gemeinden, soeben noch mit staatlichen Zuwendungen bedacht, galten nun sozusagen als »Fünfte Kolonne« des Imperialismus. Zu Beginn des Jahres 1953 wurden die Büros der Gemeinden von MfS-Mitarbeitern durchsucht, Gemeindeglieder verhaftet und verhört und verschiedentlich den Gemeindegliedern vorgeworfen, sie seien als Zionisten »bereit und fähig, im Auftrage des amerikanischen Geheimdienstes zu arbeiten.«⁴¹ In diesem Zusammenhang wurde Paul Merker unterstellt, er habe jüdische SED-Mitglieder aufgefordert, den Gemeinden beizutreten. Merker wies dies zurück, aber der Vorwurf wurde wiederholt.⁴² In der Tat waren zahlreiche Juden in der DDR vom US-amerikanischen Joint Distribution Committee materiell unterstützt worden; eine Tatsache, die den Parteioberen seit langem bekannt und von ihnen toleriert worden war. Doch dies galt nunmehr als zutiefst suspekt. Nach einer Gesprächsnotiz des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden in der DDR, Julius Meyer, waren bereits im Dezember 1951 führende Gemeindeglieder zur Sowjetischen Kontrollkommission bestellt und gefragt worden: »Woher bekommen Ihre Gemeinden ihre Anordnungen? Bekommen sie diese in der Weise wie die Kirche aus Rom? Haben sie Hirtenbriefe? ... Ist Ihnen denn nicht klar, aus welchen Gründen ›Joint‹ die Liebesgaben nach Deutschland bringt?«⁴³

Seit Ende 1952 wurden die Gemeindebüros von Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes durchsucht und die Akten beschlagnahmt.⁴⁴ Dies löste große Ängste unter den Juden aus. Leo Zuckermann, der zeitweilig Wilhelm Piecks Kanzleichef war, suchte Zuflucht in der Westberliner Wohnung von Heinz Galinski. Allein im Januar 1953 flohen 400 Juden in den Westen, darunter Zuckermann und Meyer. Der amerikanische, in Berlin tätige Rabbiner Nathan Peter Levinson drängte Galinski, die Juden in der DDR aufzufordern, diese zu verlassen. Nach anfänglichem Zögern willigte Galinski ein und berief eine Pressekonferenz ein. Die Gemeindebibliothek wurde aus Ostberlin über die offene Grenze in den Westteil der Stadt gebracht.⁴⁵ Auch die Vorsteher der Jüdischen Gemeinden von Leipzig, Erfurt, Halle und Schwerin gingen in den Westen. Erst Stalins Tod beendete diese Phase des Drucks und des Leidens. Doch blieb, wie der Zeitzeuge Heinz Brandt berichtete, das Mißtrauen vieler Juden gegenüber der Staatsmacht noch längere Zeit unterschwellig, doch deutlich spürbar. Immerhin wurden jetzt die bislang sehr zögerlich bearbeiteten Rückkehrwünsche – es gab sie nach alldem tatsächlich noch! – jüdischer Emigranten schneller bearbeitet, wie Carl Jacob Danziger und Franz Loeser festhielten.⁴⁶ Es gibt nichts, was den Druck auf die Jüdischen Gemeinden, was die Verfolgung jüdischer Kommunisten auch nur irgendwie rechtfertigen oder relativieren könnte. Dennoch bleibt, so makaber dies klingen mag, festzuhalten, daß es in der DDR keine Exzesse wie in der Sowjetunion oder der Tschechoslowakei gab. In der DDR wurden von offizieller Seite, entgegen mancher Befürchtungen unter den Juden, keine Pogrome angezettelt oder auch nur geduldet. Im Gegenteil: Das »Neue Deutschland« berichtete am 29. Januar 1953, daß die Bezirksgerichte von Magdeburg, Gera und Frankfurt/Oder mehrere Bürger, »die antisemitische Hetzparolen und Verleumdungen über jüdische Mitbürger verbreitet hatten«, zu Zuchthausstrafen von ein bis zwei Jahren verurteilte.⁴⁷ Schließlich traten während des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 keinerlei antisemitische Begleiterscheinungen zutage. Die alte nazistische Propagandafigur vom »jüdischen Bolschewismus« zeigte keine Folgen! Die demonstrierenden Arbeiter entsannen sich demokratischer und teilweise auch sozialistischer Traditionen und nahmen sie in ihren Forderungskatalog auf.⁴⁸ Lutz Niethammer betonte, die Juden in der DDR »sympathisierten in der Regel mit dem Drang nach einer Liberalisierung der Verhältnisse und mit einer Verdrängung des SED-Bonzentums, aber angesichts einer bewegten und undisziplinierten Masse von Deutschen, die acht Jahre nach Hitler die Macht der Straße erkämpften und unter denen es binnen weniger Stunden auch zu Gewalttätigkeiten kam, empfanden sie Angst und waren deshalb der Roten Armee für ihre weitgehend unblutige Intervention nicht undankbar.«⁴⁹ Dies deckt sich mit den Stellungnahmen beispielsweise von Hans Mayer, der unmittelbar nach der Beendigung der Revolte durch die sowjetischen Truppen schrieb: »Es ging bei uns am 17. Juni in Wahrheit um Faschismus oder Antifaschismus. Es ist sinnlos, sich in dieser Grundfrage irgend etwas vormachen zu wollen. Außerdem haben die Älteren unter uns noch gewisse Bilder in der Erin-

44 Hierzu mit Belegen der an dieser Stelle weit sachlicher argumentierende Peter Maser: Juden und Jüdische Gemeinden in der DDR bis in das Jahr 1988, in: Shulamit Volkov/Frank Stern (Hg.): Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 1991, Gerlingen 1991, S. 404.

45 Ebenda, sowie Mertens, S. 54ff.

46 Vgl. Heinz Brandt: Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West, München 1967, S. 192f.; Carl Jacob Danziger: Die Partei hat immer recht, Stuttgart 1976, S. 27; Franz Loeser: Antisemitismus in der DDR, in: Kontinent, 1989, Nr. 2, S. 50-54; vgl. auch ders.: Die ungläubwürdige Gesellschaft. Quo vadis, DDR? Köln 1984 (Loesers Memoiren).

47 Neues Deutschland, 29. Januar 1953.

48 Vgl. Thorsten Dietrich: Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991.

49 Lutz Niethammer: Zur Einführung. Der 17. Juni - vierzig Jahre danach, in: Jürgen Kocka/Martin Sabrow (Hg.): Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven, Berlin 1994, S. 47.

50 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/9.04/426; zit. nach Arnim Mitter/Stefan Wolle: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 112f.

51 Hans Mayer: Ein Deutscher auf Widerruf, Bd. 2, (Taschenbuchausg.) Frankfurt am Main 1988, S. 50.

52 Alfred Kantorowicz: Deutsches Tagebuch, Bd. 2, Berlin (West) 1980, S. 365.

nerung, gewisse Klänge im Ohr. Klirrende Fensterscheiben, Verbrennungen von Büchern und Papieren, Brandstiftungen, Plünderungen, Jagd auf Menschen, Lynchjustiz ... Was wäre geschehen, wenn das da gesiegt hätte?«⁵⁰ Jahrzehnte später hielt Mayer im Rückblick fest, daß es »kaum aufregend« in Leipzig war. »Ziemlich viele Radfahrer auf feinen und unverkennbar westlichen Fahrrädern, die rasch davonzuflitzen schienen, fielen mir auf.«⁵¹

Die Auseinandersetzung um den 17. Juni schob das Problem des Antisemitismus in der SED ganz in den Hintergrund. Es ist ein Paradoxon der Geschichte, daß gerade jüdische Kommunisten, die noch Monate zuvor die Staatsmacht, ihren Partei- und Sicherheitsapparat und vor allem den Willen des sowjetischen Diktators fürchten mußten, nun in der Präsenz ebendieser Staatsmacht eine Garantie für ihre – relativ – sichere Existenz sehen mußten. Dabei dachten durchaus nicht alle so, verdrängten nicht alle die bedrückende Wirklichkeit. Alfred Kantorowicz, der am 17. Juni im Krankenhaus lag, notierte wenig später in sein Tagebuch: »Warum haben wir Intellektuellen und alten Sozialisten uns nicht an die Spitze der Bewegung gestellt? Was außer passiver Resistenz, außer Raunzen, Klagen, äußerstenfalls geistiger Selbstbehauptung haben wir getan?«⁵² Ob die demonstrierenden Arbeiter freilich auf staatstragende Intellektuelle damals gehört hätten, muß indes wenigstens offen bleiben. Nach dem 17. Juni saßen Ulbricht und die Seinen fester denn je zuvor im Sattel. Diese neue Konstellation bewog die noch in der DDR verbleibenden Juden, sich oft notgedrungen enger an das Regime zu binden.

Die Aufarbeitung des Antisemitismus in der DDR hätte somit eine freie Diskussion über Grundfragen der ostdeutschen Geschichte notwendig gemacht. Dies war bis zum Herbst 1989 nicht möglich. Allerdings verschwand nach dem Tode Stalins der spezifisch stalinistische Antisemitismus, der zum einen als Waffe in Fraktionskämpfen eingesetzt wurde, zum anderen sich gegen ungeschützte Minoritäten – wie fast jede Spielart des Stalin-Terrors – richtete. Er feierte Anfang 1968 noch einmal in Polen eine traurige Wiederauferstehung, was – unter anderem – auch darauf verweist, wie wenig die nachstalinistischen Gesellschaften des bürokratischen Sozialismus ihr Erbteil wirklich abzustreifen vermochten.

WOLFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Die Parteien in Deutschland bereiten sich auf die 98er Bundestagswahl vor. Wollten wir diese Vorbereitungen danach beurteilen, was über sie bisher in den Zeitungen stand, könnten wir glatt zu dem Schluß kommen: Parteien gleichen sich auf eine manchmal fatale Art. Insbesondere wenn um Listenplätze oder Direktkandidaturen gerangelt wird. Und wenn ich jetzt noch berücksichtige, wieviel von den Innereien der Parteien gar nicht erst in die Presse gerät, dann hilft nur noch ein kräftiger Schluck aus der Pulle mit der allerdings heutzutage weithin antiquiert geltenden Aufschrift »Bürgersinn« – um nicht dem ganzen Laden Valet zu sagen und schleunigst wieder mal in der nächsten Nische zu verschwinden.

CDU: Aus Thüringen vermeldeten die Zeitungen, man sei dort auf der Suche nach einem sicheren Listenplatz für Vera Lengsfeld. Obwohl sie sich unlängst auf dem Leipziger CDU-Parteitag Kanzler Kohl & Hofprediger Hintze durch eine verschiedentlich sogar in CDU-Kreisen unter der Hand als Afterkriechelei beurteilte Rede empfohlen hatte, mochte letzten Meldungen zufolge die Basis nicht mitspielen. Es fehlt den Parteifreunden aus Sondershausen und Umgebung offenbar an sozialem Gespür. Denn was sollte Vera Lengsfeld, die »einst im Mai« auf dem besten Wege schien, eine kompetente Umweltaktivistin zu werden, das aber eines Tages offenbar nicht mehr attraktiv fand, tun, wenn sie nicht mehr im Parlament sitzt? Vermutlich sind auch in Thüringen Seilschaften jener Art am Wühlen, die der CDU-Neuzugang Angelika Barbe (früher SDP/SPD) vom Berliner »Bürgerbüro« neulich auf einer Pressekonferenz beschwor. Dieser Funktionärin mit dem Timbre einer Frieda Simson zufolge bereiten sich nach wie vor existierende

SED-Strukturen auf die Machtübernahme vor. Um auf die Konvertitin Lengsfeld zurückzukommen: Vera, haben Sie doch einfach Vertrauen, Herr Hintze wird es richten!

SPD: Für die einst räumlich beengten Westberliner bietet das Umland der Hauptstadt – heute gemeinhin als Speckgürtel bezeichnet – nicht nur Gelegenheit zu Auslauf, Häuserkauf und Grundstückserwerb, sondern auch neue politische Möglichkeiten. Zum Beispiel die, sich in einem brandenburgischen Kreis als Kandidat für die Bundestagswahl aufstellen zu lassen. Zum Beispiel RA Peter Dankert. Der powert nun schon seit Monaten, daß ihn die SPD im Kreis Teltow-Fläming wählt und ihn auf Platz 1 der entsprechenden Liste setzt. Nun gibt es aber, lesen wir in den Zeitungen, noch drei andere, authochtone Interessenten. Doch als neulich ein Berliner Blatt auf seiner Brandenburg-Seite alle Kandidaten in einer Art Familienfoto abbildete, war mir eigentlich klar, wer das Rennen machen würde: Dankerts Rivalen kamen mir, wie soll ich sagen, sie kamen mir irgendwie sehr schlicht vor. Was natürlich nicht gegen sie als Menschen spricht. Aber vielleicht gegen sie als Politprofis. Leider.

PDS: Welche Nachrichten hat uns die Tante PDS über ihre bisherigen Wahlvorbereitungen zukommen lassen? Von sächsischen Dauerquerelen und ihren Hauptprotagonisten Ronald Weckesser & Christine Ostrowski – nur ND-Leser wissen, wovon die Rede ist, den Lesern anderer Organe sei versichert, sie haben (fast) nichts versäumt – drang in letzter Zeit nichts zu uns. Aber diese Partei hatte auch so allerlei Absurditäten auf Lager. Die erste: Während Wolfgang Thierse bereits in den Sielen des SPD-Wahlkampfes hängt, um es diesmal im Wahlkreis Berlin-Mitte/Prenzlauer Berg zu packen und ein Direktmandat zu gewinnen, hat die PDS dort immer noch keinen Direkt-Kandidaten gefunden. Möglicherweise benötigt sie für den Einzug in den Bundestag das Mandat in diesem Wahlbezirk gar nicht, aber ist ihr denn nicht aus kosmetischen Gründen daran gelegen, vor des Kanzlers Nase ihr Ding zu machen? Der »Spiegel« hatte zwar, wohl von einem IM aus dem Liebknechtshaus hastig informiert, gemeldet, die PDS wolle die Autorin Daniela Dahn bitten, für sie anzutreten. Die hat davon erst aus dem »Spiegel« erfahren haben. Woraufhin sie sich, einem Ondit zufolge, bockig stellte. Kurzum: Offenbar ist die PDS immer noch bei den Vorbereitungen der Vorbereitungen. Nach inzwischen in jener Partei schon bewährter Manier – ich sollte besser die Vokabel »Manie« verwenden – mußte darum erst einmal öffentlich dem Wahlkampfleiter gegen das Schienbein getreten werden. Und damit gar keine Langleweile aufkommt, wurde damit auch noch eine Debatte über die Quotierung des Wahlbüros verbunden. Und als sich dann alle Beteiligten so richtig schön echauffiert hatten, konnte das ND mit dem Stimmungsbericht von einer Vorstandssitzung aufwarten, in der von »Dirty Tricks« und ähnlich feinen Umgangsformen die Rede war.

Die Grünen: Bei denen stritten in den letzten Wochen Vorstand und Fraktion immer noch um das Wahlprogramm. Sollten sich dabei letztlich Trittin, L. Vollmer und Co. durchsetzen, können wir nicht mehr ganz ausschließen, daß sich Joschka Fischer eines Tages doch noch von Helmut Kohl adoptieren läßt.

In diesem Sinne: Gesegnete Weihnacht!

Detlef Joseph:
 Der Rechtsstaat und die ungeliebte
 DDR, GNN Verlag 1997,
 230 S. (24,80 DM)

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, hier wird er indirekt, doch umfassend geführt: Die Mittel des Straf- wie des Kryptostrafrechts sind ungeeignet, zu einer Gesellschaftsanalyse implodierter Systeme (sogenannte Vergangenheitsbewältigung) beizutragen. Im Gegenteil, sie verhindern gradezu solch eine Analyse, und vielleicht ist das der eigentliche Sinn all jener Maßnahmen und Methoden, mit denen die offizielle Bundesrepublik Deutschland die gewesene DDR an deren ehemaligen Bürgern exekutiert.

Das vorliegende Buch ist in Zorn und Wut geschrieben. Mit ihm reagiert der Autor auf seine Weise auch seine Ohnmacht ab, hinter ihm (und uns) liegende Vorgänge nicht rückwirkend ändern zu können. Enttäuscht über diese Vorgänge ist er übrigens nicht, gehört er doch zu jenen, die sich 1990 nicht über das, was dann über uns und ihn kam, getäuscht haben. Sachkenner zum historischen Problemkreis von Klassenjustiz und Rechtsstaat, der er ist, und ausgewiesen auch durch kritische Beiträge zum Unsozialistischen an der sich sozialistisch bezeichnenden DDR wie am Undemokratischen der zur Demokratie selbstverpflichteten BRD,¹ ist diesmal sein Erkenntnisinteresse auf die Unrechtsstaatlichkeit der dem Anschluß der DDR an die BRD folgenden Vorgänge fokussiert. Insofern ist der Titel des Bandes mißdeutbar. Nicht die Rechtsstaatlichkeit, zu der das nunmehrige Deutschland durch sein Grundgesetz (Art. 20 III, 28 I) verpflichtet ist – wie zur Sozialstaatlichkeit durch Art. 14 II, 20 I, 28 I auch! –, wird denunziert, sondern der »Deckmantel vorgeblicher Rechtsstaatlichkeit« (S. 5).

D.J. verzichtet darauf, das Beispielreservoir auszubeuten, aus dem man ersehen kann, wie in Geschichte (etwa Athen 404 v.u.Z.; England 1660; Frankreich 1814) und Gegenwart (etwa Spanien 1975; Osteuropa 1990) alternative Lösungswege gegangen wurden, um die durch Krieg oder Bürgerkrieg erzwungene Ablösung von Makrosystemen nicht als Revanche oder Rache zu betreiben.² Er bietet

auch keine eigenen Lösungsvorstellungen an, wie man im heutigen Deutschland hätte vorgehen sollen. Vielmehr werden in 18 Kapiteln mit ihren nahezu 400 Anmerkungen, in denen die Quellen offengelegt werden, die verschiedenen Bereiche und Methoden vorgeführt, in und mit denen der Zusammenschluß zweier Staaten juristisch als »Einigungsvertrag«, tatsächlich aber als Einverleibung des einen durch den anderen mit Rückwirkungsanspruch seiner Gesetzgebungs- und Gerichtstätigkeit erfolgte. Daher ist die (nie gegen Nazis strafrechtlich vom Bundesverfassungsgericht benutzte) sogenannte »Radbruch-Formel« (S. 100), mit der da, wo gewünschte Gesetze fehlen, Naturrecht frei erfunden wird, nur die Spitze des Eisbergs.³

Das Buch ist zwar *von* einem (abgewickelten) Juristen, aber nicht *für* Juristen geschrieben worden. Nichtjuristen werden gradezu aufgefordert, sich mit den Argumenten vertraut zu machen. Da die behandelten Vorgänge essentiell, teilweise sogar existentiell in die Lebensverhältnisse – so oder so – nahezu eines jeden Ostdeutschen eingegriffen haben und weiter eingreifen, wird allen, denen es inzwischen klar geworden ist, daß die hauptsächlichliche Pflicht eines Demokraten darin besteht, sich für die Macht/Ohnmacht-Verhältnisse seines eigenen Landes verantwortlich zu fühlen, nichts anderes übrigbleiben. Interventionsverbote gelten für den Staat im Verhältnis zu anderen Staaten; für den Bürger im Verhältnis zu seinem eigenen Staat gelten Interventionsgebote. Insofern liest derjenige das Buch falsch, der damit seinen nostalgisch-ostalgotischen Affekten glauben frönen zu können. Einmischungen sind erforderlich. Klarheit über Gewesenes, dem angeblich realexistierenden Sozialismus einschließlich seiner »Mängel und Untaten« (S. 181), wie über Gegenwärtiges, dem realexistierenden Kapitalismus, sind dafür die unumgängliche Voraussetzung.

Das Buch beginnt mit Goethes Erfahrung, laut der man niemals mehr von Freiheit reden hört, als wenn eine Partei die andere unterjochen will und auf nichts weiter aus ist, als daß Gewalt, Einfluß und Vermögen aus einer Hand in die andere gehen sollen;⁴ es endet mit Weizsäckers Voraussage, daß, wenn der alte Mißerfolg von Utopien erst einmal vergessen

und die sorgenvolle Gegenwart allzulange als ungerecht empfunden sein wird, dann wiederum Träume von gerechten Gesellschaften entstehen werden. Träume? Auch Taten!

HERMANN KLENNER

Anmerkungen

- 1 Vgl. D. Joseph (ed.): Rechtsstaat und Klassenjustiz. Texte aus der sozialdemokratischen »Neuen Zeit« 1883-1914, Freiburg/Berlin 1996, 540 S.; ders.: »Stalinismus und Rechtswissenschaft«, in: Demokratie und Recht 19(1991) S. 277-302; ders.: »Rechtswissenschaft und SED«, in: U.-J. Heuer (ed.), Die Rechtsordnung der DDR, Baden-Baden 1995, S. 549-609; ders.: »Politische Strafverfolgung als Instrument sozialer Rache«, in: Lother Bisky (u.a.): Unrechtsstaat? Hamburg 1994, S. 106-109; ders.: »Politische Prozesse«, in: Weissbuch, Unfrieden in Deutschland, Bd. 5, GNN-Verlag 1995, S. 81-97; ders.: »Vom schwierigen Verhältnis der Marxisten zum Recht« in: Bisky (u.a.): Die PDS, Herkunft und Selbstverständnis, Berlin 1996, S. 208-216.
- 2 Vgl. Helmut Quaritsch: »Theorie der Vergangenheitsbewältigung«, in: Der Staat 31(1992) S. 519-552; ders.: »Über Bürgerkriegs- und Feind-Amnestien«, in: ibidem, S. 389-418 (in beiden Artikeln rechtfertigt der Autor im übrigen die bundesdeutsche Vorgehensweise).
- 3 Vgl. Horst Dreier: »Gustav Radbruch und die Mauerschützen«, in: Juristenzeitung 52(1997) S. 421-434, eine ausgezeichnet argumentierende Antrittsvorlesung des Autors an der Juristischen Fakultät der Bayrischen Maximilian-Universität in Würzburg vom 15. Januar 1997.
- 4 Goethe, Berliner Ausgabe, Poetische Werke, Bd. 3, Berlin/Weimar 1965, S. 219.

Elke Reuter/Detlef Hansel:
Das kurze Leben der VVN
von 1947 bis 1953.
Die Geschichte der Vereinigung
der Verfolgten des Naziregimes in
der sowjetischen Besatzungszone
und in der DDR,
edition ost Berlin 1997,
634 S. (29,80 DM)

Bedauerlich an diesem Buch ist, daß es nicht zu DDR-Zeiten publiziert werden konnte. Auseinandersetzungen um Probleme wie hier wären dringend notwendig gewesen, um den Weg zur demokratisch-sozialistischen Entwicklung freizumachen statt zu verbauen.

Autorin und Autor, beide der Historikerzunft zugehörig, behandeln in den *Kapiteln 1 und 2* die Lage nach Kriegsende 1945, erste Organisationsformen der Opfer des Faschismus und die zonalen wie interzonalen Zusammenschlüsse im Frühjahr 1947. Sie betonen, daß diese Zusammenschlüsse auf streng überparteilicher Basis zustandekamen. Allerdings wirkten KPD und SED von Anfang an auf eine Organisation hin, die allein ihrer politi-

schen Linie folgen sollte. Die SPD unter Kurt Schumacher trat dem mit autoritären Boykott- und Unvereinbarkeitsvoten wider die VVN wegen der kommunistischen Einflüsse entgegen, wobei sie gleichzeitig de facto die Erfüllung wichtiger antifaschistischer Programmpunkte in Westdeutschland verhindern half. Hieraus resultierende Auseinandersetzungen eskalierten im Kalten Krieg. Die Rückwirkung auf die eigene Organisation hat der Antifaschist Fred Löwenberg, ursprünglich Sozialdemokrat, treffend so zusammengefaßt: »Die Tragik der VVN ist, daß sie ein Opfer des kalten Krieges in beiden deutschen Staaten wurde, und daß auch der Antifaschismus partiell auf der Strecke blieb.« (S. 63 f.)

Kapitel 3 gilt den Vorgängen um Berlin, die Stadt, in der die Gegensätze besonders hart aufeinanderprallten und beide Seiten die 1948 geglückte Spaltung auch mit politischer Hetze und Verbalinjurien vertieften. Genau wie in der 1949 gegründeten BRD wurden in Westberlin vorwiegend kommunistischen Verfolgten die Anerkennung als OdF und die damit verbundenen Bezüge verweigert, gleichzeitig aber Nazis begünstigt. Die mittlerweile auf SED-Kurs befindliche VVN erlitt im Westen hohe Mitgliederverluste und mußte das Auseinanderdriften ihrer ursprünglich gesamtdeutschen Organisation hinnehmen.

Gegenstand von *Kapitel 4* sind gegenseitige Ausgrenzungen prokapitalistisch und pseudo-sozialistisch orientierter Verfolgtengruppen und die Bildung konkurrierender Verbände. Die Ost-VVN unterwarf sich vollends der SED, die ihrerseits auf dem Weg zur stalinistischen »Partei neuen Typus'« war. Hierzu gehörte ab 1949 die »Säuberung« erst der bewaffneten Organe, dann der Partei von ehemaligen Westemigranten, in westliche oder jugoslawische Gefangenschaft geratenen oder auf alliierter Seite kämpfenden Antifaschisten. Es gereicht der VVN zur Ehre, daß sie sich – wie im Buch berichtet – bisweilen dagegen zur Wehr gesetzt, manche Ausschlüsse aus der SED nicht durch solche aus ihren Reihen komplettiert und gegen Anbiederungen an oft nur verbal »gewendete« frühere Nazis in der DDR opponiert hat. Ihre Führung aber nahm voll an der von J. W. Stalin verordneten antititoistischen Hetze, an der Verfolgung der Zeugen Jehovas, an einer auf Aufbau des dik-

tatorisch regierten »Realsozialismus« gerichteten Innen- und einer zunehmend irrealer werdenden Westpolitik teil, die den Sieg der vom Osten gesteuerten »Nationalen Front« über NATO-Integration und Adenauer-Regierung in der Bundesrepublik vorsah.

In *Kapitel 5* stellen Verfasserin und Verfasser eingangs das vielleicht Wichtigste an der VVN-Arbeit dar: die Forschungs- und Publikationstätigkeit über den deutschen Widerstand und einen Ermittlungsdienst, der sowohl der Suche nach Kameraden oder deren Angehörigen, als auch dem Aufspüren von NS-Verbrechern galt. Sie weisen gleichzeitig nach, daß sich in der Forschung zunehmend die »von oben« verordnete, jedoch von vielen Widerstandskämpfern begrüßte Tendenz durchsetzte, allein den Arbeiter- und vor allem den parteikommunistischen Widerstand zu würdigen. Infolge überhandnehmender aktuell-politischer Aufträge der SED an die VVN wurde zudem die Forschung bald vernachlässigt. Im Abschnitt über die Lagerkomitees werden u. a. die erstmals 1946, dann wieder nach dem Ende der DDR angeheizten Auseinandersetzungen um die kommunistische Lagerverwaltung von Buchenwald erörtert. Darlegungen über die Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone und den Streit um Versorgung der Opfer des Faschismus sowie Wiedergutmachung stehen am Schluß des Kapitels. Neben großzügigen Versorgungsregelungen setzte sich der von prominenten Mitarbeitern der Justizabteilung beim ZK der SED, darunter dem einstigen NSDAP-Mitglied Ernst Melsheimer, gegen jüdische VVN-Vertreter und das Politbüromitglied Paul Merker verfochtene Standpunkt durch, keine durch Nazis enteignete jüdische Besitztümer zurückzuerstatten, sofern sie inzwischen dem »Volkseigentum« zugeschlagen worden waren.

Kapitel 6 ist das brisanteste und wichtigste. Behandelt werden das Verhältnis zwischen SED-Spitze und VVN und die Zwangsauflösung Letztgenannter. Davon ausgehend, daß die Verfolgtenorganisation von Anfang an, besonders in personeller Hinsicht, von Entscheidungen des Parteiapparats abhängig war, stellen Reuter/Hansel die Überprüfung der VVN 1949-1951 durch die Parteikontrollkommissionen dar. Während die PKK der Kreise und Bezirke meist differenziert und moderat be-

richteten, schmiedete die Zentrale PKK unter Hermann Matern durch Vergrößerung und Verfälschung dieser Berichte eine Abschlußanalyse stalinschen Typs, die offensichtlich auf Vernichtung der Verfolgtenorganisation abzielte. Darin wurde der VVN vorgeworfen, von »Sozialdemokratismus in der Form der Ablehnung der führenden Rolle der Partei« befallen und von »Sektierertum« durchsetzt zu sein; sie sei, hieß es, »zu einem Sammelbecken und Tummelplatz von aus der Partei ausgeschlossenen Parteischildlingen und demoralisierten Elementen geworden«. Daher werde »von unseren Genossen vielfach die Frage gestellt, ›hat die VVN überhaupt eine Existenzberechtigung?‹« (S. 453 ff.) Verfasserin und Verfasser haben völlig Recht: Ausgerechnet die Organisation der Widerstandskämpfer und Verfolgten ist von der führenden Partei des antifaschistisch firmierenden deutschen Staates am härtesten kritisiert (S. 501) und – so muß hinzugefügt werden – verleumdet worden. Das belegt zu haben, ist ein Verdienst. Es muß auch dem Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener (IVVdN) und seinem Vorsitzenden Fred Dellheim angerechnet werden, die das Buch zum 50. Jahrestag der Gründung der VVN vorlegten. Die Frage, welche Gruppe an der SED-Spitze hinter dem massiven Vorstoß stand und welche verhinderte, daß das Verdammungsurteil sofort exekutiert wurde, konnten Reuter/Hansel nicht beantworten. Offenbar stand hinter den VVN-Kritikern die Gruppe um Ulbricht, während Wilhelm Pieck zu denen zählte, die »das Schlimmste verhüteten«.

Daran, daß die Organisation knapp zwei Jahre später doch aufgelöst wurde, war dem Buch zufolge auch ihre Führung schuld. So übernahm sie in einem vom neuen Generalsekretär Fritz Beyling mitverfaßten Bericht vom Juni 1952 an Matern wesentliche Anwürfe der ZPKK, darunter den »ausgesprochen parteifeindlicher Umtriebe« bei der VVN. (S. 458) Andererseits sagte sie weiter zu allem Ja und Amen, das die SED-Spitze sich einfallen oder von Moskau vorschreiben ließ. Es reichte von der Wendung zum »Aufbau der Grundlagen des Sozialismus« wesentlich auf Kosten der Werktätigen, speziell der

Arbeiter, über die Zustimmung zum antisemitisch getönten Slánsky-Prozeß, zur Verfolgung maßgeblicher deutscher Kommunisten wie Merker, zur Drangsalierung jüdischer Mitstreiter in VVN und SED sowie zu deren Austreibung aus der DDR. Der VVN-Neujahrsaufruf für 1953 proklamierte: »Im neuen Kampfsjahr leitet uns Stalins Wort«. Neben dem Kampf um den Weltfrieden wurden darin eine »friedliche Lösung der deutschen Frage« durch »Sturz der Adenauer-Regierung«, die »aufopferungsvolle Mithilfe beim sozialistischen Aufbau« und eine »Steigerung der Wachsamkeit gegenüber allen Feinden und Agenten« als dringlich bezeichnet. (S. 464) Ohne Zweifel hätte die VVN-Führung auch das neuerliche Massaker gutgeheißen, das sich mit der Inhaftierung angeblicher jüdischer Giftmischer unter den Kreml-Ärzten anbahnte und nur dank Stalins Tod nicht mehr stattfand.

Indem die Spitze der VVN sich in allen Fällen der SED-Führung beugte, verlor die Organisation zunehmend ihr antifaschistisch-demokratisches Profil und damit an Gewicht. Während sie noch die mehrfach aufgeschobene 4. Hauptkonferenz vorbereitete, plante das ZK-Sekretariat der SED insgeheim schon die Auflösung der DDR-VVN. Am 3. 2. 1953 wurde sie per Geheimbeschuß vom Politbüro verordnet, dann vom 20. bis 22. 2. in Zusammenkünften erst der SED-Aktive, dann der Plenen mehrerer VVN-Gremien gebilligt. Die Mitglieder der VVN wurden absichtlich nicht befragt. Sie hatten, wie im Buch festgehalten, häufig Bedenken. Von der Organisation blieb nur deren Kopf übrig, der nunmehr Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer hieß und sich erst 1974 wieder einen Unterbau aus Kreis- und Bezirkskomitees zulegen durfte. Einen Spitzenplatz im Komitee nahm Matern ein, der am meisten auf die Hinrichtung der VVN gedrängt hatte.

Die offizielle Begründung, mit der die Organisation im zweiten Anlauf totgelobt wurde, war ebenso demagogisch wie falsch. Erstens, hieß es, habe die antifaschistisch-demokratische Ordnung der DDR »zur Ausrottung aller Wurzeln des Faschismus« geführt. Die Festigung der Staatsmacht, Schaffung der Grundlagen des Sozialismus sowie bewaffneter DDR-Streitkräfte sicherten »für immer, daß

Faschismus und imperialistische Knechtschaft nicht wiederkehren können«. Damit seien zweitens alle seit 1945 gestellten Aufgaben der VVN erfüllt, weshalb »das weitere Bestehen eines besonderen Organisationsapparates... hinfällig« wäre. (S. 621 f.) Diese Pseudo-Begründung war schon damals kontraproduktiv. Sie hat sich durch die weitere Entwicklung der DDR, besonders die des ostdeutschen Neofaschismus, als völlig illusionär erwiesen.

Die Ost-VVN wurde zwangsweise aufgelöst, gleich nachdem am 20. 2. 1953 die Zentrale Leitung der westdeutschen VVN verboten, ihr Büro in Frankfurt/Main geschlossen und das Aktenmaterial vom Staat sichergestellt worden war. Im Osten trug sich faktisch dasselbe zu. Allerdings ist die West-VVN in fast allen Bundesländern nicht illegalisiert worden. Die Organisationsauflösung im Osten mußte am 21. 2. 1953 Franz Dahlem begründen. Er stand zu diesem Zeitpunkt schon selbst auf Ulbrichts Abschußliste und wurde wenige Wochen später verhaftet.

Der Anhang des wichtigen und bemerkenswerten Buches birgt Angaben über die VVN der SBZ/DDR, ihre Hauptkonferenzen und Vorstände sowie das erste Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer. Außerdem sind darin 67 Biogramme von Führern und Mitstreitern der Organisation enthalten. Hier findet sich u. a. die Mitteilung, daß einer der stellvertretenden VVN-Vorsitzenden, Professor Hermann Kastner (LDPD), später wegen angeblicher Spionage für den Bundesnachrichtendienst verfolgt wurde und 1956 die DDR verließ (S. 573), desgleichen, daß der einstige VVN-Generalsekretär Karl Raddatz 1960 verhaftet und 1962 vom Obersten Gericht »wegen Spionage und Verletzung des Amtsgeheimnisses« zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Dem Anhang sind 16 Dokumente beigegeben, darunter solche zur Gründung und solche zur Auflösung der VVN in der DDR.

MANFRED BEHREND

Richard Scheerer: *Bekennende Christen in den evangelischen Kirchen Deutschlands 1966-1991. Geschichte und Gestalt eines konservativ-evangelikalen Aufbruchs*, Haag und Herchen Frankfurt a.M. 1997, 176 S. (28,80 DM)

Wolfgang Thumser: *Kirche im Sozialismus. Geschichte, Bedeutung und Funktion einer ekklesiologischen Formel (Beiträge zur historischen Theologie 95)*, Verlag J.C.B. Mohr/Siebeck Tübingen 1996, XVIII, 523 S. (198,00 DM)

Zwei Bücher stellen Probleme der Kirche in der aktuellen oder just aktuell nachgewiesenen Geschichte dar. Das erste befaßt sich mit Rundbriefen und Verteilschriften aus der Bewegung »Kein anderes Evangelium«, aus den Gruppierungen, die sich 1966 zu der »Konferenz Bekennender Gemeinschaften« zusammenschlossen. 1991 schied der Gnaudauer Verband für Gemeinschaftspflege und Evangelisation (Landeskirchliche Gemeinschaft) aus dieser Konferenz aus. Das Jahr 1991 ist für Richard Scheerer eine markante Zäsur, denn die Begründung für diesen Austritt hält eine Einheit nur durch die negative Abgrenzung von der Moderne für zu schwach und nicht tragend. Bei sorgfältigem Vergleichen dieser Anwaltschaft des Unveränderlichen und Unvergleichbaren findet Scheerer durch intensives Studium im Laufe der Zeit interessante Veränderungen und mit anderen Vergleichbares heraus. Das vollzieht sich in schöner Geradlinigkeit, die diesen konservativen Modernen und modernen Konservativen auszeichnet. Da fallen klare, aber von Verständnis und Einfühlung getragene Worte. Er mußte sehr viel Unsystematisches lesen und entfalten, um die Unterschiedlichkeit der gar nicht so einheitlichen Positionen systematisieren zu können. Daraus hat er ein kleines Nachschlagewerk entwickelt für ein unübersichtliches Gebiet, vor allem aber ein faires Gesprächsangebot. Hoffentlich lassen sich Interessierte dazu einladen: ein schmaler Band aus kleinem Verlag mit aufschlußreichen Positionen.

Das andere Buch zeigt äußerlich nichts mehr von der Kärnerarbeit des Autors, so gediegen kommt es in einem renommierten Verlag und dessen jahrzehntealter Spezialserei daher – aber der Inhalt zeigt die unübersehbaren Spuren der Mühen in den Ebenen der Forschung und den dazugehörigen Archiven. Der Preis bedeutet die Gefahr, daß aus der Veröffentlichung eine praktische Geheimhaltung wird. Dem soll mit den wenigen möglichen Hinweisen hier bescheiden entgegenwirkt werden. Das Buch von Wolfgang Thumser beginnt mit einer Erinnerung an die philosophischen Probleme zwischen Kirche und Marxismus. Bis Thumser zu der genannten Formel kommt, beschreibt er die kirchliche Entwicklung im Osten nach 1945 bis zur Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, um dann penibel die ungezählten, aber in aller Regel undeutlichen Interpretationen der Formel von »Kirche im Sozialismus« vorzustellen. Seine Hauptthese unterstreicht diese inhaltliche Blässe, die ja von Synoden auch so gewollt war, um eine »handhabbare« Aussage zur Überwindung von Konflikten zu haben. Als kirchliche theologische Orientierung galten wohl eher Bonhoeffers »Kirche für andere«, wie Heinrich Rathke und Heino Falcke sie vor den Bundesynoden vortrugen. Aber der Autor sieht das wie angedeutet anders, und er hat die Archive, andere sind nur dabeigewesen. Die Wahrnehmung ist doch genauer oder – ungenauer, wie es der Standpunkt erlaubt. Der Autor meint z.B., daß die richtige theologische Freiheit zur kirchlichen Argumentation nur an kirchlichen Hochschulen und ähnlichen Einrichtungen möglich war, jedenfalls nicht an den theologischen Sektionen. Wenn's so gewesen ist, ist's so gewesen. Nach meiner Beobachtung hatte die Mutter der Weisheit die Kraft und die Möglichkeit zu argumentieren nicht ganz so einseitig verteilt. Sie ist eben im Verhältnis zu einem Doktoranden schrecklich weise. Aber solches Nachfragen hält das qualitätsvolle Buch aus – besonders nach der Entdeckung der Schlußerkennnis auf der letzten Seite der Untersuchung, die künftige Leser vielleicht an den Anfang der Lektüre stellen werden: Kirche Ost und West haben in zwei verschiedenen Gesellschaften gelebt. Deswegen kann die eine gar nicht als Erklärungsmuster für

die andere taugen. Wechselseitige Vorwürfe lösen die Probleme nicht, sondern verschärfen sie. »Das aber werden wir uns nicht mehr lange leisten können.« So lautet der allerletzte, prägnante Satz dieser wissenschaftlichen Analyse. Was Menschen in der verwirrenden Vielfalt der modernen Gesellschaft benötigen, sind Maßstäbe für die sach- und personengerechte Auswahl in der Fülle des Möglichen. Also genug richtige Arbeit für die Kirche! Fazit eines Lesers: So ungefähr dürfte es sein, wenn es um die Zukunft geht.

JENS LANGER

August Bebel:

Ausgewählte Reden und Schriften.

Band 10 (2 Teilbände):

Die Frau und der Sozialismus.

Hrsg. vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, mit einem Geleitwort von Susanne Miller, Bearb. von Anneliese Beske und Eckhardt Müller,

K.G. Saur Verlag München/New

Providence/London/Paris 1996, 809 S.

Mit Band 10/1 und 10/2 wird die zu DDR-Zeiten begonnene und 1995 vom Saur Verlag München übernommene zehnbändige Bebel-Ausgabe fortgeführt. Die letzten Bände 7-9 (1899-1913) lagen auf der Frankfurter Buchmesse vor.

Zum ersten Mal wird in der vorliegenden Ausgabe Bebel's Hauptwerk *Die Frau und der Sozialismus* in seiner über einhundertjährigen Verbreitungsgeschichte mit Anmerkungen und einem Literatur- und Personenverzeichnis erschlossen und die Geschichte der Entstehung und Überarbeitungen des Werkes skizziert. Erstmals sind alle existierenden Vorworte August Bebel's zu acht inhaltlich verschiedenen Ausgaben seines Bestsellers, die Vorstudie sowie das von der DDR-Forschung ignorierte Vorwort von Eduard Bernstein zum 50. Jahrestag des Erscheinens der »Frau« 1929 (*Frau*, Anm. 65 bis 65/22, S. 739-745) in einer wissenschaftlichen Ausgabe vereint.

Das Werk erlebte Angriffe im sächsischen

Land- und im Deutschen Reichstag. »Die Frau und der Sozialismus« gehörte im Mai 1933 zu den Schriften, die der faschistischen Bücherverbrennung in Berlin zum Opfer fielen. 1946 war Bebel's Buch einer der ersten Neuerscheinungen des Dietz-Verlages nach dem Krieg. Bis auf den heutigen Tag erzielte »Die Frau« insgesamt über 80 deutsche Auflagen und wurde in rd. 25 Sprachen übersetzt, die in über 100 Ausgaben erschienen.

Der erste Halbband 10/1 präsentiert August Bebel's (1840-1913) berühmtestes Werk in der 180 Seiten starken Erstausgabe. Es erschien 1879 mit falschem Impressum, von der 2. bis 8. Auflage, um sozialistengesetzliche Verbote zu umgehen, unter Tarntiteln. Der Ausgabe ist das Geleitwort der Nestorin der altbundesdeutschen Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung Susanne Miller vorangestellt. Sie hebt den »herausragenden, ja einzigartigen Platz von Bebel's Buch in der sozialistischen Literatur aller Zeiten und aller Länder« hervor. Das Buch habe dazu beigetragen, »daß die Forderung nach Gleichberechtigung der Frau ein Thema der deutschen Sozialdemokratie wurde« (ebda, S. 1). Daran schließt sich die Editorische Vorbemerkung der Bearbeiterin Anneliese Beske, die umfang- und kenntnisreich die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte dieses bemerkenswerten Werkes dokumentiert.

Im Mittelpunkt des zweiten Halbbands 10/2 steht die 50. Jubiläumsausgabe des inzwischen auf 519 Seiten angewachsenen Werkes von 1910. Der Band enthält darüber hinaus einen von den Bearbeitern Anneliese Beske und Eckhardt Müller akribisch verfaßten Anmerkungsapparat, mit dessen Hilfe die LeserInnen sich ein umfassendes Bild der historischen Zusammenhänge verschaffen können, in denen das Werk entstand, das bis zu dieser, drei Jahre vor dem Tode des Autors vollendeten Ausgabe ergänzt und erweitert wurde. Ebenfalls abgedruckt ist der von Bebel der Jubiläumsausgabe von 1910 beigefügte Anhang. Darin setzt er sich mit der Kritik der Frauenpolitikerin und Schriftstellerin Marianne Weber an seinen Auffassungen über mutterrechtliche Verhältnisse bei den Griechen auseinander. Die Beilagen umfassen Bebel's Glossen zu Yves Guyots und Sigismond Lacroix' Schrift *Die wahre Gestalt des Chri-*

stentums [Etude sur les doctrines sociales du christianisme], die von ihm zunächst ins Deutsche übersetzt wurde und 1876 erschien. 1878 gab er mit den Glossen einen Kommentar zu dem Werk heraus. Sie enthalten Bebels historisch-materialistische Kritik an der Schrift. In einem zweiten Abschnitt setzt Bebel sich mit der Lage der Frau in der Gesellschaft auseinander. Dieser erschien, wie aus Anm.150-152, S. 764f hervorgeht, als eigenständige Publikation unter dem Titel *Über die gegenwärtige und zukünftige Stellung der Frau* und hatte bis 1913 vier Auflagen, von denen zwei auf Grund des Sozialistengesetzes verboten wurden. Bebel selbst bezeichnete diesen von ihm 1875 im Gefängnis geschriebenen Aufsatz als »die erste parteigenössische Abhandlung über die Stellung der Frau vom sozialistischen Standpunkt« (ebda., Anm. 151). Darin verwies er bereits auf das bevorstehende Erscheinen seines Buches *Die Frau und der Sozialismus*, zu dem ihn diese Vorarbeit angeregt hatte. Ebenfalls beigefügt sind das Vorwort zur dritten Auflage von 1884, in dem Bebel schreibt, der Erfolg des Buches sei ganz wesentlich »den Angriffen ...durch den Vertreter der sächsischen Regierung und ...durch den preussischen Minister des Innern« geschuldet; die Vorrede zur neunten und damit ersten nach dem Fall des Sozialistengesetzes erschienenen Auflage von 1890, in der er sich ausführlich mit den Gegnern der Schrift, speziell dem »bisher so wenig erfolgreichen sozialdemokratischen Drachentödter Herr[n] Eugen Richter«, dem Verfasser der *Irrlehren der Sozialdemokratie* (ebda, S. 711) auseinandersetzt und sich u.a. auch von den Auffassungen Edward Bellamys abgrenzt; schließlich die Vorrede zur elften Auflage von 1891, die auf diverse fremdsprachliche Ausgaben des Buches hinweist. Von großem Interesse für heutige LeserInnen ist auch der Abdruck der Bebelschen Besprechung von Ludwig Woltmanns *Die Darwinsche Theorie und der Sozialismus* in der *Neuen Zeit*. Darin nimmt Bebel zu einer damals unter den sozialdemokratischen Theoretikern und unter Darwinisten geführten Kontroverse Stellung, die die Beziehung der Darwinschen Theorie zum Marxismus betraf und auch heute höchst aktuelle Bezüge hat. Bebel sieht den Darwinismus mit der Entwicklung der Gesellschaft zum Sozial-

ismus im Einklang (ebda, S. 721), sofern »die darwinistischen Theorien von der Auslese der Besten im Kampfe ums Dasein ...in einer sozialistischen Gesellschaft den Ausdruck finden, daß die Einheit zwischen Mensch und Natur hergestellt wird«. Dabei schließt er sich den Auffassungen Friedrich Engels' an, der in der Spezifik des Menschen »als Persönlichkeit und zugleich Gesellschaftswesen« den Unterschied zum Tier sieht, weshalb es unmöglich sei, »ihn in seiner Entwicklung nach gleichen Gesichtspunkten zu beurtheilen« (ebda, S. 724). Den »Darwinschen Kampf ums Einzeldasein aus der Natur mit potenziertem Wuth ...in die Gesellschaft [zu übertragen]« hieße dagegen, »den Naturstandpunkt des Thieres ...als Gipfelpunkt der menschlichen Gesellschaft« (ebda) zu betrachten. Diese Haltung erwies sich zwar als geeignet zum Kampf gegen die damals auch in Deutschland aufkommenden sozialdarwinistischen Auffassungen, die den neuen Rassismus beförderten. Andererseits spiegeln sie aber die der Aufklärungsphilosophie geschuldeten binären Vorstellungen von Mensch und Natur wider, die bis heute die Vereinnahmung letzterer legitimieren. Wie Bebels Rezension erhellt, war auch er nicht frei von einer hierarchisierenden Betrachtungsweise, die in der menschlichen Gattung den Höhepunkt der Evolution sah, die ihn zu unvereinbar binärem Gegensatz zu den übrigen Lebewesen erhoben habe. Wo die Realität diesen aufklärerischen Anspruch nicht einlöst, moralisiert Bebel: So sei »der Mensch der Urzeit eine Bestie« gewesen, aber auch »der moderne Mensch« stehe »oft unter dem Thiere (in der Befriedigung geschlechtlicher Leidenschaften)« (ebda, S. 727).

Bebels Werk vor allem in der späteren Ausgabe gehört zu den bekanntesten und zugleich kontroversesten marxistischen »Klassikern«. Bekanntlich stützt Bebel sich in dem Teil seines Werks, die »die Frau in der Vergangenheit« betreffen, auf Friedrich Engels' *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates* und auf seine eigene Lektüre der auch von Engels genutzten Ausführungen von Bachofen, Morgan und anderen, deren Ergebnisse in mancher Hinsicht mit neueren Matriarchatsforschungen übereinstimmen. Der Vergleich der späteren Ausgabe mit der früheren, aber auch mit Engels' 1884, sie-

ben Jahre nach der Erstauflage der Bebel'schen *Frau*, erstmals erschienenen *Ursprung der Familie* zeigt, daß der vielbeschäftigte Bebel seine wenige, meist im Gefängnis verbrachte »Freizeit« zu umfangreichen Studien nutzte. Er war in der griechischen und römischen Geschichte und Literatur ebenso zu Hause wie in der christlichen Überlieferung. Bebels marxistische Grundhaltung schloß dabei stets Kritik ein: »Wenn ich an die anderen Götter nicht glaube, so glaube ich auch nicht an die unseren« sagte er auf dem Magdeburger Parteitag von 1910 (ebda, S. 16).

Dem Vorwort von Eduard Bernstein zur 50. Jubiläumsausgabe ist zu entnehmen, wie Bebel bereits 1872 seine Zeit auf den Festungen Hubertusburg und Königstein nutzte, um sich mit Hilfe von Wilhelm Liebknecht die französische Sprache so kompetent anzueignen, daß er eine Übersetzung des o.g. Werks von Yves Guyot und Sigismond Lacroix über das Christentum anfertigen konnte. Diese Arbeit inspirierte Bebel zu den Glossen, in denen er sich erstmals mit der Frauenfrage auseinandersetzt und damit den Grundstein für sein Hauptwerk legt. Bernsteins Vorwort berichtet aber nicht nur von dem buchhändlerischen Erfolg des mit jeder neuen Auflage populärereren Werks, von dem trotz Sozialistengesetz bis 1909 197.000 Exemplare verkauft worden waren und das bis 1913 in 20 Sprachen übersetzt wurde und in mehreren Auflagen – allein die russische Ausgabe in zehn Ausgaben (ebda, S.729f) – erschienen war. Er weist auch auf seinen politischen Einfluß hin. Noch auf dem Gothaer Parteitag 1875 sei Bebels Antrag, das Frauenwahlrecht in das Parteiprogramm aufzunehmen, abgelehnt worden. Dagegen sei »heute (1929 – H.B.) die Zahl der Gegner des Eintretens für die politische Gleichberechtigung der Frau ...verschwindend gering. Des weiteren hat das Eintreten der Sozialdemokratie für das politische Recht der Frau und die Einwirkung von Bebels Buch auf wachsende Zahlen bürgerlicher Frauen die bürgerlichen Parteien genötigt, ...den Rechtsforderungen der Frauen gleichfalls größere Zugeständnisse zu machen« (ebda, S. 742).

Diese nur vier Jahre vor der Gleichschaltung der politischen Parteien und der Frauenorganisationen durch die Nazis gemachte Feststellung trägt allerdings der Ambivalenz

der politischen Parteien in der Frauenfrage nicht Rechnung und blendet die berechtigte Kritik der Frauenbewegung aus, die erklärte: »Die Gleichberechtigung der Frauen ...stand in der Verfassung, war auf dem Papier vorhanden, das war aber auch alles. Die Wirtschaft, die Finanzen, Verwaltung, der gesamte Staatsapparat...befanden sich ausschließlich in den Händen der Männer. Nicht einmal bei den Wahlen hatten Frauen die gleiche Möglichkeit freier Auswirkung wie die Männer. Denn diese allein beherrschten wiederum den Parteiapparat wie die Parteikassen und damit die Propaganda«¹ (L.G. Heymann/Anita Augspurg, S. 336).

Wenn Bebels großartiges Buch aber andererseits auch nicht die Mehrzahl der SPD-Genossen zu glühenden Kämpfern gegen die patriarchalen Verhältnisse machte oder gar der Gleichstellung der Frau in Deutschland den Weg bahnte, so haben die damaligen wie spätere Kämpferinnen für Frauenrechte seine Pionierfunktion stets anerkannt. In Anneliese Beskes Vorbemerkung wird die Vertreterin des radikalen Flügels der Frauenbewegung Minna Cauer (1842-1922) zitiert, die 1910 erklärte: »Man mag sich zu Bebels Buch stellen, wie man will, und ich bin dafür, daß man sich ihm gegenüber recht kritisch verhalte, so ist das Eine doch nicht zu leugnen, daß hier eine geschichtliche, staatswissenschaftliche und psychologische Bearbeitung des Stoffes vorliegt, wie sie überhaupt noch niemals zusammenfassender gegeben worden ist« (*Frau*, S. 14). Seine Bedeutung wurde auch von der Frauenrechtlerin Lily Braun (von Gizycki, 1865-1916) in ihrem Werk *Die Frauenfrage* (1901) und von den sozialistischen Frauenrechtlerinnen Luise Zietz (1865-1922) und Clara Zetkin (1857-1933), die es 1910 in der *Gleichheit* rezensierte, gewürdigt. Diese identifizierten sich, anders als die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, mit Bebels und Engels' Auffassung, daß die Befreiung der Frau ein Korrelat der Befreiung der Arbeiterklasse von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung sei.

Die Frau und der Sozialismus war »die populärste und maßgebendste Schrift der sozialdemokratischen Bewegung« (Gerhard, S. 122). In ihrer Editorischen Vorbemerkung, Anm. 25 (*Frau*, S. 12f*), nennt Anneliese

Beske über die oben angeführten hinaus weitere zeitgenössische deutsche und ausländische Autorinnen und eine Auswahl von späteren Texten, die sich mit der Bedeutung des Werks für die Frauenbewegung auseinandersetzen. Bereits die erste kurze Fassung des Werks hatte Karl Kautsky zu seiner Artikelserie *Die Entstehung der Ehe und der Familie* (1882-1883), und Engels zu seiner o.g. Schrift angeregt, die Bebel dann wieder zur Erweiterung der seinen inspirierte. Auch Eleanor Marx-Aveling und ihr Lebensgefährte Edward Aveling beziehen sich in ihrem Werk *The Woman Question* darauf. In der Editorischen Vorbemerkung wird auch Simone de Beauvoirs (1908-1986) Auffassung dazu in ihrem Hauptwerk *Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau* (1949) zitiert: »So sind die Frau und der Sozialismus schicksalhaft eng miteinander verknüpft, wie man auch aus dem umfassenden Werk ersieht, das Bebel der Frau gewidmet hat« (ebda, S. 18). Beauvoirs Kritik an dem Werk richtet sich gegen die von Bebel und Engels unterstellte Solidarität zwischen der Arbeiter- und der Frauenbewegung² (Beauvoir, S. 147), wobei sie darauf hinweist, daß vielmehr die am meisten unterdrückten Minderheiten gern von den Unterdrückern als Waffe gegen die gesamte Klasse, der sie angehören, benutzt werden.

Bebel hatte aber auch selbst Impulse von Frauenrechtlerinnen erhalten. Er war mit der Gründerin des allgemeinen Deutschen Frauenvereins Louise Otto-Peters bekannt und nahm 1865 an der ersten Frauenkonferenz in Leipzig als einer der drei Männer teil, die sich den 120 Teilnehmerinnen angeschlossen hatten.

Er unterstützte auf dem deutschen Webertag 1871 die von der Proletarierin Christiane Peuschel eingebrachte Resolution für gleichberechtigte Teilnahme der Frauen in den Gewerkschaften und für gleichen Lohn für gleiche Arbeit (Gerhard, 109).

Zu den hervorzuhebenden Leistungen der Bearbeiter gehört, last but not least, ein Akt historischer Gerechtigkeit.

Durch die Auswertung bisher nicht zugänglicher Briefe konnten sie zum ersten Mal detailliert über die Hilfe des später unter Stalin ermordeten russischen Historikers, ausgezeichneten Kenners der internationalen

Arbeiterbewegung und Herausgebers der ersten MEGA-Ausgabe D.B. Rjazanov bei der Überarbeitung der 50. Jubiläumsausgabe der Bebel'schen »Frau« berichten. Bebel dankte Rjazanov in der Vorrede zur 50. Auflage des Werks 1909 »für die umfassende Hilfe, die er mir bei Bearbeitung der fünfzigsten Auflage gewährte« (Frau, S. 233). Er habe »den Hauptteil der Arbeit geleistet« (ebda, S. 739). Von ihm stammt die Gliederung des Buchs in 30 Kapitel, die wesentlich zur Übersichtlichkeit der späteren gegenüber den früheren Fassungen des Werkes beitrug. Kautsky hatte Bebel bereits 1879 eine Gliederung des Buchs nach Kapiteln empfohlen (ebda, Anm. 164, S. 768). Dieser war Bebel ab der zweiten Auflage, die 14 Kapitel aufweist, bereits nachgekommen. Von Rjazanov stammt neben der weitergehenden Unterteilung die Schlußredaktion, zu der der kranke Bebel selbst nicht mehr imstande war, sowie die Einfügung neuer statistischer und bibliographischer Daten. Der Verleger J.H.W. Dietz lobt den Redakteur 1909 dafür, daß er »der Versuchung löblich widerstanden [habe], den Bebel zu korrigieren« (ebda, Anm. 82, S. 751).

Die Ausgabe ist eine Fundgrube für alle diejenigen, die sich für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der Frauenrechtsbewegung um die Jahrhundertwende interessieren. Darüber hinaus kann sie allen historisch interessierten LeserInnen empfohlen werden. Die hier besprochene Neuausgabe verknüpft die historischen Texte mit vielen relevanten Ergebnissen späterer Forschungen und Erkenntnissen, die den LeserInnen auf gut lesbare, leicht auffindbare Weise zur Verfügung gestellt werden.

HANNA BEHREND

- 1 L.G. Heymann/A. Augspurg: Erlebtes – Erschautes. Deutsche Frauen kämpfen für Freiheit, Recht und Frieden 1850-1940, hrsg. M. Twellmann, Meisenheim 1977, zitiert nach Ute Gerhard: Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Rowohlt Verlag Hamburg 1990.
- 2 Simone de Beauvoir: *The Second Sex*, Jonathan Cape, London 1953.

Peter L. Berger (Hrsg.): Die Grenzen der Gemeinschaft. Konflikt und Vermittlung in pluralistischen Gesellschaften. Ein Bericht der Bertelsmann Stiftung an den Club of Rome, Aus dem Englischen von Karlheinz Dürr und Ursel Schäfer, Verlag Bertelsmann Stiftung Gütersloh 1997, 656 S. (58,00 DM)

Es gibt Bücher, die legt der Rezensent auch nach 656 Seiten unbefriedigt aus der Hand. Berichte an den Club of Rome versprochen bislang meist unkonventionelle Sichten auf knallharte Probleme unserer Welt. Zwischen den »Grenzen des Wachstums« (1971) und der »Global Revolution« (1991) lagen Umbrüche von Produktivkräften und Gesellschaftsordnungen, die in der jüngeren Geschichte beispiellos waren und die die Denker des Clubs zu profunden, oft umstrittenen Analysen verdichteten.

Nun machen sich Autoren um Peter L. Berger, einem begeisterten Verteidiger des neoliberalen Kapitalismus¹, daran, im Interesse neuer »geistiger Orientierung« Konflikte und Vermittlungen in pluralistischen Gesellschaften unter die Lupe zu nehmen. Trotz großzügigen Sponsorings der Bertelsmann Stiftung, dieser Versuch scheiterte. Nicht, daß einzelne Fallstudien, so zur Transformation der chilenischen Diktatur (Arturo Fontaine Talavera) oder zur Überwindung der Apartheid in Südafrika (Ann Bernstein) nicht tiefe Einblicke in die Probleme dieser Gesellschaften geben würden. Auch die Beiträge zu den USA (James Davison Hunter), Frankreich (Daniele Hervieu-Léger), der Türkei (Serif Mardin), Indien (André Béteille) oder Japan (Seizaburo Sato) sind lesenswert. Die Rolle der Stiftungen (USA) und privater Akademien (Chile), der Einfluß intra-personeller Netzwerke (Türkei), das Funktionieren vereinbarter Machtwechsel (Chile, Südafrika) oder der Einfluß der Umweltprobleme auf die Politik (Taiwan) sind nach der Lektüre besser zu verstehen.

Nur, ist das Problem der heutigen Gesellschaften der »normative Konflikt« als Auseinanderprallen unvereinbarer Werte? Existieren Wertkonflikte voraussetzungslos? Berger ge-

steht die ihn eigentlich bewegende Problematik selbst ein, er bezieht sich auf den »Konflikt zwischen ›traditionellen‹ und ›progressiven‹ moralischen Werten« (S. 593) als Fortsetzung der Auseinandersetzungen seit Aufklärung und Französischer Revolution. Seit 1789 »verläuft eine Hauptbruchlinie zwischen der ›Rechten‹ und der ›Linken‹ – konservative, traditionelle, typischerweise religiös determinierte Kräfte stellen sich gegen Kräfte, die Fortschrittsglauben, radikalen Gesellschaftsumbau und gewöhnlich auch säkuläre Orientierung vertreten.« (S. 592) B. muß eingestehen, daß das auch nach dem Ende des Realsozialismus nicht beendet ist. Wenn es zu Verteilungskonflikten kommt, wenn die Gerechtigkeit vermißt wird, dann wird diese Rechts-Links-Bruchlinie wieder an Bedeutung gewinnen. »Teilweise als Folge der ökonomischen Globalisierung wachsen solche Konflikte überall an, auch in allen industrialisierten Demokratien.« (S. 592f)

Für die Autoren, so Werner Weidenfeld vom Bertelsmann Stiftungs-Vorstand, geht es um »die hinter der Kulisse ablaufenden Veränderungen der Einstellungen, Werte und Mentalitäten« (S. 11) Besorgt muß er eingestehen, daß es eben »nicht nur Grenzen des Wachstums gibt, sondern auch Grenzen der sozialen Kohäsion, von denen unser Überleben als Menschen unter friedfertigen gesellschaftlichen Bedingungen abhängt« (S. 13).

Die Schwierigkeit des Buches bleibt, nicht nach den Ursachen für diesen Umbruch zu fragen. Nicht danach zu suchen, wie die Auswirkungen der Produktivkraftrevolution, des Endes des Fordismus, der Globalisierung in die Geschicke der Länder, Nationen, sozialen Strukturen eingreifen. Es wird eben nicht thematisiert, warum der Realsozialismus vor diesen neuen Herausforderungen versagte, warum nationale Konflikte aufbrechen und autoritäre wie diktatorische Lösungen zumindest in der Tendenz durchaus Unterstützung finden. Das hat doch wohl mit der praktischen Auflösung sozialer Bindung und der mit ihnen verbundenen Werte zu tun, ihrer Verwandlung in reine Ware-Geld-Beziehungen.

Wenn Hunter fragt, »unter welchen Bedingungen ... demokratische Ideale und Institutionen aufrechterhalten werden (können)« (S. 75), dann ist er sehr dicht an dieser Einsicht.

Nur, er und die meisten seiner Mitautoren spitzen die Frage nicht auf die neuen sozialen Polarisierungen zwischen Arm und Reich, zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, zwischen Privilegierten und sozial Benachteiligten zu. Die klassische Klassenspaltung des 19. Jahrhunderts ist in den modernen Industriegesellschaften durcheinander gebracht, aber die Klüfte an den genannten Trennlinien sind breiter geworden.

Besonders wirklichkeitsfremd fällt die Analyse von Franz-Xaver Kaufmann aus. Sein Bild der (bundes)deutschen Gesellschaft kommt weitgehend ohne die kapitalistische Restauration der Wirtschaftswunderjahre aus, die 68er stehen isoliert im Raum, die Herausforderung DDR in den fünfziger/sechziger Jahren findet nicht statt, der DDR-Anschluß ist ein marginales Ereignis, der emanzipatorische Impetus der Herbst-Revolutionäre 1989 findet ebensowenig seine Anerkennung wie das Fortbestehen von zwei deutschen Wirtschafts- und Wertegemeinschaften im vermeintlich vereinten Deutschland.

K.s Beitrag bietet aber trotzdem Ansätze, um weiter zu fragen. Zunächst konstatiert er, daß für die alte Bundesrepublik Konflikte auf religiöser, ethnischer oder Klassen-Ebene eigentlich keine Rolle gespielt haben. Er sieht dies durchaus im Zusammenhang mit der vierzig Jahre vorherrschenden Systemkonfrontation, in der die Angst vor dem Sozialismus und entsprechende Abwehrstrategien – die er natürlich so nicht nennt – als wesentliches Kohäsionsmoment bestimmend waren. Insofern gilt also offenkundig auch für die Bundesrepublik jener »Gefrierschrankeffekt«, den Janos Matyas Kovacs für das Wegdrücken der Konflikte im realsozialistischen Ungarn bemüht, die nun im Postsozialismus wieder auftauen. Offenkundig hat das ebenso die westlichen Staaten stabilisiert.

Für die Gegenwart arbeitet K. einen Konflikt Marktwirtschaft – Sozialstaat heraus, von unterschiedlichen Werte- und politischen Lagern verfochten. Nach K. finden sich »im normativen Argumentationshaushalt beider Seiten ... kaum neue Argumente, vielmehr werden nur die alten mit größerer Dringlichkeit vorgetragen. Bemerkenswerterweise beschränken sich die Auseinandersetzungen bisher im wesentlichen auf die Exponenten

des Arbeitgeber- und des Gewerkschaftslagers. Weder die großen Volksparteien noch breite Bevölkerungskreise haben sich bisher für diesen Gegensatz mobilisieren lassen.« (S. 173) Das würde an der Schwierigkeit der Probleme und der fehlenden Griffigkeit der Begriffe liegen. Es stimmt natürlich, Patentrezepte gibt es nicht. Aber es sind offenkundig drei andere Gründe, die dieses Problem so schwer politikfähig machen. Erstens verhindert Individualisierung und Segmentierung der Gesellschaft ein gemeinsames Handeln der Betroffenen und schwächt ihre eigentlichen Interessenorganisationen. Zweitens ist mit dem Fall des Realsozialismus nicht nur ein konkretes Alternativmodell – zudem mit Fehlern und Konstruktionsmängeln – gescheitert, auch die anderen eher sozial ausgerichteten politischen Kräfte sind von diesem Niedergang in Mitleidenschaft gezogen worden. Drittens ist es dem konservativ-neoliberalen historischen Block in allen westlichen Metropolen gelungen, die neue Produktivkraftsituation tatsächlich in eine Vorherrschaft ihrer Ideen umzudeuten. Das hat Auswirkungen bis hinein in die potentielle Linke.

Insofern ist das begeisterte Beschwören des Grundgesetzes als der großen identitätsstiftenden Institution Deutschlands eher fragwürdig. Zunächst existiert »das« Grundgesetz so wieso nicht, mittlerweile wurde es 43-mal geändert und das BVG hat durch seine Rechtsprechung wiederholt eingegriffen. Wesentliche Ansprüche an die Bundesrepublik als »demokratischem und sozialem Bundesstaat« sind so nicht eingehalten und harren immer noch ihrer Verwirklichung. Selbst der gern zitierte Verfassungspatriotismus ist leider bislang etwas für den Diskurs der Intellektuellen. Die reale Entwicklung seit 1990 hat dessen Brüchigkeit gezeigt, machtpolitischer Nationalismus ist nicht nur latent vorhanden.

Der Hinweis von K. auf die Möglichkeit der Selbstorganisation – plastisch an den neuen sozialen Bewegungen exemplifiziert – ist natürlich ebenso wichtig wie die in der Bundesrepublik ausgefeilte Prozedualisierung von Konflikten. Letztere wird von ihm als »Entdramatisierung (der Konflikte) durch Fragmentierung und ihre Kleinarbeitung im Rahmen von Verhandlungssystemen, an denen die Konfliktparteien beteiligt sind«, definiert

(S. 194). Zumindest hinsichtlich von Konflikten, bei denen es ums »Ganze« geht, etwa hinsichtlich ihrer internationalen Dimension, wird K. skeptisch. Die praktisch-politische Erfahrung weist allerdings vor allem auf die Gefahr der Politikverdrossenheit hin, weil letztlich die Konflikte durch solche Verfahren so »kleingearbeitet« werden, daß sie nicht gelöst werden. Damit sind wir aber wieder beim Ausgangspunkt – um was für Konflikte geht es und um welche Interessenlagen? Stellen wir uns ihnen oder zerreden wir sie um normativer Betrachtungsweisen willen?

STEFAN BOLLINGER

¹ Siehe meine Rezension zu Peter L. Berger: Die Kapitalistische Revolution, Wien 1992. In: UTOPIE kreativ, H. 37/38 (1993), S. 178ff.

Hubert Schleichert:

Wie man mit Fundamentalisten diskutiert, ohne den Verstand zu verlieren. Anleitung zum subversiven Denken, C.H. Beck Verlag München 1997, 196 S. (29,80 DM)

Edward W. Said:

Götter, die keine sind. Der Ort des Intellektuellen, Aus dem Englischen von Peter Geble, Berlin Verlag Berlin 1997, 150 S. (32,00 DM)

Paolo Flores d'Arcais:

Die Linke und das Individuum. Ein politisches Pamphlet, Aus dem Italienischen von Roland H. Wiegenstein, Verlag Klaus Wagenbach Berlin 1997, 112 S. brosch. (15,80 DM)

Buchpublikationen, die sich der Frage widmen, welche Aufgabe dem Intellektuellen in der heutigen Zeit zukommt, wo sein Ort ist, haben eine berechtigte Konjunktur. Hier fragen als Autoren schließlich selbst Intellektuelle nach ihrem notwendigen – oder eben nicht mehr benötigten – Beitrag für die Gesellschaft. Die Gesellschaft jedenfalls zieht den Intellektuellen kaum mehr in der Weise zu Rate, wie es einmal war: als Kommentator und als Kriti-

ker, der theoretische Werkzeuge zur praktischen Veränderung der Gesellschaft liefert. Der Philosoph Michel Foucault hatte, in Auseinandersetzung mit Jean-Paul Sartre, die Unterscheidung zwischen dem universellen Intellektuellen und dem spezifischen beziehungsweise speziellen Intellektuellen geprägt: Er setzte gegen einen mit allumfassenden Großtheorien arbeitenden und für alle sozialen Bezirke zuständigen Theoretiker, wie etwa den Marxisten, einen Experten, der in vorhandene soziale Teilkämpfe eingreift, sie mit Fachwissen unterstützt, statt sie zu führen. Foucault sah vor allem die Bevormundung der politischen Bewegungen durch den Intellektuellen als Gefahr. Doch Foucaults Bedenken haben sich merkwürdig zerstreut und verkehrt. Aus dem speziellen Intellektuellen ist in Zeiten vermeintlicher Pluralisierung und postmoderner Toleranz ein Meinungsmacher geworden, der ohne Verbindlichkeiten von den Medien vorgeführt wird. Er muß die Zuschauer unterhalten können und stets beteuern, daß seine Ansichten nur eine Möglichkeit der Sicht der Dinge darstellen; er agiert in Form des Stars, kann Sportler, Schauspieler oder Universitätsangestellter sein. Die Lage ist prekär, denn dieser Pluralismus der Meinungen, der sich auf Objektives nicht mehr verpflichten will, trifft auf eine ganz und gar nicht plurale Situation der ökonomischen Krise wie auch verschärfter sozialer Widersprüche – eine Situation mithin, die den intellektuellen Eingriff so nötig macht.

Gramsci hat einmal bemerkt, es sei leicht, vom Intellektuellen zu sprechen, vom Nicht-Intellektuellen dagegen schwer: Intellektualität, engagiertes Reflexionsvermögen, operationales Eingreifen in Theorie und Praxis ist Fähigkeit eines jeden. Der Konstanzer Philosoph Hubert Schleichert müßte eigentlich Gramsci, würde er ihn kennen, unterstützen: Er stellt sich in seinem Buch »Wie man mit Fundamentalisten diskutiert, ohne den Verstand zu verlieren« der Schwierigkeit, daß jeder Mensch zum reflektierenden, vernünftigen Denken fähig ist, es aber längst nicht jeder Mensch tut. Schleicherts Empfehlung ist pädagogisch: eine »Anleitung zum subversiven Denken«. Im Vertrauen auf eine um rhetorische Elemente erweiterte formale Logik – Schleichert führt zum Beispiel das »subver-

sive Lachen«, die Satire wieder ein – bemüht er sich, dem Leser plausibel zu machen, daß gegen den Fundamentalismus die »abendländische, kritische Vernunft« ein gutes Rezept ist. Als analytischer Philosoph, der den Widerspruch, geschweige denn Dialektik (und das Aushalten der Widersprüche) ebensowenig kennt wie den sozialen Grund, die historischen Bedingungen, die Fundamentalismus hervorbrachten, stiften Schleicherts Ausführungen Verwirrung: Er bringt eine konsistente Argumentation, daß gegen den Fundamentalismus – und da schmeißt er Religionen mit »Marxismus«, der mal Sozialdemokratie, mal Realsozialismus ist, und Faschismus in einen Topf – konsistentes Argumentieren zwecklos ist. Das »subversive Denken« bleibt Plädoyer, ohne es selbst in den Ausführungen, die sich knochentrocken geben, einzulösen. So erweist sich Schleichert selbst als Fundamentalist, der den Subversionsbegriff als ideologische Plakette führt; Theorie-Praxis will er nicht kennen, sowenig wie Subjekt-Objekt. (Sein Buch bleibt allerdings ein guter, bündiger Überblick über verschiedene Formen des Argumentierens.)

Sleicherts Ansatz des subversiven Denkens verhält, weil ihm die Kategorie des Engagements fehlt, die für jede Form der Subversion unabdingbar ist: Er begeistert sich für die logisch-rhetorische Möglichkeit des besseren Arguments, aber nicht für die sachlich-reale Möglichkeit der besseren Welt. Wie solches Engagement nachzuzeichnen und aktualisierbar ist, untersucht der in New York lebende und lehrende Edward W. Said mit seinem Buch »Götter, die keine sind« und fragt offen nach dem »Ort des Intellektuellen«. Man darf sogleich sagen, daß dieses Buch nicht an die theoretische Dichte von Suids »Orientalismus« (1981) heranreicht, in dem der Orient, der Osten als westliches Konstrukt entlarvt wird (und das sich demnach durchaus gegen Schleicherts fundamental-eurozentrische Fundamentalismuskritik lesen ließe!). Said charakterisiert den Intellektuellen als »Exilierten und Grenzgänger, als Amateur und als Urheber einer Sprache, die der Macht gegenüber Wahrheit auszusprechen sucht« (S. 140f.). Die Intellektuellen sind und müssen immer Außenseiter sein, sie »sollten patriotischem Nationalismus, korporativem

Denken, Klassenbewußtsein, rassistischen oder geschlechtsspezifischen Privilegien mit Vorbehalt begegnen« (S. 138). Allerdings verhalten diese Forderungen im bloß skizzierten, möglichen Sollen. Sie stehen in krasser Spannung zu dem Ausgangsmotiv, welches Said Gramsci entlehnt: »Alle Menschen sind Intellektuelle ...: aber nicht alle Menschen haben in der Gesellschaft die Funktion von Intellektuellen« (zit. n. S. 9). Said operiert nun an der Funktion des Intellektuellen mehr als am Begriff selbst – damit geht er dem bei Gramsci schon gemeinten Widerspruch nicht aus dem Weg, hebt ihn aber nicht auf: Der Intellektuelle als Sozialkritiker und Skeptiker steht hier der Intelligenz, den Kopfarbeitern und Ingenieuren gegenüber, ohne doch von ihnen klassenspezifisch getrennt zu sein. Die Stärke von Suids essayistisch angelegtem Buch ist zudem vergebens in einer stringenten Argumentation zu suchen; es bleibt Plädoyer und ist zu optimistisch im Glauben, der Intellektuelle könne letztlich seinen Ort selbst bestimmen. Die Stärke Suids liegt nichtsdestotrotz in seinem intellektuell verwirklichten Internationalismus: Er bringt in seinen Untersuchungen verschiedenste Namen und Theorien ins Gespräch: historisch – von Vico über Jane Austen, über Bertrand Russell bis Lyotard; geographisch – von V.S. Naipaul, Malcolm X, James Baldwin bis Adorno. Man darf deshalb Suids Ausführung vielleicht nur als Begriffsskizze verstehen, die erstmals bemüht ist, den Intellektuellen im Kontext der Weltkulturen zu verorten; jedenfalls zielen seine Ausführungen keineswegs auf einen Relativismus, wenn er schreibt: »Für den Intellektuellen besteht meines Erachtens die Aufgabe darin, die Krise ausdrücklich als universelle anzusehen, den Horizont zu erweitern, das Leben einer bestimmten Rasse oder Gruppe oder Nation mit dem Leiden anderer in Zusammenhang zu bringen« (S. 50).

Ebenso wie Suids Buch ist auch Paolo Flores d'Arcais' »Die Linke und das Individuum« ein Plädoyer – zudem: Es ist als »Ein politisches Pamphlet« untertitelt. Es sind vier Beiträge, die zuerst in der Zeitschrift »Micro-Media« erschienen, deren Herausgeber Flores d'Arcais ist. Als Sozialist in Italien steht der in Rom lebende Philosoph und Autor unabdingbar in der Tradition Gramscis – um so

schwerer wiegt, daß dies Buch nicht hält, was es verspricht: zum Pamphlet fehlt ihm die gewaltige Sprache, die entlarvend, benennend und schutzlos ist. Und politisch sind die einzelnen Abhandlungen nur insofern, wie sie sich fast anbiedernd auf das einlassen, was an herrschender Politik geboten wird: was Flores d'Arcais der Leserschaft anbietet, ist ein Hilferuf der Sozialdemokratie, aber keine Kritik der Demokratie zur Rettung des Individuums, keine wirkliche Differenzierung von Massendemokratie (die ihre Kritik schon bei den Anarchisten, schließlich aber Herbert Marcuse fand) und demokratischem Sozialismus. Auf den kapitalistischen Markt möchte der Autor nicht verzichten (S. 21); er weiß sich als Fürsprecher einer ohnmächtigen Linken, die Marx längst über Bord geworfen hat. Doch wer auf den Markt nicht verzichten möchte, gleichwohl aber die Krise erkennt, kann diese nie als ökonomische Basiskrise begreifen; für einen Linken, der sich das Linkssein zudem zum Zentralthema wählt, ist es deshalb unverzeihlich, wenn plötzlich die »Einwanderung aus der Dritten Welt in die europäischen Metropolen« eine der Krisen ist, »die die Epoche prägen« (S. 18). Sätze, die das Pamphlet wohl verneinen mögen, verharren so im Allgemeinen: alles mündet in der Forderung, daß Tyrannei abgewendet werden soll, daß das Individuum die Demokratie braucht und vice versa. Das ist gut und recht – nur ist mit einer naiven Abrechnung des Marxismus, die man sonst nur von rechts kennt, alle wissenschaftliche, mithin logische Basis aus der Argumentation genommen. Flores d'Arcais kann nicht anders, als die Linke mit moralischen Appellen retten zu wollen. Da ist der, der sein eigenes Linkssein legitimieren zu müssen glaubt, am Ende noch besser mit dem Buch von Schleichert bedient, was zwar politisch nicht minder im realdemokratischen Nirgendwo steht wie Flores d'Arcais, doch bietet Schleichert wenigstens eine gewisse sachliche Greifbarkeit. Allerdings: nur Said sucht überhaupt den Weg aus diesem Nirgendwo zum konkreten Ort des Intellektuellen.

ROGER BEHRENS

Gabriele Köhler, Charles Gore, Utz-Peter Reich, Thomas Ziemer (eds.): *Questioning Development. Essays on the theory, policies and practice of development interventions*, Metropolis-Verlag Marburg 1996, 457 S.

Die Entwicklungsbesessenheit ist bekanntlich ein durchaus ›modernes‹ Phänomen, das mit der vollen Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in der nordwestlichen Hemisphäre etwa seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts um sich greift. Einen ersten Kulminationspunkt stellt die Große Russische Revolution im Oktober/November 1917 dar, in deren Gefolge nachholende Entwicklung um jeden Preis zu einer quasi staatsterroristischen Veranstaltung wurde. Unter dem Druck der Großen Weltwirtschaftskrise und der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges wurde schließlich »Entwicklung« zum Schlüsselbegriff, mit dem in den Metropolen die sozialistischen Sympathien eingedämmt und die Attraktivität des staatssozialistischen Modells nachholender Entwicklung an der Peripherie gebrochen werden sollte.

»Entwicklung« ist irreversibel, wer damit einmal begonnen hat, der hat alle Brücken zu einer vorkapitalistischen Vergangenheit abgebrochen und muß weiter voran, und selbst wenn der Lauf der Dinge geradewegs zu »Unterentwicklung« führt. Dies ist wohl das peinlichste Eingeständnis nach 40 Jahren Entwicklungseuphorie. Im »verlorenen Jahrzehnt« der achtziger Jahre wurde klar, was linke Theoretiker längst vermutet hatten, das kapitalistische System kann das Wohlstandsversprechen von Wachstum durch Entwicklungshilfe nicht einlösen – Entwicklung als eindimensionaler Prozeß nachholender Modernisierung hat sich ironischerweise genau in dem Moment als Illusion erwiesen, als der entschiedenste – realsozialistische – Versuch, die kapitalistische Moderne nachzuvollziehen, zusammenbrach. Das Ende des Planungsstaats fiel zeitlich zusammen mit dem Ende des Entwicklungsstaats und der mit »Sozialklimbim« geschönte kapitalistische Wohlfahrtsstaat hat beider Ende kaum überdauert.

Die Frage danach, was es mit Entwicklung in Theorie, Politik und Praxis auf sich hat, ist also drängender denn je. Deshalb hat sich die Frühjahrstagung des Arbeitskreises für Politische Ökonomie 1995 dieses brisanten Themas angenommen. Die Dokumentation der Beiträge liegt nunmehr vor.

Präsentiert werden sie in einem dreigeteilten Buch, in dessen erstem Teil – »Querying the foundations« – es vor allem darum geht, sich auf der Basis vertiefter Einsichten den Grundlagen des Entwicklungsdenkens erneut kritisch anzunähern. In sechs Beiträgen von acht Autorinnen und Autoren wird eine Reihe von brisanten Fragen aufgeworfen, die sich vor allem mit der Zukunft der Entwicklungs-idee am Ende des 20. Jahrhunderts, im Zeitalter der »Globalisierung«, beschäftigen. *Gabriele Köhler* bietet zunächst einen Überblick über die verschiedenen Paradigmen des interventionistischen Entwicklungsdenkens seit dem Zweiten Weltkrieg. Entwicklungsdenken erscheint hier als kollektives Sendungsbe-wußtsein, mittels gezielter Politik Gesellschaften auf den »Entwicklungsweg« zu bringen. Allerdings hat die kaum bearbeitbare Komplexität des Phänomens »Entwicklung« schnell dazu geführt, Fortschritt und Entwicklung mit »Wachstum« und den daraus erhofften Wohlstandseffekten in eins zu setzen. Dies hat sich nicht nur als fatale Illusion erwiesen, auch die Vermutung, daß Entwicklung, wie sie bisher meist verstanden wurde, unbedingt als positiv angesehen werden muß, konnte nicht erhärtet werden – wie vor allem in den Beiträgen von *Luuk Knippenberg* und *Frans Schuurman* sowie von *Detlev Haude* gezeigt wird. Das neue Entwicklungsdenken der neunziger Jahre wird deshalb als multidimensional und variantenreich beschrieben und sollte trotz Globalisierungsdruck – warum eigentlich? – auf Umverteilung gründen, meint jedenfalls G. Köhler (vgl. S. 39).

Der zweite Teil – »Revisiting and renewing development economics« – vereint sechs Beiträge von neun Autorinnen und Autoren, denen es um eine Erneuerung entwicklungsökonomischer Ansätze zu tun ist. Was dabei allerdings zutage tritt, hat mit einer tatsächlichen Erneuerung wenig gemein. In allen hier versammelten Aufsätzen geht es faktisch nur darum, wie »Wirtschaftswachstum« – was

wohl dasselbe sein soll wie »Entwicklung« – »erzeugt« werden könnte. *Waltraud Schelkle* entwickelt zu diesem Zweck Elemente einer »allgemeinen Entwicklungstheorie«, die in ihrem Kern darauf hinaus laufen, daß es in einer dualistischen Ökonomie mit familienwirtschaftlich geprägter Landwirtschaft und einem kapitalistisch-marktwirtschaftlich organisierten Industriesektor vor allem auf Preis- und Einkommensstabilität ankommt, wenn selbsttragendes Wirtschaftswachstum ausgelöst werden soll. Damit wird, wie auch im Beitrag von *Franz Haslinger* und *Thomas Ziesemer*, der sich mit Wachstum und Verteilungskonflikten befaßt, die Verantwortung für das Gelingen oder Mißlingen von Entwicklungsanstrengungen an die (Regierungs)Politik überstellt. Das Ergebnis politischen Handelns wiederum erweist sich als weitgehend unvorhersehbar (vgl. S. 241) – womit sich viele der hier angestellten theoretischen Überlegungen als reine Gedankenakrobatik qualifiziert haben dürften. Wenn es schließlich in aller Einfachheit noch eines Beweises dafür bedurft hätte, daß der Westen ohnehin längst weiß, wie »Entwicklung« funktioniert, dann ist *Helmut Wagner* bemüht, ihn mit seinen Betrachtungen über den »Nutzen« wirtschaftlicher und politischer Konditionalität in der Entwicklungspolitik zu liefern.

Wesentlich realitätsnähere und auch kritischdistanzierte Sichten werden demgegenüber im dritten Teil – »Examining policies and politics« – von sechs Autorinnen und Autoren in ebensovielen Beiträgen geboten. Neben einer Analyse der Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) (*Henk-Jan Brinkman*), die zu dem Schluß kommt, daß diese Programme für eine gesamtwirtschaftliche Stabilisierung zwar notwendig für »Entwicklung« aber keineswegs ausreichend sind, beschäftigt sich vor allem *Kunibert Raffer* mit der Wirkung der von den nordwestlichen Industrieländern verfolgten Wirtschaftspolitik auf die südlichen Entwicklungsländer. Anhand der Vereinbarungen der Uruguay-Runde des GATT zeigt Raffer, daß die kleinen Zugeständnisse des Nordwestens an den Süden durch die auf umfangreiche Schutzmaßnahmen hinauslaufende handelspolitische Praxis der Industrieländer weit überkompensiert

werden. »All in all the North were mostly able to shape the Final Act according to their views and against developmental interests« (S. 349) – lautet sein ernüchterndes Fazit. Schließlich könnte die von der Uruguay-Runde des GATT ebenfalls beschlossene Schaffung einer Welthandelsorganisation unter den herrschenden Machtverhältnissen leicht dazu führen, daß die ohnehin bereits faktisch von Weltbank und IWF regierten Entwicklungsländer auch noch den Rest internationaler Handlungsfähigkeit einbüßen (vgl. S. 347). Ulrich Busch bleibt es vorbehalten, die Transformationsproblematik in Mittel- und Osteuropa in die entwicklungspolitische Perspektive einzuordnen. Ironischerweise wird – ob vom Autor gewollt oder nicht, ist nicht ersichtlich – am Ende seiner interessanten Erörterung über verschiedene Transformations- und/oder Entwicklungsstrategien zwischen Kapitalimport und Exportorientierung deutlich, daß sich die politische Realität z.B. in Ungarn kaum mit einem theoretisch doch so einleuchtenden »Entweder – Oder« fassen läßt. Von wohlüberlegten, absichtsvoll ins Werk gesetzten Transformationsprogrammen kann offensichtlich mit genausowenig Berechtigung gesprochen werden wie von Entwicklungsstrategien überhaupt.

In einem erfrischend kritischen Aufsatz über die Rolle von Nichtregierungsorganisationen im Bereich der Entwicklungspolitik unterbreitet *Fons van der Velden* bemerkenswerte Einsichten in die vielfältigen Dilemmata der vermeintlich so effektiven und staatsfernen Institutionen privaten Entwicklungsengagements. Mit der Feststellung, daß viele dieser Organisationen vor allem im Nordwesten inzwischen bereits zum Arbeitsplatz sichernden Selbstzweck für die »Aktivisten« (vgl. S. 412) und (über finanzielle Abhängigkeiten) zum Trojanischen Pferd der offiziellen Entwicklungspolitik mutiert sind, dürfte er nicht nur die belgische, sondern auch die bundesdeutsche Wirklichkeit ziemlich treffend beschrieben haben.

Beiträge von *Susanne Teltscher* über das Lieblingskind der Entwicklungspolitik seit den späten siebziger Jahren – den »informellen Sektor« – sowie zur Kritik des »Eco-Tourismus«-Konzepts von *Anita Pleumarom* schließen den Band ab.

Insgesamt ist es den Herausgebern wohl gelungen, einen recht guten Querschnitt zusammenzustellen, der ein einigermaßen realistisches Bild vom Glanz und Elend der kritischen entwicklungspolitischen Debatte gibt. Und weil sich die sich kritisch oder alternativ wählende Entwicklungstheorie und -politik selbst oft nur in wenigen Nuancen vom mainstream konservativer Ansätze unterscheidet, durften spektakuläre, wirkliche neue Überlegungen wahrscheinlich auch nicht erwartet werden.

ARNDT HOPFMANN

Carlo M. Cipolla: Die gezählte Zeit.
Wie die mechanische Uhr das Leben
veränderte,
Verlag Klaus Wagenbach Berlin
1997, 128 S.

Der italienische Wirtschaftshistoriker C.M. Cipolla versteht es, umfangreiche Forschungsergebnisse zu verhältnismäßig trockenen und wenig publikumsfreundlichen Themen interessant aufzubereiten und in attraktiver Form darzubieten. Ein Beispiel dafür waren die bereits 1995 vorgestellten »Geld-Abenteuer« (vgl. UTOPIE kreativ 57). Mit dem vorliegenden Buch kommt ein weiteres, nicht minder ansprechendes, hinzu. Den thematischen Ausgangspunkt bildet diesmal die Zeit, insbesondere das Zeitverständnis und die Zeitmessung. Da das Zeitbewußtsein sozial- und kulturhistorisch bestimmt ist, unterliegt es einem historischen Wandel, wird unterschiedlich erlebt und erscheint in verschiedenen Formen. Das Problem der Zeit ist von philosophischer und soziologischer Seite umfassend erörtert worden (vgl. dazu u.a. Kant, Durkheim, Bücher, Elias, Weber, Luhmann). Ebenso das des Zählens und Messens (vgl. insbesondere A. Sohn-Rethel). Cipolla kennt diese Arbeiten und setzt sie voraus. Sein Bezugspunkt ist aber ein anderer: Er geht das Problem von der *technischen* Seite an. Ihn interessieren vor allem die Instrumente der Zeitmessung und deren Entwicklung. Die zentrale Frage in der hier betrachteten Periode ist die nach dem Einfluß der mechanischen Uhr auf das Leben der Menschen.

Gestützt auf sein Buch aus dem Jahre 1978 »Clocks and Culture 1300 - 1700« erzählt der Autor originell und abwechslungsreich Geschichten, die einen Einblick geben in die Geschichte der Uhr. Dabei steht die Uhr als das erste Präzisionsinstrument sinnbildlich für die technische Entwicklung seit dem ausgehenden Mittelalter. Zugleich ist sie Objekt und Ausdruck einer sich verändernden Zeitauffassung, Lebensweise und Rationalität. Ausgehend von der technologischen Entwicklung der Instrumente zur Zeitmessung analysiert Cipolla »die vielfältigen, komplexen und reziproken Beziehungen, die die technologische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung miteinander verbinden« (S. 117). Er gelangt dabei zu dem Fazit, daß die Uhr, wie andere Maschinen und Instrumente auch, nicht nur erfunden und entwickelt wurde, weil dafür ein Bedarf bestand, sondern vor allem, »weil aus einem bestimmten kulturellen Umfeld sowohl die Wahrnehmung dieses Bedarfs als auch die Art seiner Befriedigung erwuchs«. So fand die Verbreitung der Uhren jeweils dort ihre Grenzen, wo die gesellschaftlichen Bedingungen eine sinnvolle Nutzung verhinderten. Das feudale China, das zwar Uhren importierte, aber nicht selbst produzierte und die eingeführten Instrumente mehr als Spielzeuge nutzte als für praktische Zwecke, ist dafür ein beredtes Beispiel. Sehr überzeugend ist auch die Beschreibung der Rückwirkung der Verwendung der Uhr auf das Leben und das Denken der Menschen. Setzte die Einführung der Uhr ein gewisses Zeitbewußtsein und mechanisches Verständnis voraus, so beförderte ihre Anwendung nicht minder das mechanistische Denken. Diese Entwicklung erreichte im 17. Jahrhundert ihren Höhepunkt. Für Kepler beispielsweise glich das Universum einer Uhr, Boyle sah in der Schöpfung ein »Juwel der Uhrmacherkunst«, für Descartes funktionierte der Mensch nach den Gesetzen der Mechanik, ähnlich einer Uhr und Gott selbst erschien den Gelehrten als »ein besonders geschickter Uhrmacher« (S. 65).

Reich ist das Buch an originellen Darstellungen, sowohl im Text als auch bildlich. So findet der Leser zum Beispiel die Beschreibung einer französischen Uhr, bei welcher auf dem Zifferblatt anstelle der Zahlen verschie-

dene Gewürze angebracht waren. Nachts, wenn es die Dunkelheit nicht erlaubte, die Zeit abzulesen, konnte man mit dem Finger den Stand des Zeigers ertasten und durch Ablecken sodann die Uhrzeit erfahren. Später behalf man sich hier mit der Installation eines Schlagwerks und ersetzte so den unsicheren Geschmackssinn durch den leichter quantifizierbaren Hörsinn, der das Zählen der Stunden erlaubte.

Späßig ist es auch, zu lesen, wer alles versuchte, Uhren herzustellen: Anfangs vor allem Kanonengießer, Schmiede, Schlosser. Später dann spezialisierte Handwerker, die im Auftrage von Fürsten und Städten arbeiteten. Im 18. Jahrhundert breitete sich die Produktion enorm aus. Selbst Voltaire versuchte sich 1770 in Ferney als Unternehmer in der Uhrenherstellung. Unübertroffen blieb jedoch Genf, das sich bereits frühzeitig zum Zentrum der Uhrenproduktion entwickelte. Wichtige Produktionsstätten waren ferner London, Lyon, Paris und in Deutschland Augsburg und Nürnberg. Die Logik des Buches, wonach die technische Entwicklung der Uhr im Rahmen des komplexen Beziehungsgefüges gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, politischer und kultureller Veränderungen untersucht wird, erlaubt es dem Autor auch auf Fragen einzugehen, die scheinbar nur sehr wenig mit der Technikgeschichte zu tun haben. Dies betrifft zum Beispiel den Zusammenhang zwischen dem Rationalitätsprinzip, das der Uhr und ihrer Verwendung innewohnt, und dem kalvinistischen Glaubensbekenntnis. Aussagen über die soziale und geographische Herkunft der Uhrmacher und über die Auswirkungen der Zurücknahme des Toleranzediktes von Nantes 1685 auf die Berufsgruppe der Uhrmacher in Frankreich sind in diesem Zusammenhang von Interesse.

Ein Viertel des Buches widmet der Autor der Behandlung des Ost-West-Verhältnisses, insbesondere der Leidenschaft der Söhne des Himmels für die »Glocken, die von selbst schlagen« (S. 97). Uhren waren so ziemlich das einzige Erzeugnis europäischer Produktion, das sich in China und in anderen Ländern des Ostens absetzen ließ. 1735 schrieb ein Jesuit über den Kaiserpalast in China: »Der kaiserliche Palast ist mit Wanduhren, Taschenuhren, Glockenspielen, Repetieruh-

ren, Spieluhren, Weltkugeln und astronomischen Uhren jeder nur denkbaren Art vollgestopft – es gibt mehr als tausend Exemplare von den besten Uhrmachern aus London oder Paris...« (S. 98). Aber die Chinesen machten keinen eigentlichen Gebrauch davon. Sie betrachteten die Uhren lediglich als »wunderliche Vergnügungen« (S. 101). Das soziokulturelle Umfeld ließ keine andere Verwendung zu und ein ökonomischer Zwang, die Zeit genau zu messen und mathematisch einzuteilen, bestand nicht. Sehr schön zeigt sich diese soziokulturelle Differenz gegenüber Europa auch in der traditionellen Stundeneinteilung Japans. Die Japaner unterteilten die Zeit nicht in zweimal zwölf Stunden gleicher Länge wie in Europa üblich, sondern orientierten sich bei der Einteilung an der Natur. Das heißt, zwischen Sonnenauf- und Sonnenuntergang wurden jeweils sechs Stunden gemessen, deren Länge jedoch im Laufe des Jahres entsprechend dem Sonnenstand variierte. Folglich waren die Stunden des Tages im Sommer lang und die der Nacht kurz; im Winter dagegen umgekehrt.

Eine mechanische Uhr kann einem solchen System der Zeitmessung natürlich nicht gerecht werden. Die Folge war, daß dieses der Uhr angepaßt wurde. Damit entsprach man den Regeln der Mechanik und den Funktionsprinzipien der modernen Ökonomie, nicht aber denen der Natur.

Vielleicht gibt es eines Tages Uhren, die diesen Mangel wieder beheben und zu einer natürlichen Zeitauffassung zurückführen.

ULRICH BUSCH

Tanja Jaksch, Hans Rudolf Bork,
Claus Dalchow, Dieter Dräger
(Hrsg.): Landnutzung in Mittel- und Osteuropa – Natürliche Bedingungen, Land- und forstwirtschaftliche Nutzungspotentiale, Transformationsprozeß im ländlichen Raum, Budapest 1996, 309 S.

Eine der schwerwiegendsten staatssozialistischen Fehlentwicklungen in den osteuropäischen Ländern nahm zweifellos bereits in den

zwanziger und dreißiger Jahren in Sowjetrußland mit der Entscheidung für eine beschleunigte Industrialisierung auf Kosten der Landwirtschaft ihren Ausgangspunkt. Sie führte in der Folgezeit unter Instrumentalisierung der landwirtschaftlichen Kollektivwirtschaften zur staatlichen Umverteilung der Überschüsse aus der Landwirtschaft zur Industrie. Dies hatte letztlich die Vernachlässigung der Eigenarten landwirtschaftlicher Produktion bzw. den Versuch, die Landwirtschaft im großen Stile zu industrialisieren zur Folge. Dieses Entwicklungsmodell, das eine durch die Staatsbürokratie forcierte »nachholende Entwicklung« zum Ziel hatte, wurde später auch in den sozialistischen Ländern Europas und in Teilen der »Dritten Welt« anvisiert und sollte schließlich wesentlich zur Implosion des Staatssozialismus und zur weltweiten Diskreditierung der »realsozialistischen« Ideen beitragen.

Es ist zu begrüßen, daß sich die Autoren des vorliegenden, über 300 Seiten umfassenden und durch mehrere Karten ergänzten Bandes – dessen Drucklegung in Ungarn erfolgte und durch die Ministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Brandenburg und der Bundesrepublik gefördert wurde – speziell diesem neuralgischen Wirtschaftsbereich der Länder Mittel- und Osteuropas zuwenden. Bereits im Geleitwort setzen sich die Autoren mit der These von der Industrialisierung der Landwirtschaft auseinander. Schon die Ausgangsidee, daß die Produktionsfaktoren der Landwirtschaft »genauso betrachtet und behandelt werden können, wie die der Industrie« (S. 3), wird ad absurdum geführt. »Sehr gefällig, sehr ansprechend scheint der Gedanke, daß Drechseln und Pflügen im Prinzip dieselben Arbeiten seien. Die lebendigen Organismen – Boden, Pflanze, Tier – können aber nicht so betrachtet werden, wie ein Stück Eisen. Der Landwirt muß nämlich seine Bestrebungen mit der Vektorenrichtung der Natur parallel laufen lassen, die günstigen Prozesse unterstützen, die schadhafte möglichst hemmen. Eine Fabrik kann überall nach derselben Technologie arbeiten, der Umgebung ungeachtet. Das trifft auf die Landwirtschaft keinesfalls zu – die Technologie muß sich den Umständen anpassen« (S. 3).

Doch geht es in dem Buch nicht vorrangig

um eine Auseinandersetzung mit der Agrarpolitik des Staatssozialismus, die Autoren versuchen vielmehr, ein Bild von der gegenwärtigen Situation im Agrarbereich beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft, von den damit verbundenen Umbrüchen und Schwierigkeiten in den Reformländern zu vermitteln.

Um es vorweg zu sagen, dieses Buch liefert eine Unmenge von Faktenmaterial zur Landwirtschaft in den Reformländern, das in seiner Vielfalt, Detailliertheit und auch regionaler Heterogenität seinesgleichen sucht.

Gegliedert ist das Buch in sechs Kapitel, wovon vier Überblicks- bzw. Querschnittscharakter haben. Kapitel 4, das der Bodennutzung und Agrarpolitik in den einzelnen Staaten Mittel- und Osteuropas gewidmet ist, stellt zweifellos mit 225 Seiten den Schwerpunkt der Publikation dar. Detailliert werden in diesem Kapitel dem Leser Informationen über die Landnutzung und deren Veränderungen infolge des gesellschaftlichen Transformationsprozesses aus interdisziplinärem Blickwinkel vermittelt. Untersucht werden die Probleme der Landwirtschaft in Estland, Lettland, Litauen, Weißrußland, Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarns Rumäniens, Bulgariens Rußlands und der Ukraine. Diese Länderbeiträge umfassen sowohl die jeweils bestehenden Rahmenbedingungen (gesellschaftliche Transformation, Indikatoren der Wirtschaft) als auch Angaben über Klima und Böden, Landeigentum, landwirtschaftliche Bodennutzung, Bodenfruchtbarkeit, Produktionsstrukturen bis hin zur Agrarpolitik etc. Gemeinsamkeiten aber auch Unterschiede des agraren Transformationsprozesses werden verdeutlicht.

Welche Bedeutung den landwirtschaftlichen Umgestaltungsprozessen in den Ländern Mittel- und Osteuropas zukommt, zeigt sich allein darin, daß diese Staaten über eine Fläche verfügen, die mehr als das Sechsfache des Gebietes der EU umfaßt, und die landwirtschaftliche Nutzfläche pro Kopf der Bevölkerung dieser Staaten doppelt so hoch ist, wie die der EU (vgl. S. 10 und 12). Dieses riesige Produktions- und Exportpotential der Landwirtschaft kann allerdings – wie die Autoren nachweisen – gegenwärtig nicht annähernd genutzt werden.

In den Querschnittskapiteln werden nach

Darstellung des Naturraumes Mittel- und Osteuropa und dessen geopolitischer Bedeutung im ersten, die großräumige klimatische Situation, die agrarklimatischen Verhältnisse sowie die agraren Nutzungspotentiale und die Bodenverhältnisse im zweiten und schließlich die sozio-ökonomischen Strukturen und Prozesse im dritten Kapitel präsentiert. Interessant sind in diesem Zusammenhang vor allem die Darlegungen zu den nutzungsbedingten Bodenschädigungen in den verschiedenen Naturräumen des Untersuchungsgebietes, deren Ausmaß dem Leser oftmals den Atem stocken läßt. Daraus wird die Forderung nach einer ökologisch orientierten, d.h. an den jeweiligen Standorten angepaßten Produktionsstruktur mit geschlossenen Biomasse- und Naturstoffkreisläufen sowie standortgerechten Produktionstechnologien und -techniken abgeleitet (vgl. S. 39). Das setzt allerdings nach Ansicht der Autoren voraus, daß die Betriebe in die Lage versetzt werden, nachhaltige, angepaßte Bewirtschaftungssysteme einzuführen und dauerhaft zu praktizieren. Ob dieser Forderung allerdings in den im Umbruch befindlichen und unter den Zwängen des Binnen- wie des Weltmarktes agierenden Landwirtschaftsbetrieben entsprochen werden kann, bleibt höchst fragwürdig.

Als besonders instruktiv erweist sich für den Gesellschaftswissenschaftler die Analyse der sozio-ökonomischen Situation im ländlichen Raum (vgl. S. 41ff. und Länderanalysen). Hier werden sowohl die dramatischen Veränderungen der demographischen Strukturen im ländlichen Raum der einzelnen Staaten reflektiert und zugleich auch die sozialen Folgen des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft dokumentiert. Die Umstrukturierung und Privatisierung in der Landwirtschaft hat Freisetzungseffekte bei den Arbeitskräften in gewaltiger Dimension nach sich gezogen. Den Autoren kann zugestimmt werden, wenn sie feststellen, daß die Arbeitslosigkeit inzwischen als »komplexer sozialer Dekulturationsprozeß« (S. 43) mit differenzierten quantitativen und qualitativen Wirkungen in den einzelnen Ländern fungiert. Sie schätzen ein, daß die Arbeitslosigkeit in den meisten untersuchten Ländern ihren Höhepunkt bisher noch nicht erreicht hat. Gravierende Arbeitslosigkeit und Einkommensverluste – nicht zuletzt

infolge der inflationären Preisentwicklung – haben nicht nur die volkswirtschaftlichen Disproportionen (u.a. krasser Rückgang der Inlandnachfrage) verschärft, sondern in vielen Ländern selbst eine Tendenz der Rückkehr zur Naturalwirtschaft hervorgebracht (vgl. S. 45). Unter der Landbevölkerung verloren und verlieren gewohnte gruppenspezifische Wertnormen, Wertmaßstäbe und Handlungsmotivationen an Bedeutung. Neue Armutgruppen bilden sich heraus, die Polarisierung innerhalb der Gesellschaft nimmt zu. Die Autoren kommen zu dem Schluß, daß (vermutlich) in den nächsten Jahren mit einer Zunahme der sozialen Probleme in den ländlichen Räumen zu rechnen ist, die weitere Durchsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien zur fortgesetzten Freisetzung von Arbeitskräften, verbunden mit eine beachtlichen Zunahme der Dauerarbeitslosen führen wird, während andererseits die Grenzen der ökonomischen Leistungsfähigkeit der mittel- und osteuropäischen Staaten eine stärkere soziale Abfederung dieser Prozesse nicht zulassen (vgl. S. 46). Der Landbevölkerung werden damit ein weiteres Mal die Kosten der gesellschaftlichen Umbrüche aufgebürdet.

Zu Beginn der Umgestaltungen in den ehemals staatssozialistischen Ländern wurde oft die Frage diskutiert, ob graduelle Reformen oder eine ›Schocktherapie‹ beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft vorzuziehen wären und welche Art von Kapitalismus entstehen solle. Während die Frage nach der Art von Marktwirtschaft umstandslos und illusionär mit dem Attribut ›sozial‹ zu klären versucht wurde, dominierte hinsichtlich des einzuschlagenden Tempos die folgende Auffassung. »Um im Zuge eines Ordnungswechsels die Reformen zügig wirksam werden zu lassen und neue Verzerrungen aufgrund wirtschaftspolitischer Unterlassungen, Fehleinschätzungen oder gesellschaftlicher Widerstände durch ›Koalitionen der Verlierer‹ zu vermeiden, spricht vieles für eine Schocktherapie. Diese beinhaltet nicht zwangsläufig die schlagartige Einführung einer ausgereiften Marktwirtschaft, wohl aber die rasche Realisierung aller Kernelemente im Rahmen einer in sich schlüssigen Gesamtkonzeption. So muß so schnell wie möglich die Funktionsfähigkeit von Preisen und Märkten gewährlei-

stet werden. Das setzt insbesondere die Sicherung der Grundrechte, die Schaffung eines Ordnungsrahmens, einschließlich der Sicherstellung eines funktionsfähigen Wettbewerbs und eines leistungsfähigen – zweistufigen – Bankensystems, eine konsequente Inflationsbekämpfung sowie ein zumindest grobmaschiges soziales Netz für die in der Übergangsperiode am meisten benachteiligten Gruppen voraus.«¹

Die Realität zeigt, daß sich die neuen herrschenden Eliten zwar in der Regel für eine ›Schocktherapie‹ entschieden, allerdings ohne ein soziales Netz bieten oder die Stabilität der Währungen gewährleisten zu können. Richtig stellt Hopfmann hierzu fest: »Aber es liegt nicht allein an der Unangemessenheit der Reformstrategien, ... an denen die Hoffnungen auf ›nachholende Entwicklung‹, ›anhaltendes Wachstum‹ und ›Sozialstaatlichkeit‹ zu scheitern drohen. Das Dilemma nachholender Entwicklung besteht ... insbesondere darin, daß sie nicht voraussetzungslos beginnt. Und diese Voraussetzungen stellen sich im wesentlichen als harte Zwänge und Restriktionen für die (Re)Integration in einen bereits voll ausgebildeten Weltmarkt für Kapital, Waren und vor allem Geld dar. Die für die Transformationsländer Mittel- und Osteuropas wichtigsten Restriktionen bestehen (nicht nur) in den bereits zu staatssozialistischen Zeiten aufgehäuften (Alt)Schulden, die natürlich bedient werden müssen, ... und in den realsozialistischen – oft überdimensionierten und hyperzentralisierten – Industriestrukturen, die im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung kaum wettbewerbsfähig sowie dringend modernisierungsbedürftig sind ... (sondern auch darin), daß die Voraussetzungen für ... ›Erfolg‹ mit Mitteln erbracht werden müssen, die dem Ziel (der sozialen Marktwirtschaft nach Muster der OECD-Länder – H.G.) dreifach entgegenarbeiten; einmal weil sie die Vergrößerung des Vorsprunges der bereits hochentwickelten Länder begünstigen, zweitens weil sie problematische Spezialisierungseffekte (›Zwang zur Extraktion‹) hervorbringen und drittens weil sie auch an den ökologischen Grenzen, die der Globalisierung dieses auf Industrialisierung beruhenden Wirtschaftsmodells gesetzt sind, tendenziell scheitern.«²

»Das Entfesseln der ›unsichtbaren Hände‹ des

Marktes entfesselt auch ihre ökologisch bedrohlichen und sozial zersetzenden Wirkungen und produziert Perspektivlosigkeit, statt Neuordnung droht Entordnung von Gesellschaft und damit Vernichtung ihrer Zukunftsfähigkeit.«³

Die Strukturentwicklung in den ländlichen Gebieten macht diese Prozesse auf vielschichtige Art und Weise deutlich. Es zählt zu den Vorzügen der vorgestellten Publikation, die sich in den agraren Räumen vollziehenden Umbruchprozesse detailliert dokumentiert zu haben.

Die im Mittelpunkt des Bandes stehende komplexe und zugleich detaillierte Information über die Landnutzung und deren Veränderungen infolge des Transformationsprozesses kann die Basis weiterführender Untersuchungen bilden. Die Einordnung der Landwirtschaft in die volkswirtschaftlichen Gesamtprozesse – z.B. in Form eines weiteren Querschnittskapitels – wäre wünschenswert gewesen. Deutlicher hätte man sich auch Darlegungen zu den Auswirkungen der Umgestaltungsprozesse in der Landwirtschaft der Länder Mittel- und Osteuropas für den EU-Raum gewünscht. Offensichtlich ist, daß sich viele der einflußreichen EU-Politiker der Tragweite dieses Umbruchprozesses für ihre Länder noch keineswegs voll bewußt sind. Allein die Folgen der sozialen Degradation großer Bevölkerungsgruppen, der Anhäufung ethnischen und sozialen Zündstoffes u.a. werden in ihren Dimensionen noch keineswegs begriffen. Obgleich die Autoren in den Länderanalysen jenen Staaten besondere Aufmerksamkeit widmen, die auf der Liste der zu assoziierenden Staaten stehen, hätte man sich Szenarien gewünscht über die Auswirkungen einer Assoziation bzw. eines Beitritts dieses oder jenen Staates zur EU auf die Beitrittsländer, auf die Staaten der EU, aber auch auf die verbleibenden Drittstaaten.

Insgesamt vermittelt die Publikation einen fundierten Überblick über die natürlichen Nutzungspotentiale der Land- und Forstwirtschaft und gibt einen detaillierten Einblick in die sich in den einzelnen Ländern vollziehenden Transformationsprozesse im ländlichen Raum. Daß es den 14 Autoren gelang, eine inhaltlich so geschlossene Konzeption durchzusetzen, verdient besonders hervorgehoben zu werden. Der Band kann allen über die Länder Mittel- und Osteuropas Arbeitenden und an diesen Ländern Interessierten zur Lektüre empfohlen werden.

(Vertrieb in Deutschland: ZALF Müncheberg, 15374 Müncheberg, Eberswalder Str. 84)

HORST GRIENIG

- 1 Fasbender, Karl: Überlegungen zur Übertragbarkeit der sozialen Marktwirtschaft, in: K. Fasbender, M. Holthus, E. Thiel (Hrsg.): Elemente der sozialen Marktwirtschaft, Wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen – Transformationsmöglichkeiten, Veröffentlichungen des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung Hamburg, Hamburg 1991, S. 315.
- 2 Arndt Hopfmann: Transformation zu einem »nachhaltigen Kapitalismus«? In: Horst Griening, Siegfried Münch u. a.: Transformation und Entwicklung, Analysen über dauerhafte ökologische und sozial verträgliche Entwicklung in Asien, Afrika und Osteuropa, in: Europäische Integration. Grundfragen der Theorie und Politik, hrsg. von K. H. Domdey, Berlin 1997, S. 25ff.
- 3 Ebenda, S. 27.

Jenny Richter/Heike Förster/

Ulrich Lakemann:

Stalinstadt – Eisenhüttenstadt. Von der Utopie zur Gegenwart. Wandel industrieller, regionaler und sozialer Strukturen in Eisenhüttenstadt, Schüren Marburg 1997, 275 S.

Über Stalinstadt bzw. Eisenhüttenstadt ist schon relativ viel von Historikern geschrieben worden. Zuviel, mögen manche sagen, die die Konzentration auf das »Vorzeigewerk« und die historiographische Benachteiligung von Großbetrieben anderer Branchen und Regionen bedauern, die die Millionen erst erwirtschafteten, die im Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) verbaut wurden.

Was das neue Buch von anderen Publikationen unterscheidet, ist die Darstellung der ganzen Geschichte von Werk und Stadt – von der Vorbereitung der Gründung in den Jahren 1949/1950 bis zum sozialen und wirtschaftlichen Transformationsstand Mitte der neunziger Jahre. Ins Blickfeld rücken damit die gesamte Periode des ostdeutschen Sozialismus, dessen industrielles Schmuckstück Stalinstadt etliche Jahre war; und sieben Jahre Entwicklung zur kapitalistischen Marktwirtschaft.

Dank der Langzeitanalyse gelingt der Blick auf einige Momente in der Geschichte der Stadt und des Werkes, die sich nicht auf die Perioden des »Sozialismus« oder »Kapitalismus« beschränken lassen:

Erstens: Der 1949/50 für das EKO geplante Weg von Aufbau, Ausdehnung des Werkes bis zur Sättigung des Bedarfs an Stahl- und Walzwerkprodukten durch die Errichtung des

vollen metallurgischen Zyklus kam nicht zustande. Nach der Errichtung des Roheisenwerkes (1950-53) verhinderte der »Neue Kurs« den weiteren Ausbau zum Stahl- und Walzwerk. Das Stahlwerk wurde 1984 errichtet, das Kaltwalzwerk bereits 1969, das Warmwalzwerk erst 1997 fertiggestellt. Die Gestaltung des »vollen metallurgischen Zyklus« ist für Eisenhüttenstadt also durchaus eine systemübergreifende Geschichte.

Zweitens: Stalinstadt/Eisenhüttenstadt ist als Standort industrieller Monostruktur errichtet worden – und in seiner fast fünfzigjährigen Geschichte ein solcher geblieben. Das ist ihm nicht besonders gut bekommen. Als die SED-Führung 1953 den »Neuen Kurs« ausrief und Investitionsmittel von der Schwer- in die Leichtindustrie gelenkt wurden, gab es in der Stadt (kaum) Betriebe der Leichtindustrie, die in der Lage gewesen wären, aus dem Schwerindustrietopf abfließende Mittel aufzufangen. Als dem EKO im Jahre 1967 von den zentralen wirtschaftsleitenden Organen der DDR das Warmwalzwerk verweigert wurde, weil die Metallurgie keine der »Fortschrittsindustrien« war, auf die die SED-Führung Ende der sechziger Jahre mit Blick auf »Überholen ohne Einzuholen« orientierte, gab es in Eisenhüttenstadt nicht einmal eine Außenstelle des Ende der fünfziger Jahre in Frankfurt/Oder eingerichteten Halbleiterwerks. Die für die achtziger Jahre geplante umfangreiche Investition in Eisenhüttenstadt wäre vielleicht zustande gekommen, wenn es sich bei der Ergänzung des vorhandenen Standortes nicht um das Warmwalzwerk, sondern um einen Betrieb der Mikroelektronik gehandelt hätte, die unter dem Einfluß von Günter Mittag »bis zuletzt« mit Investitionsmitteln überdurchschnittlich versorgt wurde.

Nach der Wende wurde die monostrukturelle Entwicklung dadurch weiter vorangetrieben, daß der Löwenanteil an Investitionen für die Industriestadt erneut in die Metallurgie ging – für die Errichtung des zur Vollendung des metallurgischen Zyklus noch fehlenden Warmwalzwerkes. Dies macht den Standort Eisenhüttenstadt innerhalb der Branche konkurrenzfähiger, bindet ihn aber auch an einen in Europa an Überproduktion leidenden kränkelnden Zweig.

Drittens: Zum systemübergreifenden Schicksal von Stalinstadt/Eisenhüttenstadt gehört auch seine Abhängigkeit von zentralen Entschei-

dungen. Entscheidungen aus Berlin machten in Stalinstadt/Eisenhüttenstadt nicht nur Schicksal während des ersten Fünfjahrplanes (1951-1955), als das EKO das größte Investitionsobjekt der DDR war. Auch in den folgenden Jahren hing das Wohl und Wehe der Stadt weit mehr von Politbüroentscheidungen ab, als das andere Städte gleicher Größe mit diversifizierter Industriestruktur zu hoffen oder zu fürchten hatten. Nach 1989 hätte die Bindung der Stadt an einem Großbetrieb das wirtschaftliche Aus und den sozialen Ruin bedeuten können. Dem energischen Protest der Eisenhüttenstädter war es zu danken, daß der »Privatisierungskrimi« nicht mit einem Fiasko endete und der Kanzler das Überleben des Werkes zur »Chefsache« machte. Auch das zukünftige Schicksal Eisenhüttenstadts dürfte weniger von der Konkurrenzfähigkeit seines Werkes als von Entscheidungen über die Stahlsubventionen in Brüssel und Bonn bzw. später dann (wieder einmal) Berlin abhängen.

Die Hälfte des stärker sozialgeschichtlich als wirtschaftshistorisch ausgerichteten Bandes ist dem Zeitraum nach 1989 gewidmet. Mit Akribie wird nachvollzogen, wie sich trotz mancher Gegenwehr unerbittlich die Wiederherstellung von marktwirtschaftlich-kapitalistischen Strukturen vollzieht – in einer Stadt, in der es diese überwiegend (außerhalb der Stadtteile Fürstenberg und Schönfließ) nie gegeben hatte. Es ist ein spannender, manchmal auch absurder Prozeß, wenn z. B. Straßen »traditionelle« Namen erhalten, obwohl es sie – die Straßen – in vorsozialistischen Zeiten nicht gegeben hat. Wie gelingt es den Eisenhüttenstädtern, mit den Veränderungen, die in der Regel keine Wiederbelebungen sind, fertig zu werden, ihre Identität zu bewahren? Die Autoren, die generell viel mit Interviews arbeiten, haben, sich auf Befragungen stützend, fünf Haltungen herausgefunden: Distanz, Ambivalenz, Neutralität, Engagiertheit (für die ursprüngliche Identität) und Identifikation.

Das Buch ist mit größter Sorgfalt, Nüchternheit und methodisch sauber angefertigt worden. Es bietet neue Sichten, bestätigt aber auch vieles, was die Geschichtsschreibung im Osten Deutschlands für die Region über das erste Jahrzehnt ihrer Geschichte bereits erschlossen hatte.

JÖRG ROESLER

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden.

Wir bitten darum, möglichst die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere Autor(inn)en, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht über-

schreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigefügt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 16:	je	2 DM
Beilage (1991)		1 DM
Dokumentation (zu Heinrich Fink)		4 DM
Heft 17/18 bis 47/48	je	4 DM
Heft 49 bis 50	je	2 DM
Heft 51 bis 62	je	4 DM

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN (V.i.S.d.P.),
MARION KUNZE, ULLA PLENER,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF

Herausgeber: Förderverein Konkrete Utopien e.V.

Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMHEY und HELMUT STEINER

Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydinger Straße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: MONIKA NOACK

Satz: MARION KUNZE

Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,

10178 Berlin (Tel.: 030 – 2 40 09-561)

Druck: BärenDruck GmbH,

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: AVZ GmbH, PF 66,

12414 Berlin (Tel.: 030 – 53 33 43 62)

Einzelverkaufspreis: DM 7,50

Jahresabonnement (incl. Versand):

DM 80,00 (Inland), DM 98,00 (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): DM 120,00